

# RheinlandPfalz



## Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung



**Nachrichtenblatt  
Heft 45 / 2006**



**Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung**

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

	Seite
<b>Ehrungen:</b> .....	<b>125</b>
<b>Dr. O. Jestaedt:</b> Ministerialrat a. D. Theo Fortmann wurde 80 Jahre .....	<b>125</b>
<b>Rhein-Main Presse:</b> Verdienstmedaille an Zillien .....	<b>126</b>
<b>Rheinzeitung:</b> Hohe Auszeichnung für Jürgen Lehnigk-Emden .....	<b>127</b>
<b>Nachrichten und Pressemeldungen:</b> .....	<b>128</b>
<b>Impressum:</b> .....	<b>136</b>



# IM BLICKPUNKT

## Neue Strategien der Landentwicklung - Leitlinien, Programme, Partnerschaften -<sup>\*)</sup>

Ministerialrat Prof. Axel Lorig, Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für Einladung zur Jahrestagung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen.

Ich habe meinen Vortrag wie folgt gegliedert:

Er beginnt mit den neuen Leitlinien Landentwicklung und ländliche Bodenordnung und neuen Strategien.

Dann gehe ich kurz auf das Programm ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013 ein.

Abschließend behandle ich die strategischen Partnerschaften der Landentwicklung.

Meine Damen und Herren,

die ländliche Bodenordnung ist als ganzheitlicher Ansatz für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz besonders wichtig.

Seit 1995 sind die Leitlinien „Ländliche Bodenordnung“ die zentrale Zielvorgabe für die Landentwicklung und ländliche Bodenordnung in den Förderperioden der Europäischen Union.

Für die neue Förderperiode 2007 bis 2013 waren aufgrund vielfältig geänderter Rahmenbedingungen neue „Leitlinien Landentwicklung und ländliche Bodenordnung“ zu entwerfen.

Deren Ziel war es, einen realitätsnahen wirksamen Politikansatz für Landentwicklung zu formulieren.

Hierzu war die Mitwirkung und Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppen, die den ländlichen Raum prägen, notwendig.

Vor diesem Hintergrund wurde ein intensiver Dialogprozess zur Begründung und Ausgestaltung der neuen Leitlinien Landentwicklung und ländliche Bodenordnung bereits im Jahre 2004 begonnen.

Ausgehend von zwei landesweit besetzten Workshops im Jahr 2004 wurden die Instrumente der Integrierten Ländlichen Entwicklung, das so genannte Ländliche Entwicklungskonzept (ILEK) und das ILE-Regionalmanagement intensiv erörtert und im Detail ausgestaltet.

In zwei weiteren Workshops mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern im ländlichen Raum wurden im Jahre 2005 die aktuellen Herausforderungen der ländlichen Bodenordnung erörtert und für eine zeitgemäße Positionierung der Bodenordnung genutzt.

Darüber hinaus arbeiten wir an völlig neuen Strategien zur Nutzung der Integrierten Ländlichen Entwicklung im Zusammenhang mit der Stärkung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Diese Strategien werden wir am 4. bis 6. Oktober 2006 in Montabaur vorstellen.

Meine Damen und Herren,

ich komme noch einmal zurück zu dem Dialogprozess, den wir mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern geführt haben.

Die Wirtschafts- und Sozialpartner haben sich eingehend mit der Wirksamkeit der Landentwicklung und Ländlichen Bodenordnung auseinandergesetzt und im Rahmen einer - bezogen auf 100 % in der Folie abgebildeten Verteilungen formuliert.

<sup>\*)</sup> Rede des Ministerialrat Prof. Axel Lorig, anlässlich der Jahrestagung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen am 16.05.2006 in Landau

Der Weinbauliche, landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Wirkungsrahmen deckt etwa 52 % der Wirkungen ab.

Dem stehen insgesamt 48 % Wirkungen für Kommunalentwicklung, Arbeitsplätze, Naturschutz, Wasserwirtschaft und Tourismus gegenüber - letztere zusammen mit eher steigendem Trend prognostiziert.

Die gutachterliche Einschätzung für die Wirkungsdauer in diesen Arbeitsbereichen der Landentwicklung und ländlichen Bodenordnung geht von 12 bis 52 Jahren „Nachhaltige Wirkung“ aus.

Für die Landwirtschaft und die Kommunalentwicklung ist das etwa noch eine Generation.

Für den Wald sind das zwei Generationen.

Für Arbeitsplätze ist das nur mittelfristig.

Diese Sozialpartner haben insbesondere auch Leitsätze formuliert, die wir als Grundlage der neuen Leitlinien genutzt haben.

Ich darf Ihnen kurz die Leitsätze vorstellen.

In dem Bereich „**Landwirtschaft und Weinbau unterstützen**“ wurden fünf Leitsätze formuliert:

- ☐ Ländliche Bodenordnung ist zur Begleitung des Strukturwandels für Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft unerlässlich.
- ☐ Ländliche Bodenordnung schafft Win-Win-Situationen für alle.
- ☐ Ländliche Bodenordnung schafft eine bedarfsgerechte Erschließung.
- ☐ Durch intensive Vorbereitung ist der integrale Ansatz auch in schnellen und kostengünstigen Bodenordnungsverfahren möglich.
- ☐ Erhalt der Vermögenswerte der Grund- und Bodenbesitzer, Wettbewerbsfähigkeit und Einkommenssicherung in Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft sind unweigerlich miteinander verbunden.

In dem Bereich „**Regionale und gemeindliche Entwicklungsstärken**“ wurden folgende Leitsätze formuliert:

- ☐ Dialogprozesse sind zu intensivieren, das heißt, die Fähigkeiten der ländlichen Bodenordnung

sind für die Dorfentwicklung und den regionalen Tourismus verfügbar zu machen.

- ☐ Die ländliche Bodenordnung wird künftig stärker für touristische Ziele genutzt.
- ☐ Die ländliche Bodenordnung ist Partner für die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen.
- ☐ Durch ländliche Bodenordnungsverfahren werden verstärkt die Möglichkeiten einer wirksamen Kompensation aufgrund von Eingriffen Dritter ausgeschöpft.
- ☐ Dorfflurbereinigung und Dorferneuerung haben einen hohen Stellenwert für die Attraktivität der Dörfer und deren touristischer Anziehungskraft.

In dem großen Bereich „**Natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig schützen, entwickeln und nutzen**“ wurden ebenfalls fünf Leitsätze formuliert.

- ☐ Ziele der Instrumente der integrierten ländlichen Entwicklung, wie z. B. der ländlichen Bodenordnung, sind eine naturverträgliche landschafts- und standortgerechte Flächennutzung, um die Kulturlandschaft zu erhalten, die Gewässer wieder naturnah zu entwickeln und die ökologischen Planungen zu verwirklichen.
- ☐ Die ländliche Bodenordnung ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung wasser-, wald- und naturschutzgesetzlicher Belange, wie Aktion Blau, Europäische Wasserrahmenrichtlinie, landesweiter Biotopverbund und europäisches Netz Natura 2000.
- ☐ ILEK und ländliche Bodenordnungsverfahren ermöglichen abgestimmte Landnutzungskonzepte mit einer positiven Ökobilanz.
- ☐ Zur Umsetzung großflächiger, technischer Hochwasserschutzmaßnahmen schafft die ländliche Bodenordnung die Möglichkeit zur Flächenbereitstellung und zum Flächenausgleich. Hierdurch werden Konflikte mit den Flächennutzern und den Eigentümern gelöst.
- ☐ Eigentumsklarheit und Erschließung sind die wichtigsten Voraussetzungen, um eine Waldbewirtschaftung zu ermöglichen. Einzig wirksames Instrument um diese Voraussetzungen sicherzustellen, ist die Waldflurbereinigung.

Auf die neue Zielsetzung, „**Wirtschaftskraft und Beschäftigung beleben**“, habe ich bereits hingewiesen. Auch hier wurden fünf Leitsätze formuliert.

- ❑ Flächenmanagement löst Nutzungskonflikte, insbesondere für Infrastrukturmaßnahmen und interkommunale Zusammenarbeit.
- ❑ Flächenmanagement setzt die Ziele von Raumordnung, Landesplanung und anderen Fachplanungen partnerschaftlich, schnell, kostengünstig und konfliktarm um.
- ❑ Die Verknüpfung der Instrumente der ländlichen Entwicklung, wie z. B. ILEK, ILE-RM, ländliche Bodenordnung schafft günstige harte und weiche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Gründungsprozesse und beschleunigt die Umsetzung.
- ❑ Die Dorfflurbereinigung fördert die Innenentwicklung als Voraussetzung für ihre Lebensfähigkeit.
- ❑ Das Zusammenwirken aller Instrumente kann die Rahmenbedingungen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen verbessern, die

Wertschöpfung erhöhen und damit einen Beitrag zur Lösung der Probleme der demographischen Entwicklung leisten.

Gerade hier in der letzten Aussage sehen wir eine wichtige Funktion, „Haltekräfte“ im ländlichen Raum zu erzeugen, die dazu führen, dass die dort lebenden jungen Familien auch dort bleiben und weiterhin Kinder bekommen.

Meine Damen und Herren,

ich kann Ihnen natürlich an dieser Stelle die Leitlinien Landentwicklung und ländliche Bodenordnung nicht vorstellen, sondern nur einige Akzente erläutern.

So lasse ich in diesem Vortrag die Überlegungen zu ILEK und Regionalmanagement weg, da Sie selbst miterleben können, wie in vielen Verbandsgemeinden eine Aufbruchstimmung eingetreten ist und dieses Programm ländlicher Raum eingefordert wird.



Ich stelle Ihnen heute die ländliche Bodenordnung als ganzheitlichen Ansatz für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in insgesamt neun Komponenten kurz vor.

Sie sehen zunächst die neun Komponenten in einem Übersichtstableau.

Auf diese neun Komponenten gehe ich nun mit Beispielen ein.

Es geht aber auch um Wanderungsverluste.

Das Beispiel Thüringen zeigt die enormen Wanderungsverluste bei jungen Frauen und Männern im Alter zwischen 20 und 30 Jahren.

So hart trifft es überall den ländlichen Raum, wenn keine Entwicklungsmöglichkeiten - vor allem Arbeitsplätze - zur Verfügung stehen.

## **Ländliche Bodenordnung** als ganzheitlicher Ansatz für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume wird ab 2006:

1. **Wirtschaftskraft** und Beschäftigung beleben
2. Wettbewerbsfähigkeit der **Landwirtschaft** verbessern
3. Wettbewerbsfähigkeit des **Weinbaus** fördern und sichern
4. Bedarfsgerechte **Infrastrukturausstattung** ermöglichen
5. **Gemeindeentwicklung** wirksam unterstützen
6. **Natürliche Lebensgrundlagen** nachhaltig schützen und entwickeln
7. Die **Wasserwirtschaft** durch Flächenmanagement unterstützen
8. **Waldflächen** ordnen, erschließen und nachhaltig entwickeln
9. Ländlichen **Tourismus** und **Kooperationen** fördern

Meine Damen und Herren,

Der demographische Wandel ist ein zentrales Thema für den ländlichen Raum.

Es geht um Geburtendefizite, Überalterung und eine vorhandene infrastrukturelle Ausstattung, für die es in Zukunft kaum noch Nutzer gibt.

Wichtig für die Entwicklung der ländlichen Räume und die Sicherung ihrer vielfältigen Funktionen ist die Stärkung der Wirtschaftskraft sowie die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ausreichende Verdienst- und Einkommensmöglichkeiten bilden die wirtschaftliche Basis der ländlichen Regionen als eigenständige Lebens- und Arbeitsräume.

Es ist daher ein wichtiges Ziel, durch Landentwicklung und Bodenordnung die **Wirtschaftskraft und Beschäftigung zu beleben**.

Dies kann gelingen durch die Unterstützung von Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Handwerk, Dienstleistungen und freien Berufen.

Ein Ziel zur Erhaltung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft ist es auch, die Förderung von Kooperationen der Land- und Forstwirte mit anderen Partnern anzuregen, z. B. mit Hotels und Gastronomie.

Unternehmen benötigen an ihren Standorten oft preiswerte und großzügige Gewerbeflächen einschließlich Erweiterungsmöglichkeiten für ihren Betrieb. Den Ausbau der Erschließungen kann die ländliche Bodenordnung auch in Zukunft durch Flächenmanagement unterstützen.

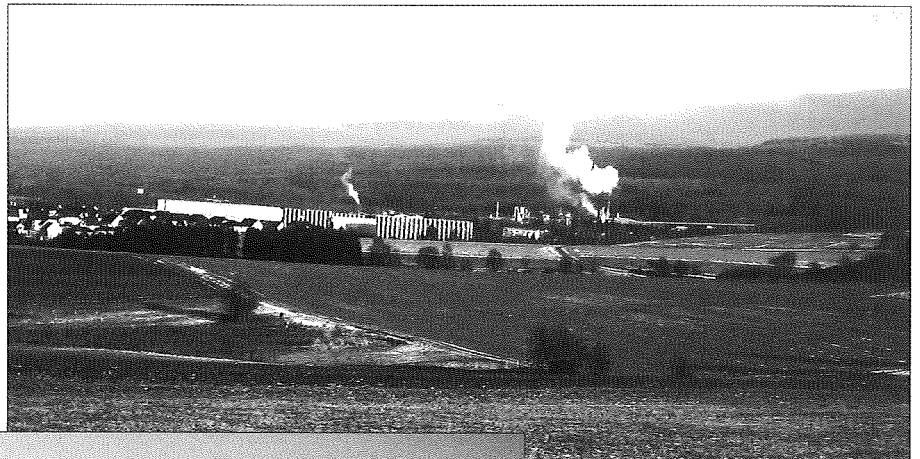
Ein wichtiger Beitrag ist es, Ökokontoflächen so anzulegen, dass sie auch zum Aufbau eines Biotopverbundes beitragen, und naturschutzfachliche Ziele damit umgesetzt werden können, die später als vorgenommene Kompensation in eine Bauleitplanung eingestellt werden.

In vielen Interviews mit Workshops und Regional-konferenzen mit rund 60 Unternehmen, Schulen, Krankenhäusern usw. haben wir im vergangenen Jahr in Interviews festgestellt, was wir an Rahmenbedingungen auch für Gründungsprozesse im ländlichen Raum verbessern müssen.

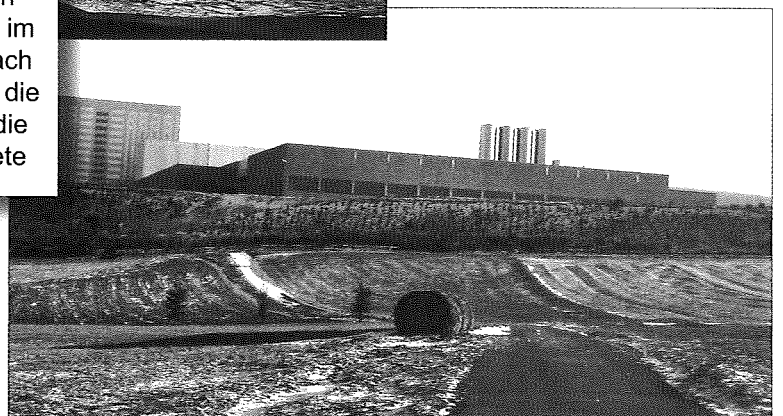
Jetzt ziehen wir die Konsequenzen und werden hier in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt setzen.

Das Beispiel Morbach im Hunsrück zeigt, wie es möglich war, im Verbund mit der ländlichen Bodenordnung 150 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Und das Gewerbegebiet, das wir dort als interkommunales Gewerbegebiet ausgewiesen haben, füllt sich ständig weiter.



Das Flächenmanagement für ein interkommunales Gewerbegebiet im Flurbereinungsverfahren Morbach war entscheidende Grundlage für die Vergrößerung bestehender und die Ansiedlung neuer Gewerbegebiete



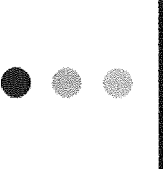


Ich darf Sie auf eine Tagung aufmerksam machen, die wir am 4. bis 6. Oktober dieses Jahres in Montabaur ausrichten.

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Landeskulturgesellschaft stellen wir 12 Strategien der integrierten ländlichen Entwicklung zur Stärkung

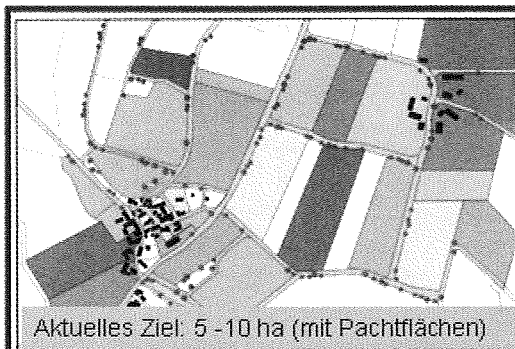
der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum vor.

Sie können hier die Überschriften dieser 12 Strategien erkennen.

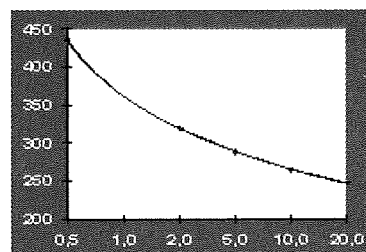


**Neue Strategien**  
Hinweis (4. - 6.10.)  
DLKG in Montabaur

<b>Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Räumen</b>	1. <b>Landwirtschaft als eine tragende Säule der ländlichen Räume stärken</b>
	2. <b>Forstwirtschaft als Rohstofflieferant und zur Pflege des Waldes als prägendes Element der Kulturlandschaft unterstützen</b>
	3. <b>Rahmenbedingungen für den Dienstleistungssektor als Wachstumsmarkt verbessern</b>
	4. <b>Wertschöpfung im ländlichen Raum durch Ausbau der regionalen Wirtschaftskreisläufe erhöhen</b>
	5. <b>Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen schaffen</b>
<b>Allgemeine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung</b>	6. <b>Strategische Allianzen in stärkerer Zusammenarbeit mit der Wirtschaft aufbauen</b>
	7. <b>Regionalbewusstsein stärken und Grundgedanken der Integrierten ländlichen Entwicklung breit verankern</b>
<b>Verbesserung der Basiseinsvorsorge: Bauland, Infrastruktur, Wohn- und Arbeitsumfeld</b>	8. <b>Bauland bereitstellen und nachhaltige Raum- und Siedlungsstrukturen entwickeln gewährleisten</b>
	9. <b>Verkehrsinfrastruktur als einen grundlegenden Standortfaktor bedarfsgerecht ausbauen</b>
	10. <b>Nahversorgung, soziale Dienste und kulturelle Angebote als notwendige Grundversorgung und attraktives Wohnumfeld sichern</b>
	11. <b>Umwelt-, Erholungs- und Freizeitwert der Kulturlandschaft als weichen Standortfaktor weiter entwickeln</b>
	12. <b>Hochwasser- und Gewässerschutz als Standortvorteil im interregionalen Wettbewerb sichern</b>



- Zusammenlegung der Grundstücke unter Berücksichtigung der Pachtflächen
- Bedarfs- und landschaftsgerechte Erschließung der Flächen
- Einsparpotential abhängig von Ausgangsgrößen und Grad der Zusammenlegung



- Aktuelle Effizienzuntersuchungen  
Einsparungen etwa  
20 – 150 €/ha zzgl. 2 – 20 AKh/ha
- Beispiel: Einsparung von 985.000 Liter/a  
(= Verringerung CO<sub>2</sub> um 2.600 t)

Das zweite Ziel, die **Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft** in Rheinland-Pfalz zu **verbessern**, ist ein traditionelles Ziel.

Damit die Landwirtschaft ihre ökonomischen und ökologischen Aufgaben auch weiterhin erfüllen kann, sind weitergehende Arrondierungen und damit auch die Aufhebung eines Teils der bestehenden Wege sowie die Vergrößerung der Schlaglängen zu realisieren. Diese Anpassung der Flurverfassung zur Verbesserung der Wettbewerbslage der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft kann nicht auf lange Zeiträume verschoben werden.

Sie sehen in der Folie die Ergebnisse aktueller **Effizienzuntersuchungen** (in Bayern).

Die Bodenordnung kann der Landwirtschaft am besten helfen, wenn sie schnell hilft.

Die Unterstützung der **landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit** wird trotz GAP-Reform immer wichtiger.

Die kleinteiligen Flurstücksstrukturen und minimalen Schlaglängen in Rheinland-Pfalz, die vielfach noch auf die Kuhanspannung ausgelegt sind, zwingen dazu, beschleunigt zu handeln.

Die Wirkungen der Flurbereinigung sind ein ökonomischer und sozialer Faktor.

Befragungsergebnisse zeigen, dass die Motivation in landwirtschaftlichen Betrieben nach einer Bodenordnung sehr deutlich steigt.

Meist ist es notwendig, die Eigentumsbodenordnung mit dem freiwilligen Nutzungstausch zu kombinieren.

Hier liegt ein entscheidender Schwerpunkt der kommenden Jahre für die landwirtschaftlichen Betriebe. Weil wir gar nicht so schnell handeln können, hat der Freiwillige Nutzungstausch bei uns noch einmal besonderen Vorrang.

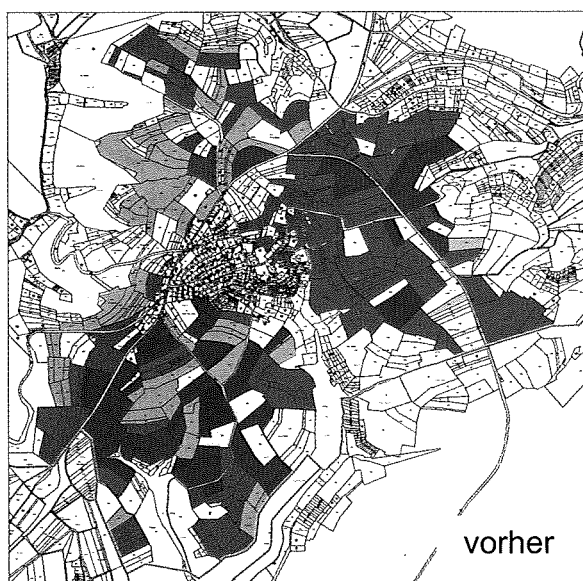
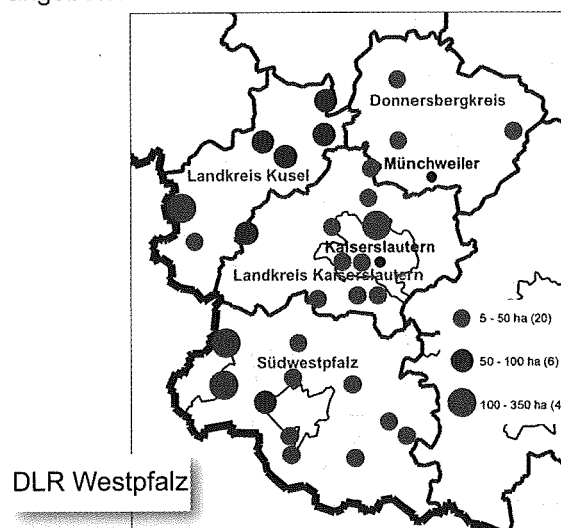
Sie sehen hier den Freiwilligen Nutzungstausch in der Westpfalz.

Wahrscheinlich ist die Westpfalz bundesweit „Marktführer“.

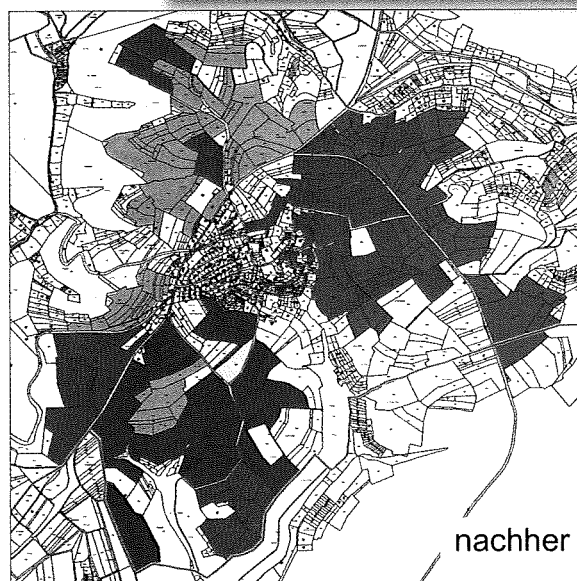
Alle Punkte auf der Karte unten signalisieren aktuelle Nutzungstauschverfahren.

Ein Beispiel zum Nutzungstausch sehen Sie vorher und nachher im Vergleich.

Der freiwillige Nutzungstausch auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches bleibt ein wichtiges zusätzliches Angebot und wird auch in Bodenordnungsverfahren - in der Regel in der Anfangsphase - angeboten.



vorher



nachher

Auch im **Weinbau** gilt ein Ähnliches.

Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen die rheinland-pfälzischen Winzer bei ungünstigen strukturellen, topographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre Produktionsgrundlage durch Senkung der Arbeits- und Produktionskosten verbessern, die Betriebseinheiten vergrößern und hochwertige Weine erzeugen.

Um den hier bestehenden Hemmnissen entgegenzuwirken und innovative Rationalisierungen zu ermöglichen, sind im Rahmen der ländlichen Bodenordnung die weinbaulichen Grundstücke

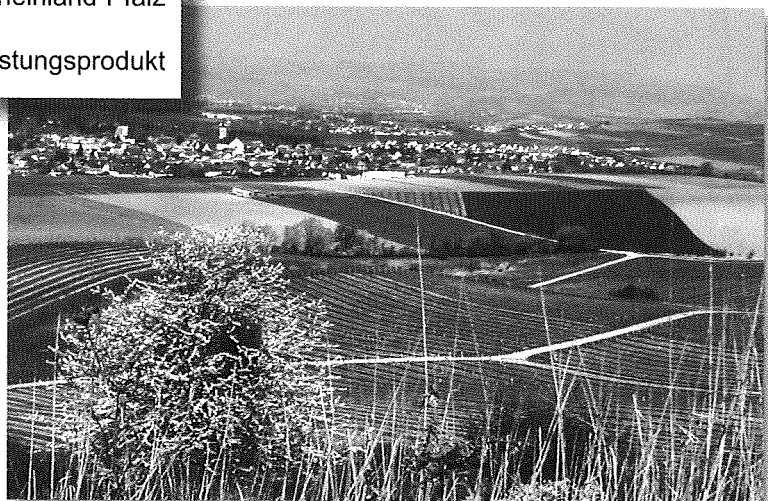
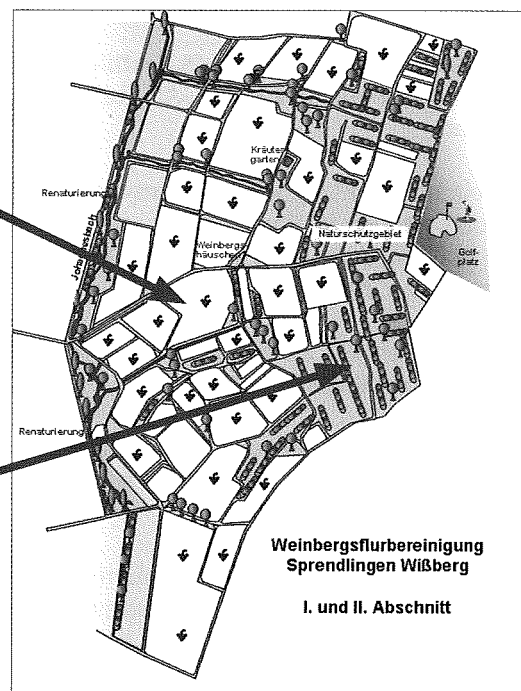
unter Berücksichtigung der typischen Landschaftsstrukturen zu größeren und besser geformten Wirtschaftseinheiten zusammenzufassen, neue Erschließungswege - wenn möglich - in umweltschonender Ausbauphase anzulegen.

Gleichzeitig soll es zu einer dauerhaften Erhaltung von Biotopen zur Sicherung bedeutender Strukturelemente, sowie zum Hochwasser- und Erosionsschutz einen Beitrag geben.

Was Sie aus den Bildern sehen, ist die ganz andere Art, mit der heute Weinbergsflurbereinigung betrieben wird, als vielleicht vor 10 oder 20 Jahren.



Weinbergsflurbereinigung - in Rheinland-Pfalz weiterhin ein wichtiges Dienstleistungsprodukt



Da Weinbaulandschaft potenzielle Touristiklandschaft ist, wird alles daran getan, Touristen in diese Landschaft zu locken.

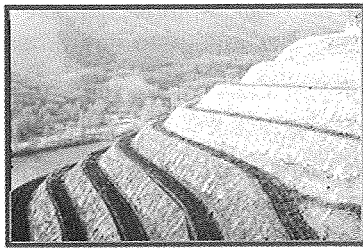
Dem steht nicht entgegen, dass partielle Bereiche auch für Vollerntemaschinen nutzbar sein müssen.

Ein völlig neues Produkt ist die Querterrassierung.

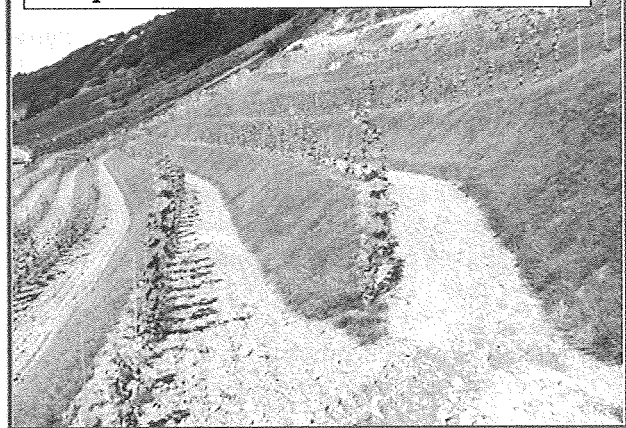
Sie ist eine wichtige Perspektive für die Winzer an der Mosel.

Sehr interessant sieht die Fläche aus, wenn sie in Rohbearbeitung am Hang liegt.

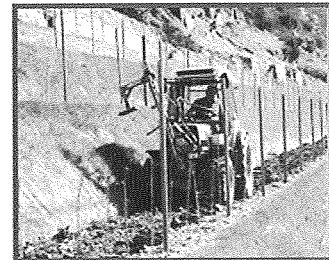
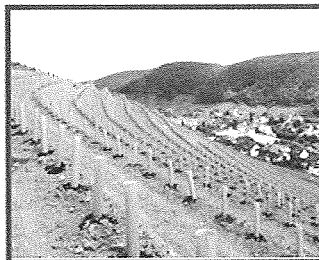
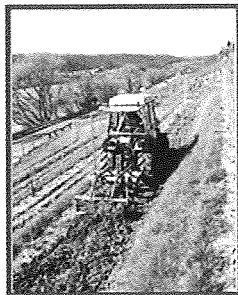
Wenn es denn fertig ist, das sehen Sie an diesem Beispiel, ist aus dem Querhang mit bis zu 70 % eine Flachlage geworden mit drastischen Kosten- und Zeiteinsparungen und darüber hinaus einem noch besseren Wein.



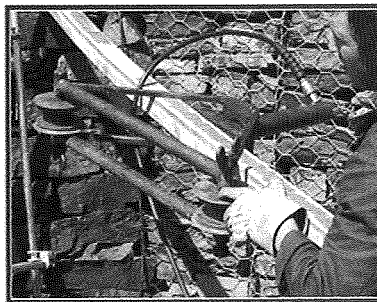
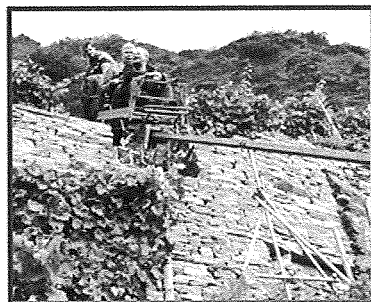
**Querterrassierung - wichtige neue Perspektive für die Winzer an der Mosel**



**Querterrassierung - Basis für drastische Arbeitszeit- und Kosteneinsparungen im Weinbau**



**Bau von Bahnsystemen - entscheidende Basis für die Erhaltung der Kulturlandschaften mit steilsten Hängen für Weinbau und Tourismus**





Um steile Hänge an Mosel und Rhein für den Weinbau zu erhalten, müssen Bahnsysteme errichtet werden.

Sie sind entscheidende Basis für die Erhaltung dieser Kulturlandschaften.

Rund 460 Stränge sind in den letzten 15 Jahren an der Mosel errichtet worden.

Damit erscheint die Mosel derzeit vor dem Bruchefallen in den Steilsthängen gerettet.

Radfahrer halten bewundernd an, wenn sie eine Bahn in Funktion erleben.

Es sind auch weiterhin zur Förderung der Infrastruktur im ländlichen Raum Bodenordnungsverfahren durchzuführen.

Beseitigung von Durchschneidungsschäden und die Neuordnung der Grundstücke durch ein auf Baumaßnahmen abgestimmtes Wege- und Biotopnetz sind wichtige Ziele.

Damit kann der Landschaftsverbrauch minimiert und der Flächenankauf preisgünstig gestaltet werden.

Nachteile für die allgemeine Landeskultur werden vermieden.

Landespflegerische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen können sinnvoll verwirklicht und ggf. in einen Ökopool eingebracht werden.

Der Baulastträger kann frühzeitig in den Besitz der notwendigen Flächen eingewiesen werden.

Ein völlig neues, spannendes Produkt war der Eilauftrag an die Dienstleistungszentren ländlicher Raum, die Verlegung des amerikanischen Militärflughafens Frankfurt nach Ramstein zu unterstützen.

Nur mit der Sicherung der Habitate für den „Kammolch“ war dieser Umsetzungsprozess der amerikanischen Streitkräfte nach Ramstein möglich.

Hier hat die Bodenordnung in kürzester Zeit in einem ständigen, kongressartigen Dialog – immer mit allen am Tisch – eine Glanzleistung vollbracht.



**Ziel: Vollständige Verlegung des amerikanischen Militärflughafens von Frankfurt nach Ramstein**

**Eilauftrag an DLR: Bereitstellen von Ausgleichsflächen für Gewässerentwicklung in zwei Bodenordnungsverfahren**





Ein wichtiges Ziel, das hat sich bei den Erörterungen mit den Sozialpartnern herausgestellt, ist es weiterhin, die Gemeindeentwicklung wirksam zu unterstützen.

Dazu sollen die Ideen der Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Kommunen aufgegriffen werden.

Die Möglichkeiten sind sehr vielfältig und können hier nicht aufgezählt werden.

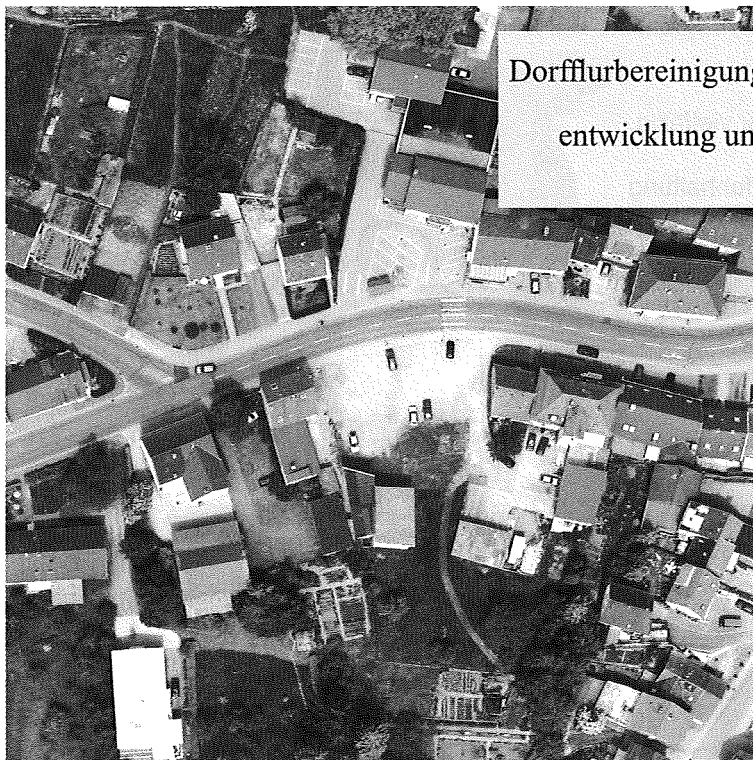
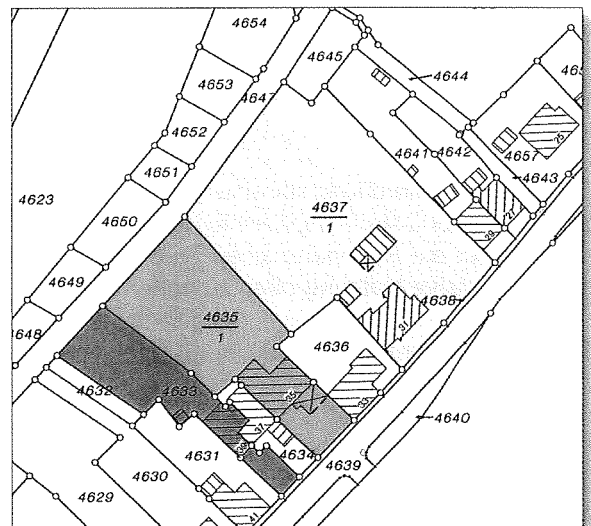
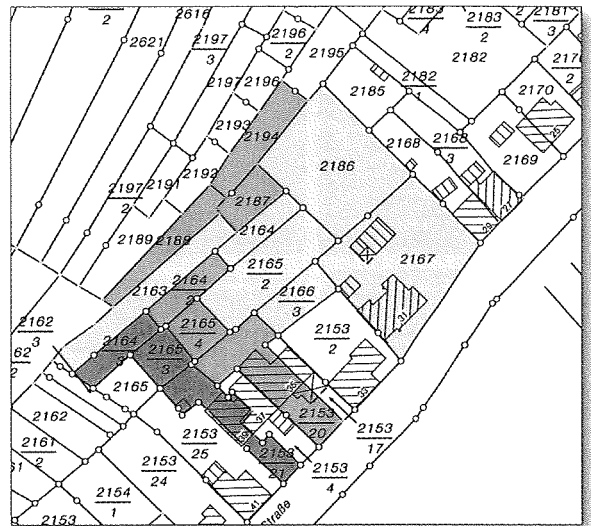
Zusammenfassend soll die ländliche Bodenordnung im Dorf dazu beitragen, Ortskerne neu zu gestalten, leer fallende Bausubstanzen umzunutzen, gemeindliche Ökokonten aufzubauen und die Grundlagen für übergemeindliche Projekte zu schaffen.

Kurz gesagt:

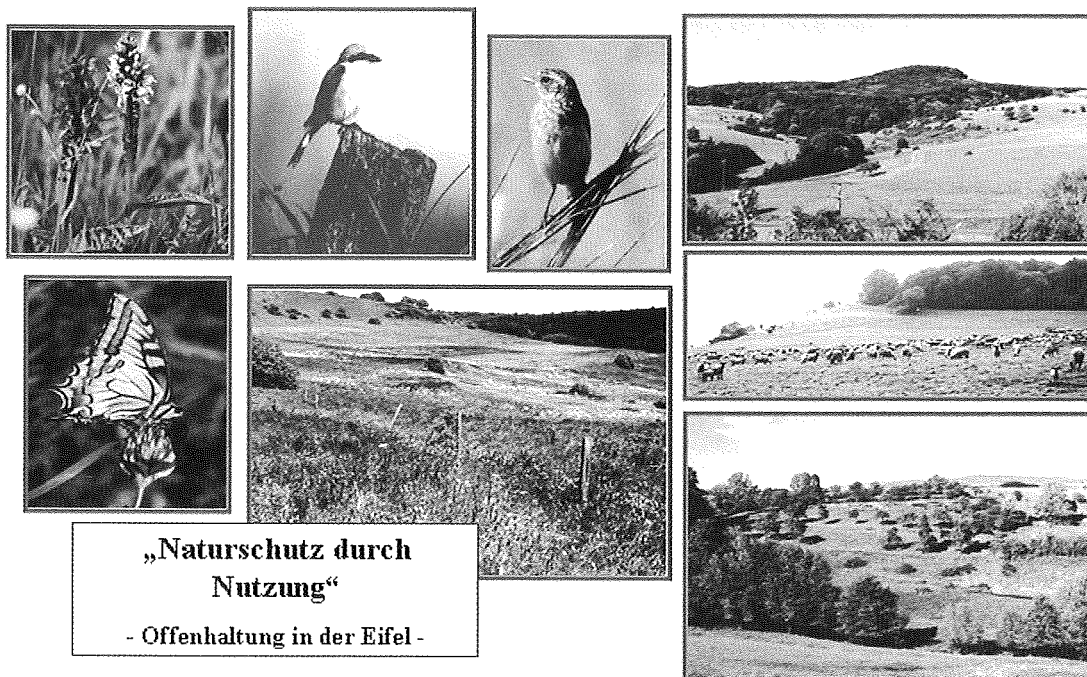
Dorfflurbereinigung im Verbund mit Dorferneuerung, das ist eine entscheidende Dienstleistung für die Kommunalentwicklung und die Erhaltung der Ortskerne. Die Ergebnisse sind äußerst vielfältig und wirksam.

Meine Damen und Herren,

auch in der kommenden Förderperiode bleibt es ein zentrales Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen und zu entwickeln.



Dorfflurbereinigung - Dienstleistung für Kommunalentwicklung und die Erhaltung der Ortskerne



Durch die Bodenordnung soll eine naturverträgliche, landschafts- und standortgerechte Nutzung erreicht werden, um die Kulturlandschaft zu erhalten und durch extensive Nutzung offen zu halten.

Ein wichtiges neues Produkt heißt „Naturschutz durch Nutzung“.

Ein Offenhaltungsprodukt in der Eifel - mit Geld der Straßenverwaltung aus Ausgleichsmitteln - zeigt die erhaltene Landschaft.

Landschaften dieser Art finden in unseren Programmen besonderes Augenmerk.

Naturschutz durch Nutzung, das ist sehr vielfältig.

Im Kernsegment sehen wir auch die Offenhaltung von Talauen überall im Land.

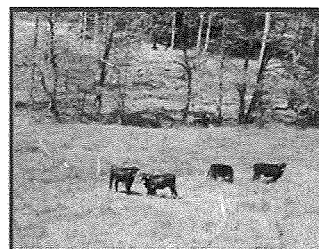
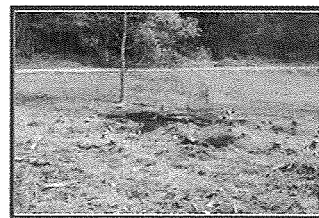
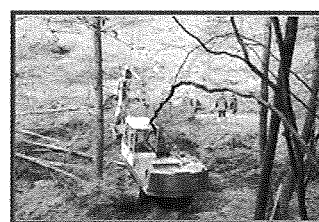
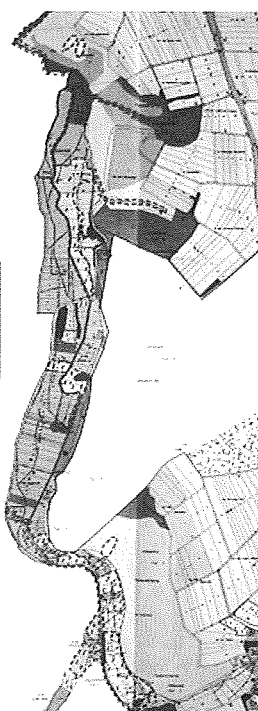
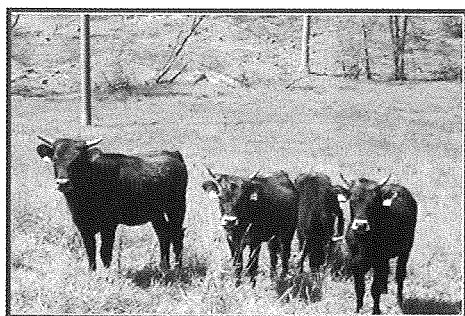
Dieses Beispiel, das Grenzbachtal im Westerwald, ist uns genauso wichtig wie vergleichbare Bereiche im Pfälzer Wald oder in der Eifel.

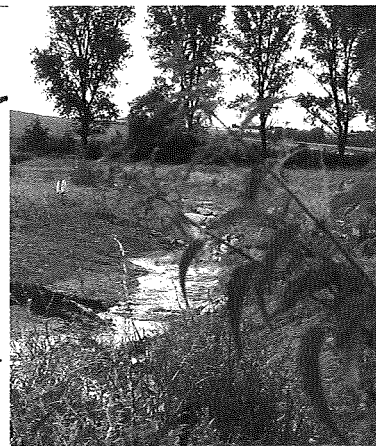
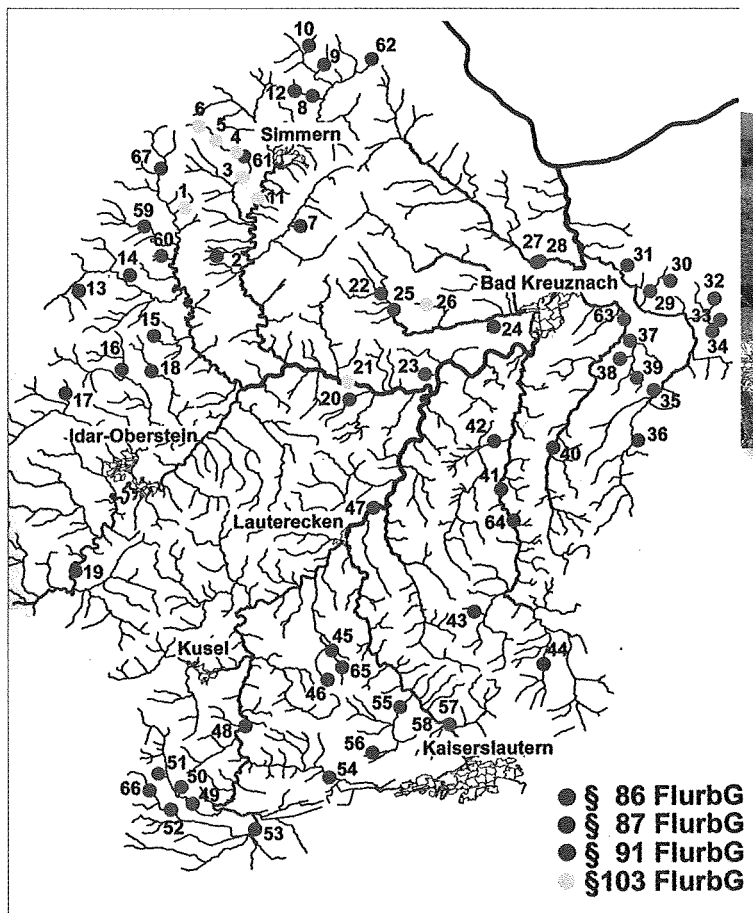
Vielfach geht es um das Entfernen von unerwünschtem Aufwuchs.

Wie Sie in diesen Bildern sehen, geht es aber auch um das Ansiedeln geeigneter Großtierrassen, die in diesen Tälern leben und die Täler offen halten.

Diese Täler sind schließlich entscheidende touristische Achsen für unser Land.

**„Naturschutz durch Nutzung“**  
- Offenhaltung von Talauen -





Mit der „Aktion Blau“ und dem „Naheprogramm“ in Rheinland-Pfalz haben wir da sehr viel Erfahrung.

Allein in dem Bereich des Naheprogramms (= 20 % der Landesfläche von Rheinland-Pfalz), aus dem diese Beispiele stammen, haben wir in den letzten 10 Jahren über 300 km Bachauen renaturiert.

So war z. B. die Neugestaltung eines Gewässers im Verbund mit der ländlichen Bodenordnung zentraler Gegenstand der ersten Landesgartenschau in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren,

Auch die Wiederherstellung naturnaher Gewässer, die Umsetzung und Unterstützung ökologischer Planungen anderer Träger oder die Arrondierung von Flächen für Ökokonten und Flächenpools sind durch das Flächenmanagement zu bewerkstelligen.

Diese Maßnahmen werden oft mit kleinen organisatorischen Mitteln vollzogen.

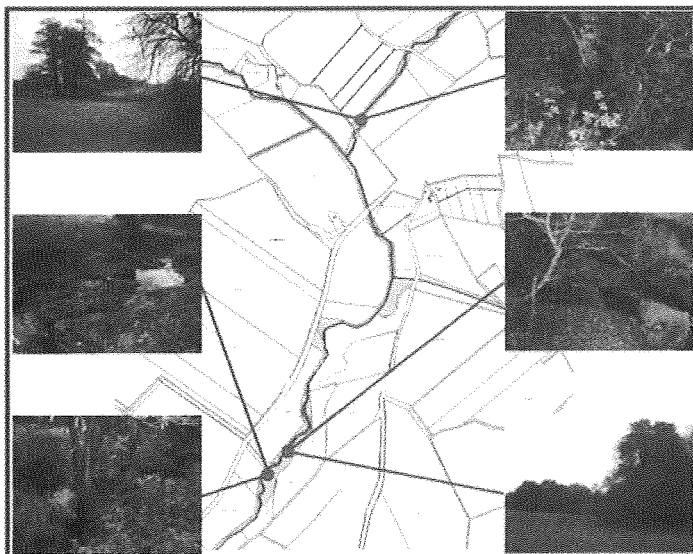
Schon in den letzten 10 Jahren war es ein zentrales Ziel der ländlichen Bodenordnung, die Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement zu unterstützen.

Diese Aufgabe wird gezielt fortgeführt.

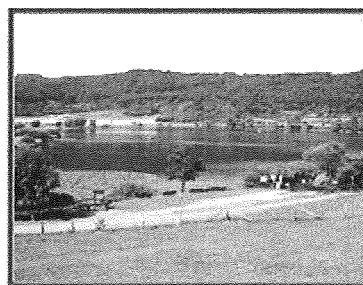
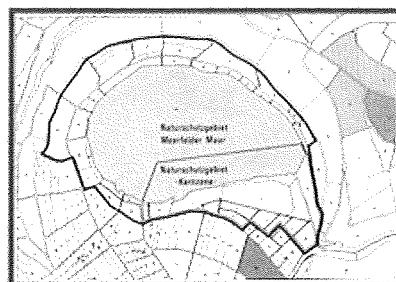
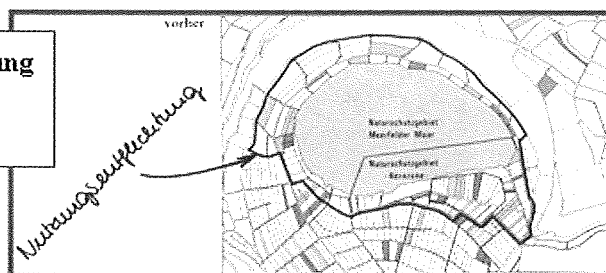
Aufbauend auf den Erfahrungen mit der Aktion Blau und dem Naheprogramm sind die vielfältigen Funktionen, die naturnahe Gewässer und ihre Auen besitzen, zu sichern, wieder herzustellen und zu entwickeln.

Die Unterstützung der Gewässerentwicklung fließender Gewässer durch Flächenmanagement ist uns wichtig, nicht erst seit es die europäische Wasserrahmenrichtlinie gibt.

#### Unterstützung der Gewässerentwicklung fließender Gewässer durch Flächenmanagement - Beispiel „Naheprogramm“



### Unterstützung der Gewässerentwicklung stehender Gewässer durch Flächenmanagement



Die Maare in der Eifel in ihrer Schönheit und Bedeutung für den Naturschutz zu erhalten, aber auch die Gewässer rein zu halten, ist ein wichtiges Ziel des Flächenmanagements.

Das Beispiel „Meerfelder Maar“ zeigt dies in besonderem Maße.

Sie sehen an diesen Graphiken, wie es gelungen ist, die landwirtschaftlichen Betriebe entlang des Maarufers aus der bedrohlichen Zone herauszunehmen und an anderer Stelle abzufinden.

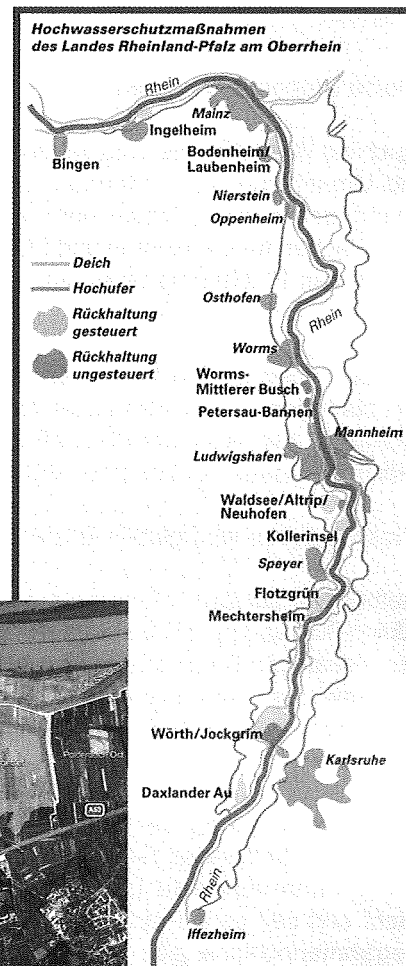
Diese Prozesse haben wir schon einige Male erprobt. Wir haben sie noch mindestens ein Dutzend Mal vor uns.

Darüber hinaus gilt es, die Großbaumaßnahmen am Oberrhein durch den Bau von Poldern in den vereinbarten Projekten fortzusetzen.

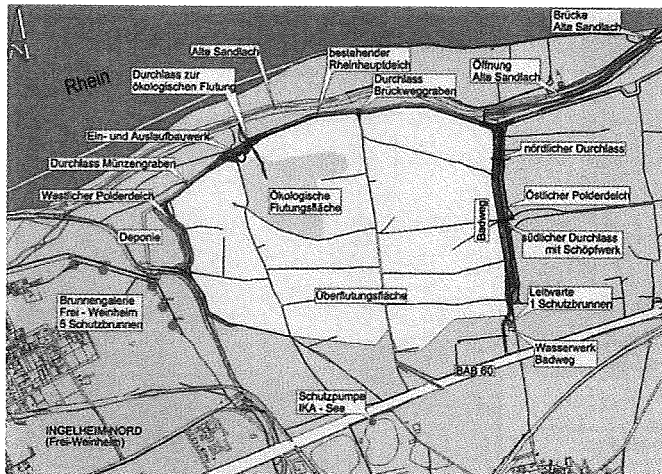
Diese komplizierten Prozesse unterstützen wir zunächst durch großräumige Planungen.

In der Vergangenheit durch Großraum AEP's, in Zukunft dann durch ILEK's.

Bisher haben wir ebenfalls die Umsetzung durch eine Moderation begleitet.

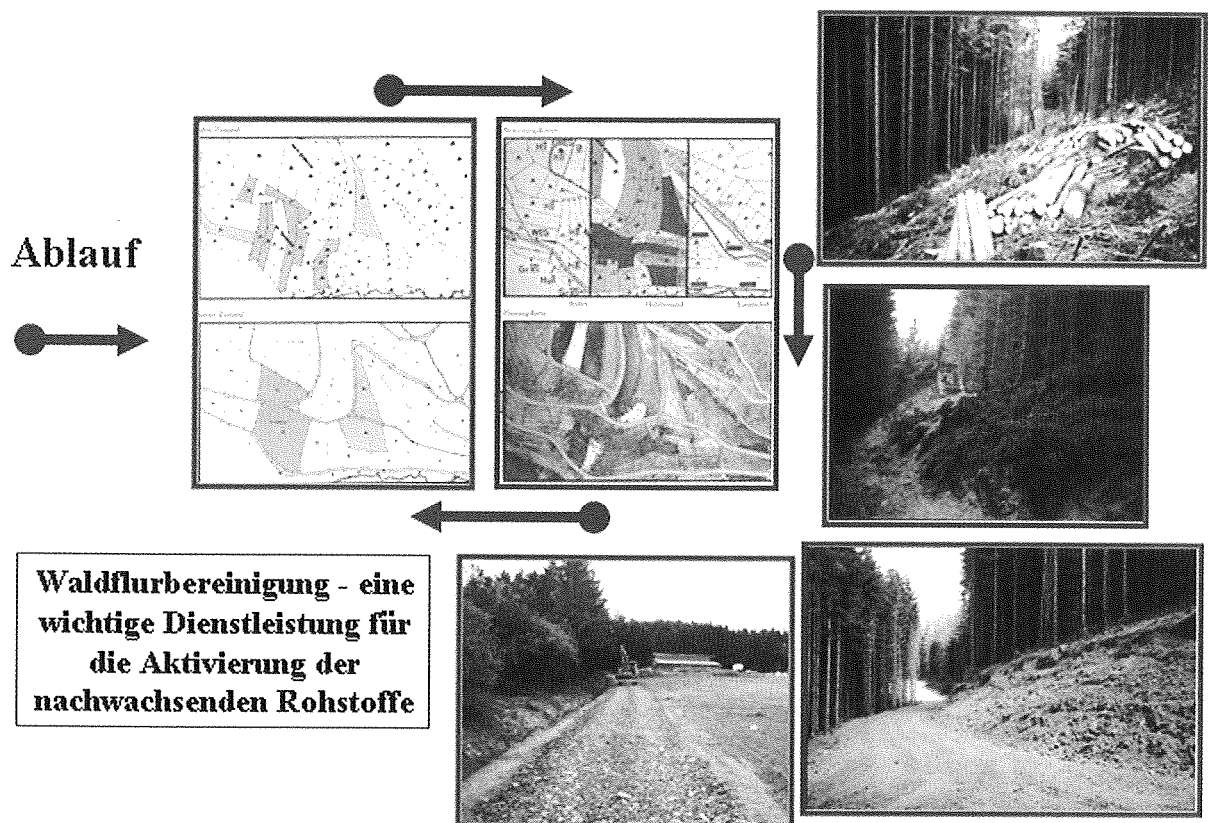






Wichtig ist dann - in der zweiten Phase - für die Betriebe das von ihnen zumeist eingeforderte Flächenmanagement durch Unternehmensflurbereinigungen.

Das Beispiel Ingelheim zeigt - sowohl aus der Sicht der Nutzung der Flächen als auch aus der Sicht der Eigentumsverhältnisse - die gesamte Komplexität.



Waldflächen zu ordnen, zu erschließen und nachhaltig zu entwickeln ist eigentlich ein „altes“ neues Ziel.

Durch die Waldflurbereinigung soll die Landentwicklung in Zukunft wirksam zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur wirtschaftlicheren Arbeitsweisen im Privatwald und Körperschaftswald beitragen.

Auch die Walderholung, der Tourismus und der Waldschutz sind zu fördern.

Letztlich geht es um die Aktivierung des Rohstoffs Holz in den nicht wirtschaftlich genutzten Privatholzbeständen.

Waldflurbereinigung wird jetzt wieder zur neuen Dienstleistung, nachdem man sie jahrelang nicht auf der Prioritätsliste hatte.

Basis ist eine neue „Finanzkooperation“ zwischen Landesforstverwaltung und Landentwicklung.

Schließlich gilt ganz einfach:

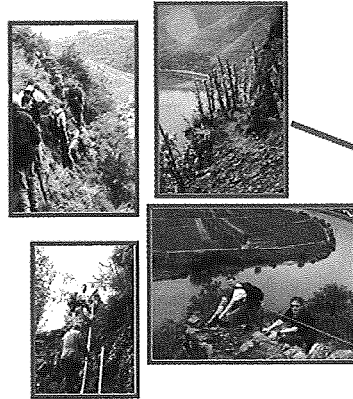
Ohne Waldwege und ohne Waldflurbereinigung können die Ressourcen aus dem Privatwald - und das sind rd. 25 % der Ressourcen im Wald in Rheinland-Pfalz - nicht aktiviert werden.



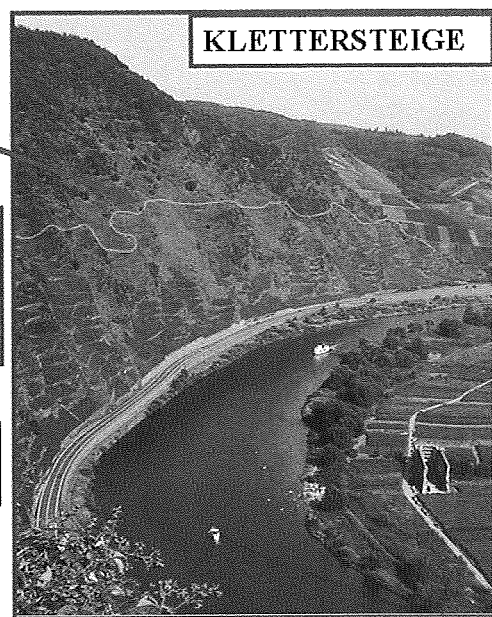
Auch der ländliche Tourismus und das Fördern von Kooperationen sind wesentlich höher angesetzte Ziele in der kommenden Förderperiode.

Mit 130.000 Arbeitskräften ist der touristische Sektor ein ganz entscheidender Lebensfaktor für Rheinland-Pfalz.

So ist es in Bodenordnungsverfahren problemlos möglich, für die unterschiedlichsten touristischen Anlagen Flächen bereit zu stellen.



Neue Herausforderung für Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung an Rhein, Mosel und Ahr



Weiterhin sind Diversifizierungsmaßnahmen, die landwirtschaftlichen und weinbaulichen Betrieben im Tourismussektor neue Einkommensquellen ermöglichen, gezielt zu unterstützen.

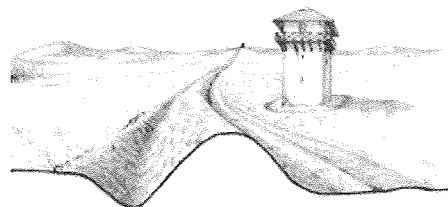
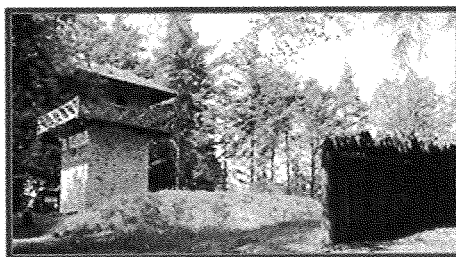
Ausgehend von ersten Ideen bei Klettersteigen an der Mosel (gefördert als LEADER-Projekt), wie hier zum Beispiel der Calmont-Klettersteig, wo jährlich bereits 25.000 Touristen durchlaufen, kommen nun neue Produkte am Mittelrhein.

Hier empfehle ich Ihnen den neuen „Rheinsteig“.

Am Welterbe „Limes“ warten auf die Bodenordnung und Landentwicklung völlig neue Herausforderungen.

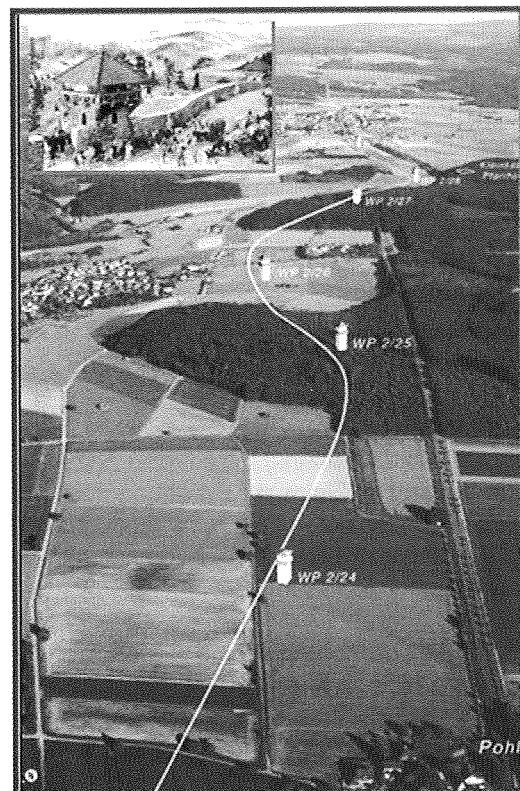
Auf einer Fläche von rd. 75 km wird nun der Limes erlebbar gemacht.

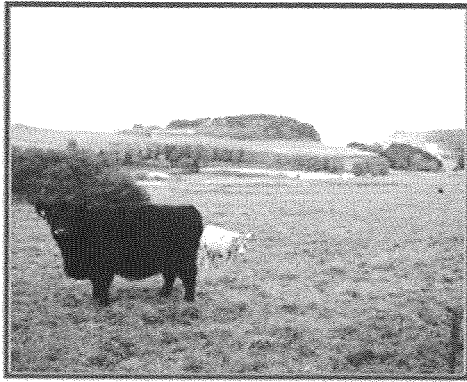
Wichtige Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Tourismus können entstehen.



Neue Herausforderung für Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung:

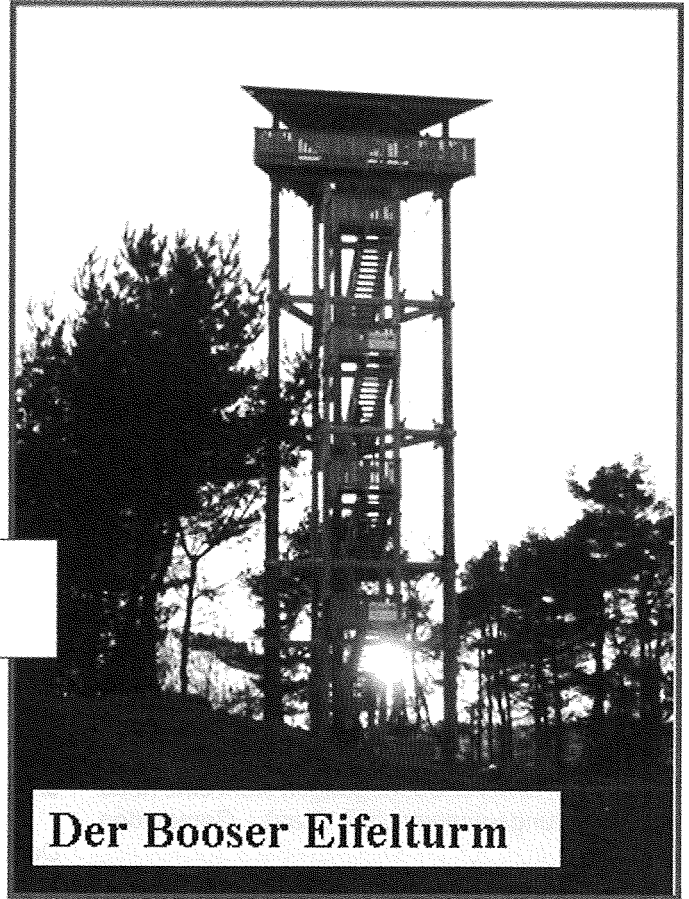
„Welterbe LIMES“ in Rheinland-Pfalz erlebbar machen





**Bodenordnung Boos -  
das Beispiel in Salzburg**

**Neue Strategien mit  
Weitblick angehen**



**Der Booser Eifelturm**

Nicht genug damit, auch auf der anderen Seite von Rheinland-Pfalz - am Westwall - bestehen hohe Herausforderungen, die durch Landentwicklung zu unterstützen sind.

Die Zielsetzungen von Denkmalpflege, Naturschutz und Tourismus bündeln sich im Thema „Westwall“ mit mehreren hundert Bunkern und vielen Kilometern Höckerlinie.

Sie sehen hier ein Stück Höckerlinie (also Panzersperren des Zweiten Weltkriegs), das friedlich beweidet wird.

Auch diesen Bereich der Denkmalpflege werden wir durch Flächenmanagement unterstützen.

Viele Lebewesen wie z. B. die Mopsfledermaus oder auch Füchse haben sich hier „bombensicher“ geschützt und möchten in Zukunft auch weiter hier ihre Habitate nutzen.

Schließlich zuletzt das Beispiel Boos, das Deutschland in Salzburg präsentiert hat.

Als Highlight sehen Sie hier den „Booser Eifelturm“ und es gibt schon Busreisen dorthin, die wegen Irreführung angefochten wurden, weil Besucher nicht akzeptieren wollen, dass der Eifelturm sich

nunmehr in der Eifel und nicht mehr in Paris befindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hatte Ihnen auch etwas zum Programm Landentwicklung und ländliche Bodenordnung der kommenden Förderperiode sagen wollen.

Wie sehen die Leistungszahlen in Rheinland-Pfalz aus?

In Bearbeitung sind z. Zt. etwa 500 Bodenordnungsverfahren.

Neu in das Programm 2007 bis 2013 - also der EU-Förderperiode - werden jährlich etwa 45 Bodenordnungsverfahren aufgenommen.

Dabei gehen wir z. Zt. von sehr schnellen Laufzeiten für die einzelnen Bodenordnungsverfahren aus.

Zurzeit liegen wir bei 2 bis 3 Jahren Laufzeit von der Anordnung bis zum Besitzübergang.

Wir schaffen z. Zt. etwa eine Bearbeitungsfläche von 13. 000 Hektar pro Jahr.

In 7 Jahren werden wir nach Personalabbau noch ca. 10.500 Hektar pro Jahr erreichen.

Das heißt natürlich Anordnung, Besitzübergang, Schlussfeststellung und alles was dazwischen liegt.

Hinzu kommen derzeit jährlich etwa 150 freiwillige Landtausche und schon rd. 40 freiwillige Nutzungstausche.

Die Anzahl der integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte dimensionieren wir nach Bedarf.

Hinzu kommt die Umsetzungsmoderation, das so genannte Regionalmanagement, das sich nach unserem Finanzbudget richten muss.

Meine Damen und Herren,

abschließend möchte ich Ihnen unsere strategischen Partner vorstellen.

Im Zentrum unserer Überlegungen steht eine neue Verantwortungsgemeinschaft Staat - Gemeinden - Bürger.

Diese gilt es - vor allem durch ILEKe und Regionalmanagements zur Selbsthilfe zu aktivieren.

Dazu zählen der Netzwerkaufbau, das Aktivieren und Begleiten.

Die Devise lautet:

Einsatz der Kernkompetenzen nicht für das Wünschenswerte sondern das Notwendige.

Dann kommen die Partnerschaften auf der fachlichen Ebene im ländlichen Raum:

Da ist zunächst das Liegenschaftskataster, mit dem wir eine Entlastung auf Gegenseitigkeit vereinbart haben.

Wir haben erkannt, dass wir in technischer Hinsicht vielen Punkten ähnliche Ziele verfolgen und unterstützen uns seit mehr als zwei Jahrzehnten gegenseitig.

In ähnlicher Weise gilt dies für den Bereich Wasser.

Das Flächenmanagement für Polder und die Aktion Blau hat gezeigt, dass die Wasserwirtschaftsverwaltung großes Vertrauen in uns setzt.

Mit dem Geld der Wasserwirtschaftsverwaltung ist es uns gelungen, rd. 300 km Bachauenrenaturierung entlang der Nahe zu betreiben.

Ähnlich sieht es bei Straßen und Autobahnen aus.

Hier sind wir Wegbereiter für viele großräumige Achsen und helfen gleichzeitig mit Ökopools die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zeitgerecht und in richtiger Lage bereit zu stellen.

Eine ähnliche Partnerschaft verbindet uns mit den Kommunen. Hier leisten wir ebenfalls wichtige Beiträge für ein umfassendes Flächenmanagement.

Die Partnerschaft mit dem Naturschutz ist schrittweise gereift.

Heute ruft uns der Naturschutz, um Projekte wie den Westwall zu begleiten.

Das schließt nicht aus, dass in Einzelfällen auch schwierige Dialogprozesse geführt werden müssen, um für alle Beteiligten ein Optimum zu erreichen.

Der Tourismus ist ein neu entdecktes Gebiet.

Nicht dass wir in der Vergangenheit hierfür nichts getan hätten, aber jetzt geht es um groß angelegte Projekte wie z. B. am Limes oder Mittelrhein.

Das Flächenmanagement für Flugplätze war für uns ein völlig neues Erlebnis.

Die Zeitachse die erforderlich war, um fast aus dem Stand heraus den Flugplatz Ramstein auszubauen, bleibt uns in der Bodenordnung unvergessen.

Für den Wald streben wir eine ähnliche Vereinbarung an, wie mit der Wasserwirtschaft.

Auch hier geht es um ein groß angelegtes Flächenmanagement, das nur mit ausgewogener Partnerschaft zu bewerkstelligen ist.

Bleiben die traditionellen Partner Landwirtschaft und Weinbau.

Hier gibt es neue Prozesse, wie Sie anhand des Bildmaterials feststellen konnten.

Völlig neu hinzukommen Unternehmen, Gründer und der demographische Wandel.

Das sind Partnerschaften die sich in den integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten widerspiegeln.

Hier geht es um großräumig angesetztes Denken, um Vernetzungsstrategien und die Bodenordnung kann dann nur eine kleine Hilfe sein.

Wichtig ist es auch, andere Hilfen mit in die Prozesse herein zu bringen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss feststellen, dass wir im Rahmen der Dialogprozesse mit den Partnern im ländlichen Raum festgestellt haben, dass es nicht um die Sicherung der Belange einer immer geringeren Zahl von Agrarbetrieben geht, sondern darum, die Kapitalwerte der Flächen für die Menschen im ländlichen Raum zu erhalten.

Fällt eine aktive Bewirtschaftung der Fläche weg, sinken auch Bodenrente und Kapitalwert der Fläche. Regionales Kapital und Wohnqualität bleibt brach liegen.

Nur zeitgemäße geordnete Fluren sichern auch künftigen Generationen von Landeigentümern im ländlichen Raum Wertschöpfungen aus dem Bodeneigentum.

Dieses zu bewahren und zu sichern ist sicherlich Ziel aller hier anwesenden Fachleute.

Helfen sie uns weiter den ländlichen Raum zu entwickeln.

Vielen Dank für Ihr Interesse.

## FACHBEITRÄGE

### Einrichtung von Gewässerrandstreifen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren

Ltd. Regierungsdirektor Heinrich Schröder, DLR Rheinland

#### Die Lage

Der Umgang mit den Fließgewässern wird in den Augen der Öffentlichkeit zunehmend zum Gradmesser für den Erfolg eines Flurbereinigungsverfahrens. Nur in dem Maße, in dem es gelingt, über die technischen Erfordernisse der Vorflutbeschaffung und -regelung hinaus den Gewässern Raum für eine Eigenentwicklung zu geben, steigt die Akzeptanz einer Bodenordnungsmaßnahme.

Die adäquate Lösung dieser Aufgabenstellung ist jedoch keine bloße Frage des Images einer Verwaltung.

Wenn es nur das wäre, hätten wir es mit einem vordergründigen Problem zu tun. Die Flurbereinigungsverwaltung sieht sich vielmehr in der Pflicht, den gestiegenen Erwartungen an die Behandlung von Fließgewässern in Bodenordnungsverfahren nicht nur gerecht zu werden - das wäre zu wenig - sondern sie aktiv zu unterstützen.

Die Vorgaben von der Seite der Wasserwirtschaftsverwaltung sind eindeutig und klar:

Es sind die Zielsetzungen, die mit der Aktion Blau und mit der WRRL verbunden werden:

also schlagwortartig

- ☐ Herbeiführen einer gewässertypischen Morphologie (Verbesserung der Strukturgüte) und
- ☐ Erreichen eines guten ökologischen Zustandes.

An dieser Stelle wäre es reizvoll, innezuhalten und sich zu vergegenwärtigen, welche Entwicklungsschritte im konzeptionellen Bereich von der Wasserwirtschaftsverwaltung in den letzten 30 Jahren zurückgelegt worden sind oder zurückgelegt werden mussten, um zu dem heutigen Status zu gelangen.

Vergleichbares lässt sich auch von der Flurbereinigungsverwaltung sagen, die sich von überwiegend agrarisch definierten Zielsetzungen hin zu einem integrierten ländlichen Entwicklungsansatz gemauert hat.

Ziele der Landentwicklung sind entsprechend den Leitlinien Landentwicklung ganz allgemein die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Potenziale in allen ländlichen Teilräumen zu stärken. Dazu gehört u. a.

- ❑ die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen und der weinbaulichen Betriebe zu stärken,
- ❑ Landnutzungskonflikte sozialverträglich und flächensparend zu entflechten und zu lösen,
- ❑ die ökologische Vielfalt, die Schönheit und den Erholungswert der Landschaft zu erhalten und zu verbessern,
- ❑ die natürlichen Lebensgrundlagen durch Beiträge zum Gewässer- und Bodenschutz zu sichern und
- ❑ die vorbeugende Abwehr von Hochwasser und den Hochwasserschutz zu unterstützen.

Diese Zielsetzungen und noch andere mehr sind die Bausteine einer integrierten ländlichen Entwicklung, so wie sie von der Agrarpolitik als neuer Fördergrundsatz formuliert worden sind. Sie haben die umfassende Entwicklung des ländlichen Raumes im Visier, die auch im Hintergrund einer jeglichen Neuordnung durch eine Flurbereinigung steht bzw. zu stehen hat. Das gilt natürlich auch um zum Thema zu kommen bei der Ausweisung von Gewässerrandstreifen in Flurbereinigungsverfahren.

In der neuen Terminologie heißt das nun:

### **Gewässerentwicklung ist Landentwicklung.**

Wir, die Praktiker vor Ort, haben das immer schon gewusst und auch in unserer Arbeit umgesetzt. Die neue Begrifflichkeit folgt insoweit der Praxis.

Wir geht man ganz konkret vor, um einen Geländestreifen entlang von Fließgewässern auszuweisen? Wo liegen die Möglichkeiten - wo sind die Grenzen?

Dazu werfen wir einen Blick in den Werkzeugkasten der Flurbereinigungsbehörde.

### **Das Prinzip**

Der Anstoß zu einer Verbreiterung der Uferrandstreifen eines Fließgewässers kommt im Regelfall von den Kommunen oder von einem Gewässerzweckverband. Die Gründe sind vielfältig: Es kann die Senkung der Unterhaltungskosten sein, die jährlich bei erodierenden Gewässern entstehen; es können aber auch wasserwirtschaftliche oder ökologische Ausgleichsverpflichtungen sein, die von den Kommunen oder einem sonstigen Träger (z. B. Straßenbaulastträger) einzulösen sind.

Verlaufen die den Gewässern angrenzenden Grundstücke parallel zu den Gewässern, kann meist über den Erwerb von einigen wenigen Parzellen der Flächenbedarf gedeckt werden. Die Lösung erfolgt durch Ankauf oder durch Eintragung einer Dienstbarkeit als die einfachste Art von Bodenordnung.

Stoßen jedoch die Grundstücke senkrecht auf den Bachlauf, sind sehr viele Grundstückseigentümer betroffen und der Aufwand steigt exponential. Mit jedem einzelnen Grundstückseigentümer sind Verhandlungen zu führen und verbindliche Vereinbarungen abzuschließen.

Selbst wenn es gelingt Einigkeit über den Ankauf herbeizuführen, muss die Teilfläche separat vermessen werden (1. Schritt), der Eigentumsübergang muss notariell beurkundet werden (2. Schritt) und schließlich die Umschreibung im Grundbuch vorgenommen werden (3. Schritt). Insgesamt also ein Kostenaufwand, der bei normaler Acker-/Grünlandnutzung den Kaufpreis für das gesamte Flurstück übersteigt.

Neben dem Kostenaspekt ist es aber vor allem das Erfordernis der Freiwilligkeit, was das ganze Projekt bei dieser handgestrickten Vorgehensweise scheitern lässt.

Für eine Enteignung fehlt im Regelfall die Rechtsgrundlage; zudem wird dieses Instrument bei der Verfolgung kommunaler Interessen aus gutem Grund nur in sehr seltenen Ausnahmefällen eingesetzt.

In diesen Fällen bietet es sich an, ein Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz durchzuführen; es ist im Kern ein Tauschverfahren unter Berücksichtigung einer wertgleichen Abfindung. Nicht die gleiche Lage kann für einen Altbesitz eingefordert werden, sondern eine wertgleiche Lage- und das schafft den notwendigen Handlungsspielraum für die Verlegung von Eigenland und somit auch für die Ausweisung von Ge-



wässerrandstreifen. Die Flurbereinigung ist somit ein vermittelndes Bodenordnungsinstrument, das zwischen den Alternativen der Freiwilligkeit auf der einen Seite und der Enteignung auf der anderen Seite steht.

So genügt es entsprechend dem Bedarf ganze Grundstücke zu erwerben und sie genau an die Stelle - entlang des Gewässers - zu legen, an der es der Maßnahmenträger geplant hat.

### Akzeptanz

Das Instrumentarium der Flurbereinigung, das in diesen Fällen in Form eines sog. vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens zur Anwendung kommt, kann jedoch nicht per ordre de mufti ohne Rücksicht auf andere legitime Interessen durchgesetzt werden.

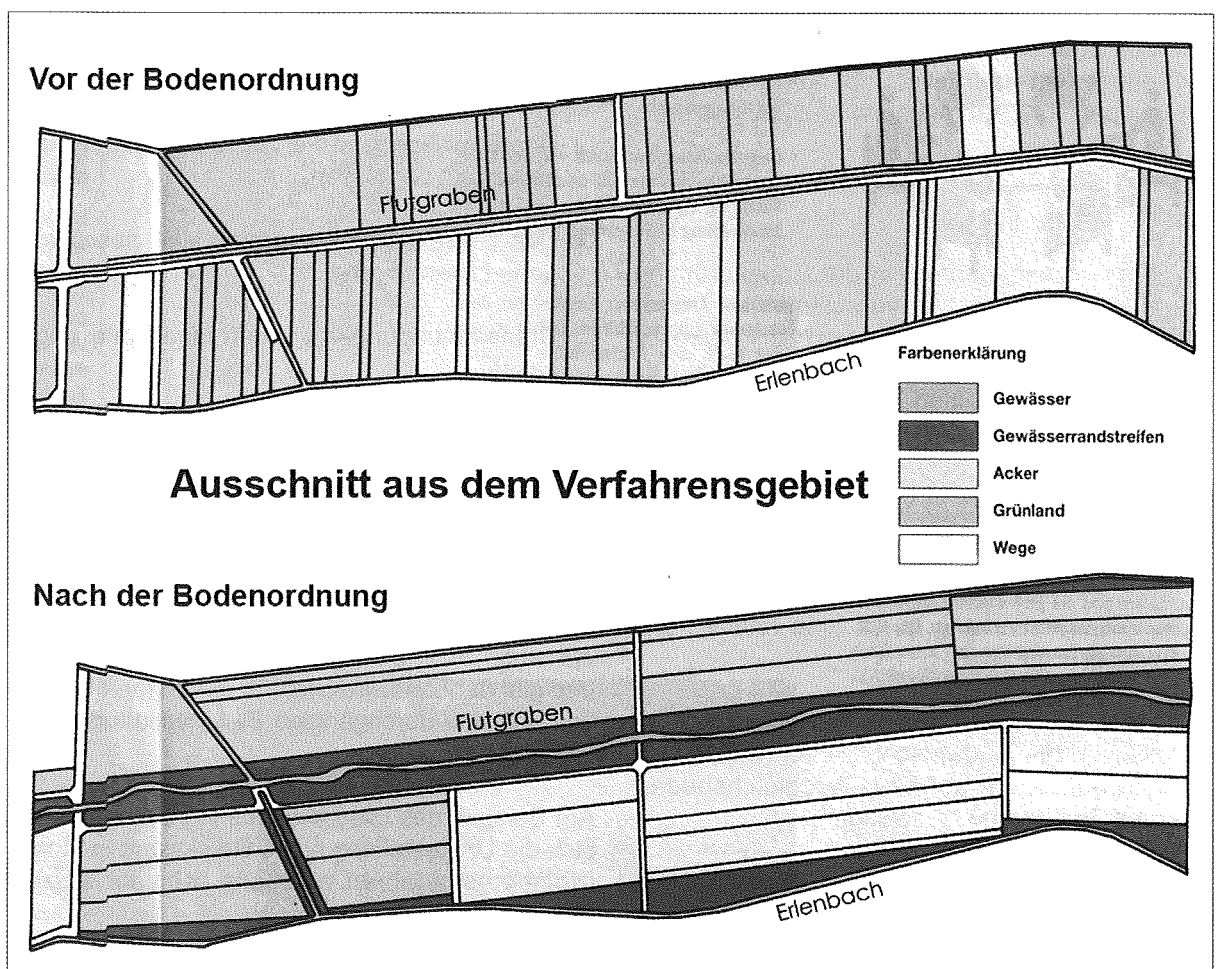
Zu denken ist hierbei vor allem an den Hauptnutzer der Flächen: die Landwirtschaft.

Es gibt da eine Einbahnstraße: Wenn zu dem Verlust an Bewirtschaftungsfläche auch noch verschlechterte Produktionsbedingungen hinzukämen (etwa durch eine Verkürzung der Furchenlänge > 10 %) und sonst nichts, was den Betrieben nützt, wäre eine solche Maßnahme nicht mehr zulässig.

Es gilt nämlich auch bei diesen Projekten (der Ausweisung von Gewässerrandstreifen) das Postulat der Privatnützigkeit der Flurbereinigung; d. h. das Verfahren muss erkennbar mit Vorteilen für den Eigentümer/Bewirtschafter verbunden sein.

Das kann geschehen durch:

- ☐ Einlegung eines Wendeweges entlang des Gewässers und damit Schaffung von Abstandsflächen
- ☐ Formverbesserung der Flurstücke und durch die
- ☐ Zuteilung des Besitzes auf nur einer Bachseite



In Erlenbach-Kandel -ein Bodenordnungsverfahren zur Gewässerentwicklung mit Besitzübergang im Jahre 1997- konnten die Bewirtschaftungsbedingungen für die Landwirtschaft nachhaltig verbessert werden.

- ☐ Durch die Drehung der Furchenrichtung parallel zum Flutgraben wurde die Schlaglänge auf rd. 250 m verdoppelt.
- ☐ Die Besitzstandsgröße wurde von 2 ha auf 4 ha ebenfalls verdoppelt.
- ☐ In guter Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Germersheim konnte eine blockweise Entflechtung von Acker- und Grünlandnutzung herbeigeführt werden. Damit konnten durchgängige Bewirtschaftungseinheiten geschaffen werden.

Das Verfahren Erlenbach-Kandel ist ein sehr gutes Beispielfahrer dafür, dass den beiden wichtigsten Interessengruppen Rechnung getragen werden konnte. Rd. 30 ha Flächen konnten dem Ökokonto der beteiligten Gemeinden gutgeschrieben werden und die Bewirtschaftungsbedingungen für die Landwirtschaft wurden entscheidend verbessert. Es war ein Verfahren, bei dem es nur Gewinner gab. Das Gewässer selbst -der Flutgraben- beginnt nach einigen wenigen Initialzündungen den ihm zugewiesenen Raum zum Mäandrieren zu nutzen.

### Bündelung

Das Flächenmanagement in der Bodenordnung gestattet es, Ökoflächen verschiedener Träger zu bündeln und gezielt auszuweisen - seien es aktuelle Ausgleichsverpflichtungen oder seien es Reserveflächen für einen späteren ökologischen Ausgleich.

Diese Handhabe kommt der Interessenslage der Landwirtschaft entgegen:

1. Gewässernahe Flächen haben häufig Bewirtschaftungs Nachteile durch eine relativ hohe Bodenfeuchte und
2. werden bei ausreichend bemessenen Ökokontoflächen die landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht bei jedem späteren Ausgleichsbedarf durch Splittergrün zerschlagen.

Hinzu kommt, dass die von der Landwirtschaft am ehesten aufgebaren ufernahen Flächen ökologisch gesehen am wertvollsten sind.

Ein gutes Beispiel für eine Ausweisung von Ökoflächen mehrerer Träger liefert das im Jahre 2003 zum Besitzübergang gebrachte Verfahren Landgraben Grünstadt/Obersülzen. 5 Träger konnten hier insgesamt 10,34 ha an Ausgleichsflächen unterbringen. Es waren

- ☐ das LSV mit 1,51 ha
- ☐ die VG Grünstadt mit 1,54 ha
- ☐ die Stadt Grünstadt mit 1,52 ha
- ☐ die Ortsgemeinde Obersülzen mit 2,60 ha und
- ☐ die Eigenbetriebe Grünstadt mit 3,17 ha .

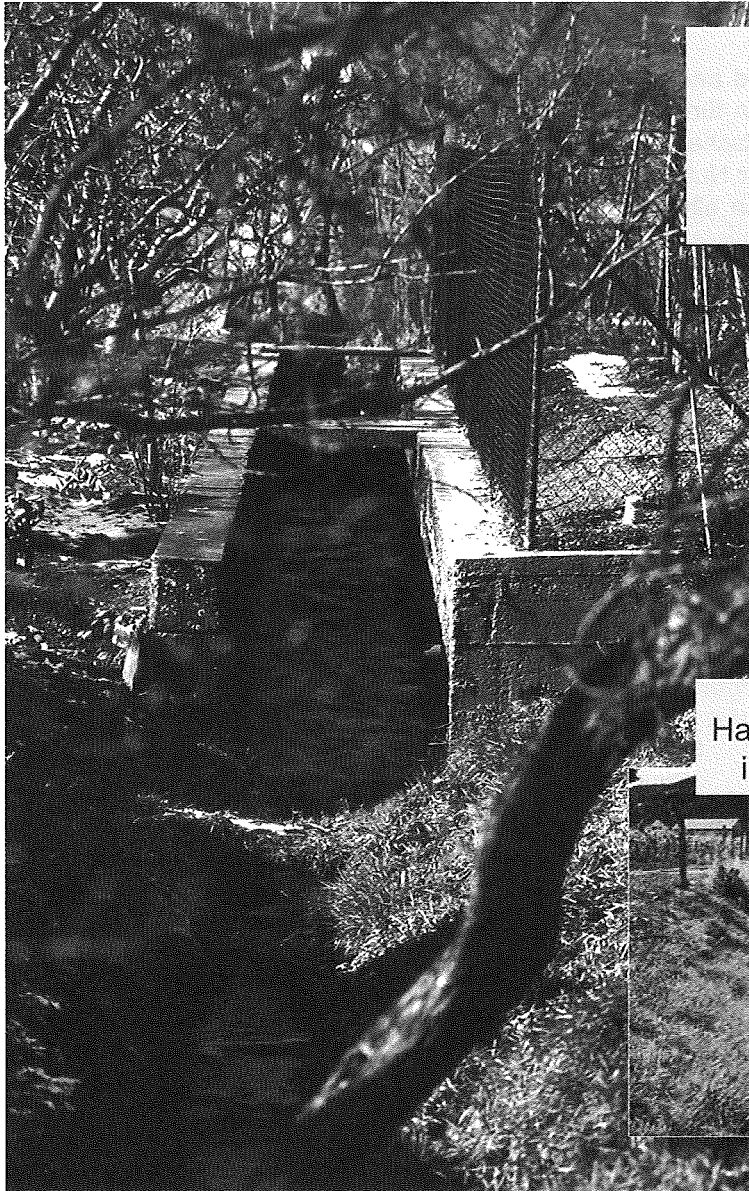
### Integrierte Umsetzung

Besonders groß ist der Erfolg, wenn im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens die Neugestaltung eines Fließgewässers zusammen mit der Neuordnung der Bewirtschaftungsflächen vorgenommen wird. Dabei gibt es die deutlichsten Synergieeffekte weil Planung und Ausführung in einer Hand sind. Der Hirschbach in Maikammer als Beispiel:

- ☐ Verrohrungen wurden entfernt.
- ☐ Das Gewässer und die Uferrandstücke wurden großzügig bemessen.
- ☐ Das Gewässer selbst erhielt eine geschwungene Linienführung.
- ☐ Dräneinmündungen wurden lagerichtig angepasst.
- ☐ Begleitgrün wurde gepflanzt.
- ☐ Anfallende Erdmassen konnten kostenfrei in den angrenzenden Weinbergsflächen untergebracht werden.

Durch solche Konzeptionen wird die Landschaft auf einen Schlag ökologisch deutlich aufgewertet und gibt der Landwirtschaft für die Zukunft Sicherheit auf eine durchgängige Bewirtschaftung ihrer Flächen.

Am Beispiel des Lyscherbachs in Hambach lässt sich die Umgestaltung eines Gewässers in einem Weinbergsverfahren ebenfalls sehr gut aufzeigen.



Hambach  
Lyscherbach  
in enges Profil  
eingezwängt



Hambach Lyscherbach  
im neuen Bachbett

Die gezeigten Beispiele sind keine pilothaften Einzelmaßnahmen, sondern gehören mittlerweile zum Standard einer Weinbergsflurbereinigung.

Es entstehen neue Gewässerlandschaften, die erweiterte Lebensräume für Pflanzen und Tiere schaffen und die auch für den Menschen neue Erlebniswelten bieten.

Diese Maßnahmen gehen also - wie angezielt - weit über die technischen Erfordernisse hinaus. Sie sind eine Bereicherung für den ländlichen Raum: Ein gutes Stück Landentwicklung.



### Abstandsflächen

Hat das Gewässer durch ausreichend bemessene Uferandstreifen genügend Raum für eine Eigenentwicklung und sind der Landwirtschaft die Betriebsflächen wieder neugeordnet zur Nutzung übergeben worden, so sollte eigentlich alles in bester Ordnung sein.

Doch droht da eine Gefahr; der Angreifer kommt aus einer unvermuteten Ecke: es ist der Zollstock.

Nach der derzeitigen Vorschriftenlage (Pflanzenschutz - Anwendungsverordnung und Düngemittelverordnung) entscheidet allein der Abstand zwischen den Nutzflächen und der Grabenschulter eines Gewässers in Form eines mäandrierenden Verlaufs wird dieser ökologisch und wasserwirtschaftlich erwünschte Zustand zum Bumerang. Werden dadurch Abstandsflächen verkürzt, kann es zu erneuten Bewirtschaftungsauflagen führen. Daher die Forderung:

Der Zollstock darf nicht das Maß aller Dinge sein!

## Unterstützung der technischen Polderbauwerke am Oberrhein durch Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung \*)

Nadine Jarosch

### 1. Allgemeines

Im Rahmen einer Diplomarbeit wurde untersucht, ob die Integrierte Ländliche Entwicklung ein geeignetes Instrument für die Umsetzung technischer Hochwasserschutzmaßnahmen ist und welche Möglichkeiten sich dadurch bieten. Einige der hierbei erarbeiteten Überlegungen und das Beispiel „Sonderheim“ werden kurz vorgestellt.

Mittlerweile werden Projekte auch an die SGD Süd am Standort Mainz abgegeben, um die Menge der Projekte bewältigen zu können.

In der Anfangszeit verfügten die Mitarbeiter der „Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein“ über keine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Flurbereinigungsbehörden in Rheinland-Pfalz.

### 2. Zusammenarbeit von Wasserwirtschaft und DLR

Die Deicherhöhung, -verbreiterung, -rückverlegung und der Polderbau sind in erster Linie Maßnahmen, die der Zuständigkeit der Wasserwirtschaft obliegen. Die Wasserwirtschaft entscheidet, ob ein Bodenordnungsverfahren eingeleitet werden soll. Die Maßnahmen können demzufolge mit und ohne Bodenordnung ablaufen. Die Konstante in diesen Verfahren ist die Wasserwirtschaft.

Eines der ersten großräumigen und flächenintensiven Verfahren am Oberrhein, welches umgesetzt wurde, war der Polder Daxlander Au. Das Verfahren wurde nach der herkömmlichen Vorgehensweise in Angriff genommen. Dies bedeutet, dass man versuchte, mit allen betroffenen Grundstückseigentümern, Vereinbarungen über einen Verkauf der benötigten Flächen zu treffen. Benötigte Flächen in Fällen von Deichrückverlegungen, Deichbaumaßnahmen oder der Errichtung von Poldern sind Deichflächen, Deichaufstandsflächen, Flächen für ökologische Flutungen oder Flächen für Bauwerke (z.B. Ein- und Auslassbauwerke). Die Flächen gehen nach dem Kauf in den Besitz des Landes Rheinland-Pfalz über.

Am rheinland-pfälzischen Oberrhein wird die Planung, der Bau und die Betreuung von technischen Hochwasserschutzeinrichtungen, wie Polder oder Deiche, durch die „Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein“ der SGD Süd in Speyer (Amtsbezirk Neustadt a. d. Weinstraße) übernommen. Sie wurde vor 15 Jahren ins Leben gerufen, um sich speziell der Aufgabe „Hochwasserschutz am Oberrhein“ zu widmen.

Aufgrund der Größe des Verfahrens teilte man das Gebiet in zwei Bauabschnitte.

\*) Diplomarbeit im Fachbereich I der Fachhochschule Mainz, Studiengang Geoinformatik und Vermessung

Der erste Bauabschnitt lag im Bereich eines Waldes, hatte wenige Eigentümer und ließ sich ohne Probleme verwirklichen. Der zweite Bauabschnitt hingegen wies viele Anlieger bzw. Eigentümer auf. Dies stellte die Wasserwirtschaftsbehörde vor eine komplizierte Aufgabe bei der Flächenbeschaffung. Man hatte zwar alle betroffenen Grundstückseigentümer angeschrieben, die Reaktionen waren jedoch dürftig. Viele reagierten überhaupt nicht und ein anderer Teil zeigte sich nicht kompromissbereit. Die Folge aus diesem Problem beim Flächenankauf war ein Zeitverzug für das gesamte Verfahren.

Aufgrund der Erkenntnisse in diesem Verfahren begann man das bisherige Handling beim Flächenankauf zu überdenken. Schließlich kam man auf die Idee, die Flurbereinigung in diese Verfahren mit einzubeziehen, da sie als einziges gesetzliches Instrument über die Möglichkeit eines qualifizierten Flächenmanagements außerhalb der Ortslagen verfügt (Gespräch bei SDG Süd in Speyer am 09.11.2005).

Prinzipielle Faktoren bei der Entscheidung der Wasserwirtschaftsbehörde, ob die Hilfe einer Flurbereinigungsbehörde und eines Bodenordnungsverfahrens bei der Realisierung eines Verfahrens nötig ist, sind:

hin wird die Vereinbarkeit der Maßnahme mit den Interessen vor Ort hinterfragt, d.h. Entstehung von Nachteilen für die Gemeinde durch Eingriffe in den Planungsspielraum, Probleme mit Interessen des Naturschutzes o. ä.. Das Raumordnungsverfahren ist demzufolge vergleichbar mit dem ILEK der integrierten ländlichen Entwicklung. Als Ergebnis dieses Verfahrens ergeht ein Raumordnungsbeschluss. In ihm sind Besonderheiten oder Vorgaben für die Durchführung des anstehenden Verfahrens zusammengestellt. Vorgaben im Fall des Polders Ingelheim waren beispielsweise:

- ☐ Hinzuziehung der Flurbereinigungsbehörde und Durchführung einer Bodenordnung
- ☐ Durchführung einer Frostgefahr-Prüfung
- ☐ Keine Druckwassererhöhung
- ☐ Ausgleich der entstehenden Ertragsausfälle
- ☐ Nachweis der angestrebten Schutzwirkung (Schutz des Mittelrheintals)
- ☐ Vermeidung von zusätzlich schadbringenden Maßnahmen (Gespräch bei SGD Süd in Mainz am 07.11.2005)

OHNE Bodenordnungsverfahren	MIT Bodenordnungsverfahren
<input type="checkbox"/> wenige Grundstückseigentümer <input type="checkbox"/> wenige betroffene Flächen <input type="checkbox"/> überschaubare Menge an Komplikationen	<input type="checkbox"/> viele Grundstückseigentümer <input type="checkbox"/> viele Flächen <input type="checkbox"/> viele Komplikationen

Abb. 1: Entscheidungsgründe für oder gegen Beteiligung der Bodenordnung

Damit ein Bodenordnungsverfahren eingeleitet werden kann, muss die geplante wasserwirtschaftliche Maßnahme (Deicherhöhung, Polderbau o.ä.) rechtskräftig werden. Bevor diese Rechtskraft eintritt, wird die Maßnahme in zwei Verfahren, nämlich dem Raumordnungsverfahren und dem Planfeststellungsverfahren, eingehend geprüft.

Das Raumordnungsverfahren wird nur bei raumbedeutsamen Vorhaben durchgeführt und ist länderspezifisch. Es wird innerhalb der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd durchgeführt. Eine rechtliche Wirkung nach außen besitzt es nicht. Das Raumordnungsverfahren stellt einen Klärungsprozess dar. In ihm werden die Interessen und Probleme mit den Bürgern und allen Trägern öffentlicher Belange im Planungsgebiet gesammelt und erörtert. Die wasserwirtschaftliche Maßnahme wird hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, der Erreichbarkeit der Ziele und dem Nutzen geprüft. Weiter-

Die Planfeststellung erfolgt nach dem Raumordnungsverfahren. Hierbei geht es um die Genehmigung der Baumaßnahme und ist vergleichbar mit einer Baugenehmigung im privaten Bereich. Da am Verfahren ein öffent-

liches Interesse besteht, ist ein Planfeststellungsverfahren notwendig.

Die Planfeststellungsbehörde erlässt den Planfeststellungsbeschluss. Der Beschluss wird wiederum ausgelegt. Gegen den Beschluss können keine einfachen Einwendungen mehr vorgebracht werden. Lediglich durch eine Klage beim Verwaltungsgericht kann gegen den Beschluss vorgegangen werden. Erst wenn der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig oder bestandskräftig ist (d.h. alle Fristen sind abgelaufen und keine Klage liegt mehr vor), kann ein Bodenordnungsverfahren eingeleitet bzw. beantragt werden.

(Gespräch bei SGD Süd in Speyer am 09.11.2005)

Das Bodenordnungsverfahren wird von der zuständigen Stelle der Wasserwirtschaft beantragt. Im Fall eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens



nach §86 FlurbG geschieht dies durch die Planungsbehörde („Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein“ der SGD Süd in Speyer) selbst. Ein Unternehmensverfahren nach §87 FlurbG wird hingegen von der zuständigen Enteignungsbehörde, d.h. dem zuständigen Referat innerhalb der SGD Süd, beantragt.

Für die Wasserwirtschaft sind vom gesamten Verfahrensablauf des Bodenordnungsverfahren vor allem zwei Punkte von besonderem Interesse, nämlich

1. der Flächenankauf durch Verzicht auf Landabfindung innerhalb des Verfahrens und
2. die vorläufige Anordnung, da die Wasserwirtschaft durch sie in die benötigten Flächen für den Bau, die Lagerung von Material und die Baustraßen frühzeitig eingewiesen wird.

Die anderen Verfahrensschritte sind für die wasserwirtschaftlichen Belange eher uninteressant.

Die Vorteile, die die Wasserwirtschaft aus einer Einbeziehung der Bodenordnung zieht, sind groß. Hier eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorteile:

- Durch die vorläufige Anordnung kann zügig mit dem Bau begonnen werden. Es entstehen keine Wartezeiten.
- Bei einer Durchführung des Verfahrens durch die Wasserwirtschaft bedarf die Wasserwirtschaft einer Zustimmung der Grundstückseigentümer zur Durchführung der Maßnahme. Bei einer Bodenordnung müssen die Eigentümer einen Widerspruch einlegen
  - ⇒ Eine Zustimmung ist schwerer zu bekommen!
  - ⇒ Widersprüche erfordern aktives Handeln der Eigentümer!
- Durch die Beteiligung der Bodenordnung werden die Nachteile für die Eigentümer minimal gehalten. Dies führt zu einer höheren Akzeptanz der Maßnahme unter der Bevölkerung.
- Mit jedem Eigentümer muss eine Vereinbarung bzgl. der Überflutung der Fläche getroffen werden. Dazu wird eine Grunddienstbarkeit im Grundbuch eingetragen. Diese Eintragung wird von der Flurbereinigungsbehörde realisiert (Vereinbarung über die Entschädigungszahlung bei Überflutung).

⇒ keine Mitwirkung der Wasserwirtschaft nötig!

- Die vertragliche Abwicklung des Ankaufes wird über die Flurbereinigungsbehörde abgewickelt (§52 FlurbG „Verzicht auf Landabfindung“).

⇒ bei Ankauf durch die Wasserwirtschaft müssen alle Verträge notariell abgewickelt werden (großer Aufwand und hohe Kosten!)

⇒ der Ankauf muss nicht gezielt im Bereich der Maßnahme erfolgen

- Prinzipiell hat die Flurbereinigung mehr Möglichkeiten im Flächenmanagement.

Vorteile der Wasserwirtschaft durch die Beteiligung der Bodenordnung

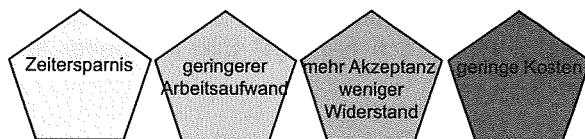


Abb. 2: Vorteile der Wasserwirtschaft durch die Beteiligung der Bodenordnung

Alle Kosten der Bodenordnung (Ausführungs- und Verfahrenskosten) werden von der Wasserwirtschaft übernommen, es sei denn, eine Baumaßnahme wird ausdrücklich von der TG gewünscht, kann aber nicht in Einklang mit der eigentlichen Baumaßnahme gebracht werden.

Doch nicht nur Ausführungs- und Verfahrenskosten werden seitens der Wasserwirtschaft übernommen. Auch Entschädigungszahlungen bei Nutzungsausfällen, durch die Inanspruchnahme der Flächen oder durch Überflutungen der Flächen werden geleistet.

Nach jeder Flutung werden die Flurstücke hinsichtlich des Schadens bzw. Ertragsausfalls durch einen Gutachter bewertet. Daraufhin werden Entschädigungen ermittelt. Die Entschädigung wird an den Bewirtschafter ausgezahlt. Dies kann entweder der Eigentümer oder Pächter sein. Die Summe für die Entschädigungen wird vom Land Rheinland-Pfalz bereitgestellt. Nachfolgend sind die Vorteile tabellarisch aufgelistet.

(Gespräch bei SGD Süd in Speyer am 09.11.2005)

MIT Bodenordnung	OHNE Bodenordnung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erwerb von Flächen am Ort und im Umfeld der Maßnahme (§52 FlurbG) möglich.</li> <li>• verträgliche Aufbringung und Bereitstellung der benötigten Flächen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächen müssen gezielt am Ort der Maßnahme angekauft werden (einmalige Entschädigungsleistung).</li> <li>• Probleme mit nichtverkaufsbereiten Grundstückseigentümern</li> <li>• drohende Enteignungen</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Möglichkeit zur... ...Neuordnung des Verfahrensgebietes ...Beseitigung von agrarstrukturellen Mängeln ...Anpassung des Wegenetzes ...Berücksichtigung der Bedürfnisse von Landespflanze und Naturschutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Möglichkeiten zur Anpassung des Umfelds und zum Ausgleich entstehender Nachteile</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbeziehung der Grundstückseigentümer in der TG</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Mitspracherecht der Eigentümer</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entlastung des Maßnahmenträgers</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Maßnahmenträger muss sich um alle Belange (vom Flächenankauf bis zur Grundbuchberichtigung) selbst kümmern</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schneller Beginn der Baumaßnahme durch frühzeitige Besitzeinweisung (vorläufige Anordnung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Baubeginn erst möglich, wenn alle Flächen angekauft worden sind</li> </ul>

Abb. 3: Vorteile im Einsatz der Bodenordnung bei der Durchführung von Großbaumaßnahmen

### 3. Aktuelle Verfahren in Rheinland-Pfalz

Zur Zeit werden mehrere Deicherhöhungen, Deichverbreiterungen und der Bau verschiedener Polder durch die Bodenordnung in Rheinland-Pfalz unterstützt. Nachfolgend sind aktuelle Verfahren zusammengestellt.

Maßnahme	Verfahrensart	Flurbereinigungsbehörde
Polder Ingelheim	Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86, Abs. 1, Nr. 2 u. 3	DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (RNH), Worms
Polder Bodenheim-Laubenheim	Unternehmensflurbereinigung nach §87 FlurbG	DLR RNH, Worms
Deicherhöhung Altrip	Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86, Abs. 1, Nr. 1 u. 2	DLR Rheinpfalz, Neustadt a.d. Weinstraße
Hochwasserrückhaltung Wörth-Jockgrim	Unternehmensflurbereinigung nach §87 FlurbG	DLR Rheinpfalz, Neustadt a.d. Weinstraße
Deichrückverlegung Sondernheim	Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86, Abs. 1, Nr. 1	DLR Rheinpfalz, Neustadt a.d. Weinstraße
Deicherhöhung Maximiliansau	Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86, Abs. 1, Nr. 1	DLR Rheinpfalz, Neustadt a.d. Weinstraße
Deicherhöhung Leimersheim	Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach §86, Abs. 1, Nr. 1	DLR Rheinpfalz, Neustadt a.d. Weinstraße

Abb. 4: Verfahrensübersicht

## 4. Das Beispiel "Deichrückverlegung Sondernheim"

### 4.1 Ausgangssituation

Sondernheim ist ein ehemaliges Dorf im Südosten von Rheinland-Pfalz (Südpfalz). Im Jahr 1972 wurde Sondernheim in die 3 km entfernt gelegene Kreisstadt Germersheim eingemeindet. Die Gemeinde Sondernheim liegt linksrheinisch zwischen Rheinkilometer 380 und 382.

Die Rheinbegradigung im 19. Jahrhundert hatte zur Folge, dass Sondernheim heute, im südlichen Teil der Gemarkung, an einer abgetrennten Fluss-schlinge, einem Altrheinarm, liegt. Der „Neurhein“ fließt nun in einer Entfernung von einem Kilometer an Sondernheim vorbei. In der Nähe von Sondernheim erfolgte 1391 der erste nachweisbare Durchstich eines Rheinmäanders.

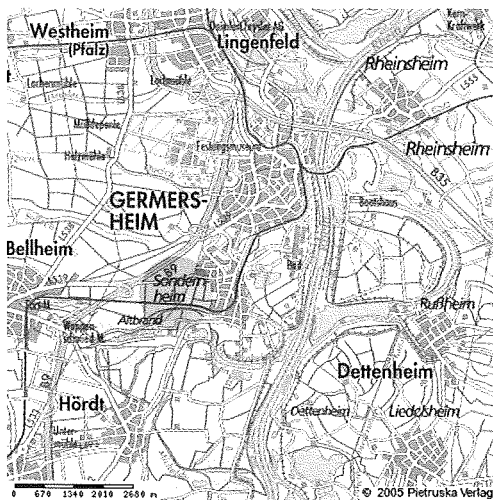


Abb.5: Übersichtskarte Sondernheim

Das Bewusstsein über die Notwendigkeit von Hochwasserschutzmaßnahmen in der Bevölkerung ist vorhanden. Allerdings gibt es dabei durchaus Unterschiede in der Bewertung der Wichtigkeit (siehe Abbildung 6).

Sondernheim spielt eine besondere Rolle in der Schifffahrt. In Höhe des Ortes befindet sich eine Untiefe, bedingt durch härteres Gestein im Flussbett. Die sog. „Sondernheimer Schwelle“ hat zur Folge, dass bei Niedrigwasser der Schiffverkehr relativ früh eingestellt werden muss.

Südlich an den Sondernheimer Altrhein grenzt das Naturschutzgebiet Hördter Rheinaue. In der Gemarkung selbst befindet sich das Naturschutzgebiet „Im Willig“. Das gesamte Gebiet liegt im Landschaftsschutzgebiet „Pfälzische Rheinauen“.

Sind Hochwasserschutzmaßnahmen  
in Ihrer Region wichtig?

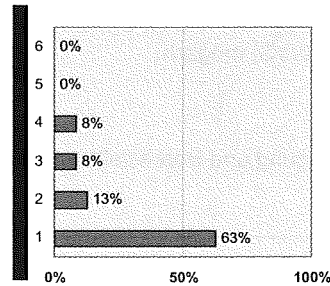


Abb.6: Ergebnis der Befragung in Sondernheim

Das Gebiet um Sondernheim wird vorwiegend ackerbaulich genutzt. Zudem gibt es große Flächen, die als Wirtschaftsgrünland genutzt werden, und auch Brachestandorte. Die Bewirtschaftung des Gebiets erfolgt hauptsächlich durch zwei ortsansässige Haupterwerbslandwirte und einige Nebenerwerbslandwirte.

Zu Sondernheim gehört ein größeres Industriegebiet, mit Sitz einer holzverarbeitenden Firma (Firma Nolte). Ein weiteres Merkmal für Sondernheim sind drei Baggerseen, die durch Kiesabbau entstanden sind. Diese Seen werden als Naherholungsgebiet genutzt. Sie befinden sich zwischen Ortskern und Rhein. Zum Naherholungsgebiet gehört auch ein Campingplatz, der direkt an den östlichen Teil der Ortschaft grenzt.

### 4.2 Geplante wasserwirtschaftliche Maßnahme

Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes wurden im Raum Sondernheim und Germersheim die Deiche erhöht und verstärkt. Der geplante Ausbau erstreckte sich dabei von Deich-km 36,4 bis Deich-km 40,2.

Neben der Deichsanierung wurde im südlichen Teil des Ausbaustücks eine Rückverlegung des Rheinhauptdeiches vorgenommen. Durch diese Rückverlegung wurde die Errichtung eines neuen Rheinhauptdeiches zwischen Rhein-km 380,3 und 380,9 (Deich-km 36,4 bis 37,3) notwendig.

Der im Bereich der Rückverlegung bestehende Deich blieb als Leitdeich erhalten. Er wurde auf einer Länge von ca. 250 m auf das Geländeniveau des Vorlandes abgetragen. Durch die Abtragung wurde eine direkte Verbindung der Rückhaltefläche, die sich zwischen altem und neuem Rheinhauptdeich befindet, zum Rheinvorland geschaffen. Über diese Verbindung kann die Flutung und Entleerung der Rückhaltefläche erfolgen.



Abb. 7: Ausschnitt „Lange Karte“ der SGD Süd, Bereich Sondernheim



Abb. 8: Verbindung zwischen Polder und Rheinvorland, November 2005

Das Gelände erhält durch die Rückverlegung seine ursprüngliche Funktion als Überschwemmungsfläche wieder, die es schon vor der Tulla'schen Rheinkorrektur zu eigen hatte.

Der Flächenbedarf für den neu entstandenen Rheinhauptdeich lag bei 16,6 ha. Die gesamte Überflutungsfläche beträgt 7,0 ha. Das hinzu gewonnene Rückhaltevolumen beläuft sich auf ca. 290.000 m<sup>3</sup>.

An den neuen Rheinhauptdeich schließt sich die restliche Ausbaustrecke (Deich-km 37,3 bis 40,2). Dabei wurde der Deich auf der bestehenden Trasse ausgebaut bzw. erhöht. Der Ausbau erfolgte 2520 m landseitig und 320 m wasserseitig. Die Erhöhung lag im Durchschnitt bei 0,55 m (0,5 m bis 0,8 m), so dass der Deich nun eine Höhe von ca. 5,00 m aufweist.

#### Deichrückverlegung Sondernheim

- 1 neuer Deich
- 2 Fläche der Deichrückverlegung
- 3 bestehender Rheinhauptdeich
- 4 Gelände mit Auenähnlichem Waldbestand
- 5 Rhein
- 6 Wegenetz
- 7 alte Ziegelei
- 8 Sondernheimer Altrhein
- 9 Feuchtfelder des Naturschutzgebietes „Im Willig“
- 10 Gelände anderer Nutzung

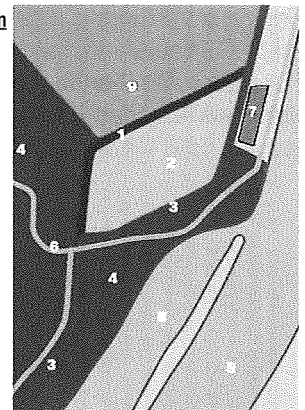


Abb. 10: Vereinfachte Darstellung der Deichrückverlegung



Abb. 9: Blick in die Fläche der Deichrücklegung, November 2005

Der neue Rheinhauptdeich verläuft nun, beginnend auf Höhe des südlichen Ortsendes von Sondernheim, in gerader Linie nach Norden. Nach etwa 190 m knickt er nach rechts ab und verläuft parallel zum alten Rheinhauptdeich weiter. Nach einem erneuten Abknicken nach Norden, auf Höhe der alten Ziegelei, schließt er an den bestehenden, sanierten Rheinhauptdeich an (SGD Süd (Faltblatt Sondernheim)).

Während der Bauphase wurde neben den Flächen für die eigentlichen Baumaßnahmen auch Flächen (ca. 2,5 ha) für die Zwischenlagerung von Erdmaterial und für die Baustelleneinrichtung benötigt. Für den Nutzungsausfall während der Bauphase wurden die Eigentümer bzw. Bewirtschafter von der Wasserwirtschaft entschädigt. Die Baumaßnahmen dauerten ca. ein Jahr (2000 bis 2001).

Die geplante Maßnahme bedeutet einen Flächenverlust von ca. 17,8 ha Bewirtschaftungsfläche. Die Flächen innerhalb des ungesteuerten Polders können nach Realisierung der Maßnahme nur noch extensiv bewirtschaftet werden bzw. stehen für eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung nicht mehr zur Verfügung. Sie gehen in den Besitz der Stadt Germersheim und des Landes Rheinland-Pfalz über. Die benötigten Ausbaufächen wurden bisher als Ackerland, Grünland und Gewerbefläche genutzt oder waren Bracheflächen.



Abb. 11: Bermenweg am neuen Rheinhauptdeich, November 2005

Die benötigten Flächen für die Baumaßnahme (Deicherhöhung, -rückverlegung und Wegebau- maßnahmen) wurden einerseits durch die Stadt Germersheim und die Wasserwirtschaft (Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein) zur Verfügung gestellt, die dann durch Tausch an den benötigten Stellen ausgewiesen wurden. Andererseits wurden Grundstücken innerhalb des Flurbereinigungsverfahrens angekauft und an entsprechender Stelle ausgewiesen. Nachteile für die betroffenen Grundstückseigentümer gab es dadurch nicht (Kulturamt Neustadt(d), 2000, S. 2-3).

Für die geplante Deichsanierung und -rückverlegung wurde ein Planfeststellungsverfahren nach den Vorschriften des Landeswassergesetzes eingeleitet. Der Planfeststellungsbeschluss vom 16.09.1999 ist seit dem 25.10.1999 unanfechtbar. Die Deichrückverlegung Sondernheim/Germersheim wurde in das IRMA-Programm übernommen und finanziell unterstützt. Der EU-Förderbeitrag für dieses Projekt liegt, bei Gesamtkosten von ca. 2,47 Mio. Euro, bei 247.000 Euro (= 10%).

Das damalige „Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft - Neubaugruppe Hochwasserschutz Oberrhein“ (neu: SGD Süd) hat in einem Schreiben vom 01.09.1999 die Durchführung eines Bodenordnungsverfahrens für Teile der Gemarkungen Sondernheim und Germersheim beantragt. Ziel dieses Verfahrens sollte die Beseitigung der Nachteile sein, die für die allgemeine Landeskultur und Infrastruktur durch die Herstellung bzw. Verlegung des Rheinhauptdeiches entstehen (Kulturamt Neustadt(e), 2000, S. 4-5).

#### 4.3 Bodenordnungsverfahren

##### 4.3.1 Vorplanung

Auf die Durchführung einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) wurde im Vorfeld dieses Verfahrens verzichtet. In begründeten Ausnahmefällen kann von der Durchführung der Entwicklungsplanung ganz oder in Teilen abgesehen werden. Da es sich im vorliegenden Falle um einen solchen Ausnahmefall (Verfahren nach §86 FlurbG mit eindeutiger Zielvorgabe) handelt, wurde von dieser Regelung Gebrauch gemacht.

##### 4.3.2 Zielsetzung

Das Ziel des Verfahrens ist die bodenordnerische Unterstützung der Deichrückverlegung, des Deichausbaus und der Überflutungsfläche durch gezieltes Flächenmanagement. Zugleich sollen damit verbundene landespflegerische Maßnahmen umgesetzt werden.

Da die Grundstücke des Verfahrensgebietes teilweise ungünstig geformt, nicht erschlossen oder Besitzstücke nicht optimal arrondiert sind, werden gleichzeitig agrarstrukturelle Verbesserungen angestrebt:

- ☐ Neuordnung der Grünland- und Ackerlandbereiche
- ☐ Ausweisung von rationell bewirtschaftbaren Ackerbaustandorten



- ❑ Verbesserung der Wirtschaftswegeführung und des Wirtschaftswegezustandes
- ❑ Zusammenlegung von Eigentums- und Pachtflächen
- ❑ Nutzungsentflechtung von Brachland und landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsfläche

Weiterhin soll die bestehende Biotopvernetzung ausgebaut werden, indem man vorhandene Feuchtbiotopflächen und Feldgehölze durch die Ausweisung landespflegerischer Ausgleichsflächen anbindet.

Das Verfahren kann zusätzlich Grundlagen zur Umsetzung landespflegerischer und grünordnerischer Maßnahmen schaffen, um somit die Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“ zu unterstützen.

#### 4.3.3 Einleitung des Verfahrens

Das damalige Kulturamt Neustadt a. d. Weinstraße (neu: DLR Rheinpfalz) leitete am 04.07.2000 das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren „Deichrückverlegung Sondernheim“ (nach §86 Abs.1 Nr.1 in Verbindung mit §86 Abs.1 Nr.2 FlurbG) für Teile der Gemarkung Germersheim und Sondernheim ein.

Durch das 86er-Verfahren können, in Kombination von Abs.1 Nr.1 und 2, gezielt Maßnahmen der Landentwicklung, insbesondere der Agrarstrukturverbesserung, der Landschaftspflege und des Naturschutzes, ausgeführt werden. Gleichzeitig ist es möglich, entstandene Nachteile für die allgemeine Landeskultur, die durch den planfestgestellten Ausbau des Rheinhauptdeiches entstanden sind, zu minimieren oder zu beseitigen.

Die beteiligten Behörden und Stellen wurden zuvor angehört und die voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten in der Aufklärungsversammlung am 19.06.2000 unterrichtet.

Die benötigten Flächen für die Deichbaumaßnahme und den Ausbau des Wegenetzes werden aus dem Eigentum des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Germersheim zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich um verstreute Grundstücke, die zum Tausch eingesetzt werden können.

#### 4.3.4 Flurbereinigungsgebiet

Das Flurbereinigungsgebiet umfasst eine Fläche von 161,2 ha mit insgesamt 130 Beteiligten. Betroffen sind Teile der Gemarkungen Sondernheim (114,7 ha) und Germersheim (46,5 ha).

Dabei wurde das Gebiet so gewählt, dass alle im Verfahren gesetzten Ziele erreicht werden können. Aus diesem Grund wurde das Verfahrensgebiet im Laufe des Verfahrens erweitert (ursprüngliche Fläche: 155 ha).

In der Gemarkung Sondernheim umfasst das Verfahrensgebiet die Gewanne „Grüntheile“, „Im Grün“ und „Im Willig - 1. bis 9. Gewanne“.

Aus der Gemarkung Germersheim sind die Gewanne „Unkenfink“, „Tuchbleiche“, „Im Hacken“ und Teile der Industrieanlage Nolte sowie Teile des Rheinhauptdeiches betroffen.

Das Verfahrensgebiet weist eine hohe Strukturvielfalt auf. Die Flächen werden im südlichen und westlichen Teil überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Der übrige Bereich wird durch Biotope mit überwiegend feuchten bis wechselfeuchten Standorten bestimmt.

Das Verfahrensgebiet weist eine hohe Strukturvielfalt auf. Die Flächen werden im südlichen und westlichen Teil überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Der übrige Bereich wird durch Biotope mit überwiegend feuchten bis wechselfeuchten Standorten bestimmt.

Zu den Besonderheiten des Verfahrensgebietes zählt, dass ein Naturschutzgebiet, ein Gewerbegebiet und ein Gebiet zur Rohstoffgewinnung teilweise in das Verfahren mit einbezogen wurden oder angrenzen.

Das betroffene Naturschutzgebiet (NSG) „Im Willig“ liegt im südlichen Teil des Verfahrensgebietes und grenzt an den Bereich des ungesteuerten Polders. Es ist zwar nicht in das Verfahren miteinbezogen worden, engt jedoch den Handlungsspielraum der Bodenordnung deutlich ein. Es ist geprägt durch Weiher und Feuchtwälder. „Im Willig“ wurde per Rechtsverordnung vom 07.06.1991 zum Naturschutzgebiet erklärt.



Abb. 12: Naturschutzgebiet „Im Willig“, November 2005

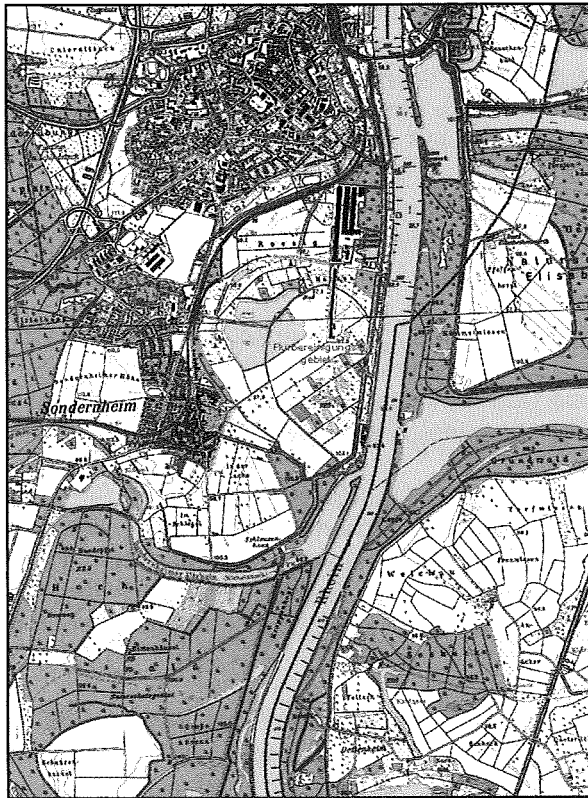


Abb. 13: Übersicht Flurbereinigungsgebiet (TK 25)

Weiterhin fällt in das Verfahrensgebiet ein von der Stadt Germersheim im Flächennutzungsplan ausgewiesenes Gewerbegebiet. Das Gewerbegebiet wird durch die Firma Nolte genutzt. Für den südliche Teil des Gewerbegebietes wird derzeit ein Bebauungsplan entworfen, der die Ausweitung des Gewerbegebietes vorsieht.

Die dritte Besonderheit ist eine im Flächennutzungsplan ausgewiesene Fläche zur Rohstoffgewinnung. Dabei handelt es sich um eine Auskiesungsfläche, deren Auskiesung bereits abgeschlossen ist. Sie wird inzwischen als Badeweiher genutzt. Eine Ausweitung der Fläche nach Süden ist allerdings im Entwurf des regionalen Raumordnungsplans (Stand Juli 2000) vorgesehen (DLR Rheinpfalz, 2004, S. 3).

Die Interessen in Sondernheim sind, wie zuvor dargestellt, vielschichtig. Neben den Belangen des Naturschutzes müssen landwirtschaftliche Interessen und Interessen der Industrie abgewogen und aufeinander abgestimmt werden. Dies erfordert viel Fingerspitzengefühl seitens der zuständigen Flurbereinigungsbehörde, um den unterschiedlichen Erwartungen gerecht zu werden.

Im Flurbereinigungsgebiet sind Flächen unterschiedlicher Nutzung vorhanden.

Die Einlagefläche setzt sich aus folgenden Nutzungen zusammen (ungefähre Flächenangaben):

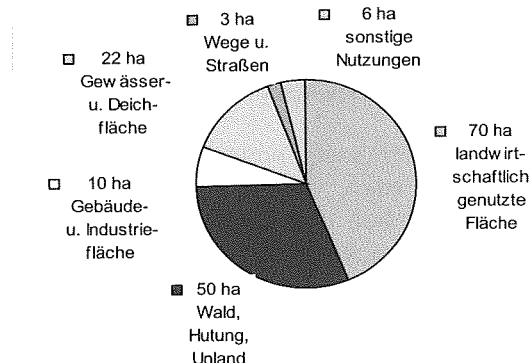


Abb. 14: Ungefähre Einlagefläche in Sondernheim

#### 4.3.5 Kosten und Finanzierung

Die Kosten des Verfahrens liegen bei 140.500 Euro. Gemäß §86 Abs.3 FlurbG trägt die Wasserwirtschaft (SGD Süd) die von ihm verursachten Ausführungskosten, nämlich 84.300 Euro (= 60%). Bei einem Teil der Wegbefestigungen im Verfahrensgebiet ist eine Verursachung durch den Unternehmensträger nicht zu erkennen. Die dabei entstandenen Kosten werden durch die Wasserwirtschaft nicht übernommen und werden von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als Bezuschussung in Aussicht gestellt. Die an dem Verfahren beteiligten Eigentümern sind somit von entstehenden Kosten (§19 FlurbG) und Landabzug (§47 FlurbG) freigestellt.

#### 4.3.6 Flächenbeschaffung

Innerhalb des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens übernahm die Flurbereinigungsbehörde die Aufgabe, Flächen für den Deichausbau und die Deichrückverlegung anzukaufen. Dies wird möglich durch die Anwendung des §52 FlurbG „Landabfindungsverzicht“. Grundstückseigentümer hatten dadurch die Möglichkeit, ihr Land innerhalb des Verfahrens zu veräußern. Zunächst verlief der Flächenankauf schleppend, da anfänglich Misstrauen gegen das Verfahren unter den Beteiligten herrschte. Schließlich wurde jedoch rege von dem Angebot Gebrauch gemacht, was unter anderem an dem geringen landwirtschaftlichen Interesse in Sondernheim liegt. Die erworbenen Grundstücke wurden zugunsten des Landes Rheinland-Pfalz (Wasserwirtschaft) getauscht und an benötigter Stelle ausgewiesen.

Zwischen 2001 und 2004 wurden auf diese Weise 177.765 m<sup>2</sup> Fläche bzw. 56 Grundstücke angekauft (siehe Abbildung 15). Die Kosten dafür lagen bei 355.149 Euro. Eine detaillierte Auflistung der einzelnen Jahre (2001 bis 2004) ist in der Verfahrensstatistik zu finden.

Im nördlichen Verfahrensgebiet werden deshalb hauptsächlich eigentumsrechtliche Regelungen mit entsprechender Vermessung ausgeführt. In diesem Bereich wurde nur die Erhöhung bzw. Verbreiterung des Rheinhauptdeiches durchgeführt. Die Maßnahmen beschränken sich somit auf ein Minimum.

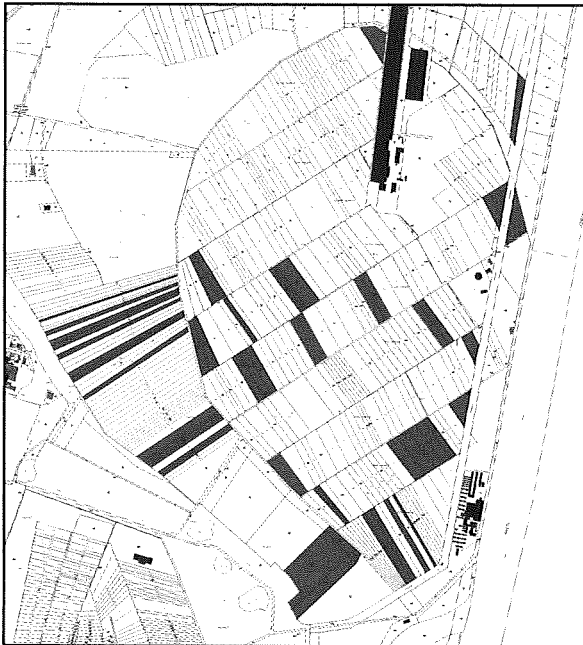


Abb. 15: Angekaufte Flächen in Sondernheim

#### 4.3.7 Neugestaltung

Die Besonderheiten bzw. Planungen Dritter innerhalb des Verfahrensgebietes (Naturschutzgebiet, Gewerbegebiet und Auskiesungsfläche) lassen wenig Handlungsspielraum für eine großzügige Neugestaltung des Verfahrensgebietes. Die Neuordnung des Gebietes wird sich auf die Behebung der, durch die Baumaßnahmen, entstandenen Nachteile für die Landwirtschaft beschränken müssen.



Abb. 16: Luftbild Sondernheim

**Waren die durchgeführten  
Baumaßnahmen für  
gemeinschaftliche Anlagen  
(speziell Wegenetz) Ihrer  
Meinung nach notwendig?**

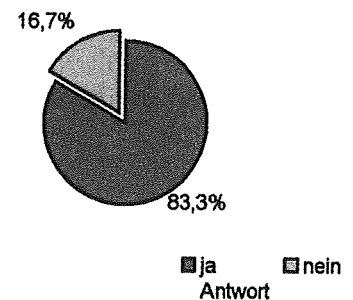


Abb. 17: Ergebnis der Befragung in Sondernheim

Das Wegenetz wurde im Rahmen des Möglichen an die neue Situation im Verfahrensgebiet angepasst und die Erschließung verbessert. In Nord-Süd-Richtung existierte bereits ein Weg, durch den eine ausreichende Erschließung in dieser Richtung gewährleistet war. Dieser Weg wurde bereits zum Ausbau des Rheinhauptdeiches als Baustraße genutzt und war in diesem Zuge durch Schotter bzw. Kies befestigt worden. Dieser Weg wurde baulich nicht mehr geändert. Lediglich ein Anschluss an den befestigten Bermenweg im Rheinhauptdeich wurde zusätzlich realisiert.



Abb. 18: Anschluss am Bermenweg, November 2005

Eine gute Ost-West-Verbindung wurde durch die Befestigung (ohne Bindemittel) bestehender Wege ermöglicht. Weiterhin wurden Erdwege als Wen-demöglichkeit für die Landwirtschaft geschaffen. Zusätzlich wurde dadurch die Erschließung der südlich angrenzenden Grundstücke ermöglicht.

Erdwege wurden außerdem als natürliche Abgrenzung zwischen den Nutzungsarten Ackerland und Wald bzw. Ackerland und Landespflegeflächen geschaffen (DLR Rheinpfalz, 2004, S. 4).

Die Wegefläche vergrößerte sich durch den Ausbau des Wegenetzes von 2,3 ha auf 5,4 ha. Der Ausbau wird von einem Großteil der Grundstückseigentümer im Verfahrensgebiet begrüßt (siehe Abbildung 17). Gründe dafür sind vor allem die bessere Vernetzung des Gebietes und die verbesserte Qualität der Wege.

Neben den durchgeführten Hochwasserschutzmaßnahmen am Rheinhauptdeich wurden keine weiteren direkten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen durchgeführt.

Im Flurbereinigungsgebiet befanden sich allerdings Flurstücke, die als Gewässer in der Katasterkarte ausgewiesen, in der Örtlichkeit jedoch nicht erkennbar waren. Da sie sich in ihrer Funktion als Gewässer entbehrlich erwiesen, wurde ein Planfeststellungsverfahren zur Auflassung der Gewässer bei der Kreisverwaltung Germersheim beantragt. Dabei handelte es sich um die Auflassung von sechs Gewässerflurstücken.

Die genauen Gründe für die Auflassung der einzelnen Gewässerflurstücke sehen wie folgt aus:

- Gewässer Nr. 401 lag im westlichen Teil des Verfahrensgebietes zwischen „Im Willig, fünfte Gewanne“ und „Im Willig, sechste Gewanne“. Das Gewässerflurstück war in der Örtlichkeit nicht mehr vorhanden. Es erfolgte bereits vor dem Bodenordnungsverfahren eine durchgehende Bewirtschaftung der angrenzenden Ackergrundstücke.
- Gewässer Nr. 402 lag ebenfalls im Westen des Verfahrensgebietes. Der ausgewiesene Graben war in der Örtlichkeit nicht vorhanden. Vielmehr grenzte der nördlich angrenzende Baggersee mit seinem Uferrandstreifen bis zur Ackergrenze. Anstelle des Grabens wurde im Rahmen des Verfahrens ein neuer Erdweg zwischen Uferrandstreifen und Ackergrenze angelegt.
- Die Gewässer Nr. 403 und 404, ausgewiesen im mittleren Verfahrensteil, nahe der Firma Nolte, waren in der Örtlichkeit ebenfalls nicht vorhanden. Stattdessen verlaufen ca. 40 m weiter westlich zwei Gräben, die innerhalb des Verfahrens als neue Gewässerflurstücke ausgewiesen wurden.
- Die Gewässer Nr. 405 und 406 wurden durch die Deichrückverlegung vom neuen Rheinhauptdeich in Anspruch genommen. Sie sind deshalb vor Ort nicht mehr existent.



Abb. 19: Vergleich alter Bestand - neuer Bestand

Um eine wirtschaftlichere Schlaglänge im nord-westlichen Bereich des Verfahrensgebietes zu schaffen, wurde ein Grasweg beseitigt und die Fläche rekultiviert. Die Agrarstruktur wurde in den Gewannen „Grünsteile“ und „Im Willig, fünfte Gewanne“ durch die Umwandlung von Grünland in Ackerland verbessert. Ausgleichend wurden, an anderer geeigneter Stelle, Ackerflächen in Grünland umgewandelt (DLR Rheinpfalz, 2004, S. 4).

Die Zusammenlegung von Eigentums- und Pachtflächen wurde im Verfahren erfolgreich durchgeführt. So wurde im Laufe des Verfahrens die Anzahl der Katasterflurstücke von 402 auf 228 (Zusammenlegungseffekt 1,8:1) reduziert und die Besitzstücke von 34 auf 12 (Zusammenlegungseffekt 2,8:1).

Die erfolgreiche Zusammenlegung lässt sich am Vergleich des alten und neuen Bestandes in Abbildung 19 nachvollziehen. Beispielhaft wurden jeweils die Grundstücke von drei Eigentümern vor und nach der Neuordnung eingefärbt. Weiterhin sind die Flächen inkl. Ausgleichsflächen der Stadt Gernersheim, die Deichflächen und die Ausgleichsflächen der Firma Nolte farbig hervorgehoben.

Eigentümer A ist Haupteinwerbslandwirt und besitzt im nordwestlichen Bereich der Ausschnitte einen Aussiedlerhof (im alten Bestand erkennbar). Sein Wunsch war es Flächen um seinen Hof zu erhalten. Ursprünglich waren die Einzelflächen um den Hof nicht in das Verfahren mit einbezogen. Da jedoch die Stadt Flächen in diesem Bereich besaß, wurden sie hinzugezogen und zum Tausch eingesetzt. Durch die Neuordnung konnten Flächen im Bereich seines Hofes ausgewiesen werden. Dies bedeutet für ihn kürzere Wege und wirtschaftlicheres Arbeiten. Auch im restlichen Verfahrensgebiet wurden seine Flächen erfolgreich arrondiert.

Bei Eigentümer B handelt es sich um einen Nebenerwerbslandwirt. Auch sein verstreuter Besitz konnte im Rahmen des Verfahrens zusammengelegt werden. Während er im alten Bestand sieben Grundstücke bewirtschaften musste, sind es jetzt nur noch drei Grundstücke mit kurzen Entfernungen.

Eigentümer C ist ein Haupteinwerbslandwirt, der nur wenige Flächen im Flurbereinigungsgebiet besitzt. Sein Besitz im mittleren Verfahrensteil verringerte sich von vier auf zwei Grundstücke.

Die landespflegerischen Maßnahmen im Verfahrensgebiet orientierten sich an folgenden Zielen:

- ☐ Sicherung und Erhaltung der vorhandenen Biotopstruktur
- ☐ Schaffung funktionsgleicher Anlagen für entfallene Biotope
- ☐ Ausweitung des bestehenden Biotopverbundsystems (Vernetzung des Auenwaldes im westlichen Bereich mit dem NSG „Im Willig“)
- ☐ Aufwertung und Integration der Maßnahmen in das Landschaftsbild

Ein Ausgleich für die im geringen Umfang beseitigten Biotope wurde durch die Neuanlage und Erweiterung funktionsgleicher Biotope geschaffen.

Die Befestigung neu angelegter Wege erfordern zusätzlich Kompensationsmaßnahmen, die an geeigneter Stelle durchgeführt wurden (DLR Rheinpfalz, 2004, S. 5).

#### 4.3.8 Umweltverträglichkeit und Naturschutz

Das Wegenetz und sonstige Maßnahmen wurden derart geplant und ausgeführt, dass keine erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen für die Umwelt entstehen. Wenn eine Maßnahme an manchen Stellen nicht verzichtbar war, so wurde sie an anderer Stelle funktional ausgeglichen. War auch ein Ausgleich nicht möglich, wurden Ersatzmaßnahmen vorgenommen.

Demzufolge können die ausgeführten Maßnahmen innerhalb des Flurbereinigungsverfahrens als kompensiert angesehen werden. Die geforderte Umweltverträglichkeit ist somit gegeben.

An das Verfahrensgebiet grenzen mehrere NATURA-2000-Gebiete (FFH<sup>1)</sup>- bzw. Vogelschutzgebiete (⇒ NSG „Im Willig“). Deshalb wurde im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens eine Verträglichkeitsprüfung nach §34 BNatSchG<sup>2)</sup> (bzw. Verträglichkeitsprüfung nach §19c BNatSchG) durchgeführt.

Die Erkenntnisse dieser Prüfung sind, dass

einzig der mögliche Verlust von Druckwaserbereichen in Äckern und Wiesen unter dem Aspekt der EU-Vogelschutzrichtlinie erheblich ist [...]. Direkte Verluste des Großen Feuerfalters, die bei Beseitigung der Wiesen eintreten können, wären ebenfalls erheblich [...].

1) **FFH-Gebiet:** Flora-Fauna-Habitat - Gebiet. Bezeichnung nach der FFH - Richtlinie, einer Naturschutz-Richtlinie der EU von 1992. Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

2) **BNatSchG:** Bundesnaturschutzgesetz



Diese Vorhabensbestandteile machen das Vorhaben unzulässig, wenn es nicht aus anderen, übergeordneten Aspekten des öffentlichen Interesses notwendig erscheint und die erheblichen Eingriffe kompensiert werden.

Die Flurbereinigung bei Sondernheim trägt zur Hochwasserabwehr bei. Dies ist ein wesentliches öffentliches Interesse. Außerdem verbessert sie die Möglichkeit zur Produktion von Nahrungsmitteln auf Standorten mit natürlicher hoher Ertragsfähigkeit. Die mit dem Vorhaben verbundenen erheblichen Eingriffe sind ausgleichbar (Verträglichkeitsprüfung nach §19c BNatSchG in der Flurbereinigung Deichrückverlegung Sondernheim, S. 20).

Der angesprochene Verlust von Druckwasserbereichen in Äckern und Wiesen durch den Umbruch von Grünland wird innerhalb des Verfahrens durch die Ausweisung oder Neuanlage von Grünland mit gleichen Standortbedingungen ausgeglichen. Eine Kompensation der sog. erheblichen Eingriffe ist somit erfolgt.

#### 4.3.9 Verfahrensdauer und -stand

Das Verfahren wurde am 01.12.2000 durch den Anordnungsbeschluss erlassen. Fünf Jahre nach Beginn soll im Januar 2006 der Flurbereinigungsplan bekannt gegeben werden. Angaben über Widersprüche können derzeit deshalb noch nicht gemacht werden.

Zum Zeitpunkt der Befragungen hatten die Eigentümer jedoch schon Auszüge der Neuzuteilung bekommen und wussten, an welcher Stelle ihre neuen Grundstücke zugeteilt werden sollen. Ein Großteil der Eigentümer zeigte sich über die geplante Neuzuteilung zufrieden.

Der bisherige zeitliche Verlauf des Verfahrens wird von den Beteiligten überwiegend positiv beurteilt (siehe Abbildung 20). Vereinzelt wurde bemängelt, dass das Verfahren durch Sonderwünsche einiger Grundstückseigentümer verzögert wurde.

Das DLR Rheinpfalz geht davon aus, dass das Verfahren Mitte 2007 mit der Schlussfeststellung abgeschlossen werden kann. Nachfolgend ist der bisherige und künftig geplante Verfahrensablauf zusammengestellt, um einen zeitlichen Überblick zu vermitteln.

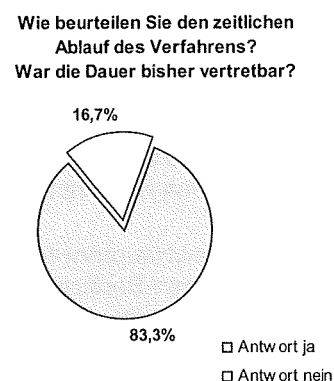


Abb.20: Ergebnis der Befragung in Sondernheim

Zuständigkeit	Verfahrensschritt	Planung	Vollzug
Wasserwirtschaft	Antrag auf Einleitung eines Flurbereinigungsverfahrens		01.09.1999
	Planfeststellungsverfahren		Sep 1998
	Planfeststellungsbeschluss		16.09.1999
Flurbereinigung	Anordnungsbeschluss		01.12.2000
	Aufklärungsversammlung		19.06.2000
	Wahl des Teilnehmervorstandes		06.09.2000
	Vorläufige Anordnung		29.09.2000
	Feststellung der Wertermittlung		29.04.2002
	Abschluss des Planwunschtermins		01.07.2003
	Allgemeiner Besitzübergang		22.12.2004
	Bekanntgabe des Flurbereinigungsplans	Jan 2006	
	Eintritt des neuen Rechtszustandes	Aug/Sep 2006	
	Berichtigung der öffentlichen Bücher	Ende 2006	
	Schlussfeststellung	Mitte 2007	

Abb.21: Zeitlicher Ablauf des Verfahrens Deichrückverlegung Sondernheim

#### 4.3.10 Gesamtbeurteilung des Beispiels „Sondernheim“

Das Verfahren schneidet unter den Befragten gut bis befriedigend ab (siehe Abbildung 22). Das DLR Rheinpfalz kann mit diesem vorläufigen Ergebnis zufrieden sein. Bei Bodenordnungsverfahren, die in Kombination mit einer Großbaumaßnahme durchgeführt werden, kann die Beurteilung durch die Verfahrensteilnehmer wegen der existenzbedrohenden Großbaumaßnahme schlechter ausfallen. (Die Gründe sind in der Diplomarbeit bei Vergleich zwischen fünf untersuchten Beispielfahrern diskutiert).

Das Hauptziel des Verfahrens, nämlich die bodenordnerische Unterstützung der Deichrückverlegung, des Deichausbaus und der Überflutungsfläche durch gezieltes Flächenmanagement konnte erreicht werden. Auch landespflegerische Maßnahmen wurden umgesetzt. Agrarstrukturelle Verbesserungen konnten z.B. durch die Verbesserung der Wirtschaftswegeführung, durch Zusammenlegung von Eigentums- und Pachtflächen und die Ausweisung von rationell bewirtschaftbaren Ackerbaustandorten erzielt werden.

Die Landwirte in Sondernheim hätten sich tiefgreifendere Maßnahmen gewünscht. Ein Wunsch der Landwirte war z.B. den Zuschnitt des Naturschutzgebietes zu optimieren. Das Naturschutzgebiet war jedoch aus dem Verfahren ausgeschlossen. Außerdem war eine umfassende Neuordnung aufgrund der gewählten Verfahrensart nicht vorgesehen.

Einigkeit herrscht in Sondernheim über die Notwendigkeit des Verfahrens. Anders als in Maximiliansau, ist man dort der Meinung, dass die Deichrückverlegung ohne ein Bodenordnungsverfahren nicht möglich gewesen wäre.

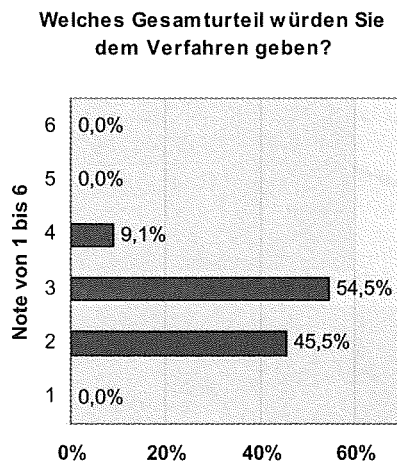


Abb. 22: Ergebnis der Befragung in Sondernheim

## 5. Fazit

Bei der Realisierung technischer Hochwasserschutzanlagen kann die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) einen wichtigen Beitrag leisten.

Die wichtigen Landentwicklungsinstrumente sind die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK), das Regionalmanagement (RM) und die Bodenordnung durch Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG).

ILEK und RM geben dabei wichtige Hilfe im Bereich der Vorplanung und Verfahrensvorbereitung. Wichtige Absprachen über die künftige Landnutzung und eine frühzeitige Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in der Region können gewährleistet werden.

Die Bodenordnung ermöglicht schließlich die Bereitstellung von Land in großem Umfang und in geeigneter Form für die Hochwasserschutzmaßnahme. Sie allein besitzt die Möglichkeit zu einem qualifizierten Flächenmanagement außerhalb der Ortslagen.

Im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens kann sowohl die Realisierung der Hochwasserschutzmaßnahme, als auch eine Neuordnung des Verfahrensgebiets geleistet werden. Entstandene Mängel in der Agrarstruktur und im Wegenetz können beseitigt werden. Auch landespflegerische Maßnahmen oder Maßnahmen des Naturschutzes können dabei umgesetzt werden.

Die Umsetzung speziell von Deichrückverlegungen und Poldern ist großräumig und flächenintensiv. An dieser Stelle ist eine Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Bodenordnung sinnvoll und ratsam.

Die Wasserwirtschaft kann durch die Beteiligung der Bodenordnung Zeit einsparen, hat geringeren Arbeitsaufwand, mehr Akzeptanz, weniger Widerstand und geringere Kosten.

All diese Gründe sprechen für eine Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Bodenordnung.

Auch für die betroffenen Grundstückseigentümer bringt eine Beteiligung der Bodenordnung viele Vorteile. Grundstücke können arrondiert, die Erschließung verbessert und wirtschaftlichere Zuschnitte verwirklicht werden.

Aus den laufenden befragten Verfahren haben sich einige Verbesserungsansätze für künftige Verfahren ergeben.

Besonders die Aufklärung unter den Beteiligten ist ein Punkt, an dem gearbeitet werden muss. Es sollten keine unvorsichtigen Versprechungen getätigt werden. Auch der Auftritt bei öffentlichen Terminen kann ebenso wie der Informationsfluss zu den Beteiligten verbessert werden.

Wenn zuvor benannte Faktoren berücksichtigt werden, kann abschließend folgende Aussage getroffen werden: Die Integrierte Ländliche Entwicklung ist ein geeignetes Instrument, um die Umsetzung von technischen Hochwasserschutzmaßnahmen am Oberrhein zu unterstützen.

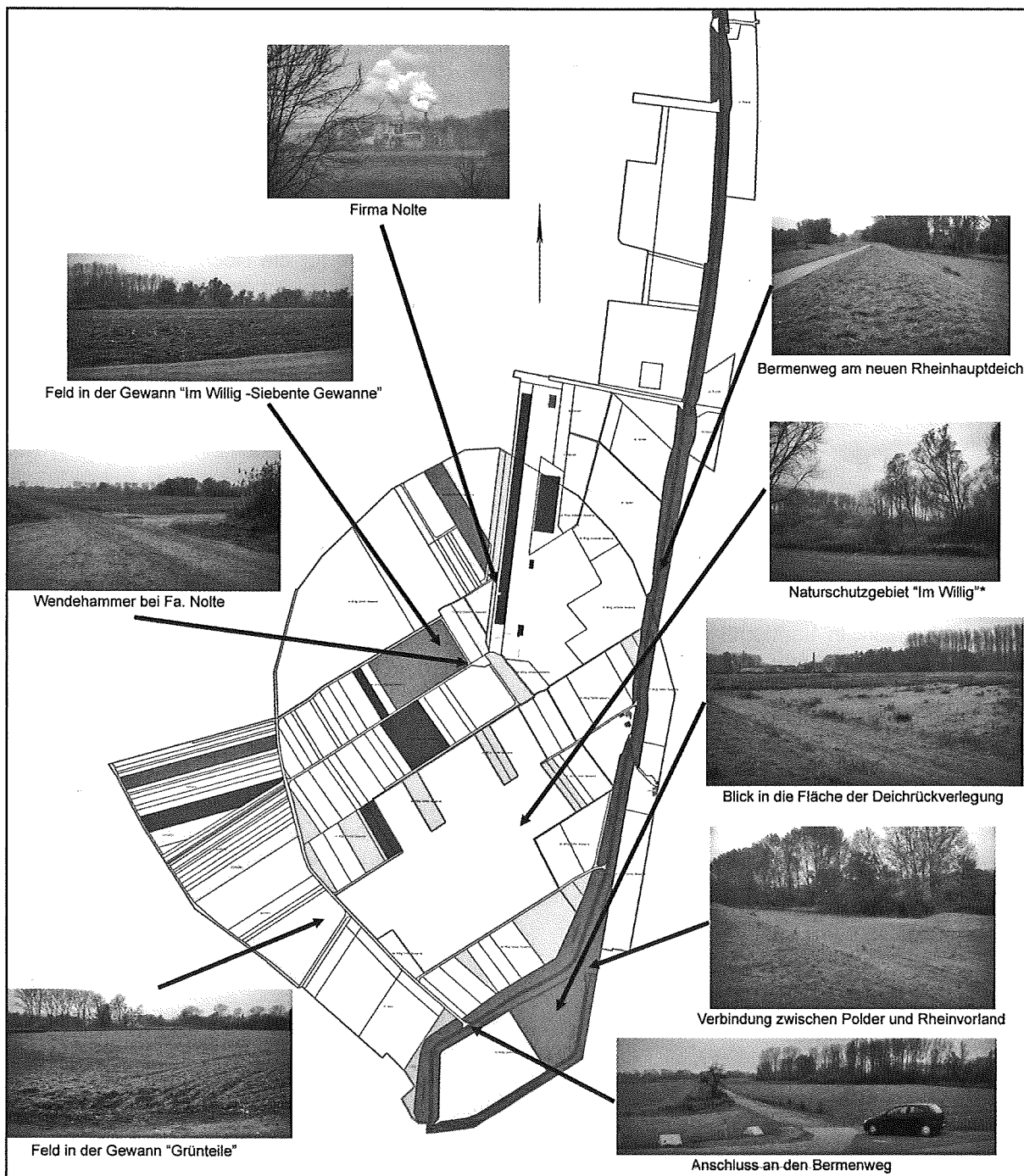


Abb. 23: Übersicht der Verfahrensgebietes mit Fotodokumentation

## „Bodenordnung im FFH-Gebiet am Beispiel Gönnersdorf / Lissendorf“<sup>\*)</sup>

Technische Angestellte Anne - Ruth Windscheif, DLR Eifel

In dem Referat wird vor allem auf die (menschlichen) Besonderheiten in dem Gebiet eingegangen. Allgemeine Verfahrensdaten und Informationen zum Verfahren sind der vorliegenden Broschüre zu entnehmen.

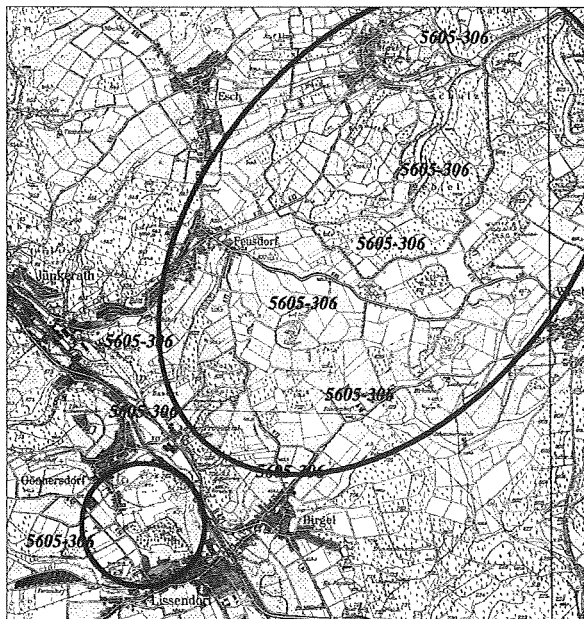
### Vorgeschichte

Anfang 2002 entwickelte sich eine äußerst lebhafteste Debatte über die bereits 1992 vom Europäischen Rat verabschiedete „Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“ - Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - als es um die konkrete Ausweisung von Gebieten in Rheinland-Pfalz ging.

Im Februar 2000 wurden u. a. im Raum der Verbandsgemeinden Obere Kyll und Hillesheim - beide Landkreis Daun - großflächige FFH-Gebiete seitens des LfUG<sup>1)</sup>, Oppenheim, gemeldet.

Im ursprünglichen FFH-Gebietsvorschlag war ein großes Areal zwischen Birgel, Feusdorf und Wiesbaum vorgesehen (s. ovaler Umring).

Nach Protesten der beiden Verbandsgemeinden



wurden die Gebiete zum einen vom LfUG auf die Naturschutzgebiete reduziert und zum anderen kam allerdings der Bereich zwischen Lissendorf

und Gönnersdorf als FFH-Gebiet neu hinzu (s. Kreis).

In der Tagespresse konnte man vor allem die Betroffenheit und die Reaktionen der Menschen im ländlichen Raum und insb. hier im Bereich der beiden Gemeinden verfolgen.

*Pressemeldung im Trierischen Volksfreund am 18.06.2000:*

„Neuer Wirbel um FFH-Gebiete – Protest gegen großflächige Ausweisung in Lissendorf

... Für uns Bauern ist das eine schleichende Enteignung. Die Auflagen seien schon jetzt gravierend, etwa mit Vorkaufsrechten für Naturschutzverbände.

...: Diese Flächen sind von existenzieller Bedeutung für uns Landwirte. Zumindest würde der Verkehrs- und Verleihungswert sofort sinken. ...

Der Verbandsgemeinderat Obere Kyll hat einstimmig die geplante Ausweisung von landwirtschaftlichen Nutzflächen als FFH-Gebiete zurückgewiesen. ....“

Der Ortsgemeinderat Lissendorf hatte einen ähnlichen Beschluss gefasst.

*Pressemeldung vom 29.06.2000 im Trierischen Volksfreund:*

„Gönnersdorf entscheidet anders - Die Ortsgemeinde spricht sich für das FFH-Gebiet aus –

... Hier kann man noch feststellen, wie früher die kleinbäuerlichen Strukturen waren. Denn der betroffene Bereich wurde nie flurbereinigt. ... Kleinparzellen ... schmale Streifen, die noch aus der Zeit der Erbteilung stammen ...“

Als Besonderheit verläuft die Gemarkungsgrenze beider Gemeinden mitten durchs FFH- und spätere Bodenordnungsgebiet.

Auf drängen der Öffentlichkeit, insbesondere der Land- und Forstwirte sowie der Kommunen, fand im Oktober 2000 eine Informationsveranstaltung in der Verbandsgemeinde Obere Kyll mit dem Thema FFH-Richtlinie statt. Vertreter aus der Naturschutzverwaltung standen als Referenten und Diskussionspartner zur Verfügung.

<sup>\*)</sup> Referat anlässlich der Fachtagung „Dienstleistungszentren stellen sich vor“ in Neustadt am 05.10.2005

<sup>1)</sup> heute LUWG

*Pressemeldung im Trierischen Volksfreund vom 03.11.2000: „FFH – Drei Buchstaben in der Diskussion – Natura 2000 – Chance für vorteilhafte Entwicklungsstrategie oder kalte Enteignung?“ ... Teilweise sehr emotional verlief die weitere Diskussion. ....“*

## 1. Wie kam es zur Bodenordnung?

Im April 2000 fand beim Landrat in Daun der sog. „Dialog mit der Landwirtschaft“<sup>2)</sup> statt.

Bei diesem Gespräch war auch der durch die FFH-Gebietsausweisung zwischenzeitig entstandene Landnutzungskonflikt in Gönnersdorf / Lissendorf ein Themenschwerpunkt.

Da das Gebiet noch nicht flurbereinigt worden war, wurde vom Kulturstamt Prüm zur Lösung des Konfliktes ein Bodenordnungsverfahren angeboten.

Ein Jahr später fand auf Anregung des damaligen Lissendorfer Ortsbürgermeisters, welcher gleichzeitig auch Haupterwerbslandwirt ist, eine Besprechung in Mainz mit Vertretern des MWVLW, des MUF, der ADD, des LfUG und des Kulturstamtes Prüm statt.

Von Seiten des MUF und des LfUG wurde deutlich gemacht, dass eine Änderung der FFH-Gebietsmeldung zu diesem Zeitpunkt absolut undenkbar sei. Die EU würde im Bereich der Dollendorfer Kalkmulde eher noch auf eine erhebliche Vergrößerung des FFH-Gebietes drängen und dies auch länderübergreifend nach Nordrhein-Westfalen.

Weiterhin wurde von ihnen geäußert, dass die tägliche Wirtschaftsweise in den landwirtschaftlichen Bereichen unbeeinflusst bleiben soll, allerdings unter dem Vorbehalt des Verschlechterungsverbot.

Vom Kulturstamt wurde aufgezeigt, wie im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens eine „Nutzungsentflechtung“ mit dem Ziel der Lösung des Landnutzungskonfliktes erreicht werden kann. Zudem wurde das Projekt als Herausforderung für die Mitarbeiter in der Bodenordnung gesehen.

Auf Anregung des MWVLW und der ADD sollte das Kulturstamt seine Vorstellungen zu einem Bodenordnungsverfahren u. a. mit den Ortsgemeinden Lissendorf und Gönnersdorf, der Verbandsgemeinde Obere Kyll und der Landwirtschaftskammer erörtern.

Abschließend wurde festgehalten, dass das Kulturstamt mit den Beteiligten vor Ort ein Nutzungskonzept zur Lösung des Nutzungskonfliktes entwickelt, welches dann seitens des MUF in einen „Managementplan“ für dieses FFH-Gebiet eingearbeitet wird.

## 2. Vorbereitungen zur Bodenordnung

Ab Mai 2001 wurden vom Kulturstamt Prüm neben der Erfassung der örtlichen Gegebenheiten, den Gesprächen mit den Gemeinden und Landwirten u. a. mit den Vertretern des Naturschutzes, insb. vom LfUG, MUF und der SGD Nord, Koblenz, die naturschutzfachlichen Erhaltungsziele für das Untersuchungsgebiet erarbeitet.

Weitere Hilfestellungen kamen von der ADD, oberen Flurbereinigungsbehörde.



Die Voruntersuchungen und Erörterungstermine im Gebiet wurden i. d. R. von den Sachgebietsleitern Vermessung und Landespflege gemeinsam durchgeführt. Das führte zum Informationsaustausch und zur Stärkung des Teams, wobei zu diesem auch die Kollegen aus der Verwaltung und der Bautechnik gehören. Hierdurch konnten anstehende Probleme gemeinsam gelöst werden.

In einer Ende 2001 durchgeführten Informationsveranstaltung sprachen sich die beiden Gemeinden für die Durchführung einer Bodenordnung sowie für die Einrichtung eines projektbezogenen begleitenden Arbeitskreises aus.

In den gemäß § 5 Abs. 2 und 3 FlurbG eingeholten Stellungnahmen haben sich u. a. die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen, die Naturschutzbehörden und -verbände positiv zu der vorgesehenen Bodenordnung geäußert und diese als Chance für eine Konfliktlösung gesehen.

<sup>2)</sup> Alle ca. 2 Jahre stattfindende Gesprächsrunden der Abtl. Landentwicklung im DLR Eifel mit Vertretern der Landwirtschaft und der jeweiligen Kreisverwaltung



Aufgrund der eigenen Voruntersuchungen und der eingeholten Stellungnahmen lagen die folgenden Informationen vor der Bodenordnung für u. a. die Landwirtschaft und den Naturschutz vor:

### **Ist-Zustand Landwirtschaft vor der Bodenordnung**

Von dem ca. 107 ha großen Untersuchungsgebiet sind ca. 49 ha landwirtschaftliche Nutzflächen, hiervon ca. 25 ha im FFH-Gebiet.

Die von der FFH-Gebietsausweisung betroffenen Landwirte fühlten sich vom Land übergangen. Erste Befürchtungen lagen vor,

- ☐ wie Nutzungseinschränkungen;
- ☐ sinken des Verkehrs- und Pachtpreises;
- ☐ Vorkaufsrechte des Naturschutzes.

Für eine moderne Landwirtschaft unzureichend waren

- die Erschließung durch Wege
  - insbesondere waren diese unbefestigt oder behinderten eine großflächige Nutzung;
  - zudem lag eine schlechte Anbindung an die Ortsstraßen vor;
- aufgrund der Realteilung die Flurstücks- und Eigentumsstrukturen
  - durchschnittliche Flurstücksgröße 0,25 ha bei einer Gesamtzahl von 440 Flurstücken;
  - die Wirtschaftsstücke lagen über das gesamte Gebiet verstreut.

In dem Gebiet wurde noch keine Flurbereinigung durchgeführt. Es lag überwiegend Urvermessung vor. Hiermit verbunden fehlte ein ausreichender Nachweis des Eigentums im Sinne von Grenzsicherheit und Nachbarfrieden.



Das Untersuchungsgebiet wird derzeit von 5 HE-Betrieben und 1 NE-Betrieb bewirtschaftet. Diese haben allerdings in Folge der geringen Gebietsgröße nur Teilflächen ihrer Betriebe hier liegen.

### **Zielvorstellungen der Landwirtschaft an die Bodenordnung**

- ☐ wesentliche Verbesserung der Flurverfassung;
- ☐ Arrondierung der Nutzflächen mit Formverbesserung;
- ☐ ausreichende Erschließung;
- ☐ zukünftig keine Nachteile in der Bewirtschaftung durch die FFH-Gebietsausweisung, insbesondere möglichst ungestörte, intensive Nutzung.

### **Ist-Zustand Naturschutz vor der Bodenordnung**

Neben dem ca. 15 ha großen Naturschutzgebiet „Möschelberg bei Lissendorf“ und dem Naturdenkmal die Kalkfelsenkette „Die Leien“ befinden sich ca. 70 ha von dem FFH-Gebiet „Kalkmulden der Nordeifel“ im Untersuchungsgebiet zwischen den Gemeinden Gönnersdorf und Lissendorf.

Das Gebiet stellt sich als reich strukturierte Landschaft mit Kalkmagerrasen, Äckern, Grünländern mittlerer Standorte, Feldgehölzen in der Feldflur und Buchen- und Fichtenwäldern sowie Haselnussstockausschlagswäldern an den Hangbereichen dar.

Erste Verschlechterungen für ökologisch wertvolle Flächen, wie die Kalkmagerrasen, konnten festgestellt werden.

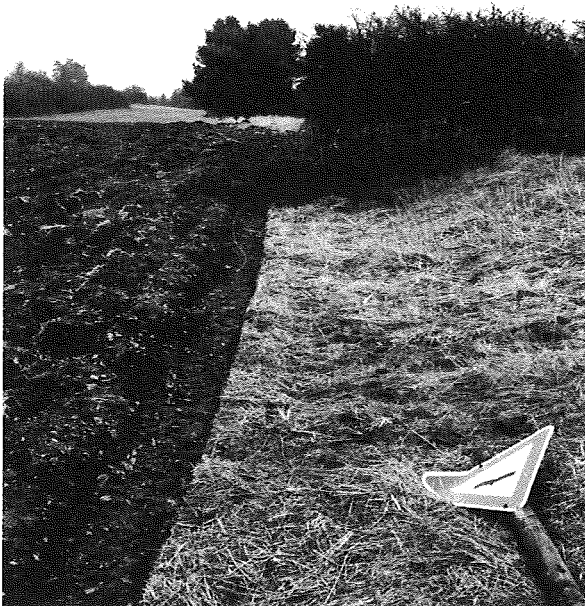
Zum einen wurde aufgrund der ungünstig geformten und unwirtschaftlich kleinen Flurstücke die Bewirtschaftung in den Randlagen aufgegeben mit der Folge von Verbuschungen.

Zum anderen wurden diese Flächen mit Fichten und Kiefern aufgeforstet.

Zeitgleich zu den Voruntersuchungen wurde bei der EU vom MUF das LIFE-Projekt „Erhaltung und Wiederherstellung von Trockenrasen in Rheinland-Pfalz“ beantragt. Der Projektantrag hat u. a. zwei Teilgebiete im Untersuchungsraum enthalten.

## Zielvorstellungen und Forderungen des Naturschutzes an die Bodenordnung

- ☐ Wegebau auf das Nötigste beschränken;
- ☐ keine durchgehende Wegeverbindung zwischen den beiden Gemeinden, bestenfalls nur Wanderwege;
- ☐ Einrichtung eines „runden Tisches“ zwischen Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Tourismuseinrichtungen;
- ☐ Erhalt eines typischen Kulturlandschaftsausschnittes mit einem Landschaftsmosaik aus u. a. Kalkmagerrasen, Hecken, Wiesen und Äckern; insbesondere sind hier landesweit bedeutsame Vorkommen gefährdeter Tiere und Pflanzen zu schützen;
- ☐ Schaffung größerer Besitzstrukturen, sodass eine bessere Bewirtschaftung und Pflege möglich wird;
- ☐ dauerhafte Sicherung besonders hochwertiger Biotope wie Kalkmagerrasen durch Überführung in öffentliches Eigentum; insbesondere Unterstützung des LIFE-Projektes;
- ☐ die intensiv genutzten Flächen sollten nach der Zuteilung Schwerpunkt im freiwilligen Vertragsnaturschutz werden;
- ☐ sinnvolle Abgrenzung zwischen verschiedenen Nutzungsformen;
- ☐ Unterstützung der Aktion Blau.



Als Grundstimmung lagen Befürchtungen einer einseitigen Interessenwahrung der Landwirtschaft bei den Naturschutzvertretern und grundsätzliche Vorbehalte gegen den Naturschutz auf der Seite der Landwirtschaft vor.

## Aufgabenstellung an die Bodenordnung

Aufgabe des Kulturamtes Prüm war es, durch Aufklärung und sachgerechte Planungen den bereits bestehenden Nutzungskonflikt unter Entwicklung eines FFH-verträglichen Bewirtschaftungskonzeptes zu entschärfen.

Neben der Verbesserung der landwirtschaftlichen Bedingungen hatte die Bodenordnung als gleichrangiges Ziel den Erhalt der Kulturlandschaft mit ihrem Landschaftsmosaik und den zu schützenden Tier- und Pflanzenarten zur Aufgabe.

In dieses Konzept sollten zudem einfließen:

- ☐ die Umsetzung der „Aktion Blau“ an der Kyll und am Gönnersdorfer Bach
- ☐ die Berücksichtigung des Tourismus; hier die Anlage eines Wanderwegenetzes
- ☐ die Unterstützung des LIFE-Projektes im Bereich der Kalkmagerrasen
- ☐ die Flächenbereitstellung für Ersatzmaßnahmen anderer Planungsträger.

## Verfahrensart, -gebiet und Finanzierung

Das Verfahren wurde nach § 86 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 FlurbG eingeleitet um neben Maßnahmen der Landentwicklung insbesondere die bestehenden Landnutzungskonflikte aufzulösen.

Das Verfahrensgebiet wurde dementsprechend so abgegrenzt, dass neben dem FFH-Bereich auch die nähere Umgebung enthalten ist. Dies hat notwendige Wegeanschlüsse an die Ortslagen, die Durchführung freiwilliger Maßnahmen wie z.B. die „Aktion Blau“ ermöglicht, aber war auch aus katastertechischen Gründen und zur Kosteneinsparung zweckmäßig.

Im Hinblick auf den pilothaften Charakter dieser Bodenordnung hat das Land Rheinland-Pfalz einmalig die anteilige Eigenleistung für die betroffenen Grundstückseigentümer übernommen und damit den Verfahrensstart erheblich erleichtert.

### 3. (Menschliche) Besonderheiten im Verfahren

#### 3.1 Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft, Mai 2002

Die Zahl der Mitglieder des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft und deren Stellvertreter wurden auf je 3 für Gönnersdorf und Lissendorf festgelegt.

Zur Wahl erschienen 35 Wahlberechtigte. Hiervon waren 19 Personen aus Gönnersdorf und 16 aus Lissendorf. Die Gönnersdorfer haben sich vor der Wahl abgesprochen, auf jeden Fall Gönnersdorfer zu wählen. Das führte dazu, dass die Gönnersdorfer Kandidaten mehrheitlich gewählt worden sind, wodurch auch der Vorsitzende der TG aus Gönnersdorf kommt.

#### 3.2 Einrichtung des „runden Tisches“

Im Mai 2002 wurde die Verbandsgemeinde Obere Kyll vom Kulturamt Prüm gebeten, Mitglieder für einen das Verfahren begleitenden Arbeitskreis im Sinne einer Agenda 21 zu benennen.

Aufgrund der Zusammensetzung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft kam der „runde Tisch“ nicht zu Stande. Im Vorstand sind alle Interessengruppen ausreichend vertreten: Haupterwerbslandwirte, damalige Bürgermeister, Ferienhausgebietsbesitzer und Bürger.

Für Ideen oder Anregungen wendeten sich z. B. Verbandsvertreter direkt ans Kulturamt Prüm oder an die Vorstandsmitglieder.

#### 3.3 Planung der gemeinschaftlichen Anlagen und deren Umsetzung

Der Wege- und Gewässerplan wurde mit den Mitgliedern des Vorstandes trotz zum Teil heftiger Diskussionen zügig und einstimmig erarbeitet und nach der Genehmigung durch die ADD Trier nur noch geringfügig geändert.

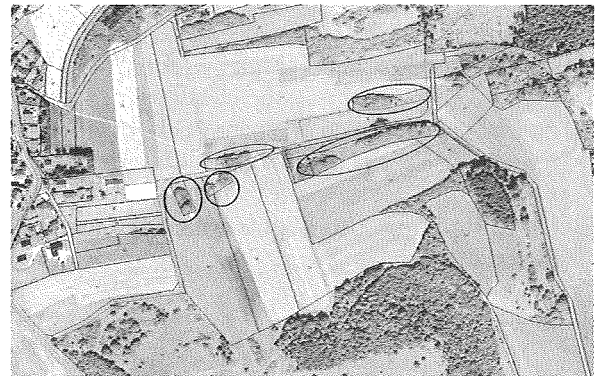
Anfängliche Tendenzen einzelner Vorstandsmitglieder sich bei der Planung den jeweiligen anderen Gemarkungsteil betreffend zurückzuhalten oder gar den Raum zu verlassen, wurde von Anfang an vom Kulturamt nicht zugelassen. Es wurde auf eine gemeinsame, ausgewogene, gemarkungsübergreifende Planung Wert gelegt. Im September 2003 erfolgte dann die Umsetzung in die Örtlichkeit durch den VTG, nachdem dieser in die ökologisch wertvollen Bereiche eingewiesen worden ist.

#### 3.3.1 Besonderheiten beim Wegenetz

Die Zufahrten ins Gebiet wurden zur Sauberhaltung der Ortsstraßen auf 50 m Länge bituminös befestigt.

Wenige **Erschließungswege** wurden gewünscht, dafür aber aufgrund der heutigen Achslasten gut befahrbare mit Schotterbefestigung. Aufgrund der ökologischen Bedeutung des Gebietes

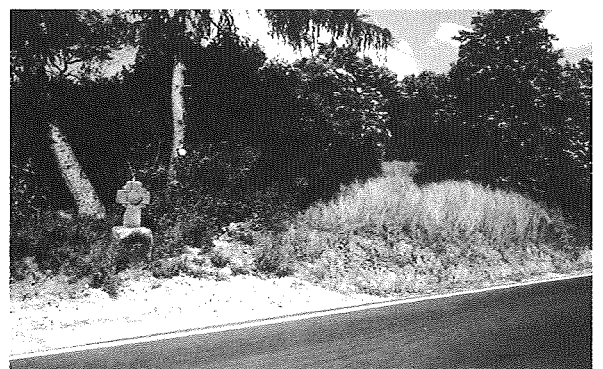
- ☐ wurde für die Befestigung Kalkschotter aus der Gegend verwendet;
- ☐ hat das neue Wegenetz vorhandene Biotope, wie Feldgehölze und Magerrasenrelikte mit einander verbunden;



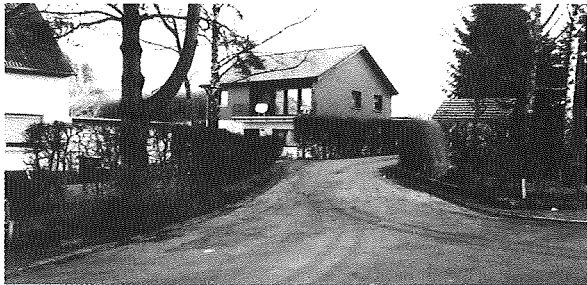
- ☐ wurde eine neue Wegtrasse außerhalb des Naturschutzgebietes angelegt;



- ☐ die alte Zufahrt zum Naturschutzgebiet wurde mit autochthonem Erd- und Grasmaterial aus dem Gebiet rekultiviert.



Eine vorhandene **Zuwegung in der Ortslage** Gönnersdorf war für den heutigen landwirtschaftlichen Verkehr zu eng geworden.



Über Verhandlungen mit den Anliegern konnten

- ☐ eine die Zufahrt einengende Hecke entfernt werden;
- ☐ ein Gartenhäuschen versetzt werden;
- ☐ das in dem Bereich aus dem Gebiet ankommende Wasser abgeleitet und
- ☐ die Zufahrt neu befestigt werden (Bitumensanierung).



Bei der Wegenetzplanung wurden zum Zeitpunkt des Wege- und Gewässerplans bereits 2 **Fußwege** vom Vorstand gewünscht.

Diese sollen die beiden Gemeinden Lissendorf und Gönnersdorf miteinander verbinden.

Die Fußwege sind alle in einer funktionsfähigen Breite von max. 1,2 m im Erdbau hergestellt worden und sind auf die örtlichen Gegebenheiten (Topographie und Bestand) abgestimmt worden.

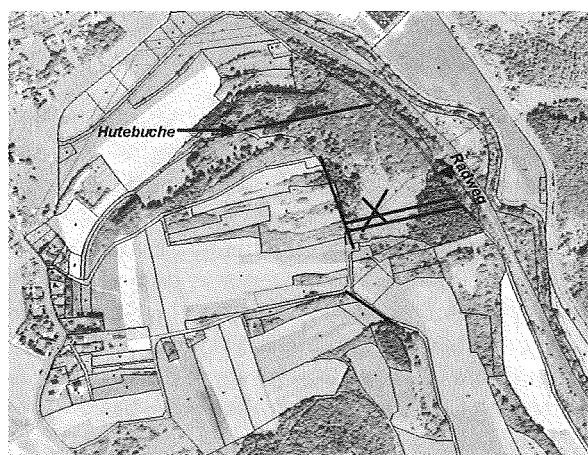
Dies bedeutet auch, dass z. B. ein Pfad in die Fläche des LIFE-Projektes örtlich verschwenkt wurde, um den Charakter eines Trampelpfades zu erhalten.



Örtliche Einweisung des VTG in die neu anzulegende Fußwegtrasse bei der LIFE-Projektfläche

Nach der Genehmigung des WuGPlanes wurde von einzelnen Vorstandsmitgliedern eine weitere fußläufige Verbindung auf der Hälfte des Verfahrensgebietes zwischen Gönnersdorf und Lissendorf zum Radweg hin gewünscht. Der damalige Ortsbürgermeister von Lissendorf, gleichzeitig Vorstandsmitglied, lehnte einen Fußweg durch die gemeindlichen Waldflächen ab. Der neue Fußweg wurde dann von der Hutebuche in Gönnersdorf zum Radweg schwerpunktmäßig auf der Gönnersdorfer Gemarkung angelegt.

Nach der Bürgermeisterwahl 2004 wurde von dem neuen Ortsbürgermeister von Lissendorf der Antrag an die Teilnehmergeinschaft gestellt, ob nicht doch noch ein Fußweg in der Verfahrensmittle zum Radweg angelegt werden kann. Der Vorstand stimmte der Maßnahme zu - im Oktober 2004 wurde er angelegt.

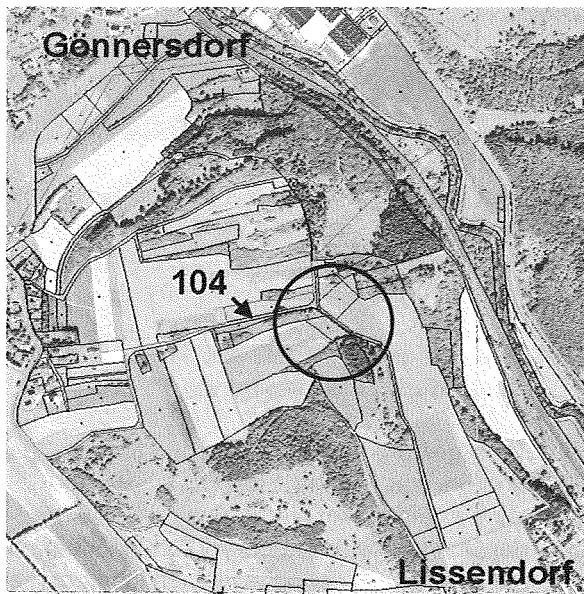




## Nur Fußweg und doch zugleich Wirtschaftsweg?

Ein Bestandteil der Genehmigung des Wege- und Gewässerplans durch die ADD war die Auflage, dass keine durchgängige Wegverbindung für u. a. PKW-Verkehr zwischen den Gemarkungen geschaffen werden soll. Ein durchgängiger PKW-Verkehr würde zu einer starken Beunruhigung des Gebietes führen. Der Lebensraum u. a. des Uhus und des Neuntöters würde stark beeinträchtigt werden. Hinzu kommt eine Minderung der Erholungsqualität für das Gebiet.

Von der Mehrheit des Vorstandes wurde eine wegemäßige, mindestens fußläufige Verbindung zwischen den Gemeinden Gönnersdorf und Lissendorf gewünscht - im Sinne einer Wanderwegenetzanbindung, aber diese sollte nicht befahrbar sein. Ein Mitglied aus dem Vorstand bestand von Anfang an auf eine durchgängig befahrbare Wegeverbindung.



Als erster Kompromiss - auch mit dem Naturschutz, wurden im WuGPlan ein 2 m breiter Fußweg mit einem 1 m breiten Krautstreifen auf der einen und einer 5 m breiten Gruppenpflanzung auf der anderen Seite festgelegt.

Aufgrund der Situation, dass nach der Zuteilung einzelne Landwirte in beiden Gemarkungsteilen wirtschaften, ist eine Befahrung des Fußweges mit landwirtschaftlichen Geräten zeitweise unerlässlich geworden.

Aus der Gruppenpflanzung wurde eine Baumreihe und im Übergangsbereich des Fußweges zum Weg Nr. 104 wurde eine Schranke errichtet, die nur für landwirtschaftliche Betriebe passierbar ist.



Im August 2004 wurden mit dem Vorstand und den Vertretern der beiden Gemeinden die Lage und der Typ der zu errichtenden Schranke im Detail gemeinsam erörtert. Die Schranke besteht aus 2 Elementen, welche insgesamt 6 m lang sind. In der Mitte ist 1 m ohne Schrankenelemente offen geblieben, um einen Durchgang für Wanderer zu erhalten.

Um ein Umfahren der Schranke durch PKW's zu vermeiden, wurde in dem angrenzenden Teilbereich der landespflegerischen Anlage ein Graben angelegt. Hierdurch sollen die landwirtschaftlichen Flächen geschützt werden und zudem ein Durchgangsverkehr verhindert werden.



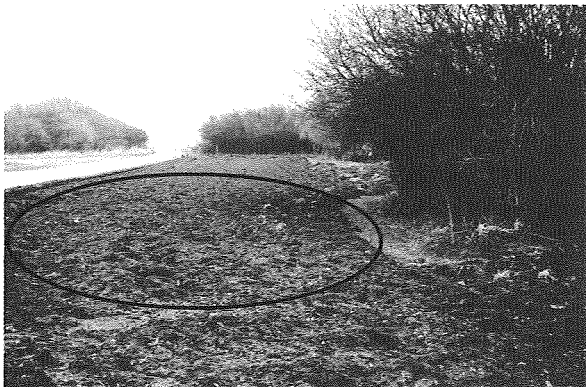
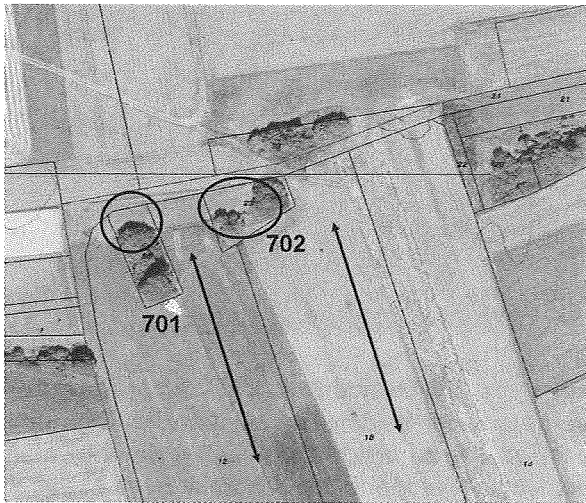
Allein schon aus Unterhaltungsgründen der in der Flurbereinigung ausgebauten Wege sollte eine schnelle Befahrung mit PKW's unterbleiben.

### 3.3.2 Besonderheiten bei den gemeinschaftlichen landespflegerischen Anlagen

Anfangs wurden die Anlagen 701 und 702 als Ergänzungspflanzungen zu vorhandenen Feldgehölzen geplant, welche parallel zur Furchenrichtung in einem Ackerblock liegen. Nach der Besitzeinweisung sind die an die Feldgehölze angrenzenden Grünlandinseln vom benachbarten Betrieb, dessen Inhaber Vorstandsmitglied ist, mit gepflügt worden,



obwohl ersichtlich war, dass diese in das Eigentum der Ortsgemeinde Lissendorf übergehen werden.



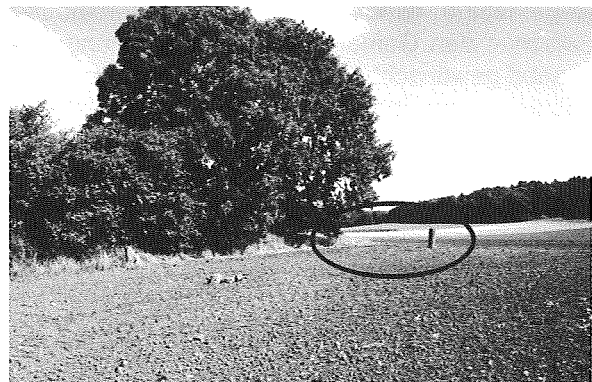
In der Ausbaubesprechung Anfang 2004 wurde von diesem Vorstandsmitglied angeregt die Inseln in gelenkte Sukzession zu ändern. Zudem merkte er an, dass es doch eine „Zumutung“ für den angrenzenden Ackerblock wäre, wenn in den nun vorliegenden Offenlandbereichen vor den Feldgehölzen Disteln aufkommen würden.

Er wurde gefragt, ob er die Bereiche wieder mit Grünland einsäen würde, was er ablehnte. Der Vorsitzende der TG hat dies dann übernommen.



Da der funktionale Ausgleich auch durch eine gelenkte Sukzession erreichbar war, wurde diese anstelle der Ergänzungspflanzung einvernehmlich abgestimmt.

In derselben Sitzung wurde zudem einvernehmlich die Markierung der Grenzen an den Landespflegeanlagen mit Eichenstämmen festgehalten. Aufgrund des Verhaltens von dem besonderen Vorstandsmitglied und seinen Äußerungen ist ersichtlich, dass er die beiden Gehölze, auch wenn sie öffentliches Eigentum sind, nicht an seinem Ackerblock duldet. Diese Grundeinstellung zeigt sich bis heute (s. nachfolgende Abb.).



Für die Arbeit der Mitarbeiter aus der Abtl. Ländliche Bodenordnung war bis heute wichtig, dass die übrigen Vorstandsmitglieder geschlossen hinter den Planungen und Festlegungen stehen.

### 3.3.3 Besonderheiten bei der Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“

Mit Kindergarten- und Grundschulkindern aus Gönnersdorf wurde eine Streuobstwiese mit 13 Obstbäumen auf einem hierfür geeigneten Grundstück der Ortsgemeinde angelegt. Die Kinder haben mit ihren Eltern die Patenschaft für die Obstbäume übernommen. Zur persönlichen Ansprache der einzelnen Bäume wurden diese mit den Namen der Kinder und der Sorte beschildert.



**Beschilderungsbeispiel**

Ess-, Dörr-, Back-, Saftapfel  
**Landsberger Renette**

Angelique Reichenberger  
 Sabrina Welter

**4. Ergebnisse der Bodenordnung - Gemeinsam Land entwickeln**

Durch eine partnerschaftliche, zielorientierte und kompromissbereite Zusammenarbeit aller in diesem Landschaftsraum wirkenden Akteure konnte pilothaft ein FFH-verträgliches Landnutzungskonzept in der Bodenordnung erstellt und umgesetzt werden. Hier

**partnerschaftlich** im Sinne von transparentem Handeln, das Wir-Gefühl schaffend (z.B. wurden von Anfang an die Zielflächen für die Aktion Blau und das LIFE-Projekt erwähnt)

**zielorientiert** im Sinne von der Umsetzung eines FFH-verträglichen Gesamtkonzeptes (z.B. durch die ökologische Einweisung des VTG's in die Maßnahmen) und

**kompromissbereit** die zum Teil emotionalen Diskussionen erst einmal über sich ergehen zu lassen und die Offenheit für eine andere Meinung besitzend;

hierbei die Akteure vor Ort daran zu erinnern, dass das Verfahren zu 100 % gefördert wurde um ein FFH-verträgliches Konzept zu erreichen und nicht nur neue Wirtschaftswege und die Zusammenlegung auf der einen Seite und die Naturschutzflächen auf der anderen Seite zu sehen.

Hierdurch wurde der Wege- und Gewässerplan mit allen Trägern und Verbänden einvernehmlich abgestimmt. Die FFH-Verträglichkeit der Planung wurde nachgewiesen.

Abschließend kann für das Verfahren festgehalten werden, dass intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen und wertvolle Biotopie klar getrennt und die Eigentumsverhältnisse geregelt worden sind.

Auf der einen Seite wurden hierdurch Arbeitserleichterungen und Kosteneinsparungen für die Landwirte durch die Schaffung rationeller, zweckmäßig geformter und erschlossener Bewirtschaftungsflächen erreicht und auf der anderen Seite die Sicherung und Pflege besonderer Biotopie, die Renaturierung von Bachauen, die Förderung des Tourismus und der Dorfentwicklung.

Unter Ausgleich aller Interessen konnte dies nur durch die integrale Bodenordnung erreicht werden. Der Erhalt bzw. die positive Weiterentwicklung dieser Kulturlandschaft dient vor allem auch der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen der heimischen Bevölkerung.

**„Miteinander planen“****Waldflurbereinigung<sup>\*)</sup>**

Vermessungsdirektor Edgar Henkes, DLR Eifel

**1. Einleitung**

Anrede,

als sich die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz vor einigen Jahren auf der **Internationalen Grünen Woche** in Berlin mit dem Thema „Waldflurbereinigung“ präsentierte, da haben manche Besucher der IGW die Frage gestellt, ob denn nun die Aufgaben der „normalen“ Flurbereinigung beendet seien und man sich jetzt einem neuen „Bereinigungsfeld“, dem Wald, zuwenden wolle. Wiederum andere, die sich unter der Themenstellung gar nichts vor-

stellen konnten, haben die Waldflurbereinigung mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Waldschäden in direkten Zusammenhang gebracht.

Meine Damen und Herren, um es vorweg zu sagen:

Die Waldflurbereinigung ist **keine** neue Aufgabe der Landeskulturverwaltung.

<sup>\*)</sup> Vortrag (Power-Point) anlässlich der Jahrestagung der Sachverständigen der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz am 02.03.2006 in Bingen



So wurden in früheren Jahren häufig Waldflächen mit respektablen Ergebnissen in die Flurbereinigungsverfahren einbezogen.

Für den Bereich des **Kulturamtsbezirkes Prüm** beispielsweise, ein Schwerpunkt früherer und wohl auch zukünftiger Waldneuordnung, kann festgestellt werden, dass von den in den **Jahren 1970 - 2005** zum Besitzübergang geführten Flächen von insgesamt **65.000 ha** allein **19.200 ha**, das sind **ca. 30 % Waldflächen** aller Besitzarten, bereinigt wurden. Nach einer Erhebung wurden landesweit bis 1990 etwa **25.000 ha Privatwaldflächen** neu geordnet.

Dennoch hat die Neuordnung der Waldflächen sowohl landes- als auch bundesweit bisher im Vergleich zur Feldbereinigung eine relativ bescheidene Rolle gespielt. Aus agrarpolitischer Sicht mag es hierfür auch zutreffende Gründe gegeben haben bzw. noch geben. Dabei steht jedoch die **objektive Notwendigkeit** einer Neuordnung, insbesondere der Privatwaldflächen, heute außer Zweifel.

Die regelmäßigen Veröffentlichungen über die **Waldschäden**, die Berichte über die Kalamitäten durch **Orkanshäden, Wind- und Schneebruch** oder **Borkenkäferbefall** haben die Sorgen, aber auch das Interesse um den Wald weiter wachsen lassen. Galt der Wald lange Zeit als beliebig verfügbare Flächenreserve, so ist heute, nachdem der Wald in die Schlagzeilen gekommen ist, jedem drastisch vor Augen geführt worden, dass der Wald ein unverzichtbares Element unserer Landschaft und gleichzeitig ein Garant unserer Lebensqualität ist. Momentan gibt es jedoch einen weiteren Grund für das gestiegene Interesse am Wald: Als Reaktion auf die enorm gestiegenen Energiepreise und die damit zusammenhängenden Szenarien wie weiter steigende Öl- und Gaspreise, umgeknickte Masten

in NRW oder der Streit um russisches Gas entdecken die Menschen in der Region den Brennstoff Holz wieder.

Der TV betitelte unlängst die Waldbesitzer als die Ölscheichs von morgen.

Auch wenn die Waldbesitzer wohl über kurz oder lang noch nicht im Turban gehüllt zu sehen sein werden: Die derzeitige Energiediskussion hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach Brennholz in der Region um bis zu 50 % gestiegen ist. Der

Preisanstieg ist mit etwa 5 bis 15 % dabei noch moderat im Vergleich zum Öl- und Gaspreis.

90 % aller Neubauten haben heute eine Feuerstelle, zum Beispiel einen Kaminofen. Holzpellet- oder Holzhackschnitzelanlagen sind eine weitere Alternative.



Wer mit Holz heizt kann sich nicht nur an dem gemütlichen Knistern erfreuen. Er schont das Klima, den Geldbeutel und tut nebenbei noch etwas für die lokale Wirtschaft.

Ein Raummeter Buchenholz hat einen Heizwert von etwa 2100 Kilowatt- Stunden. Dies entspricht etwa 210 Litern Heizöl. Ein Raummeter Buche, am Wegesrand gespalten und aufgesetzt kostet im landesweiten Durchschnitt etwa 30 - 40 Euro. Für die lange Buche am Wegesrand, die noch selbst aufzuarbeiten ist, bezahlt man durchschnittlich etwa 30 - 35 Euro. Die Ersparnisse gegenüber Heizöl kann sich jeder selbst ausrechnen.

In der Eifel gibt es, wie nahezu überall in Deutschland große Holzvorräte, die bislang nur zu einem geringen Teil genutzt werden. Diese Potenziale liegen vor allem im kleineren Privatwald. Ihre Nutzung

bedeutet zusätzliches Einkommen für die Waldeigentümer und ist Voraussetzung zum weiteren Ausbau einer leistungsfähigen Holzindustrie.

Während jährlich zwischen 8 und 10 fm/ha genutzt werden könnten, beträgt der Einschlag höchstens 2 - 3 fm/ha.

#### Stichwort **Holzmobilisierung**:

Um die Nutzung von Holz aus Klein- und Kleinstprivatwald zu fördern, wurde kürzlich in Bitburg mit finanzieller Unterstützung des Holzabsatzfonds ein Modellprojekt mit dem Namen „Eifel Wald und Holz aktiv“ ins Leben gerufen. Der Waldbauverein Bitburg, Landesforsten Rheinland-Pfalz und der Holzabsatzfonds wollen dafür sorgen, dass die Privatwälder der Region stärker genutzt werden.

Die gestiegene Nachfrage nach sog. Energieholz soll möglichst in den heimischen Wäldern gedeckt werden und damit die Wertschöpfung in der Region bleiben. Ziel ist es, die in den Privatwäldern schlummernden Holzreserven durch Beratung der Waldbesitzer, gemeinsame Durchforstung, Ernte und Vermarktung durch das Forstamt für die regionale Holzindustrie nutzbar zu machen.

Erste Modellprojekte hierzu stimmen sehr hoffnungsvoll, dass dies gelingen könnte.

Schwierigkeiten machen allerdings die strukturellen Probleme, die vielerorts in den Privatwäldern anzutreffen sind und auf die ich nachfolgend eingehen werde.

Doch zunächst noch einige grundsätzliche Bemerkungen:

Neben der nach wie vor wichtigen Aufgabe, den Rohstoff Holz nachhaltig zu liefern, sind es vor allem

die landeskulturellen und sozialen **Funktionen**, die unsere Gesellschaft vom Wald erwarten. Die vielfältige Bedeutung des Waldes als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, für den Wasserhaushalt, für das Klima, für den Bodenschutz, für den Lärmschutz, für die Erholung des Menschen, also für den gesamten Naturhaushalt und die Landeskultur seien an dieser Stelle in Erinnerung gerufen.

Für den einzelnen Waldbesitzer des ländlichen Raumes ist er außerdem eine verhältnismäßig sichere und nachhaltige Einkommensquelle sowie oftmals als Kapitalreserve ein wichtiger finanzieller Rückhalt z. B. für Notzeiten.

Hinzu kommt, dass der Privatwaldeigentümer i. d. R. eine hohe **ideelle Bindung** an seinen Wald hat, die in einer Reihe von **immateriellen Aspekten** wie Verbundenheit mit dem persönlichen, tlw. erbten Besitz, Besitzfreude, Naturliebe, Natur- und Umweltschutz sowie Traditionspflege zum Ausdruck kommt.

Diese vielfältigen Anforderungen und Ansprüche an den Wald können jedoch auf Dauer nur erfüllt werden, wenn für die regelmäßige und ordnungsgemäße Pflege und Nutzung unserer Wälder die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

## 2. Strukturdaten Holz und Forst

Rheinland-Pfalz ist eines der walddreichsten Bundesländer mit einem Waldanteil von über **42 %** an der Landesfläche.

Fast **150 Mio. Bäume** im Land produzieren jährlich über **5 Mio. m<sup>3</sup> Holz**.



Insgesamt **835.000 ha** Landeswaldfläche verteilen sich nach Regionen und Besitzarten sehr unterschiedlich. Größte Waldbesitzgruppe in Rheinland-Pfalz sind die **Körperschaften**. Ihnen gehören rund **47 % (ca. 400.000 ha)** des Waldes. Der Anteil des **Staatswaldes** (Bund und Land) beträgt rund **27 % (ca. 220.000 ha)**. Der **Privatwald** hat einen Anteil von rd. **26 % (ca. 220.000 ha)** an der Gesamtfläche des Landes. Hohe Privatwaldanteile weisen die Landkreise Bitburg-Prüm, Daun, Ahrweiler, Altenkirchen, Birkenfeld und Neuwied auf.

Nach der **Cluster-Studie Holz & Forst** hat der Forst-Holz-Papier-Sektor in Rheinland-Pfalz mit **8 Prozent** einen überdurchschnittlichen Anteil am **Bruttoinlandsprodukt**.

Das **Holz verarbeitende Gewerbe** mit **8.500 Unternehmen** liegt mit **7,3 Milliarden € Umsatz** auf dem dritten Platz beim verarbeitenden Gewerbe nach Chemie und Fahrzeugbau.

Mit jedem m<sup>3</sup> Rohholz erwirtschaftete das rheinland-pfälzische Forst-Holz-Papier-Cluster einen Umsatz von **3.300 €**.

Über **50.000 Beschäftigte** im Land arbeiten insgesamt im Verbund von Forst-, Holz- und Papierindustrie.

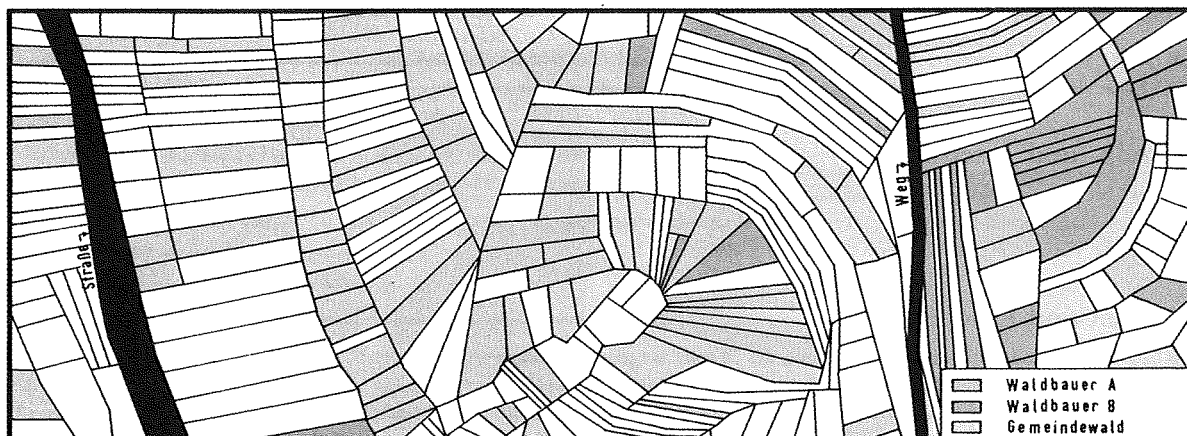
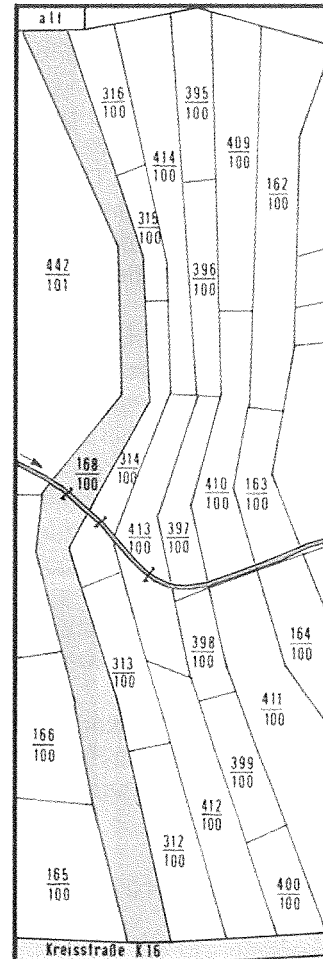
Dagegen gehören die **ca. 400.000 ha** Körperschaftsflächen nur **ca. 2.000 kommunalen Waldbesitzern**, so dass die durchschnittliche Betriebsgröße hier bei etwa **200 ha** pro Eigentümer liegt.

**Langgestreckte Waldparzellen** von wenigen Metern Breite, aber mehreren hundert Metern Länge sind nicht selten anzutreffen.

### 3. Strukturmängel im Wald

Als Folge der Realteilung werden die **ca. 200.000 ha Privatwaldflächen** von **ca. 300.000 Waldbesitzern** bewirtschaftet. Die meisten Privatwaldbetriebe sind Klein- und Kleinstbetriebe. Die rechnerische, durchschnittliche Privatwaldfläche eines Betriebes kann mit ungefähr **0,6 ha** angenommen werden. Wir haben es also mit einem ausgesprochenen Kleinprivatwald zu tun, dessen Bewirtschaftung neben dieser **ungünstigen Größe** noch dadurch erschwert wird, dass die an sich **geringe Besitzgröße** häufig auf **zahlreiche Parzellen** aufgeteilt ist, wie ein Blick auf die Besitzstandskarte verdeutlicht.

Infolge Realteilung wird die Waldbewirtschaftung weiter erschwert durch **ungünstige Flächenformen, fehlende Erschließung und Gemengelage**.



- ⓪ **Fehlende Erschließung**
- ⓪ **Besitzersplitterung, schmale, kleine, zerstreut liegende Grundstücke**
- ⓪ **Gemengelage Gemeinde - privat**



Schwerwiegender sind neben unwirtschaftlichen Grundstücksformen und -größen jedoch oft die Nachteile durch **unzureichende Wegeerschließung**, die eine rentable Bewirtschaftung wegen hoher Werbungskosten von vornherein nicht zulassen. Hinzu kommt, dass vielfach die genauen örtlichen Grenzen des privaten Waldeigentums nicht bekannt sind, so dass zu den forstwirtschaftlichen Problemen noch **eigentumsrechtliche Unsicherheiten** hinzukommen.



Die zwangsläufige Folge dieser **Strukturmängel** ist eine erschwerte Bewirtschaftung sowie eine deutlich **geringere Ertragsfähigkeit des Privatwaldes** gegenüber den großen, meist zusammenhängenden und i. d. R. gut erschlossenen Staats- und Körperschaftsforsten.

Dies wird drastisch dadurch belegt, dass nach einer Untersuchung der Landesforstverwaltung der Privatwald in Rheinland-Pfalz trotz seines Flächenanteiles von **26 %** mit lediglich **8 %** am Gesamtholzeinschlag aller Waldbesitzarten beteiligt ist, während beispielsweise der Staatswald bei etwa gleichem Flächenanteil am Gesamtholzeinschlag mit **35 %** beteiligt ist.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der vorhin bereits erwähnten Tatsache, dass der Wald seine **Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion** nur bei ständiger und sachgemäßer Pflege und Nutzung erfüllen kann, kommt der **Stärkung des Privatwaldes** in Rheinland-Pfalz eine forstpolitische wichtige Rolle zu. Gleichzeitig ist die **Verbesserung des Produktivwertes** des Privatwaldes vor allem angesichts des Holzdefizits in der Bundesrepublik Deutschland volkswirtschaftlich von besonderer Bedeutung. Die forstpolitischen

Vorgaben des Landes haben daher langfristig zum Ziel, eine **erhebliche Verbesserung** der betriebswirtschaftlichen Lage des Privatwaldes sowie eine eigentumspolitisch wünschenswerte Stärkung der Waldbesitzer zu erreichen. Hierbei kann die **ländliche Bodenordnung** in Verbindung mit anderen forstlichen Maßnahmen entscheidende Hilfen zur Beseitigung von Strukturmängeln geben, wie nachfolgend an Beispielen aus der Praxis gezeigt werden soll.

#### 4. Sondervorschriften des Flurbereinigungsgesetzes

Das Flurbereinigungsgesetz gibt der Flurbereinigungsbehörde ausdrücklich den Auftrag, auch Waldgrundstücke neu zu ordnen. Bei der Durchführung der Verfahren, die wegen der anstehenden Probleme als sog. klassische **Flurbereinigungsverfahren nach § 1 FlurbG** oder, was die Regel ist, als **vereinfachte Verfahren nach § 86 Abs. 3 FlurbG** durchgeführt werden, sind folgende Sondervorschriften des FlurbG zu beachten:

1. Beteiligung forstwirtschaftliche Berufsvertretung
2. Größer 10 ha → Zustimmung Forstaufsichtsbehörde
3. Größere Waldgrundstücke ohne wesentlichen Vorteil → Befreiung von Kosten nach § 19 FlurbG
4. Grundsätze der Waldwertrechnung bei Ermittlung des Holzbestandes
5. Größere Holzeinschläge nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde
6. Bei Zuwiderhandlungen nach 5. → Anordnung von Wiederanpflanzung möglich
7. Veränderung einer Waldfläche größer 3 ha nur mit Zustimmung Eigentümer oder Forstaufsichtsbehörde
8. Bei Tausch Abfindung in Holzwerten, soweit möglich
9. Teilung von Waldgrundstücken in gemeinschaftlichem Eigentum und Aufhebung von Dienstbarkeiten mit Zustimmung Forstaufsichtsbehörde
10. Wertermittlung von Wald durch anerkannte Sachverständige

Reine Tauschverfahren von Wäldern verschiedener Eigentümer ohne Ausbaumaßnahmen und Vermessung werden durch Beschleunigte Zusammenlegungsverfahren oder Freiwilligen Landtausch bearbeitet.

Waldflurbereinigungsverfahren werden meist im Verbund mit einem Acker-Grünland -Flurbereinigungsverfahren bzw. einer die gesamte Gemarkung umfassenden Bodenordnung durchgeführt. Dies hat sich wegen der engen **Verzahnung von Wald und Flur**, die eine getrennte Bearbeitung meistens nicht zulässt, bewährt.

„Reine“ Waldflurbereinigungsverfahren sind daher bisher kaum durchgeführt worden.



## 5. Ziele der Waldflurbereinigung

### 5.1 Leitlinien Landentwicklung

Bei der derzeit anstehenden **Fortschreibung der Leitlinien Landentwicklung** soll die Waldflurbereinigung einen neuen Stellenwert erhalten.

Die Waldflurbereinigung soll hierbei wirksam zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zu wirtschaftlicheren Arbeitsweisen im Privat- und Körperschaftswald beitragen.

Durch die Eigentumsregelung und die Erschließungsmaßnahmen werden gleichzeitig die Walderholung, der Tourismus und der Waldschutz gefördert.

Im einzelnen umfasst der Katalog einer Waldflurbereinigung folgende konkreten

### 5.2 Aufgaben und Ziele

1. die Herstellung der inneren und äußeren Erschließung des Waldes
2. die Verbesserung der Besitz- und Grundstücksstruktur
3. Unterstützung forstlicher Maßnahmen
4. Berücksichtigung öffentlicher Interessen, insbesondere des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Erholung.

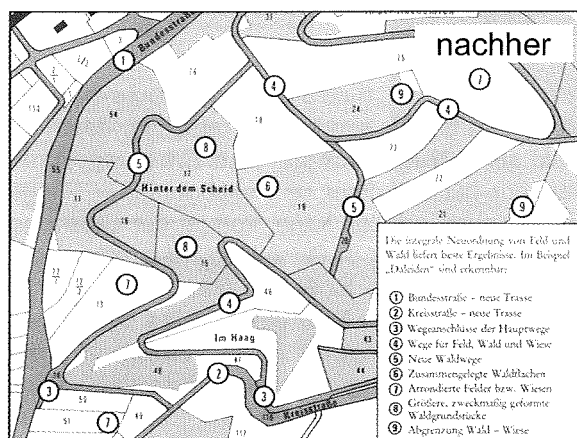
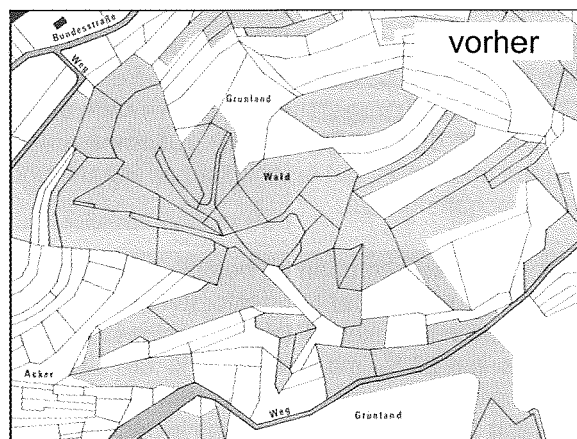
Diese Ziele und deren Umsetzung in der Praxis möchte ich Ihnen nachfolgend an praktischen Beispielen, überwiegend anhand von Flurbereinigungsverfahren aus unserem Dienstbezirk, den Landkreisen Bitburg-Prüm und Daun, näher demonstrieren.

## 6. Beispiele aus der Praxis

### 6.1 Wegenetz

Die mangelhafte, ja z. T. völlig **fehlende Erschließung** vieler Privatwaldgebiete gibt in unserem Bereich sehr oft den Hauptanstoß für die Durchführung einer Waldflurbereinigung. Schlechte oder gar nicht vorhandene Zuwegungen können auch noch so schöne Holzbestände für den Waldbesitzer wertlos machen, nämlich dann, wenn die Werbungskosten den Erlös übersteigen. Aber auch die oftmals starke **Durchmischung von Feld und Wald** und die hierdurch bedingte gegenseitige Abhängigkeit, vor allem des Feld- und Waldwegenetzes, sind sehr oft auslösendes Moment, um Feld und Wald in einem Guss neu zu ordnen.

Sie sehen jetzt hier ein eindrucksvolles Beispiel für eine bedarfsgerechte Erschließung von Privatwäldern im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren aus unserem Dienstbezirk.



Bei einer Waldflurbereinigung sind die Ausweisung und der gleichzeitige Ausbau des Wegenetzes die vordringlichsten Aufgaben.

Die Wege legen die zukünftige räumliche Ordnung fest, sind somit das Grundgerüst, auf der die spätere Neuordnung aufbaut.

Ähnlich wie im Weinbau ist im Kleinprivatwald der Erschließung durch richtig angelegte Wege Priorität gegenüber der Zusammenlegung der Grundstücke einzuräumen. Mit Rücksicht auf die z. T. stark differierenden Bestandeswerte ist es auch kaum möglich, im ersten Anlauf großzügige, etwa der Feldbereinigung ähnliche Zusammenlegungsverhältnisse zu erreichen. Es sollte jedoch im ersten Anlauf gelingen, die notwendigen Wege an die richtige Stelle zu bringen.

Beispiele aus der Praxis haben gezeigt und Forst-sachverständige bestätigen es auch immer wieder, dass ein sinnvoll angelegtes und gut ausgebautes Wegenetz in vielen Fällen bei einer einzigen **Durchforstung** bereits zu einem **Mehrerlös** führen kann, der wesentlich höher ist als die Summe, die von dem betreffenden Waldbesitzer als Eigenleistung in dem Waldflurbereinigungsverfahren zu entrichten war.

Die Erschließung des Waldes wird sehr stark von der **Ausformung des Geländes**, den **Besitz- und Bestandesstrukturen** und den **Rückentfernungen** bestimmt.



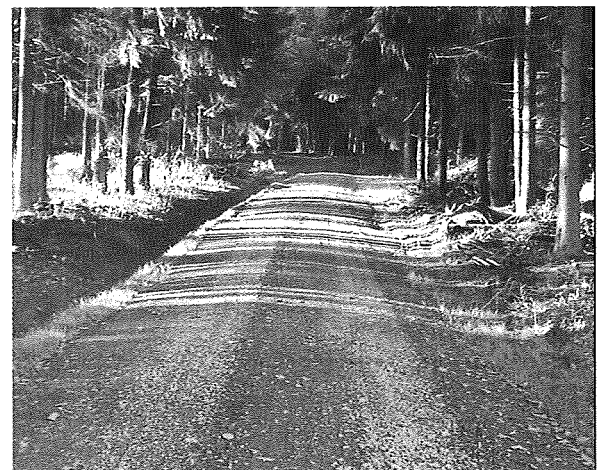
Die **äußere Erschließung** mit Anschluss an bereits vorhandene mit Langholzfahrzeugen **befahrable Wege** oder an überörtliche Straßen wird durch ganzjährig befahrable und ausreichend befestigte Wirtschaftswege hergestellt. Die **innere Erschließung** erfolgt über **Fahr- und Rückewege** sowie durch **Ausweisung von Holzlager- und -aufarbeitungsplätzen**.



Die Fahr- und Rückewege sollen zweckmäßiger Weise eine beidseitige Erschließung aus der Mitte heraus gewährleisten sowie bestands- und landschaftsschonend ausgeführt werden. Die Abfindungen sollen in den Hanglagen von Weg zu Weg durchlaufen. Im Gegensatz zum landwirtschaftlichen Anbau kann bei der Wegeführung in den Wäldern die Parallelität der Grundstücksgrenzen völlig außer Acht gelassen werden.

Die Wege sollen nach Möglichkeit nicht am Waldrand, sondern mindestens in einer Tiefe von 1 - 2 Baumlängen in den Wald hineingelegt werden, um den Waldsaum mit seinen besonderen Funktionen zu schützen. Gleiches gilt für die sehr oft anzutreffenden Waldtäler mit Feuchtgebieten, die nach Möglichkeit umgangen werden sollten.

Beim Ausbau der Hauptwege ist zu beachten, dass sie einen Schwerverkehr von 30 t und mehr aufnehmen müssen. Als brauchbare **Befestigungsart** für LKW-befahrable Waldwege haben sich in erster Linie die Standardbauweisen und -befestigungen nach der RLW in Form von sandgebundenen Schotterdecken oder einschichtige Schüttlagedecken aus sortiertem Gestein bewährt.



**Bituminöse Befestigungen** sind für Waldwege aus vielerlei Gründen unzweckmäßig und sollten auf absolute Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

Der **Wasserführung** ist beim Waldwegebau besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wasser ist ein Feind des Weges, es sollte aber nicht aus dem Wald herausgeleitet werden. Vielmehr genügt eine hang- oder talseitige **Querneigung** des Weges von 3 - 6 % erforderlichenfalls mit Längssickerung bzw. die Anlage eines Dachprofils, wobei aus Sicherheitsgründen zwar der hangseitigen Neigung bzw. dem Dachprofil der Vorzug einzuräumen ist.

Wegen der hiermit zwangsläufig verbundenen Anlage von Wegeseitengräben mit regelmäßigen Wasserabschlägen ist dies zugleich auch die kostenträchtigste Bauweise. In unserem Bereich werden beide Ausbauarten angewandt.

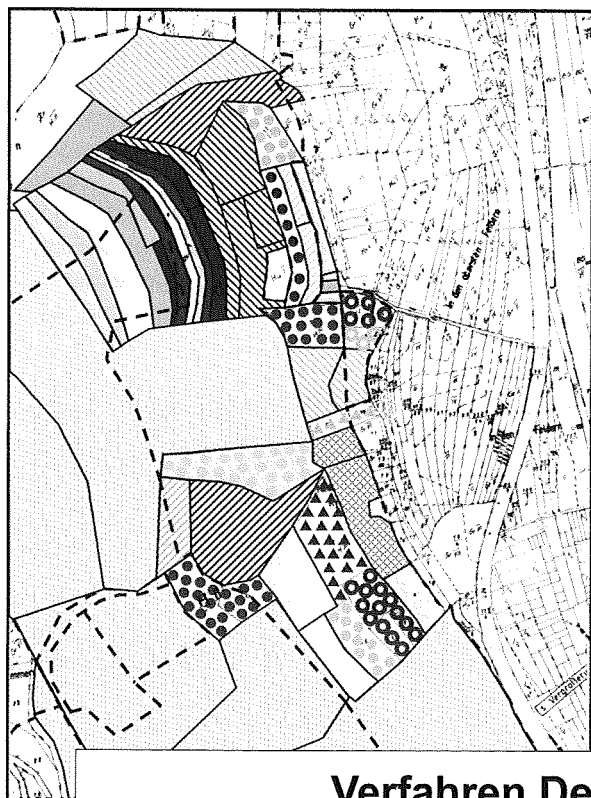
## 6.2 Verbesserung der Besitz- und Grundstücksstruktur

Die Besitz- und Grundstücksstruktur kann durch eine übergreifende Bodenordnung zwischen Feld und Wald und durch die Regelung der rechtlichen Verhältnisse entscheidend verbessert werden. Die wichtigsten Kriterien sind hierbei:

### 6.2.1 Zusammenlegung der Grundstücke

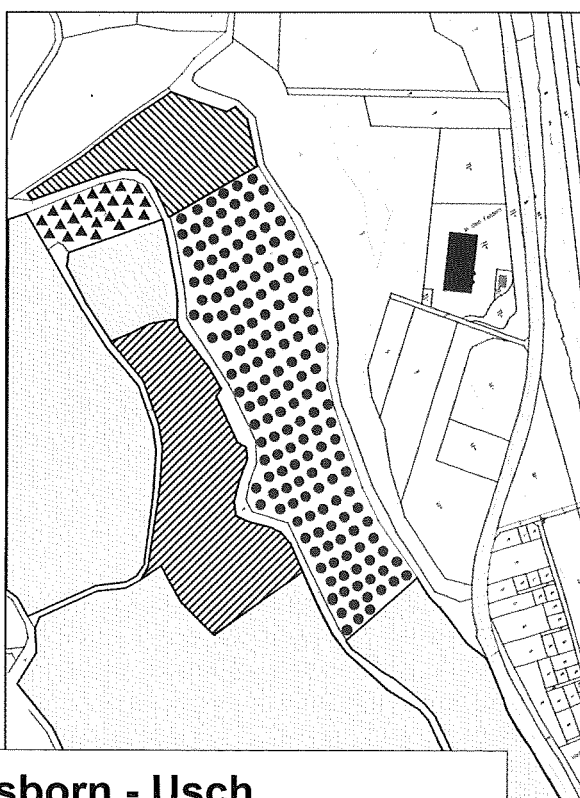
Neben der Erschließung ist die Beseitigung der überwiegend durch die Realteilung entstandenen **Besitzersplitterung** sowie die **Entflechtung von Gemengelage**n zwischen Privat-, Körperschafts- und Staatswald als weiteres vorrangiges Ziel der Waldflurbereinigung zu nennen.

Die Parzellengröße ist auch im Privatwald ein entscheidendes Kriterium einer rentablen Holzwirtschaft. Die untere Flächengröße sollte deshalb bei einem Hektar liegen. Mindestgrößen von zwei und mehr Hektar sind anzustreben. Die Praxis hat vielfach gezeigt, dass Eigentümer kleinerer Waldflächen, die auch nach der Zusammenfassung noch eine unrentable Größe aufweisen, nach entsprechender Beratung geneigt sind, Geldabfindungen anstelle einer Landzuteilung zuzustimmen oder aber an einem Austausch von Waldgrundstücken mit landwirtschaftlicher Nutzfläche und umgekehrt interessiert sind. Hierdurch können die Flächen der am Wald Interessierten aufgestockt und somit größere Besitzstände geschaffen werden. Es muss jedoch klar gesagt werden, dass sich in der Praxis der Waldneuordnung die Zusammenfassung von zerstreut liegenden Waldparzellen zu größeren Einheiten wesentlich schwieriger als in der „normalen“ Feldflurbereinigung erweist, weil, einmal abgesehen von den z. T. stark differierenden Bestandeswerten, hier die Bindungen der Waldeigentümer an



vorher

## Verfahren Densborn - Usch



nachher

jede einzelne Parzelle aufgrund ideeller Werte noch weitaus stärker ausgeprägt sind. Dennoch lassen sich nach intensiver und manchmal auch zeitaufwändiger forstlicher Beratung und Überzeugungsarbeit respektable Zusammenlegungsergebnisse erreichen, wie hier im Beispiel aus den Verfahren Densborn- Usch, Birresborn und Adenau gezeigt wird.

### 6.2.2 Verbesserung der Grundstücksform

Als Folge der Realteilung weisen die Klein- und Kleinstparzellen sehr häufig für die Waldbewirtschaftung ungünstige Flächenformen auf. Langgestreckte, oft nur wenige Meter breite **Waldstreifen** sind gar nicht selten anzutreffen.

Das Flurstück hier hatte beispielsweise eine Länge von 460 m und eine Breite von 10 – 20 Meter. Denkt man an die hierdurch bedingten Nutzungsausfälle allein durch die langen Bestandesränder, so ist unschwer einzusehen, dass diese Form eine halbwegs vernünftige und rentable Bewirtschaftung überhaupt nicht zulässt.

Die Form der neuen Waldgrundstücke soll sich deshalb mehr der **quadratischen Form** nähern,

um möglichst wenige Bestandesränder zu schaffen. Die Ausformung der Waldgrundstücke sollte jedoch dem Gelände und den Bestandesstrukturen angepasst sein. Die Breite der Grundstücke sollte mindestens 2 Baumlängen, das sind etwa 60 m, betragen, um Behinderungen beim Holzeinschlag sowie Schäden am Nachbarbestand zu vermeiden.

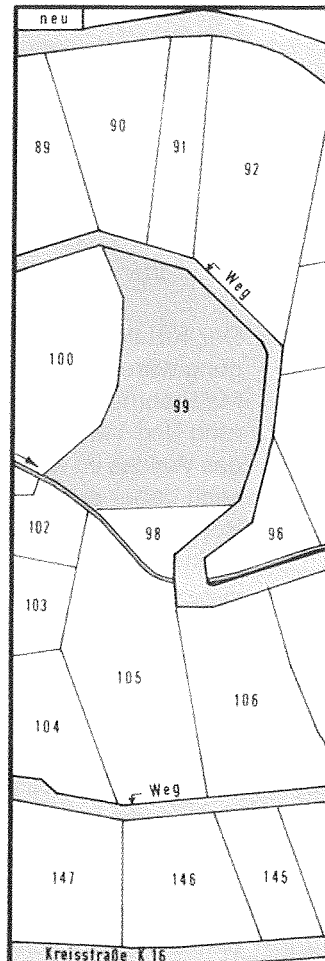
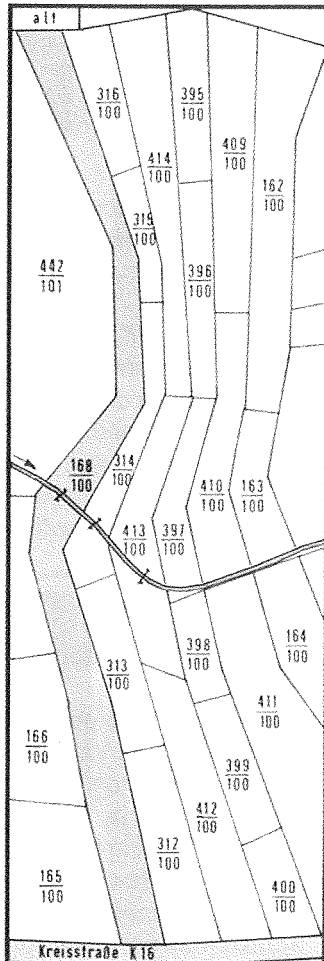
### 6.2.3 Vermessung und Abmarkung der Waldgrenzen

Besonders in den Privatwaldgebieten mit ausgeprägter Besitzzersplitterung und einem i.d.R. aus der Urmessung stammenden Kataster ohne örtliche Vermarkung, das sich zudem oft nur noch auf graphische Festlegungen beschränkt, bestehen oft große Unsicherheiten hinsichtlich der Eigentumsgrenzen. Nicht selten wurden von den Vorvätern Neuanpflanzungen innerhalb vermuteter Eigentumsgrenzen vorgenommen, die dann im Zuge eines Flurbereinigungsverfahrens anlässlich der Überprüfung mit dem Katasternachweis schon zu manchen Überraschungen für die jetzigen Eigentümer geführt haben.

Für die Waldeigentümer ist es daher von großer Wichtigkeit, dass die im Zuge der Neuordnung neu gebildeten, vergrößerten Parzellen zu den Nachbarbeständen **vermarkt** und die Grenzen durch Sichtschneisen offengelegt sind.

Bei der Abmarkung entlang der Wege kann man sich hierbei allerdings auf die abgehenden Grenzpunkte beschränken, wie dies in dem Kartenausschnitt dargestellt ist.

Der klare und gut **sichtbare Grenzverlauf**, die Vergrößerung der Waldgrundstücke in Verbindung mit einem gut ausgebauten Wegenetz bringen dem Waldeigentümer Vorteile, die sich unmittelbar waldbaulich und betriebswirtschaftlich niederschlagen.





#### 6.2.4 Neuordnung gemeinschaftlichen Eigentums

Nach unseren Erfahrungen besteht bei den Waldeigentümern aus vielerlei Gründen eine starke Abneigung gegen gemeinschaftliches Eigentum. Dies liegt meist darin begründet, dass bei Bruchteils- oder Gesamthandgemeinschaften sehr oft die persönliche Bindung des Einzelnen zum Waldbesitz fehlt, was oft dazu führt, dass ganze Waldgrundstücke völlig ohne Pflege und Nutzung bleiben, was allmählich die Vernichtung der Bestände zur Folge hat.

Der Wunsch vieler Waldeigentümer, im Zuge der Waldflurbereinigung ausschließlich Abfindungen im Alleineigentum mit abgemarkten Grenzen zu erhalten, ist hieraus verständlich. Dem Wunsch kann in einer Waldneuordnung insofern entsprochen werden, als die **Aufteilung** dem geforderten Zweck der Flurbereinigung nicht entgegensteht. Denn die Schaffung **klarer Eigentumsverhältnisse** trägt dazu bei, dass die Bindung des einzelnen Waldbesitzers an sein Eigentum wieder gefestigt und somit die gewünschte Pflege und Nutzung gefördert wird.

#### 6.3 Unterstützung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

Die Waldneuordnung zielt darauf ab, eine ordnungsgemäße Waldwirtschaft zu betreiben. Insbesondere sollen die Voraussetzungen geschaffen werden für

- ☐ die **Pflege der Waldbestände**, d. h. Jungwuchspflege, Läuterung und Durchforstungen
- ☐ die **Umwandlung** von nicht standortgemäßen Beständen in standortgerechte Bestockungen
- ☐ die **Umwandlung oder Überführung** von Stockausschlag- oder Niederwald in Hochwald
- ☐ **Meliorationsmaßnahmen** zur Erhaltung und Steigerung der Ertragskraft des Bodens

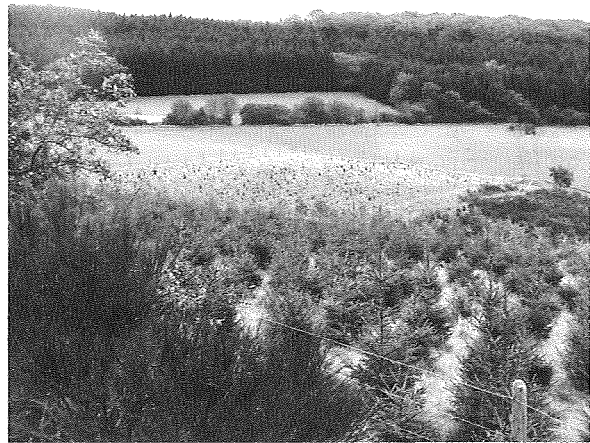
sowie die Durchführung notwendiger **Waldschutzmaßnahmen**.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die **Ausweisung von Aufforstungsgewannen**, die gerade in der heutigen Zeit, wo zunehmend Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion ausscheiden, ein wichtiges Anliegen im Rahmen der Waldneuordnung darstellt und zur

sinnvollen, in die Zukunft gerichteten Landentwicklung beiträgt.

Denn nicht immer sind an der Stelle, wo zufälligerweise Flächen stillgelegt werden, auch die Voraussetzungen für eine vernünftige Aufforstung gegeben.

Die Waldflurbereinigung bietet vom gesetzlichen Rahmen und dem Instrumentarium her die Möglichkeit, Aufforstungsgewanne unter Beteiligung aller berührten Fachdisziplinen sowie unter Berücksichtigung der Grundstücksneuordnung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Wünsche der Grundstückseigentümer und Aufforstungswilligen möglichst bedarfsgerecht und landespflegerisch vertretbar auszuweisen.



#### 6.4 Berücksichtigung öffentlicher Interessen, insbesondere Naturschutz, Tourismus und Erholung

Der Katalog der Aufgaben einer Waldflurbereinigung wäre sicherlich unvollständig, würde man die Maßnahmen außer Betracht lassen, die der Sicherung und Verbesserung der Wohlfahrtswirkungen des Waldes im weitesten Sinne dienen. Lassen Sie mich daher auch hierzu einige Beispiele aus dem Bereich des **Naturschutzes und der Landespflege** kurz streifen.

##### Sicherung und Erhaltung wertvoller Biotope

Im Wald existieren besonders wertvolle Biotope. Es handelt sich um Waldgesellschaften und Waldanbauformen, die seltene und gefährdete Arten beherbergen, die von Natur aus nur kleinflächig oder in Restvorkommen zu finden sind. Hierzu zählen zum Beispiel **Altholzinseln, Auewälder, Trockenwälder** und **Ruderalvegetation**. Die Waldneuordnung bietet die Möglichkeit, **Schutzmaßnahmen** für

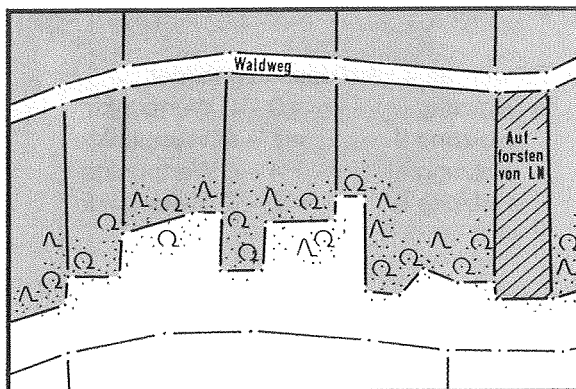
diese Biotope zu unterstützen bzw. durch Bodenordnung eine **eigentumsrechtliche Sicherung** vorzunehmen. Gleichzeitig können **neue Biotope** geschaffen und miteinander vernetzt werden. Auch durch **unbefestigte Waldwege** werden für den Wald wichtige Biotopstrukturen wie Randsäume und Besonnungszonen geschaffen.



### Erhaltung und Gestaltung von Waldrändern

Gut aufgebaute Waldränder haben nicht nur Bedeutung für den vorbeugenden Waldschutz gegen Wind, Sonne und Schadorganismen, sondern auch für den **Biotop- und Artenschutz**.

Bei der Festlegung der Feld-Wald-Grenze kann die Flurbereinigung durch das Bereitstellen der entsprechenden Flächen einen Beitrag zum Aufbau gestufter Waldränder leisten, wobei das in der Praxis immer wieder auftretende Problem, wie die entsprechenden Flächen aufgebracht werden können, an dieser Stelle nur gestreift werden soll.



### Schaffung von Erholungseinrichtungen

Der ständig steigenden Bedeutung von Freizeit und Erholung kann im Rahmen einer Waldflurbereinigung durch entsprechende **Flächenbereitstellung** ebenfalls Rechnung getragen werden. So erhöhen zum Beispiel **Wildgehege, Waldlehrpfade, Waldspielplätze, Grillplätze** und ähnliche Anlagen den Erholungswert des Waldes.

Die neu ausgewiesenen Wege erweitern das Angebot an **Wandermöglichkeiten** i. d. R. beträchtlich. Einige Wege können auch als **Rad- oder Reitwege** ausgewiesen werden. Freizeitsportlern bietet sich die Möglichkeit, die neu geschaffenen Wege als **Langlaufloipen** oder **Trimpfade** zu benutzen.



Meine Damen und Herren,

soweit zum Aufgabenspektrum einer Waldflurbereinigung.

### 7. Verfahrenstechnische Besonderheiten

Ich möchte nun noch **auf** einige verfahrenstechnische Besonderheiten eines Waldflurbereinigungsverfahrens eingehen, wobei ich insbesondere die Themen **Wertermittlung des Bodens und des Holzbestandes, den Vorwegausbau und die Wegetrassenfreistellung** beleuchten möchte.

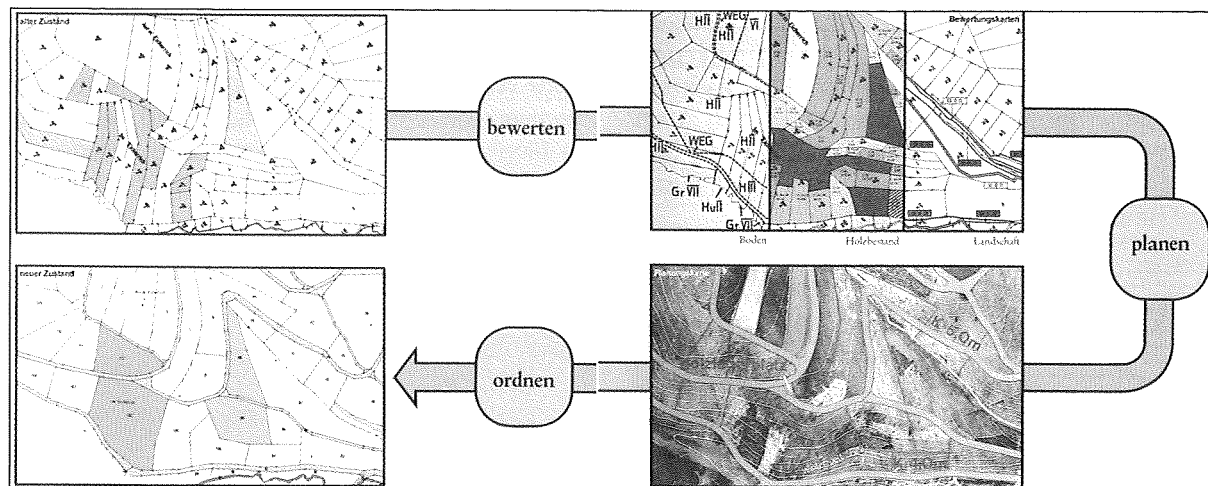
Am nachfolgenden Schaubild sehen sie plakativ skizziert den Grobablauf einer Waldflurbereinigung:

Ausgehend vom alten Zustand erfolgt zunächst die Bewertung der Waldgrundstücke nach Boden, Holzbestand und Landschaft.

Anschließend erfolgt die Planung der gemeinschaftlichen Anlagen wie Wegenetz, Holzlagerplätze, Aufforstungsgewanne usw..

Auf der Basis des neuen Wege- und Gewässernetzes erfolgt dann die Neuordnung der Grundstücke und aller rechtlicher Verhältnisse.

Was sich hier so einfach ansieht ist in Wirklichkeit ein komplexer Prozess, der sich von der Voruntersuchung über die Anordnung bis zum Besitzübergang und Berichtigung der öffentlichen Bücher i. d. R. je nach Verfahrensgröße über 5 bis 10 Jahre hinziehen kann.



## 7.1 Wertermittlung

Die getrennte Bewertung von Boden und Aufwuchs ist ein entscheidendes Merkmal der Waldneuordnung. Neben der Abfindung mit Land von gleichem Wert ist eine zweite Komponente, die Abfindung mit Holzwerten zu berücksichtigen.

Ich möchte vorausschicken, dass die Bewertungsgrundsätze und -methoden durchaus in einzelnen Punkten von den Ihnen bekannten Waldwertermittlungsrichtlinien abweichen, weil es in der BO vorrangig nicht um eine absolute Bewertung, also um Verkehrswerte, sondern um eine relative Bewertung für Tauschvorgänge von Waldgrundstücken geht.

### 7.1.1 Waldbodenbewertung

Der Waldbodenwert wird durch den Ertrag bestimmt, der bei standortgerechter Bestockung nachhaltig zu erzielen ist. Er wird beeinflusst durch die natürlichen Wuchsbedingungen, d. h. die Bodenverhältnisse und die Standortfaktoren, wie z. B. Himmelsrichtung, Hangneigung usw. Die Nähe zur Ortslage oder die Erschließung wird hierbei nicht berücksichtigt.

Die Waldbodenschätzung wurde bisher i. d. R. im zeitlichen Zusammenhang mit der LN-Flächen-Bewertung von den vereidigten Bodenschätzern unter Beiziehung des Forstsachverständigen durchgeführt. Aufgrund einer Verfügung der OFD Koblenz soll die Waldbodenbewertung zukünftig nicht mehr von den amtlichen Bodenschätzern geleistet werden, so dass hier grundsätzlich der Forstsachverständige die Bewertung vornehmen muss.

Die örtliche Aufnahme erfolgt auf Katasterkarten 1 : 2.000 oder, bei guter Bildqualität, auf Ortphotos 1 : 2.000. Die Bildung von drei, höchstens jedoch vier

Holzbodenklassen ist im allgemeinen vollkommen ausreichend.

Wichtig ist, dass die Holzbodenklassen in einer klaren **Wertrelation** zu den Klassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche gebracht werden, um einen wertgerechten **freiwilligen Austausch** zwischen den Nutzungsarten zu ermöglichen.

### Wertermittlungsrahmen

Im Dienstbezirk des ehemaligen Kulturamtes Prüm und jetzt DLR Eifel haben die Forstsachverständigen im Laufe der Jahre einen Bewertungsrahmen entwickelt, der sich in der Praxis bewährt hat und den ich Ihnen vorstellen möchte.

#### ☐ Bewertung erfolgt nach den Kategorien

1. Lage
2. Boden

#### ☐ Es werden 4 Wertklassen gebildet

- Holzung I = 9 - 10 Wertpunkte
- Holzung II = 7 - 8 Wertpunkte
- Holzung III = 4 - 6 Wertpunkte
- Holzung IV = 2 - 3 Wertpunkte

### Bewertungsmerkmale:

#### 1. Lage:

- a. Ebene und fast ebene Flächen  
schwach geneigte Nord- und Osthänge  
bis 25 % Neigung  
5 Punkte
- b. Nord- und Osthänge über 25 % Neigung,  
schwach geneigte Westhänge bis 25 %  
4 Punkte
- c. Westhänge mit über 25 % Neigung, schwach  
geneigte Südhänge bis 25 %  
3 Punkte

- d. Südhänge über 25 % Neigung  
2 Punkte
- e. In jeder Lage mit Böden nach Merk-  
male (Boden)  
1 Punkt

## 2. Böden

- a. Nachhaltig frisch, humos, bester lockerer  
Braunerdezustand (krümelig), tiefgründig,  
ohne Steine  
5 Punkte
- b. Frisch, noch locker und humos, mittel-  
tiefgründig (30 bis 60 cm), schwach stei-  
nig  
4 Punkte
- c. Mäßig frisch, mäßig locker, Modernmittel- bis  
flachgründig  
3 Punkte
- d. Trocken, dicht, flachgründig, Rohhu-  
mus, staunass, steinig  
2 Punkte
- e. Kaum Bodenkrume, Grundgestein anstehend,  
(sichtbar), blockartig steinüberlagert  
1 Punkt

Ich habe eben bereits erwähnt, dass es wichtig ist, dass die Holzbodenklassen in einer klaren **Wert-relation** zu den Klassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche gebracht werden, um einen wertge-  
rechten **freiwilligen Austausch** zwischen den Nutzungsarten zu ermöglichen.

Hier sehen Sie einen Wertermittlungsrahmen aus dem Verfahren Kirchspiel Bodenbach, in dem die 4 Holzungs-klassen von den zugeordneten Wertein-  
heiten her in Relation zu den landwirtschaftlichen Flächen wie Acker, Grünland und Hutung einge-  
ordnet wurden.

Die beste Holzungs-klas-  
se I entspricht hier der  
schlechtesten Acker- bzw.  
Grünlandklasse mit jeweils  
7 Werteinheiten pro ar.

Mit Hilfe eines mit dem  
TG-Vorstand festgelegten  
Kapitalisierungsfaktors  
können die Werteinheiten  
zu Geldentschädigungs-  
beträgen bei Mehr- oder  
Minderabfindungen über-  
geleitet werden.

## 7.1.2 Wertermittlung der Holzbestände

Der Wertermittlung für den Holzbestand kommt eine besondere Bedeutung zu, weil dieser Wert den Waldbodenwert meist erheblich übersteigt. Die Wertermittlung wird auf die Bestände bzw. Lagen beschränkt, die voraussichtlich den Eigentümer wechseln. Das Flurbereinigungsgesetz schreibt vor, dass der zu ermittelnde Wert des Holzaufwuchses nach den Grundsätzen der **Waldwertrechnung** zu bestimmen ist.

Während ein Teilnehmer für Waldboden mit Land von gleichem Wert abzufinden ist, muss für aufste-  
hendes Holz nach Möglichkeit wieder **Abfindung in Holzwerten** gegeben werden.

Für die Ermittlung des Wertes der Holzbestände nach den Grundsätzen der Waldwertrechnung können verschiedene Methoden zur Anwendung kommen:

In **Jungbeständen** wird der **Bestandeskosten-wert**, der von den Begründungs- und Pflegekosten ausgeht, zugrunde gelegt.

Bei alten und **hiebtreifen Beständen** wird der Wert des Bestandes als **Abtriebswert** aus dem markt-  
üblichen Holzerlös für die vorhandene Holzmasse nach Abzug der Werbungskosten ermittelt.

In den übrigen Fällen wird der Wert des Holzbe-  
standes als **Bestandserwartungswert** nach dem **Alterswertfaktor-Verfahren errechnet**. Dieses Verfahren, das die breiteste Anwendung auch in der Waldflurbereinigung gefunden hat, geht von dem Abtriebswert eines hiebtreifen Altbestandes aus, der dann über die Alterswertfaktoren auf das Alter des zu bewertenden Bestandes diskontiert wird.







Anstelle der Kombination von Blockteilkarte/Katasterkarte kann die örtliche Bewertung auch auf einem **Orthophoto M. 1 : 2.000** - entsprechende Bildqualität natürlich vorausgesetzt - vorgenommen werden. Nach Abschluss der örtlichen Arbeiten wird das Orthophoto in die Katasterkarten eingepasst, die Wertabschnitte digitalisiert und in einem „Holzbestandsnachweis“ für jeden Eigentümer nachgewiesen.

Nach Erfassung der Bestandesdaten errechnet der Forstsachverständige mit Hilfe von EDV-Programmen die Bestandeswerte für die zu tauschenden Waldgrundstücke und dokumentiert dies auf entsprechenden Belegen.

Die **Ergebnisse der Bestandsbewertung** für die zugeteilten bzw. abgegebenen Holzbestände einschließlich evtl. erforderlicher Ausgleichszahlungen, werden den Teilnehmern des Flurbereinigungsverfahrens im Planwunsch bzw. zusammen mit der **Vorlage des Flurbereinigungsplanes** bekannt gegeben.

Die Holzbestandsbewertung soll in einem möglichst kurzen **Zeitraum vor dem Planwunschtermin** vorgenommen werden, um aufwendiges Fortführen der Bestandesdaten z. B. verursacht durch unkontrollierte Holzeinschläge oder Kalamitäten, zu vermeiden.

Die Ermittlung der Bestandeswerte gestaltet sich insbesondere in großen Verfahren sehr zeitaufwendig. Rationalisierungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere bei der **Verwendung von Orthophotos** und bei **Einsatz der Datenverarbeitung** zur Berechnung und Aufstellung der erforderlichen Nachweise.

## 7.2 Vorwegausbau und Trassenfreistellung

In der Praxis der Waldflurbereinigung hat sich der Vorweg-Ausbau der Wege unmittelbar nach der **Planfeststellung bzw. Plangenehmigung** des WuG-Planes bestens bewährt und in vielen Fällen auch als unabdingbar erwiesen, da sehr oft Wege in Hanglagen erst nach dem Ausbau vermarktet und aufgemessen werden können.

Den Waldeigentümern werden hierbei die seitlichen Grenzen der neuen Wegetrasse durch Farbmarkierungen an den Bäumen kenntlich gemacht. Im Wege einer **vorläufigen Anordnung nach § 36 FlurbG**, in der den Waldeigentümern der Besitz und die Nutzung der neuen Wegeflächen entzogen wird, werden die Waldeigentümer aufgefordert, die Wegetrassen, soweit sie in ihrem Altbesitz

verlaufen, vom **Holzaufwuchs zu räumen** und das Holz selbst zu verwerten bzw. oberhalb der Wegetrasse zu lagern und nach dem Ausbau des Weges abzufahren.



Falls Beteiligte nicht willens oder in der Lage sind, die Wegetrassen auf ihrem Altbesitz selbst freizustellen, übernimmt diese Arbeiten die **Teilnehmergemeinschaft**, wobei dann die Teilnehmergemeinschaft das eingeschlagene Holz zur **Deckung der Werbungskosten** verkauft. Ein über die Werbungskosten hinausgehender Erlös wird an den jeweiligen Eigentümer ausgezahlt. Die hierdurch nicht gedeckten Werbungskosten verbleiben als beihilfefähige Ausführungskosten bei der Teilnehmergemeinschaft.

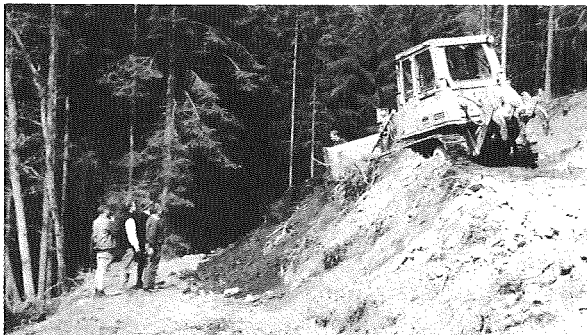
Nach unseren bisherigen Erfahrungen entscheiden sich etwa 60 - 70 % der Waldeigentümer für das Selbstfreistellen.



Der auf der Wegetrasse befindliche Holzbestand wird den Eigentümern unabhängig von der Art der Freistellung auf ihren Abfindungsanspruch nicht angerechnet. Mit dieser Handhabung sind die Teilnehmer i. d. R. einverstanden, weil demgegenüber der frühzeitige Ausbau der Wege zu einer erheblichen Wertsteigerung der bisher nicht erschlossenen Waldparzellen führt. In Einzelfällen kann es natürlich zu **Härtefällen** führen, für die

dann zusätzlich **Geldentschädigungen** festzusetzen sind. Diese Regelung hat sich bisher in der Praxis der Waldflurbereinigung bewährt.

Der verschiedenerseits geforderte entschädigungslose „**Holzbestandsbeitrag**“, mit dem **alle** Teilnehmer gleichermaßen, unabhängig vom Wegeverlauf, belastet werden sollen, ähnlich dem Wegebeitrag, wird durch das Flurbereinigungsgesetz nicht gedeckt. Nach unseren bisherigen Erfahrungen besteht auch hierzu aus der Praxis heraus kein dringender Regelungsbedarf.



Nach dem Freiholzen der Trasse kann dann mit den Erdarbeiten des neuen Weges begonnen werden.

Hier in diesen Bildern ist der Weg im Erdbau fertig gestellt. Je nach Bedeutung der Wege ist dann ggf. noch eine Befestigung mit Mineralgemisch erforderlich.



Die Wege und die umgebende Landschaft sehen natürlich anfangs noch etwas wund aus.

Nach kurzer Zeit begrünen sich die Wege jedoch allmählich, so dass sie sich mit der Zeit harmonisch in das Landschaftsbild einfügen und nicht mehr als Eingriff empfunden werden.

## 8. Kosten und Finanzierung

Abschließend möchte ich Ihnen zu den Kosten der Waldflurbereinigung und zur Finanzierung folgendes mitteilen:

Wir unterscheiden:

### □ **Verfahrenskosten**

(Verwaltungsaufwand aller betroffenen Behörden für Planung, Vermessung, Wertgutachten usw.):

- werden vom Land zu 100 % getragen

### □ **Ausführungskosten (AK)**

(Forstwegebau, wasserwirtschaftliche und landespflegerische Maßnahmen, Vermessung, Vermarkung, Instandsetzung)

- Zuschüsse: bis 85 %; Eigenleistung 15 %
- Förderhöchstgrenze: 2.000 € AK pro ha
- Ø 1.500 € pro ha Bearbeitungsfläche Wald
- → ca. 225 - 300 € pro ha Eigenleistung

## 9. Zusammenarbeit

Meine Damen und Herren,

Ich hoffe, es ist mir gelungen, Ihnen die Aufgabenstellung und Problematik der Waldflurbereinigung als Instrument der Landentwicklung mit Worten und Bildern aus der Praxis darzulegen. Ich denke, dass wir mit den Verfahren nach dem FlurbG hervorragende Instrumente zur Hand haben, um die zu Beginn des Vortrages geschilderten Strukturprobleme zu lösen und eine wesentliche Effizienzsteigerung im Privatwald herbeizuführen.

Sicherlich ist es im Rahmen eines solchen Vortrages nicht möglich, alle Probleme und Lösungsmöglichkeiten vollständig und detailliert aufzuzeigen. Es sollte nur ein grober Überblick bzw. eine Standortbestimmung gegeben werden.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Waldflurbereinigung bei den gegebenen Strukturverhältnissen im Wald insgesamt gesehen notwendig und in hohem Maße geeignet ist, Strukturnachteile zu mildern und die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte und rentable Nutzung zu schaffen.

Ich möchte es jedoch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass der Erfolg einer Waldneuordnung u. a. wesentlich von der guten und fruchtbaren **Zusammenarbeit** zwischen allen beteiligten Stellen, insbesondere zwischen den Forst- und Flurbereinigungsbehörden abhängt, wobei der Tätigkeit des **Forstsachverständigen**, der das Verfahren mit seinem Sachverstand von der Einleitung bis zur Widerspruchsbearbeitung begleitet, ein besonderes Gewicht zukommt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

# Landschaftspflegerische Aspekte - welcher Bezug besteht zur Flurbereinigungsplanung?\*)

Vermessungsrat Thomas Mitschang, DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, Simmern

## 1. Landschaftspflegerische Aspekte - Meilensteine der Entwicklung

Vor etwa 10000 Jahren sah unsere Welt noch deutlich anders aus, denn die Menschen lebten als Jäger und Sammler in einer reinen Naturlandschaft. Neueste archäologische Ausgrabungen auf dem „Göbekli“ (zu deutsch etwa: „Nabelberg“) in der Nähe von Sanli-Urfa in Ostanatolien zeigen, dass der Mensch zu dieser Zeit schon fähig war, mit einfachsten Flintwerkzeugen eine Kultstätte bestehend aus riesigen Monolithsteinen zu errichten. Die in die Monolithsteine gehauenen Reliefs zeugen von einer Unterwerfung, ja Anbetung der Natur, von der die Menschen in jener Zeit gänzlich abhängig waren.



Mit der Zeit lernte der Mensch seine Ernährung durch Domestizierung von Tieren sowie den Anbau von Nutzpflanzen sicherzustellen. Er wurde sesshaft und begann seinen Lebensraum von einer reinen Naturlandschaft in eine Kulturlandschaft umzubauen. Durch diesen Übergang kam es im Laufe der Zeit zu einer erheblichen Artenzunahme der Flora und Fauna.

Verschiedenste Landnutzungsformen brachten völlig neue Biotoptypen wie z. B. Wiesen, Weiden, Heiden, Trockenrasen und Äcker hervor.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts leistete die historische Landwirtschaft in Deutschland durch die extensive Nutzung der Offenlandbiotope einen systemimmanenten Beitrag zum Arten- und Biotopschutz.

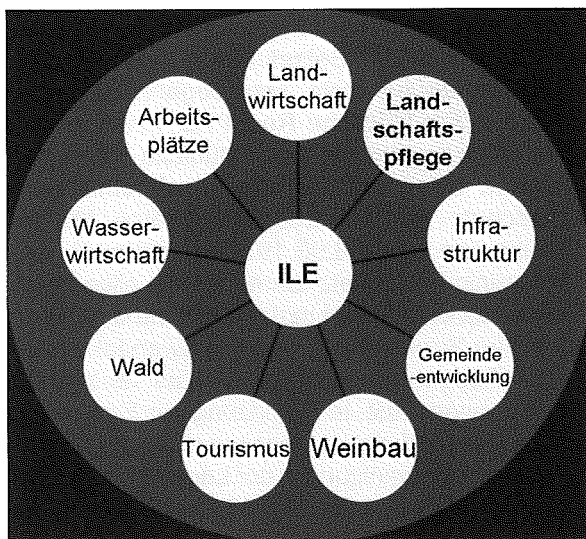
In der Nachkriegszeit bestand die gesellschaftspolitisch vordringlichste Aufgabe darin, die Bevölkerung zu ernähren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ausrichtung der damaligen Bodenordnung zu sehen. Das Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 14.07.1953 war geprägt von den ökonomischen Zielen der Produktionssteigerung. Da die Hauptziele in der Gestaltung der Grundstücke nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestanden, war für ökologisches Problembewusstsein nicht viel Platz. In der öffentlichen Meinung waren Flurbereinigung und Ökologie unvereinbare Gegensätze. Die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Nutzung ging mit einer Uniformierung der Landschaft einher.

In den siebziger Jahren begann eine Sensibilisierung bezüglich der Belastungen, die man dem Naturhaushalt zumutete. Man begann zu erkennen, dass der ländliche Raum nur funktionieren kann, wenn er gesunde und natürliche Strukturen aufweist. Bund und Länder verabschiedeten Naturschutz- und Landespflegegesetze. Mit der Novellierung vom 16.03.1976 wurde auch das Flurbereinigungsgesetz formell an die allgemeine Rechtsentwicklung und materiell an die durch den ländlichen Struktur- und Funktionswandel veränderten Ausgangsbedingungen des ländlichen Raumes angepasst. In Ergänzung zur Einführung der Landentwicklung als einer wesentlichen Teilaufgabe der Flurbereinigung in der Legaldefinition des neuen § 1 FlurbG wurde in § 37 FlurbG der eigenständige landespflegerische Gestaltungsauftrag für die Flurbereinigungsbehörde festgeschrieben.

\*) Vortrag anlässlich der 10. Rheinland-Pfälzer Sachverständigentagung am 2. März 2006 in Bingen

Dieser wurde allerdings in den Folgejahren nicht in dem Maße umgesetzt, wie es von Naturschutzseite aus gewünscht war.

In Rheinland-Pfalz hat der Ministerrat mit Beschluss vom 28.03.1995 die Leitlinien „Ländliche Bodenordnung“ verabschiedet. Diese stellten den politischen Auftrag für die Landeskulturverwaltung dar, an den Lösungen der vielfältigen Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im Ländlichen Raum mitzuwirken. Mit diesem Programm, das mit dem Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz vom 23.04.2001 auf den Zeitraum von 2000 bis 2006 ausgedehnt wurde, wurden die räumlichen und sachlichen Schwerpunkte der ländlichen Bodenordnung neu festgelegt. Durch die Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte, die Moderation der Landentwicklungsprozesse, die Priorisierung einfacher und schneller Bodenordnungsverfahren, die Umsetzung der neuen Initiative „Nutzungstausch“ sowie die Bündelung knapper Finanzmittel unter Einbeziehung von Investitionen anderer Träger hat Rheinland-Pfalz bei den Instrumenten und Ansätzen zur Landentwicklung eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen. Damit einhergehend wurde der aktive Auftrag zur Aufwertung von Natur und Landschaft erteilt. Um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten bzw. wiederherzustellen galt daher die Zielvorgabe, die Ländliche Bodenordnung zu einem Instrument des modernen Flächenmanagements zur Unterstützung von Naturschutz und Landschaftspflege zu entwickeln.



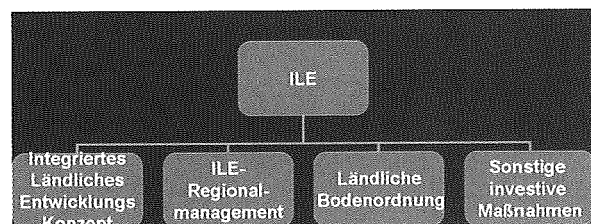
Als Weiterentwicklung dieser 1995 angestoßenen Abkehr von der sektoralen Denkweise hin zu einem ganzheitlichen Ansatz, hat sich heute die Integrierte Ländliche Entwicklung herausgebildet.

Die sektoralen Zielrichtungen, wie die Belebung von Wirtschaftskraft und Beschäftigung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, Ermöglichung einer bedarfsgerechten Infrastruktur, Unterstützung der Gemeindeentwicklung, Nachhaltige Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen, Unterstützung der Wasserwirtschaft, nachhaltige Entwicklung des Waldes und der Förderung des ländlichen Tourismus verschmelzen zu einer nachhaltigen integralen Strategie.

Nur durch einen solchen ganzheitlichen Ansatz kann es zu einer Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen im ländlichen Raum kommen. Diese Verbesserung ist notwendig, damit unser ländlicher Raum den heutigen Herausforderungen wie dem negativen Trend der demographischen Entwicklung, der Globalisierung sowie dem rasch fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft gerecht werden kann.

Die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) basiert instrumentell auf den vier Säulen:

- ☐ Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept
- ☐ ILE – Regionalmanagement
- ☐ Ländliche Bodenordnung
- ☐ Sonstige Investive Maßnahmen



Demnach bietet auch die Ländliche Bodenordnung heute einen ganzheitlichen Ansatz für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. In diesem Landentwicklungsprozess spielen Naturschutz und Landschaftspflege eine besondere und aktive Rolle.

Im Hinblick auf die ELER-Verordnung und den neuen EU-Förderzeitraum 2007-2013 als Grundlage des Finanzierungs- und Programmplanungssystems für die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie auf die stärkere Ausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auf integrale Ansätze werden nun vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau neue Leitlinien

„Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung“ aufgestellt.

Um mit den neuen Leitlinien einen realitätsnahen, wirksamen Politikansatz für das Land zu erreichen, wurden sie unter Mitwirkung der relevanten Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppen, die heute den ländlichen Raum prägen, erarbeitet. So wurden in zwei landesweit besetzten Workshops die aktuellen Herausforderungen der ländlichen Bodenordnung herausgestellt und zu einer zeitgemäßen Positionierung der Bodenordnung genutzt.

Im ersten Workshop, der am 07.10.2005 in Mainz stattfand, wurden unter anderem die Wirksamkeit und die Wirkungskdauer der ländlichen Bodenordnungsverfahren von der anwesenden Expertengruppe eingeschätzt. Die Wirksamkeit für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege wurde sowohl für den „Ist“-Wert als auch für den „Soll“-Wert auf knapp unter 12% eingeschätzt (siehe nachfolgende Abbildungen). Unter Berücksichtigung, dass die Werte für die beiden „klassischen“ Bereiche „Betriebswirtschaft“ und „gemeinschaftliche Anlagen“ zusammen etwa 40% ergeben, erkennt man den relativ hohen Bedeutungswert des Bereiches Naturschutz und Landschaftspflege. Die Wirkungskdauer der Bodenordnungsverfahren für diesen Bereich wurde auf etwa 36 Jahre eingeschätzt.

Der zweite Workshop wurde am 09.12.2005 ebenfalls in Mainz durchgeführt. Hierbei wurden die Workshopteilnehmer in Arbeitsgruppen aufgeteilt, um Leitsätze für die neuen Leitlinien herauszuarbeiten. Für den Bereich „Natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig schützen und entwickeln“ wurden folgende drei Leitsätze formuliert:

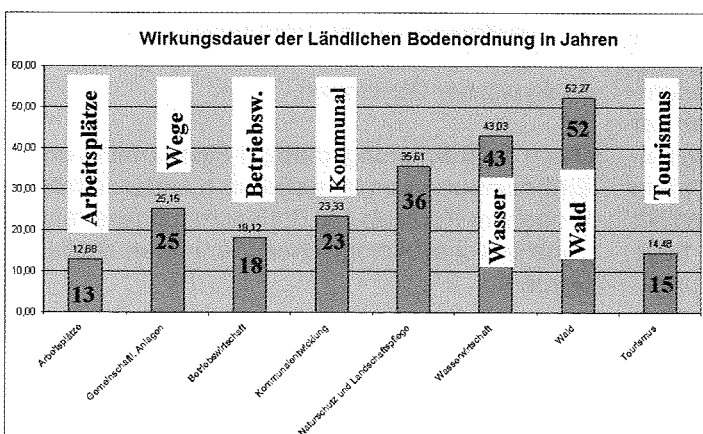
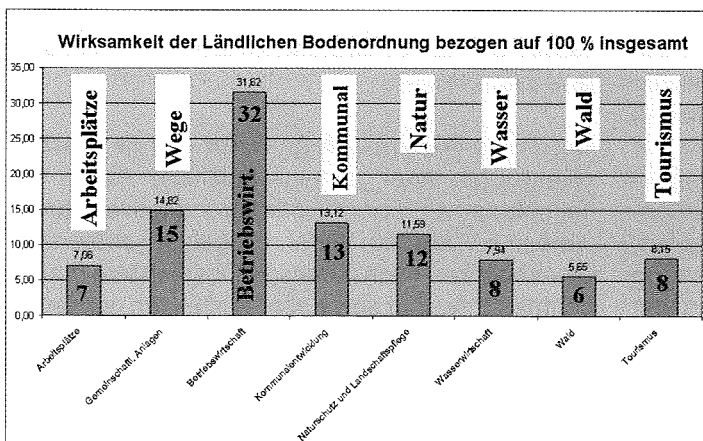
- Ziele der Instrumente der Integrierten Ländlichen Entwicklung, wie z. B. der ländlichen Bodenordnung, sind eine naturverträgliche, landschafts- und standortgerechte Flächennutzung, um die Kulturlandschaft zu erhalten, die Gewässer wieder naturnah zu entwickeln und die ökologischen Planungen zu verwirklichen
- Die ländliche Bodenordnung ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung wasser-, wald- und naturschutzgesetzlicher Belange, wie der Aktion Blau, der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, dem landesweiten Biotopverbund und des europäischen Netzes Natura 2000
- ILEK und ländliche Bodenordnungsverfahren ermöglichen abgestimmte Landnutzungskonzepte mit einer positiven Ökobilanz

Ausgehend von diesen Leitsätzen sollen im Folgenden die heutigen Ziele und Möglichkeiten der ländlichen Bodenordnung hinsichtlich der landschaftspflegerischen Aspekte aufgezeigt werden.

## 2. Landespflegerische Aspekte - Ziele und Möglichkeiten

Wie kann die ländliche Bodenordnung zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft beitragen?

- Die Flurbereinigungsbehörden sollen in Zukunft verstärkt das Flächenmanagement für die Umsetzung der Ziele des Naturschutzes übernehmen!



Ansprüche an die ländliche Landschaft für Wohnen, Gewerbe, Industrie, Infrastruktur, Landwirtschaft und Erholung lassen für die Erhaltung und Wiederherstellung reich gegliederter Kulturlandschaften wenig Raum. Durch Flächenankauf und Bodenordnung können die unterschiedlichen **Nutzungsansprüche entflochten** werden und Land für Zwecke des Naturschutzes und der Landespflege in Abwägung mit den Interessen der Grundstückseigentümer und der Flächennutzer dort zur Verfügung gestellt werden, wo es benötigt wird.



Das Flächenmanagement soll die Grundlage zur **Vernetzung naturnaher Flächen** und damit zum Aufbau von Biotopverbundsystemen und deren dauerhafter Sicherung bilden. Ein solcher Verbund von vernetzten naturbetonten Biotopen hat zum Ziel, die Isolierung einzelner Biotope und der in ihnen lebenden Populationen zu verhindern sowie einen Standortwechsel der Arten und damit einen steten Austausch des genetischen Materials zu ermöglichen.

Durch die **Ausweisung von Pufferzonen** zwischen geschützten Gebieten und intensiv genutzten Landwirtschafts- und Weinbauflächen können Biotope nachhaltig geschützt werden.

Im Zuge von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen ist die **Wiederherstellung naturnaher Gewässer** zu unterstützen. Die natürliche Entwicklung kann durch die Ausweisung von Uferrandstreifen gefördert werden. Die ökologische Durchgängigkeit kann beispielsweise durch den Bau von Furten oder Brückenbauwerke erhalten oder wiederhergestellt werden. Die von der Landesregierung ins Leben gerufene „Aktion Blau“ hat die Renaturierung von Flüssen und Bächen in Rheinland-Pfalz zum Ziel. Die Entwicklung der entsprechenden planerischen Konzeptionen ist Aufgabe der Wasserwirtschaftsverwaltung, während die Flurbereinigungsverwaltung das Flächenmanagement (Landerwerb und Flächentausch) übernimmt. Das „Naheprogramm“ als Förderschwerpunkt der „Aktion Blau“ wird seit Anfang 1995 umgesetzt. Kernziele sind hierbei die Entwicklung einer standortgerechten Landnutzung zur Verbesserung des Wasserrückhaltes auf der Fläche sowie die Verbesserung des Wasserrückhaltes direkt an den Gewässern und in den Auen. Gewässerrenaturierungen, Gewässerrandstreifen, Auenrenaturierung und dezentrale Rückhaltung können hier wirkungsvoll, ressourcensparend und eigentumsverträglich durch Bodenordnungsmaßnahmen unterstützt werden.

Durch vielfältige Gestaltung und Eingrünung im Rahmen der Bodenordnung kann eine wesentliche **Aufwertung des Landschaftsbildes** erreicht werden. Das Landschaftsbild beschreibt die Landschaft, wie sie vom Betrachter optisch wahrgenommen wird. Diese Erscheinung ergibt sich aus der Entwicklung, Struktur und dem Wirkungsgefüge aller Landschaftsfaktoren bzw. -elemente. Vor allem in intensiv genutzten, ausgeräumten Bereichen hat die Aufwertung des Landschaftsbildes eine hohe Priorität. Aber auch nachhaltige Offenhaltungsmaßnahmen in brachfallenden Kulturlandschaften gewinnen mehr und mehr an Bedeutung.

Durch das Flächenmanagement können **ökologisch bedeutsame Planungen anderer Träger unterstützt und im Bodenordnungsverfahren umgesetzt** werden. Beispielsweise können für Gemeinden Flächen für das Ökokonto in den geplanten Entwicklungsbereichen zusammengelegt oder geeignete Flächen für Flächenpools arrondiert werden. Hierin wird eine wesentliche Aufgabe der Bodenordnungsverfahren in den nächsten Jahren liegen.

Die **Planung und Herstellung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in den Flurbereinigungsverfahren ist möglichst naturschutzorientiert durchzuführen**. Umweltschonende Wegebefestigungsarten wie Schotterung, Rasengitter oder Spurbahnen sind gegenüber vollflächigen Bitumen- oder Betonwegen zu bevorzugen. Damit werden großflächige Versiegelungen vermieden und der genetische Austausch beiderseits des Weges durch die Vermeidung von Aufheiz- und Trennbarrieren ermöglicht. Die Wege sind bestmöglich in das Landschaftsbild einzubinden. Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind als wirksame Beiträge zum Erreichen ökologischer Zielsetzungen auszugestalten.

Durch eine an die topographischen Verhältnisse angepasste Neuzuteilung sowie durch Schaffung und Erhaltung erosionshemmender Anlagen kann die Flurbereinigung entscheidende Beiträge zur **Reduzierung der Bodenerosion durch Wasser und Wind** leisten.

Durch die **Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“**, einer gemeinschaftlichen Aktion der Teilnehmer an einem Bodenordnungsverfahren, werden auf den zum Verfahrensgebiet gehörenden Grundstücken hochstämmige Obstgehölze, Laubbäume, Sträucher sowie Kletterpflanzen gepflanzt. Die Gehölze werden von der Teilnehmergemeinschaft auf Antrag unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Pflanz- und Pflegearbeiten sind dann in Eigenleistung zu erbringen. Mit der Pflanzung leisten die Teilnehmer einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sowie zur Erhaltung alter, regionaltypischer Obstsorten.

Durch die **Bündelung knapper Finanzmittel unter Einbeziehung von Investitionen anderer Träger** können im Rahmen der Bodenordnungsverfahren ganzheitliche ökologischer Planungen realisiert werden.

### 3. Landespflegerische Aspekte - Rechtlicher Hintergrund

#### Grundgesetz

In Art. 20a ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere in Verantwortung für die zukünftigen Generationen auf Verfassungsebene als Staatsziel festgeschrieben.

#### Flurbereinigungsgesetz

##### § 1

Zweck der Flurbereinigung ist die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung. Zur Verwirklichung dieser drei gleichrangigen Ziele kann ländlicher Grundbesitz neu geordnet werden. Der Begriff „Landeskultur“ umfasst zugleich die ökonomischen und die ökologischen Aspekte und stellt damit die enge Verbindung zwischen Agrarstrukturverbesserung und Landschaftspflege unter besonderer Berücksichtigung der ökologischen Ausgleichsfunktion des ländlichen Raumes dar. „Förderung der Landentwicklung“ bedeutet, dass die Flurbereinigung allen Eigentümern ländlicher Grundstücke gleichrangig dient, weshalb die Maßnahmen der Flurbereinigung nach den privatrechtlichen Bedürfnissen aller Bewohner des ländlichen Raumes abzuwägen und zu gestalten sind. Die Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsfunktion des ländlichen Raumes ist zu erhalten und zu verbessern, um damit für die Förderung und die dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse außerhalb der städtischen Gebiete zu sorgen.

##### § 37

Den Flurbereinigungsbehörden obliegt die Aufgabe, Flurbereinigungsgebiete unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur neu zu gestalten und dabei den Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung zu entsprechen. Im Rahmen der Flurbereinigung sind neben der Schaffung gemeinschaftlicher Anlagen insbesondere auch bodenschützende sowie -verbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen vorzunehmen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen hat die Flurbereinigungsbehörde den Erfordernissen des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Denkmalschutzes, der Erholung sowie der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes Rechnung zu tragen.

In diesem Paragraphen ist also der eigenständige landespflegerische Gestaltungsauftrag für die Flurbereinigungsbehörde festgeschrieben.

##### § 34

Im Interesse einer geordneten Durchführung der Flurbereinigung wird das Eigentum an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Flurstücken zeitweilig eingeschränkt. Vor Erteilung der für bestimmte Änderungen erforderlichen Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde ist zu prüfen, ob die Änderung Eingriffe nach § 9 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) sind und ggf. im Benehmen mit der Naturschutzbehörde die Eingriffsregelung anzuwenden ist.

##### § 38

Bei der Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes sind auch die Planungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erörtern und zu berücksichtigen. Mit „Planungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ ist insbesondere die Landschaftsplanung gemäß § 8 LNatSchG gemeint. Diese spiegelt sich im Landschaftsprogramm des Landes, welches einen Beitrag zum Landesentwicklungsprogramm darstellt, in den Landschaftsrahmenplänen, welche Beiträge für die regionalen Raumordnungspläne darstellen und in den Landschaftsplänen der Bauleitplanung wider.

Viele der in der Landschaftsplanung für den Naturschutz dargestellten Maßnahmen können am wirksamsten, am schnellsten, wenn nicht gar überhaupt erst mit Hilfe der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz realisiert werden.

##### § 40

Für Anlagen, die dem öffentlichen Interesse dienen, kann Land in verhältnismäßig geringem Umfang im Flurbereinigungsverfahren bereitgestellt werden. Hierzu zählen auch Anlagen, die dem Naturschutz, der Landschaftspflege oder der Erholung dienen.

##### § 41

Die Flurbereinigungsbehörde stellt im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft einen Plan auf über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen, insbesondere über die Einziehung, Änderung oder Neuausweisung öffentlicher Wege und Straßen sowie über die wasserwirtschaftlichen, bodenverbessernden und landschaftsgestaltenden Anlagen (Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan).

Der landschaftspflegerische Begleitplan ist hierbei kein rechtlich selbständiger Plan, sondern bildet mit dem Wege- und Gewässerplan den „Plan“. Im Plan nach § 41 sind auch die kraft eigenen Gestaltungsauftrags vorgesehenen neuen landschaftsgestaltenden Maßnahmen aufzunehmen. Somit ist der Plan nach § 41 in seiner Gesamtheit Fachplan im Sinne des LNatSchG. Zweck der Planfeststellung bzw. Plangenehmigung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen ist es, die öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen den Trägern der Vorhaben und den Betroffenen abschließend und umfassend rechtsgestaltend zu regeln und dabei alle hierdurch berührten öffentlichen und gemeinschaftlichen Interessen auszugleichen. Die Planfeststellung ist eine einheitliche Sachentscheidung, bei der alle in Betracht kommenden Belange gewürdigt und abgewogen werden. Durch sie wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen auch in anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihr berührten öffentlichen Belange festgestellt. Die öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen den Trägern des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen werden rechtsgestaltend geregelt (materielle Konzentrationswirkung). Neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen nicht erforderlich (formelle Konzentrationswirkung).

Die Planfeststellung schließt als unselbständigen Teil die Eingriffsregelung, die Verträglichkeitsprüfung sowie die Umweltverträglichkeitsprüfung ein. Auf die einzelnen Zusammenhänge wird später eingegangen.

#### § 45

Wenn der Zweck der Flurbereinigung es erfordert, können Naturdenkmale, Naturschutzgebiete sowie geschützte Landschaftsteile und Landschaftsbestandteile verändert werden. Zu wesentlichen Eingriffen in den Bestand ist die vorherige Zustimmung der für den Naturschutz und die Landschaftspflege zuständigen Behörde erforderlich.

Die Planfeststellung nach § 41 ersetzt dieses Verwaltungsinternum nur insoweit, als der Plan nach § 41 hierzu überhaupt Aussagen enthält. Darüber hinaus, z.B. bei einer wesentlich anderen Zuteilung der Grundstücke im Naturschutzgebiet, ist die Zustimmung gesondert nötig.

#### § 50

Bäume, Sträucher, Bodenaltertümer und Kulturdenkmale (u.a.), deren Erhaltung z.B. aus Gründen des Naturschutzes und der Landespflege geboten ist, sind vom neuen Eigentümer gegen eine

Geldentschädigung zu übernehmen. Für diese Holzpflanzen hat die Teilnehmergemeinschaft den bisherigen Eigentümer in Geld abzufinden; sie kann von dem Empfänger der Landabfindung entsprechende Erstattung verlangen. Mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde können die Teilnehmer anderes vereinbaren.

Die Übernahmepflicht will Natur und Kultur vor oft unersetzlichen Verlusten schützen und zugleich der Teilnehmergemeinschaft Kosten ersparen.

#### § 52 und § 54

Ein Teilnehmer kann mit seiner Zustimmung statt in Land ganz oder teilweise in Geld abgefunden werden. Dadurch können an Land überhaupt oder an bestimmten, z.B. minderwertigen Flächen nicht interessierte Teilnehmer, etwa Nichtlandwirte, Erbgemeinschaften und Kleinst Eigentümer, ohne Auffassung rasch und billig Land abgeben. Damit wird Fläche frei, die die Gestaltungsmöglichkeit der Behörde verbessert. Wird das Land nicht zur wertgleichen Abfindung der Grundeigentümer benötigt, kann es u.a. für Zwecke des Naturschutzes an Dritte weitergegeben und ggf. im Rahmen der Bodenordnung verlegt werden.

Dass Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch wesentliche Verfahrensziele der beschleunigten Verfahren nach § 86 (Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren), § 91ff (Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren) und § 103a ff (freiwilliger Landtausch) darstellen können, wurde bereits ausführlich im Grundlagen-Vortrag von Herrn Prof. Lorig zu Beginn der Tagung dargelegt.

#### Naturschutzgesetze

Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist es, Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft nachhaltig gesichert sind. Dies ist die Zielbestimmung des unmittelbar geltenden § 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG). Das Bundesnaturschutzgesetz ist ein Rahmengesetz, das in den Naturschutzgesetzen der Länder ausgefüllt wird. In Rheinland-Pfalz liegt sehr aktuell das Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 28. September 2005 vor.

Das Naturschutzgesetz weist zwar grundsätzlich die Naturschutzaufgaben den Naturschutzbehörden zu, gleichwohl verpflichtet § 4 LNatSchG die Behörden und sonstigen Einrichtungen des Landes, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu unterstützen. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) werden dadurch nicht zu Naturschutzbehörden; sie müssen ihren Fach- und Behördenauftrag jedoch so erfüllen, dass dieser soweit wie möglich im Einklang mit den Naturschutzziele steht.

### Eingriffsregelung

Kommt es durch Maßnahmen der Flurbereinigung zu einem Eingriff im Sinne des § 9 Abs. 1 LNatSchG, ist von der Flurbereinigungsbehörde die Eingriffsregelung anzuwenden.

Zuerst muss hierbei geprüft werden, ob es sich bei dem Vorhaben überhaupt um einen Eingriff im Sinne des § 9 LNatSchG handelt. Als Eingriffe sind demnach Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, anzusehen. Handelt es sich nicht um einen Eingriff in diesem Sinne, ist das Vorhaben zulässig.

Handelt es sich um einen vermeidbaren Eingriff, wird der Verursacher nach § 10 LNatSchG Abs. 1 verpflichtet, den Eingriff zu unterlassen. Bei unvermeidbaren Beeinträchtigungen kann in der Regel die Zulässigkeit des Vorhabens durch ausgleichende Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erreicht werden. Ist ein Ausgleich nicht möglich, sind die Beeinträchtigungen in sonstiger Weise zu kompensieren (Ersatzmaßnahmen). Dies ist erreicht, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichwertiger Weise ersetzt sind oder das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist. Ist auch keine Ersatzmaßnahme zu realisieren, ist zu überprüfen, ob die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung aller Anforderungen an Natur und Landschaft anderen Belangen im Range vorgehen. Hat die Landschaftspflege Vorrang, ist das Vorhaben nicht zulässig. Haben die anderen Belange Vorrang, so hat der Verursacher zum Erreichen der Zulässigkeit eine Ersatzzahlung an das Land Rheinland-Pfalz nach § 10 Abs. 4 LNatSchG zu leisten.

Verschärfte Zulassungsvoraussetzungen bestehen bei prioritären Lebensraumtypen und / oder prioritären Tier- und Pflanzenarten nach § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG. Werden als Folge des Eingriffs Biotop zerstört, die für diese streng geschützten Arten nicht ersetzbar sind, ist gemäß § 10 Abs. 2 LNatSchG der Eingriff nur zulässig, wenn er aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt ist.

Die Anwendung der Eingriffsregelung kann bestenfalls eine erhebliche Beeinträchtigung von Natur und Landschaft verhindern, nicht aber die Verbesserung der Situation der natürlichen Lebensgrundlagen erreichen. Die geplanten Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege müssen demnach danach unterschieden werden, ob sie zur Eingriffsfolgenbewältigung notwendig sind oder die Situation von Natur und Landschaft wirklich verbessern.

### Verträglichkeitsprüfung

Die Europäische Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie verpflichten die Mitgliedsstaaten, ein zusammenhängendes Europäisches ökologisches Netz besonderer Schutzgebiete mit der Bezeichnung Natura 2000 zu errichten, denn durch den Schutz einzelner und isolierter Lebensräume kann der anhaltende Artenrückgang auf Dauer nicht aufgehalten werden. Hauptziel von Natura 2000 ist es, die in der EU vorhandene biologische Vielfalt zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Für die in den Natura 2000-Gebieten zu schützenden natürlichen Lebensräume und Arten gilt gemäß Art. 6 Abs. 2 FFH-Richtlinie ein Verschlechterungsverbot. Um dies zu gewährleisten, hat die EU neben einem modernen Naturschutzmanagement auch die so genannte Verträglichkeitsprüfung eingeführt. Die für die Verträglichkeitsprüfung relevanten Schutzvorschriften sind durch die §§ 32 bis 38 sowie § 10 Abs. 1 Nr. 11 des BNatSchG in nationales Recht umgesetzt worden sowie in § 27 des LNatSchG in das Landesrecht übernommen worden. Diese Paragraphen sind auch für die Verfahren der Ländlichen Bodenordnung verbindlich.

Verfahrensschritte zur Prüfung nach § 34 BNatSchG bzw. § 27 LNatSchG:

- **Gebietskulisse:** Liegen Natura 2000-Gebiete ganz oder teilweise im Verfahrensgebiet oder grenzen unmittelbar an dieses an, ist eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen (Karten mit der Abgrenzung können unter [www.naturschutz.rlp.de](http://www.naturschutz.rlp.de) abgerufen werden).

- **Vorprüfung:** Grobabschätzung, ob von den Maßnahmen des Bodenordnungsverfahrens erhebliche Beeinträchtigungen auf das geschützte oder zu schützende Gebiet ausgehen können. Hierbei ist frühzeitig die Landespflegebehörde zwecks Abstimmung zu beteiligen. Die Vorprüfung ist spätestens mit dem Scooping-Termin durchzuführen. Wenn mit erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen ist bzw. diese nach einer überschlägigen Prüfung nicht eindeutig ausgeschlossen werden können, ist eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.
- **Verträglichkeitsprüfung (§ 27 Abs. 1 LNatSchG):** Die Verträglichkeitsprüfung ist im Zusammenhang mit der UVP durchzuführen (keine doppelte Arbeit!). Die Flurbereinigungsbehörde legt hierzu die notwendigen fachgutachterlichen Angaben der Zulassungsbehörde vor. Es wird in der so genannten Verträglichkeitsuntersuchung im Zusammenhang dargelegt, dass Natura-2000-Gebiete innerhalb des Verfahrensgebietes und auch unmittelbar angrenzend nicht vorhanden sind, von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nicht betroffen sind oder durch gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen nur unerheblich beeinträchtigt werden, so dass Schutzgebiete in ihrem Erhaltungszustand nicht verschlechtert werden.
- **Alternativenprüfung (§ 27 Abs. 2 LNatSchG):** Sind in Bodenordnungsverfahren Maßnahmen geplant, die einzeln oder zusammen mit anderen Projekten oder Plänen zu erheblichen Beeinträchtigungen der Natura-2000-Gebiete führen können, sind Alternativen zu wählen, die ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele für das Gebiet verbunden sind (Bsp.: Andere Trassenwahl, Vorgaben zur Ausführung wie Reduzierung des Versiegelungsgrades). Ist eine zumutbare Alternative möglich, so ist diese zwingend zur Realisierung zu wählen (strikt beachtliches Vermeidungsgebot).
- **Ausnahmeprüfung (§ 27 Abs. 3 LNatSchG):** Sollen die in der Bodenordnung vorgesehenen Maßnahmen trotz des negativen Ergebnisses der Verträglichkeitsprüfung realisiert werden, da keine zumutbaren Alternativen bestehen, ist zu prüfen, ob Ausnahmen möglich sind. Dies ist nur aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses möglich. Gleichzeitig kann das Projekt nur zugelassen werden unter Festlegung aller notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Zusammenhangs des Netzes Natura 2000. Die Kohärenz des Schutzgebietes ist zu wahren. Die Prüfung von Ausnahmen verläuft folgendermaßen:
  - Das Fehlen von zumutbaren Alternativen muss nachvollziehbar begründet werden
  - Die zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses müssen dargelegt werden
  - Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Zusammenhangs des Natura-2000-Netzes müssen nachgewiesen werden (§ 27 Abs. 4 LNatSchG)
  - Im Falle einer Beeinträchtigung prioritärer Lebensräume oder Arten darf das Vorhaben nur genehmigt werden, wenn es im überwiegend öffentlichen Interesse durchgeführt werden soll zum Gesundheitszustand des Menschen, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder wegen seiner günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegend öffentlichen Interesses, wobei dann vor einer Zulassung zusätzlich eine Stellungnahme der EU-Kommission einzuholen ist.

Die EU-Kommission ist bei Zulassung von Ausnahmen über die veranlassten Sicherungsmaßnahmen zu Gunsten von Natura 2000 zu unterrichten.

Die Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung sind zusammen mit den Ergebnissen der UVP der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

### Biotopverbundsystem

Mit dem § 3 BNatSchG wurde 2002 die in Wissenschaft und Naturschutz lange gewachsene Forderung, „mindestens 10 %“ der Landesfläche für den Biotopverbund bereitzustellen, erstmals durch den Bundesgesetzgeber aufgenommen. Auch die Länder sind gefordert, ein Netz miteinander verbundener Biotope zu schaffen, welches mindestens 10 % der Landesfläche umfasst. Das LNatSchG führt hierzu in § 29 aus, dass der Biotopverbund der nachhaltigen Sicherung von heimischen Tier- und Pflanzenarten und deren Populationen einschließlich ihrer Lebensräume und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen dient.

### Besonderer Gebietsschutz:

Besondere Vorschriften gelten für die nach dem 4. Abschnitt des LNatSchG geschützten Teile von



### Natur und Landschaft:

- ☐ Naturschutzgebiete (§ 17)
- ☐ Nationalparke (§ 18)
- ☐ Biosphärenreservate (§ 19)
- ☐ Landschaftsschutzgebiete (§ 20)
- ☐ Naturparke (§ 21)
- ☐ Naturdenkmale (§ 22)
- ☐ Geschützte Landschaftsbestandteile (§ 23)

Solche Teile von Natur und Landschaft sind idealtypisch die nach dem Zielsystem des Naturschutzes und der Landschaftspflege besonders schutzwürdigen und besonders schutzbedürftigen Gebiete. Für dieses gelten besondere Schutzvorschriften, die gesetzlich oder in Einzelverordnungen bzw. -satzungen geregelt sind und über die Anforderungen der Eingriffsregelung hinausgehen.

Einen besonderen Schutz erfahren auf Grundlage des § 28 LNatSchG seltene, in ihrem Bestand bedrohte, für den Naturhaushalt oder für Wissenschaft und Bildung wichtige Arten wild lebender Tiere und Pflanzen. § 28 erhält Verbote, insbesondere bestimmte Biotope zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder deren charakteristischen Zustand zu verändern.

### Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein unselbstständiger Teil verwaltungsbehördlicher Verfahren, die der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben dienen. Sie umfasst nach § 2 UVPG die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen eines Vorhabens auf

1. Menschen, Tiere und Pflanzen,
2. Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
3. Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie
4. die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Gemäß Anlage 1, Ziff. 16.1 UVPG ist für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes eine UVP-Pflicht gegeben, wenn die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu dem Ergebnis kommt, dass mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist.

Für die im Plan vorgesehenen gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen stimmt die Flurbereinigungsbehörde gemäß § 3c UVPG möglichst frühzeitig mit der zuständigen oberen und unteren Landespflegebehörde ab, ob diese erheblich nachteilige Umweltauswirkungen haben können und deshalb eine UVP durchzuführen ist (**Screening**).

Ist eine UVP erforderlich, stimmt die Flurbereinigungsbehörde mit der zuständigen oberen und unteren Landespflegebehörde sowie mit den gemäß § 7 UVPG betroffenen Trägern öffentlicher Belange Inhalt und Umfang der voraussichtlich nach § 6 UVPG beizubringenden Unterlagen und Methoden der UVP ab (**Scooping**). Auch die landwirtschaftliche Berufsvertretung ist zu diesem Termin einzuladen, damit sie frühzeitig über den geplanten Umfang der Untersuchungen informiert wird. Ergebnis dieser Abstimmung kann auch sein, dass auf die Durchführung einer UVP verzichtet wird. Der Verzicht ist dann mit Gründen zu dokumentieren und ortsüblich bekannt zu machen.

Um der vorgeschriebenen Einbeziehung der Öffentlichkeit nach § 9 UVPG gerecht zu werden, wird der Plan nach § 41 FlurbG und die Ergebnisse der im Rahmen der UVP durchzuführenden Untersuchungen ausgelegt. Die Auslegung ist öffentlich bekannt zu machen.

Die Flurbereinigungsbehörde berücksichtigt begründete Anregungen und Bedenken bei der weiteren Planbearbeitung und legt der oberen Flurbereinigungsbehörde die von ihr gemäß § 11 UVPG erarbeitete zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen vor. Dabei sind eventuelle Anregungen und Bedenken als Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung einzubinden.

Die obere Flurbereinigungsbehörde bewertet die Umweltauswirkungen gemäß § 12 UVPG und berücksichtigt diese Bewertung bei ihrer Entscheidung über den Planfeststellungsbeschluss.

Die Flurbereinigungsbehörde unterrichtet nachdem der Plan nach § 41 unanfechtbar geworden ist die Öffentlichkeit über die Entscheidung nach § 12 UVPG durch öffentliche Bekanntmachung.

### Monitoring

§ 12 BNatSchG sowie § 7 LNatSchG besagen, dass die Umweltbeobachtung Aufgabe des Bundes und der Länder ist und dass der Zweck dieses Monitorings darin liegt, den Zustand des Naturhaushaltes und seine Veränderungen, die Folgen solcher Veränderungen, die Einwirkungen auf den

Naturhaushalt und die Umweltschutzmaßnahmen auf den Zustand des Naturhaushalts zu ermitteln, auszuwerten und zu bewerten ist.

Auch in Flurbereinigungsverfahren hat das Monitoring mit Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 18.03.2005 Einzug gehalten. Es soll die ökologische Qualität von Natur und Landschaft erfassen und darstellen sowie Grundlagen liefern, mit denen die ökologischen Wirkungen der Bodenordnungsverfahren dokumentiert werden.

#### *Grundlagenmonitoring:*

Im Rahmen des Scooping-Termins ist in jedem Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz - ausgenommen Verfahren des freiwilligen Landtausches und der Dorfflurbereinigung festzulegen

- ☐ Ob eine flächendeckende landespflegerische Bestandsaufnahme durchzuführen ist
- ☐ Ob ergänzend zu bereits verfügbaren landespflegerischen Untersuchungen Daten erfasst werden sollen oder
- ☐ Ob keine zusätzliche landespflegerische Bestandsaufnahme erforderlich ist.

Durch diese Erstdokumentation der ökologischen Qualität und einer fundierten Zustandsbeschreibung von Natur und Landschaft wird ein qualifiziertes Grundlagenmonitoring gewährleistet.

#### *Partielles Monitoring:*

Konkrete Bodenordnungsverfahren, für die zusätzlich ein partielles Monitoring durchzuführen ist, sind jährlich in einer landesweit eingesetzten Arbeitsgruppe der Flurbereinigungsverwaltung festzulegen. Die Datenerhebung, die auch im Hinblick auf den effizienten Einsatz der finanziellen Mittel auf einzelne Anlagen oder Bereiche beschränkt werden kann, soll in der Regel ein Jahr nach Besitzübergang erfolgen. Die Ergebnisse sind bei den untersuchten Verfahren zu dokumentieren und für eine landesweite Effizienzsteuerung bereitzustellen. Gerade die Umweltbeobachtungen des partiellen Monitorings stellen ein prädestiniertes Aufgabenfeld für freiberufliche Büros und öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige mit landespflegerischem Sachverstand dar.

#### *Effizienzsteuerung:*

Auf der Grundlage des partiellen Monitorings soll anhand einer Effizienzsteuerung eine Prozessoptimierung der landespflegerischen Planung für vergleichbare Bodenordnungsverfahren erreicht werden. Hierfür sind in der Arbeitsgruppe Mess-

größen der ökologischen Qualität zu erarbeiten und Vorgaben für Zielgrößen abzuleiten (Indikatoren).

#### *Nachhaltige Pflegeplanung:*

Soweit das Monitoring aufgrund der verfahrensspezifischen Rahmenbedingungen nicht während der Laufzeit des Bodenordnungsverfahrens abgeschlossen werden kann, sind notwendige Festlegungen in den Pflegeplan aufzunehmen. Neben seiner Grundlage für eine nachhaltige Pflege der neu gestalteten Anlagen durch den Unterhaltungspflichtigen dient der Pflegeplan auch als Basis für den Abschluss der Wirkungskontrollen.

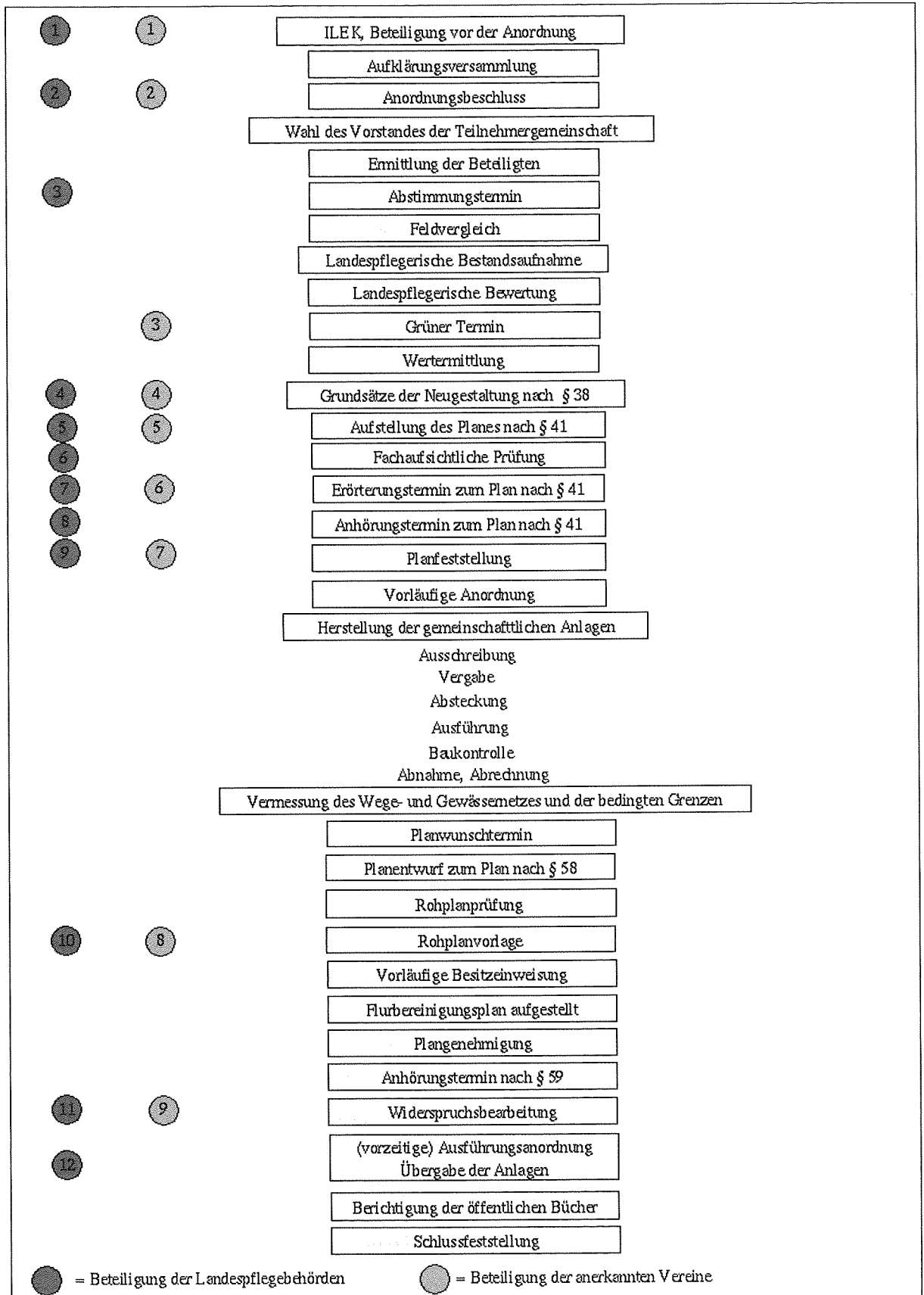
Auch im Bundesbodenschutzgesetz, im Wasserhaushaltsgesetz, im Landeswassergesetz und in der Wasserrahmenrichtlinie sind für die Bodenordnung relevante Regelungen enthalten, auf die im Rahmen dieses Vortrags aber nicht eingegangen wird.

## **4. Landespflegerische Aspekte - Verfahrensablauf und Beteiligung der Akteure**

Die DLR pflegen in den einzelnen Flurbereinigungsverfahren eine enge Zusammenarbeit mit den Landespflegebehörden und mit den gemäß dem Naturschutzgesetz anerkannten Vereinen. Abbildung 6 zeigt den wesentlichen, aber stark vereinfachten Ablauf eines Regelflurbereinigungsverfahrens aus landespflegerischer Sicht. Hierbei sind die Beteiligungszeitpunkte der Landespflegebehörden bzw. der anerkannten Vereine farblich hervorgehoben.

Schon der erste Beteiligungspunkt bei der Erstellung des integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes oder einer projektbezogenen Untersuchung (PU) ist von zentraler Bedeutung.

Im Rahmen des Bottom-Up Prinzips können alle relevanten Akteure einer Region an der Entwicklung des integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes mitwirken. So können sich auch die anerkannten Vereine und die Landespflegebehörden von Anfang an mit einbringen. Gerade bei der Analyse der regionalen Stärken und Schwächen sollen diese für den Sektor „Naturschutz und Landschaftspflege“ Stellung beziehen. Bei der Durchführung von Expertenrunden in Form von Arbeitskreisen sollen unter Beteiligung der Landespflegebehörden und der anerkannten Vereine Zielvorstellungen für den Sektor „Naturschutz und Landschaftspflege“ herausgearbeitet werden.



Anhand dieser Ergebnisse können dann im Rahmen eines „Runden Tisches“ sektorübergreifende Entwicklungsziele und Handlungsfelder für die Region entwickelt werden und deren Realisierungsstrategien und Leitprojekte festgelegt werden.

Im Rahmen der Beteiligung vor der Anordnung eines Flurbereinigungsverfahrens, insbesondere bei der PU, soll die untere Landespflegebehörde Stellung dazu nehmen, ob landespflegerische Erhebungen und Planungen beabsichtigt oder in Planung sind, ob Regelungen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung bestimmter Teile von Natur und Landschaft erlassen sind oder vorbereitet werden, wobei besonders Naturschutzgebiete, Fauna-Flora-Habitat (FFH-) und Vogelschutzgebiete von Belang sind, ob im Planungsgebiet Biotope nach § 28 LNatSchG vorkommen und inwieweit Ökokonten bzw. Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen bestehen oder geplant sind. Die Beteiligung der Landespflegebehörden und der anerkannten Vereine impliziert die Anhörung nach § 5 Abs. 2 und 3 FlurbG.

Als jeweiliger zweiter Beteiligungsschritt übersendet das DLR der unteren und oberen Landespflegebehörde sowie den anerkannten Vereinen einen Abdruck des Flurbereinigungs- / Zusammenlegungsbeschlusses mit Begründung. Das gleiche Vorgehen erfolgt bei erheblichen Änderungen des Flurbereinigungs- bzw. Zusammenlegungsbeschlusses (§ 8 Abs. 2 FlurbG) (jeweils Beteiligungsschritte Nr. 2).

Im Abstimmungstermin klärt die Flurbereinigungsbehörde frühzeitig mit der unteren und oberen Landespflegebehörde den landespflegerischen Untersuchungsumfang ab. Es wird hierbei abgestimmt, ob über die üblicherweise durchgeführte landespflegerische Bestandsaufnahme hinausgehende Untersuchungen zur Prüfung der Verträglichkeit nach UVPG und der Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG durchzuführen sind. Sowohl die Ergebnisse des hier integrierten Screenings und des Scoopings nach UVPG, als auch der Entscheidung für oder gegen die Notwendigkeit der Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung werden in einer Niederschrift festgehalten. Ist eine Verträglichkeitsprüfung vorgesehen, werden Inhalt, Umfang und Methoden abgestimmt (Beteiligungsschritt Nr. 3).

Zur Grundlagenerfassung wird dann i.d.R. von den Landespflegern des DLR oder durch Vergabe zu den gesetzlichen (BNatSchG, LNatSchG, UVPG, Bodenschutzgesetz, FFH- und Vogelschutzrichtlinie ...) und planerischen Vorgaben (Planung vernetzter Biotopsysteme, Amtliche Biotopkartierung, Landschaftsrahmenplan, Landschaftsplanung ...) eine

Biotopkartierung durch eine landespflegerische Bestandsaufnahme angefertigt.

Im Rahmen der Landschaftsbewertung werden anschließend die jeweiligen Schutzgüter nach Schutzwürdigkeit, Empfindlichkeit und Vorbelastung bewertet.

Die Ergebnisse der Bewertung, die landespflegerischen Planungsgrundsätze und die Entwicklungsziele werden im „grünen Termin“ mit den anerkannten Vereinen erörtert (Beteiligungsschritt Nr. 3).

Im Rahmen des Termins nach § 38 FlurbG werden die Grundsätze für die Neugestaltung aufgestellt. Hierbei werden sowohl die untere Landespflegebehörde als Träger öffentlicher Belange als auch die anerkannten Vereine beteiligt (jeweils Beteiligungsschritte Nr. 4).

Das DLR erstellt daraufhin den Plan nach § 41 FlurbG schrittweise in Abstimmung mit den Landespflegebehörden (Beteiligungsschritt Nr. 5). Es folgen die Eingriffsbeschreibung, die Eingriffsbewertung gegebenenfalls mit Umweltverträglichkeitsprüfung und/oder verfahrensbezogene Prüfungen bezüglich FFH-Verträglichkeit und Vogelschutzrichtlinien-Verträglichkeit, die Maßnahmenplanung und letztlich die Massenermittlung und Kostenschätzung. Das DLR übersendet den anerkannten Vereinen einen Auszug aus dem Plan mit dem Hinweis, dass sie den vollständigen Plan beim DLR einsehen können. Die Vereine können zu dem Plan innerhalb eines Monats schriftlich Stellung nehmen (Beteiligungsschritt Nr. 5).

Herrscht Einvernehmen in der Abstimmung mit den Landespflegebehörden, legt das DLR den Plan mit den Stellungnahmen und Niederschriften der Landespflegebehörden und der Vereine der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) als oberer Flurbereinigungsbehörde zur fachaufsichtlichen Prüfung vor. Die ADD stellt im Rahmen der fachaufsichtlichen Prüfung das Benehmen mit der oberen Landespflegebehörde her. Nach Abschluss der fachaufsichtlichen Prüfung entscheidet die ADD, ob eine Plangenehmigung nach § 41 Abs. 4 FlurbG erteilt werden kann. In diesem Fall teilt das DLR den anerkannten Vereinen und den Landespflegebehörden mit, dass der Plan von der ADD genehmigt worden ist. Liegen die Voraussetzungen nicht vor, wird das Planfeststellungsverfahren eingeleitet.

Zeitnah vor der Anhörung der Träger öffentlicher Belange erörtert dann das DLR mit den Vereinen den Plan nach § 41 FlurbG und die in den Stellungnahmen enthaltenen Anregungen und Bedenken

(Beteiligungsschritt Nr. 6). An diesem Erörterungstermin nimmt auch die untere Landespflegebehörde teil (Beteiligungsschritt Nr. 7). Zum Anhörungstermin nach § 41 Abs. 2 FlurbG lädt daraufhin das DLR alle Träger öffentlicher Belange inklusive der Landespflegebehörden (Beteiligungsschritt Nr. 8).

Nach Abschluss des Anhörungstermins legt das DLR den Plan der ADD mit Antrag auf Planfeststellung vor. Die ADD stellt den Plan fest. Die Träger öffentlicher Belange inklusive der Landespflegebehörden erhalten eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses ohne Rechtsbehelfsbelehrung (Beteiligungsschritt Nr. 9), die anerkannten Vereine erhalten eine Ausfertigung mit Rechtsbehelfsbelehrung (Beteiligungsschritt Nr. 7).

Nach der vorläufigen Anordnung werden dann die gemeinschaftlichen Anlagen i.d.R. im Vorwegausbau unter Bauleitung des Verbandes der Teilnehmergemeinschaft (VTG) und der behördlichen Bauüberwachung durch das DLR ausgebaut.

Werden im Nachhinein zur Gestaltung der Abfindung oder aus anderen nicht absehbaren Gründen landespflegerisch relevante Maßnahmen erforderlich, so müssen die Abstimmungen ab den jeweiligen Beteiligungsschritten Nr. 5 sinngemäß nochmals durchlaufen werden. Solche Änderungen und Erweiterungen werden meistens nach der Rohplanvorlage und im Zuge der Widerspruchsbearbeitung notwendig, so dass bei diesen Verfahrensabschnitten die Beteiligungsschritte 10 und 11, bzw. 8 und 9 in der Graphik eingetragen sind.

Im Zuge der (vorzeitigen) Ausführungsanordnung übergibt die Flurbereinigungsbehörde die neu geschaffenen und wesentlich umgestalteten landespflegerischen Anlagen an den im Flurbereinigungsplan bestimmten Unterhaltungspflichtigen, wobei über das Ergebnis der Übergabe eine Niederschrift gefertigt wird. Dem Unterhaltungspflichtigen sowie der unteren Landespflegebehörde ist eine Ausfertigung der Ausführungsunterlagen der übernommenen Anlagen zu übergeben. Nach dem Eintritt des neuen Rechtszustandes (§ 61 Satz 2 FlurbG) werden der unteren Landespflegebehörde Auszüge aus dem Flurbereinigungsplan hinsichtlich der getroffenen Festsetzungen und Regelungen übergeben. Diese veranlasst daraufhin die Berichtigung der Register für die Schutzobjekte (Beteiligungsschritt Nr. 12).

Mit der Zustellung der Schlussfeststellung ist das Verfahren nach § 149 FlurbG beendet. Die beteiligten Behörden erhalten eine Abschrift der Schlussfeststellung. Schließlich ist noch zu bemerken, dass bei Verfahren ohne Aufstellung eines Planes nach § 41 FlurbG die anerkannten

Vereine vor Bekanntgabe des Flurbereinigungs- / Zusammenlegungsplanes über die im Ausbauplan vorgesehenen Maßnahmen von der Flurbereinigungsbehörde informiert werden.

## 5. Landespflegerische Aspekte - Schranke: Wertgleiche Abfindung

Die Realisierung von Zielen und Möglichkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren sind beschränkt durch die Notwendigkeit der wertgleichen Abfindung aller Teilnehmer der Flurbereinigungsverfahren. Jeder Teilnehmer ist gemäß § 44 FlurbG für seine Grundstücke unter Berücksichtigung der nach § 47 FlurbG vorgenommenen Abzüge mit Land von gleichem Wert abzufinden. Bei der Bemessung der Landabfindung sind die nach den §§ 27 FlurbG bis § 33 FlurbG ermittelten Werte zugrunde zu legen.

Die Herausforderung für den Bodenordner besteht also darin, die vielfältigen Ziele auch bei vorliegenden Nutzungskonflikten unter bestmöglichem Interessenausgleich und Beachtung des Grundsatzes der Privatnützigkeit sowie der wertgleichen Abfindung aller Teilnehmer zu realisieren.

## 6. Fazit

Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro und der Konferenz von Cork im Jahr 1996 ist das Prinzip der Nachhaltigkeit und der integrierten ländlichen Entwicklung für die Zukunft ländlicher Räume richtungsweisend.

Irgendwo sind die Grenzen der Anpassungsfähigkeit der Natur erreicht. Aldo Sordi hat es einmal zynisch folgendermaßen ausgedrückt: „Wäre die Kreativität der Natur wirklich so groß, wie man behauptet, dann würde sie statt der Holzwürmer bereits Betonwürmer produzieren.“

Dieser Vortrag sollte aufzeigen, dass unter Beachtung des Grundsatzes der Privatnützigkeit und der wertgleichen Abfindung aller Teilnehmer der Flurbereinigungsverfahren durch die ländliche Bodenordnung gerade auch bei vorliegenden Nutzungskonflikten, vielfältige Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege unter bestmöglichem Interessenausgleich realisiert werden können. Die Flurbereinigung stellt daher keinen Gegensatz zum Naturschutz dar, sondern liefert durch Reaktivierung, Neuanlage und Vernetzung von Biotopen Impulse für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes.



## Aktuelle Rechtsfragen der Landwirtschaft in der Bodenordnung dargestellt an ausgewählten Beispielen<sup>\*)</sup>

Vermessungsdirektor Johannes Pick, DLR Mosel, Bernkastel-Kues

Aufbauend auf dem Vortrag von Herrn Professor Lorig vom Vormittag mit dem Thema „Bodenordnung im ländlichen Raum - welcher rechtliche und planerische Rahmen ist uns vorgegeben?“ möchte ich zu Beginn meines Vortrages nochmals auf die drei Säulen der ländlichen Bodenordnung (siehe Abb.1) hinweisen.

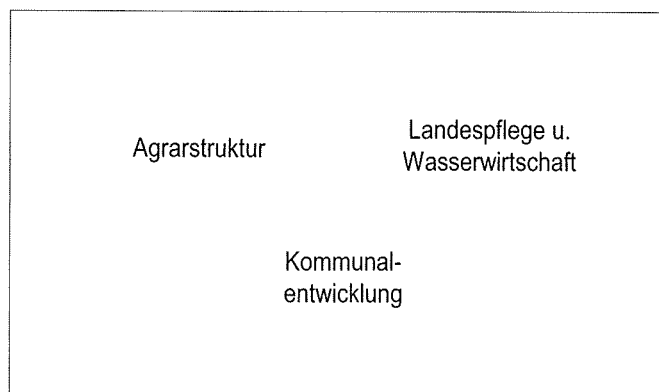


Abb. 1: 3 Säulen der ländlichen Entwicklung

Die Beispiele, die ich für diesen Workshop ausgesucht habe, stammen alle aus Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald in der Einheitsgemeinde Morbach.

Der Entwicklungsschwerpunkt Hochwald setzt sich zusammen aus der Einheitsgemeinde Morbach und der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf. In diesem Entwicklungsschwerpunkt Hochwald ist seit 1996 ein Arbeitskreis unter Leitung des DLR Mosel (Geschäftsstelle des Arbeitskreises) tätig, der die unterschiedlichsten Themenbereiche zur Entwicklung des ländlichen Raumes bearbeitet. Um die Verbindung zur ländlichen Bodenordnung herzustellen, möchte ich einige für die Bodenordnung relevante Aktionsbereiche vorstellen und anschließend ihre Umsetzung in einzelne Bodenordnungsverfahren erläutern.

### 1. Aktionsbereich Landwirtschaft

- ☐ Erstellung einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung
- ☐ Stärkung landwirtschaftlicher Betriebe

- ☐ Erhaltung der Kulturlandschaft
- ☐ Unterstützung der extensiven Bewirtschaftung
- ☐ Gezielte Beratung der landwirtschaftlichen Betriebe
- ☐ Optimale Ausnutzung bestehender Förderprogramme

Die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung ist im Rahmen einer Großraum - AEP im Jahre 1999 für die Einheitsgemeinde Morbach und die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf erstellt worden. Die Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe ist nach wie vor eine Kernaufgabe der ländlichen Bodenordnung und wird durch Verbesserung des Wegenetzes und durch großzügige Zusammenlegung von Eigentums- und Pachtland selbstverständlich nach wie vor geleistet.

### 2. Aktionsbereich Landespflege

- ☐ Erstellung eines Landschaftsplanes und Integration in den Flächennutzungsplan
- ☐ Umsetzung des landespflegerischen Entwicklungskonzeptes
- ☐ Anwendung der Regelungen zum Ökokonto
- ☐ Verbesserung der Erholungseignung (Tourismus/Fremdenverkehr)

Die Umsetzung des Landschaftsplanes durch geeignetes Flächenmanagement und auch die Ausweisung geeigneter Flächen für das Ökokonto der Gemeinde ist in den Bodenordnungsverfahren im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald eine wichtige und gleichberechtigte Aufgabe, die es zu realisieren galt.

<sup>\*)</sup> Vortrag anlässlich der 10. Rheinland-Pfälzer Sachverständigentagung der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz am 2. März 2006 in Bingen

### 3. Aktionsbereich Wasserwirtschaft

- ☐ Gewässer und Bachauen als Vernetzungsachsen
- ☐ Renaturierung von Fließgewässern
- ☐ Ausweisung von Gewässerrandstreifen
- ☐ Erstellung einer Gewässerstrukturgütekartierung
- ☐ Erstellung von Gewässerpflegeplänen
- ☐ Gründung von Bachpatenschaften

Die Gemeinde Morbach hat sich entschlossen im Rahmen der „Aktion Blau“ einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation zu leisten. Auf der Grundlage von Gewässerpflegeplänen, die durch die Gemeinde in Auftrag gegeben wurden, konnte eine umfangreiche Konzeption für die Ausweisung von Gewässerrandstreifen und auch für die Durchführung von teilweise aktiven Gewässerrenaturierungsmaßnahmen in den einzelnen Bodenordnungsverfahren durchgeführt werden.

Sowohl die Umsetzung des Landschaftsplanes im Aktionsbereich Landespflege als auch die Ausweisung von Gewässerrandstreifen sind ein bedeutender Beitrag zur Kommunalentwicklung, wie sie in der dritten Säule dargestellt wurde.

### 4. Aktionsbereich Bodenordnung

- ☐ Beseitigung struktureller Nachteile
- ☐ Bündelung mit einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen
- ☐ Maßnahmen für Naturschutz und Landespflege
- ☐ Entflechtung von Nutzungskonflikten

In diesem Aktionsbereich werden die Punkte umgesetzt, die in den zuvor genannten Aktionsbereichen als Ziele genannt sind.

Sie entnehmen der Formulierung „Beseitigung struktureller Nachteile“, dass es sich nicht ausschließlich um die Beseitigung landwirtschaftlicher Nachteile handelt, sondern um die Beseitigung aller strukturellen Nachteile, die in den vorgenannten Aktionsbereichen genannt sind, wie z.B. landespflegerischer und wasserwirtschaftlicher Nachteile, so wie Nachteile die auf Grund einer mangelhaften Flächenausstattung für die Kommunalentwicklung bestehen.

Bevor ich Ihnen nun die ausgewählten Beispiele vorstelle, möchte ich auf die gewählte Verfahrensart hinweisen.

In allen Fällen handelt es sich um ein Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren nach § 91 FlurbG, welches in Abbildung 2 kurz dargestellt ist.

- **Ziel:**
  - schnelle,
  - wirksame,
  - kostengünstige,
  - umweltschonende Verfahrensbearbeitung
- **Voraussetzungen:**
  - i.d.R. Erstbereinigung erfolgt
  - Katastergrundlage ist einwandfrei
- **Wesentliche Vereinfachungen:**
  - Keine geschlossene Neuvermessungen
  - Wegfall überflüssiger Wege
  - Kein Plan nach § 41 Flurb

Abb. 2: Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren nach §§ 91 ff. FlurbG

### Beispiel 1: Interkommunaler Gewerbepark HuMos (HunsrückMosel)

Im Geltungsbereich des Beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens Morbach wurde durch die Einheitsgemeinde Morbach ein interkommunales Gewerbegebiet ausgewiesen. Dieses interkommunale Gewerbegebiet wird durch einen Zweckverband betrieben, der aus der Einheitsgemeinde Morbach, den Verbandsgemeinden Thalfang am Erbeskopf, Bernkastel-Kues und Neumagen-Dhron und dem Landkreis Bernkastel-Wittlich besteht. Das vorgegebene Ziel für die Flurbereinigung war es, innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr den Teilbereich I des Gewerbegebietes durch Flächenmanagement so neu zu ordnen, dass ein Großinvestor mit seinem geplanten Bauvorhaben ab einem bestimmten Zeitpunkt beginnen konnte. Vorausgegangen waren Verhandlungen der Gemeinde mit einer Vielzahl von Grundstückseigentümern, mit dem Ergebnis, dass

1. nicht alle Eigentümer im Teilgebiet I verkaufsbereit waren und
2. auch die für die Genehmigung des Gewerbegebiets benötigten Ausgleichsflächen fehlten.

In Abbildung 3 sehen Sie die Situation vor der Neuordnung. Deutlich erkennbar sind die Flurstücke die als Sperrflurstücke noch im Teilgebiet I des Gewerbeparks liegen.

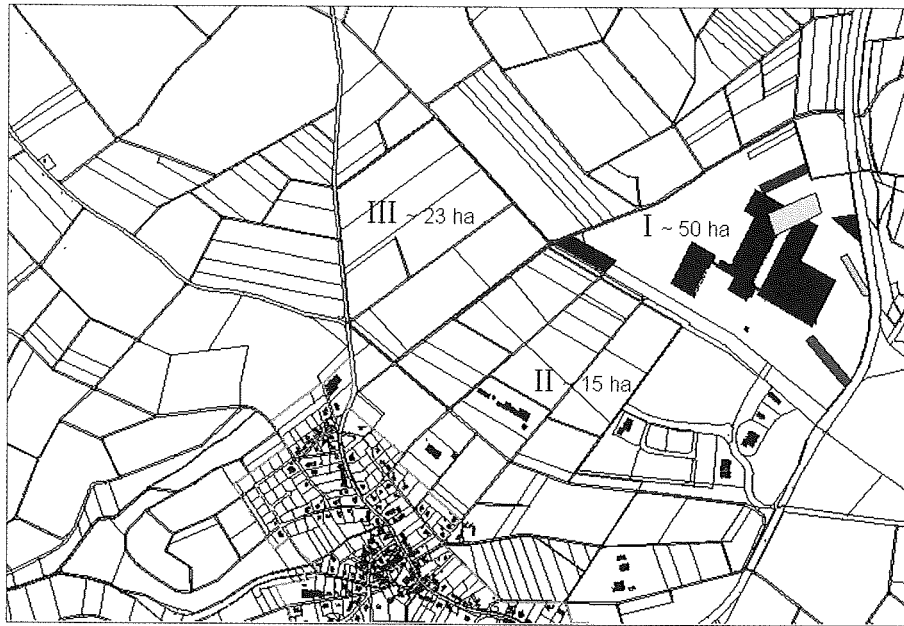


Abb. 3: Vor der Neuordnung

Auf der Grundlage der bestehenden Bauleitplanung der Gemeinde wurde darauf hin die Wertermittlung im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Morbach aktualisiert und den unterschiedlichen Planungsständen angepasst. Das heißt, die Grundstücke im Teilbereich I erhielten die Qualität Brutto-  
rohbauland, die Grundstücke im Teilbereich II die Qualität Bauerwartungsland und die Grundstücke in Teilbereich III die Qualität begünstigtes Agrarland. Damit die verbliebenen Flächen innerhalb des Gewerbeparks mit Flächen außerhalb getauscht werden konnten, wurde ein Tauschverhältnis von 1:5 festgelegt.

Auf dieser Basis konnten einzelne Teilnehmer aus dem Gebiet in den Außenbereich getauscht werden und dort mit Ihren vorhandenen Ansprüchen zusammengefasst werden. (siehe Abb. 4).

Die Grundstückseigentümer, die innerhalb des überplanten Gebietes bleiben wollten, wurden im Verhältnis 1:1 ins Teilgebiet II getauscht. Dabei wurde zwischen Brutto-  
rohbauland des Teilgebietes I und dem Bauerwartungsland des Teilgebietes II kein Unterschied im Verkehrswert gemacht. (siehe Abb. 5).

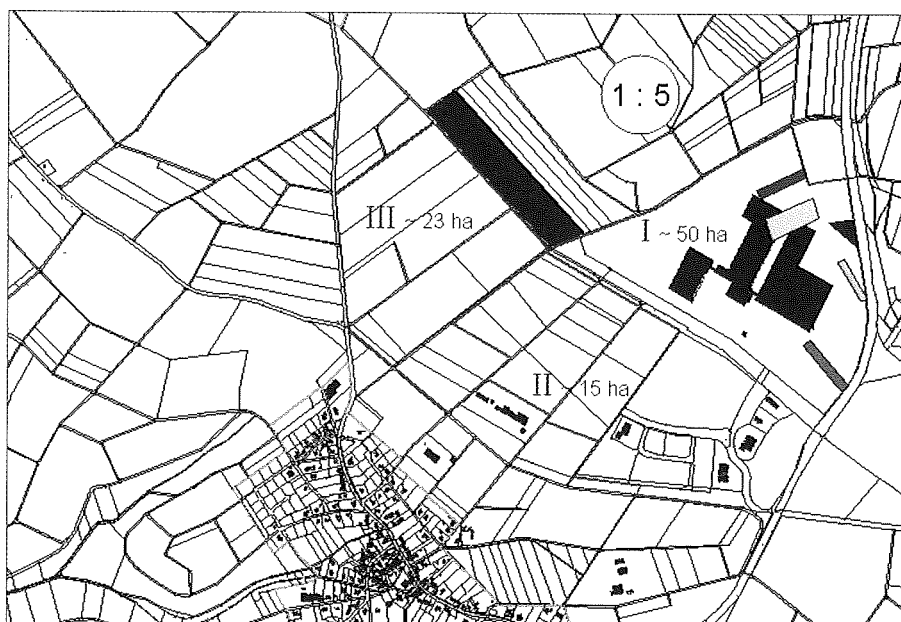


Abb. 4: Wertermittlung



Abb. 5: Nach der Neuordnung

### Beispiel 2: Aussiedlung eines Schweinemastbetriebes

Das zu lösende Problem bestand darin, dass mitten in der Ortslage Merscheid ein vorhandener Schweinemastbetrieb für erhebliche Geruchsbelästigungen sorgte. Im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Merscheid sollte deshalb die Aussiedlung dieses Schweinemastbetriebes durch entsprechende Flächenausweisungen und durch die Förderung und den Bau der dazu notwendigen Infrastruktur gefördert und unterstützt werden.

Als Erstes war die Standortfrage zu klären. Nachdem man sich mit den zu beteiligenden Trägern Öffentlichen Belange auf einen Standort geeinigt hatte (in Abb. 6 mit S dargestellt), kam es in der Nachbargemeinde Heinzerath zu erheblichen Protesten, weil diese auf Grund der vorherrschenden Südwestwindrichtung ebenfalls mit Geruchsbelästigungen in Folge der Aussiedlung rechnete.

Ein zweiter Standorttermin führte dann zur Auswahl einer Fläche, die bereits im Eigentum der Gemeinde Morbach war und unmittelbar durch notariellen Vertrag an den Schweinemäster verkauft werden konnte (siehe Abb. 7). Durch die Flächenverfügbarkeit konnte sehr zeitnah mit dem Bauvorhaben begonnen werden. Gleichzeitig wurden die benötigten Infrastruktureinrichtungen wie Wasser- und Stromversorgung und die wegemäßige Erschließung des Standortes im Rahmen des Beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens über zuwendungsfähige Ausführungskosten gefördert und durch den VTG Rheinland-Pfalz und beauftragte Fachfirmen ausgeführt (siehe Abb. 8).

Durch die günstige Förderung im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren betrug die vom Landwirt aufzubringende Eigenleistung für die Wasser- und Stromversorgung lediglich 10,8 % der Gesamtsumme.

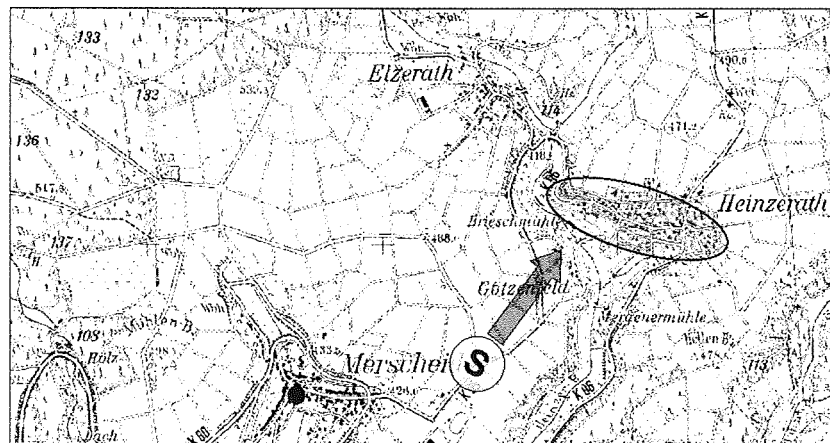


Abb. 6: Träger öffentlicher Belange

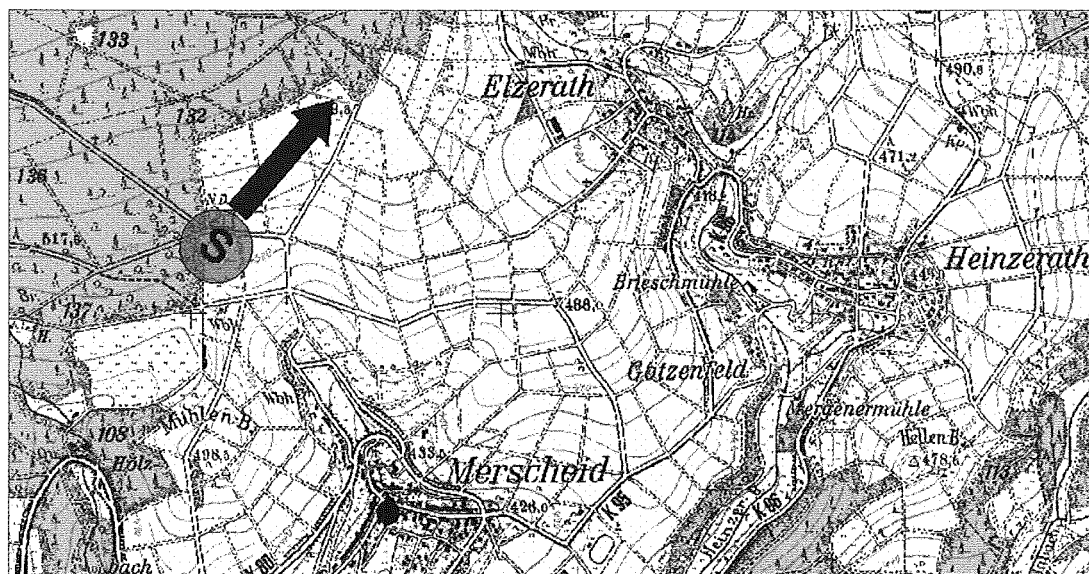


Abb. 7: 2. Standorttermin

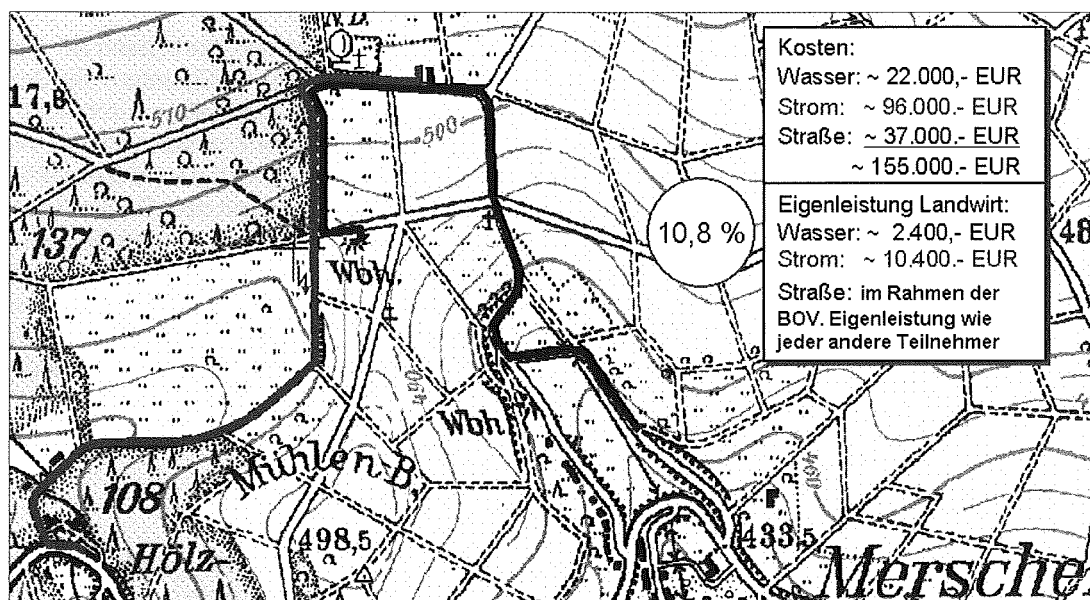


Abb. 8: Kosten

Neben dem Bau und der Förderung der Infrastruktur für den Schweinemastbetrieb ist auch die Arrondierung am neuen Betriebsstandort für den betrieblichen Erfolg des Unternehmens von entscheidender Bedeutung. In der Abb. 9 ist der Besitzstand vor der Neuordnung dargestellt.

Man sieht, dass der Landwirt die Einwurfsflächen über die gesamte Gemarkung Merscheid verstreut ins Verfahren eingebracht hat.

In der Abb. 10 ist das Ergebnis der Arrondierung von Eigentum und Pachtland nach durchgeführter Neuordnung im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren dargestellt. Einschließlich der Pachtflächen ergibt sich eine Bewirtschaftungsgröße von fast 70

Hektar landwirtschaftlicher Fläche in unmittelbarer Hofnähe. Alle Flächen sind vom Hof über bituminös befestigte Wege zu erreichen.

Für Mittelgebirgsverhältnisse sind sehr große Bewirtschaftungslängen und -einheiten entstanden. Dies war im Rahmen der wertgleichen Abfindung nur möglich, weil der Landwirt zu Gunsten einer großzügigen Arrondierung auf ihm zustehende gute Bodenklassen verzichtet hat. Ebenfalls konnten alle Eigentumsflächen des Landwirtes in dem angrenzenden Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Elzerath-Heinzerath zu einer einzigen 7 Hektar großen Fläche zusammengefasst werden, die vom Hof aus ohne Durchquerung einer Ortslage zu erreichen ist.





Abb. 9: Besitzstand vor der Neuordnung

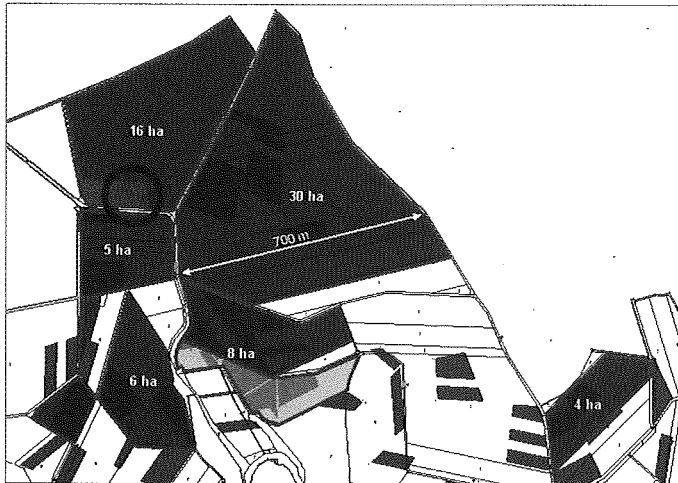


Abb. 10: Ergebnis der Arrondierung

### Beispiel 3: Uferrandstreifen und dinglich gesicherte Furten

In folgendem Beispiel nehme ich Bezug auf den Aktionsbereich Wasserwirtschaft. Die Gemeinde Morbach hat es als wichtige Aufgabe angesehen, auch die Entwicklung der Fließgewässer im Rahmen von laufenden Bodenordnungsverfahren nachhaltig zu unterstützen. Dazu hat sie im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Morbach in enger Zusammenarbeit mit der SGD Nord als Obere Wasserbehörde und der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich als untere Wasser- und Naturschutzbehörde für bestimmte Gewässer so genannte Gewässerpflegepläne erstellt.

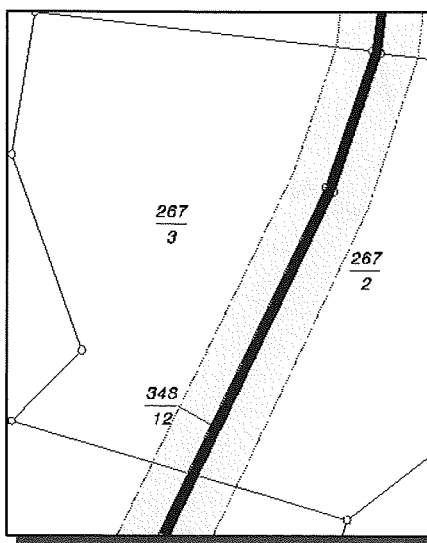
Diese Gewässerpflegepläne enthalten Aussagen über Maßnahmen, die an diesen Gewässern auszuführen sind. Dabei handelt es sich vornehmlich um die beidseitige Ausweisung von Gewässerrandstreifen entlang dieser Fließgewässer mit einer durchschnittlichen Breite von ca. 5 Metern.

Darüber hinaus waren auch einzelne aktive Baumaßnahmen geringeren Umfanges an einzelnen Gewässern vorgesehen. Die Umsetzung der Gewässerpflegepläne wurde im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Morbach wie folgt realisiert:

Die Gewässerrandstreifen wurden in der Regel über Grunddienstbarkeiten aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen und zum Zwecke der natürlichen Gewässerentwicklung an den Unterhaltspflichtigen zur Nutzung übertragen.

In der Abb. 11 sehen Sie schematisch einen Gewässerrandstreifen dargestellt mit dem jeweiligen Eintragungstext fürs Grundbuch. Damit der Gewässerzugang für die angrenzenden Landwirte weiterhin erhalten bleibt, wurde an ausgewählten Stellen Furten in der Örtlichkeit angelegt und auch soweit notwendig dinglich gesichert.

In der Abb. 12 ist die kartenmäßige Darstellung der Furt mit dem entsprechenden Eintragungstext fürs Grundbuch dargestellt.



„Der jeweilige Eigentümer des Grundstücks ist verpflichtet, sein Grundstück auf einer Breite von 5 Metern, beginnend an der gemeinsamen Grenze zum Gewässergrundstück, als Gewässerrandstreifen zur Gewässerverlagerung, der natürlichen Gewässerentwicklung und zum Zweck der Landespflege nutzen zu lassen sowie Pflege und Unterhaltungsmaßnahmen zu dulden. Die Ausübung des Rechtes kann einem Dritten überlassen werden. Die einschlägigen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.“

Abb. 11: Gewässerrandstreifen



Abb. 12: Darstellung der Furt



Abb. 13: „Brühbach“, Ortslage Guthental

Neben der Ausweisung von Randstreifen und der Ausweisung und Anlegung von Furten wurden auch Zielpflanzungen z.B. mit Schwarzerlen zur Ufersicherung vorgenommen. Durch die Entfernung von Verrohrungen und die Herstellung von Sohldurchgängigkeiten an einzelnen Stellen wurde das Abflussverhalten der Gewässer wesentlich verbessert. In einzelnen Fällen wurden auch unmittelbar am Gewässer verlaufende Wegetrassen durch umweltschonende Maßnahmen, wie z.B. das Aufschichten von Steinquadern nach Abstimmung mit den Fachbehörden der Wasserwirtschaft nachhaltig gesichert.

Als Sonderprojekt wurde ein Teil der Ortslage Guthental ins Beschleunigte Zusammenlegungsverfahren einbezogen, um den dort verlaufenden „Brühbach“ durch Aufweitung des Gewässerprofils und Beseitigung von zu niedrig dimensionierten Rohrdurchlässen so zu gestalten, dass die im Winter immer wieder auftretenden Hochwässer abnehmen (siehe Abb. 13). Als Ergebnis ist festzuhalten, dass seit der Aufweitung des Gewässerprofils und der Beseitigung der Rohrdurchlässe, die nun mehr durch Plattenübergänge ersetzt wurden, keine Hochwässer für die angrenzenden Häuser mehr aufgetreten sind.

#### Beispiel 4: Arrondierung eines landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebs zum Zweck der Dammtierhaltung

Im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Morbach hat ein Nebenerwerbslandwirt zu Beginn der Bodenordnung gezielt Flächen in bestimmten Lagen aufgekauft unter anderem auch ein älteres landwirtschaftliches Betriebsgebäude mit Wohnhaus, um in diesem Bereich für die Dammtierzucht geeignete Flächen im Rahmen der Neuordnung zu erhalten. Dabei war auch dieser Landwirt bereit, auf gute Klassen zu verzichten zu Gunsten einer großzügigen Zusammenlegung.

Die Abb. 14 zeigt die im Bereich der Hofstelle liegenden Einwurfsflächen des Beteiligten.

Im Rahmen der Abfindungsgestaltung wurden ihm die in der Abb. 15 dargestellten Flächen in unmittelbarer Hofnähe arrondiert. Der Beteiligte legte daraufhin Widerspruch gegen den Zusammenlegungsplan ein, weil er den in Nordsüdrichtung verlaufenden Wirtschaftsweg, der die Zuteilung teilweise noch durchschneidet, ebenfalls ins Eigentum übernehmen wollte. Dies begründete er damit, dass dieser Wirtschaftsweg in Hinblick auf eine optimale Zuteilung entfallen müsse. Für die geplante Dammtierhaltung benötige er möglichst große zusammenhängende Flächen.

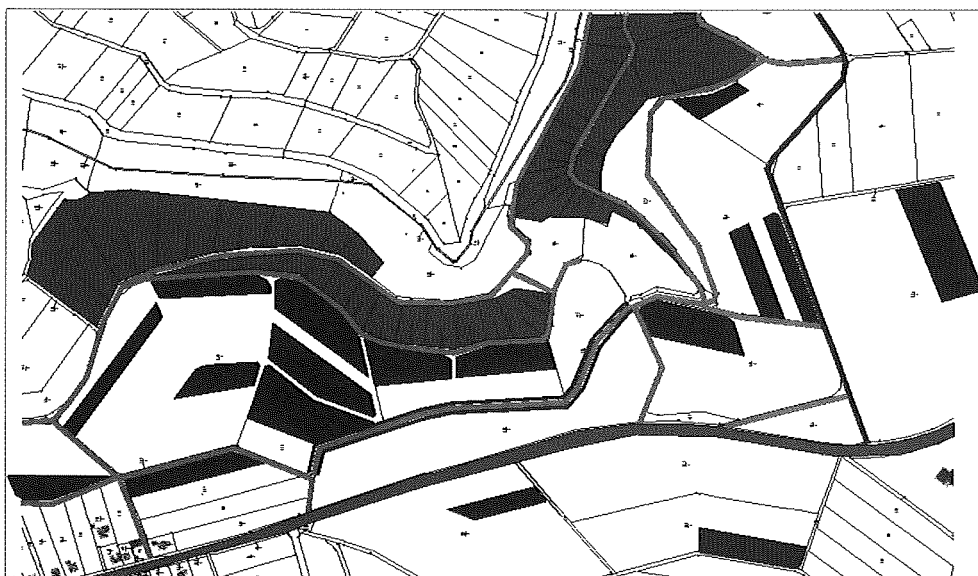


Abb. 14: Einwurfsflächen eines Beteiligten

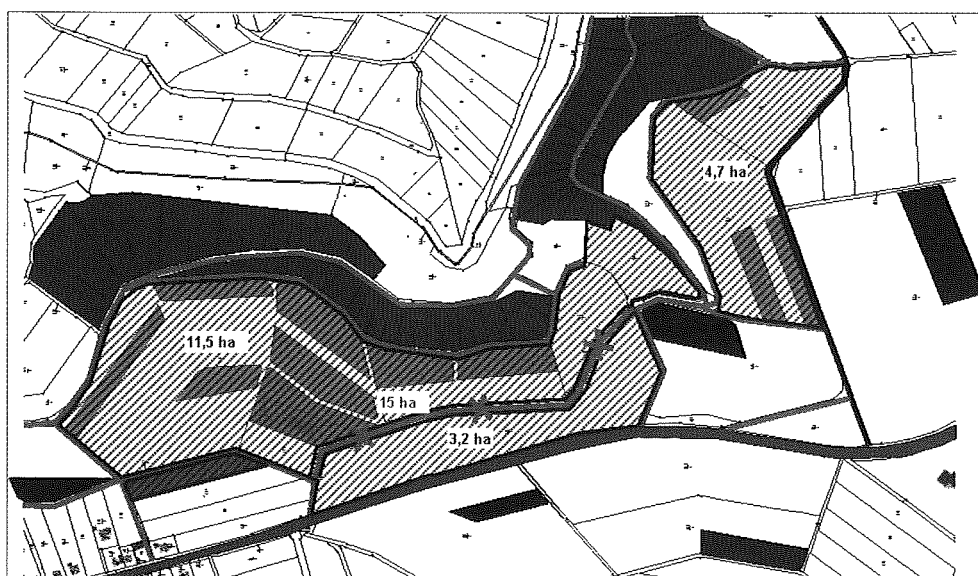


Abb. 15: Abfindungsgestaltung

Die Gemeinde als Eigentümerin des Weges machte jedoch im Rahmen der anschließenden Widerspruchsverhandlungen geltend, dass der Weg, sowohl für die landwirtschaftliche Erschließung als Parallelweg zur Kreisstraße, wie auch als Wander- und Spazierweg, nach wie vor eine Erschließungsfunktion übernehme.

Die Flurbereinigungsbehörde entschied sich nach Abwägung dafür, den Weg weiterhin bestehen zu lassen, da die Wertgleichheit der Abfindung des Widerspruchsführers auch trotz des vorhandenen Weges eindeutig gegeben war. Dies begründete sie durch das überdurchschnittliche Zusammenlegungsverhältnis und damit, dass der Weg auf einer Geländekante verläuft, die eindeutig die beiden angrenzenden Flächen topografisch voneinander trennt. Des Weiteren sind die ausgewiesenen Flächen unterhalb des Weges sowohl von der Größe als auch von der Beschaffenheit bei weitem ausreichend, um die Dammtierzucht im beabsichtigten Maße zu betreiben.

Darüber hinaus mussten die Argumente der Gemeinde Berücksichtigung finden, da der Weg nach wie vor eine Erschließungsfunktion hat und eine Verlegung parallel zur Kreisstraße wegen aufwändiger Baumaßnahmen infolge vorhandener Vernässungen wirtschaftlich nicht auszuführen war. Dieser Auffassung folgte auch die Spruchstelle als Obere Flurbereinigungsbehörde.

Als Ergebnis bleibt fest zu halten, dass die Flurbereinigungsbehörde immer bemüht ist, die Landabfindung der Beteiligten optimal zu gestalten. Im Rahmen der wertgleichen Abfindung ist jedoch immer abzuwägen, ob dadurch nicht Dritte in ihren Rechten verletzt werden.

### Beispiel 5: Ökopool „Oberes Dhrontal“

Dieses Beispiel stellt den Versuch dar, schon im Vorfeld sich abzeichnende Nutzungskonflikte mit der Landwirtschaft durch geeignetes Flächenmanagement zu minimieren oder ganz zu beseitigen.

Wir befinden uns im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren „Oberes Dhrontal“, welches sich auf die Gemarkungen Hundheim, Hinzerath und Bischofsdhron bezieht.

In diesen Gemarkungen gab es zu Beginn der Bodenordnung bereits durch die Planfeststellung „B 50 neu“ Festsetzungen über Ausgleichsflächen in einer Größenordnung von ca. 12 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, die im Rahmen der Bodenordnung ausgewiesen werden sollten. Große Teile dieser Flächen liegen in Ackerbereichen, die von der Landwirtschaft nach wie vor und auch künftig benötigt werden (s. Abb. 16).

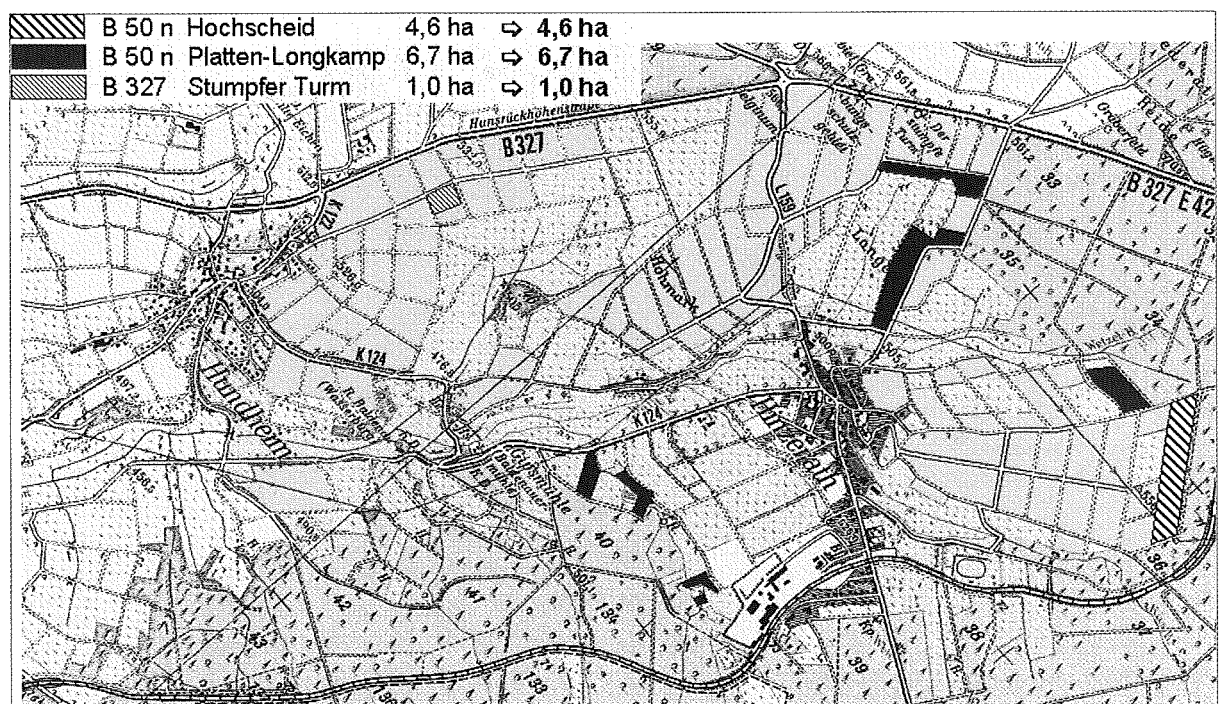


Abb. 16: BZ „Oberes Dhrontal“



Der Vorstand der Teilnehmergeinschaft, der überwiegend aus Landwirten besteht, hat deshalb den Wunsch an die Flurbereinigungsbehörde herangetragen, eine Verlegung der Ausgleichsflächen im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens zu bewirken.

Das Problem bestand in der bereits erfolgten Planfeststellung, die allerdings noch nicht unanfechtbar war. Glücklicherweise hatte die Gemeinde Morbach im Beteiligungsverfahren zur Planfeststellung „B 50 neu“ bewirkt, dass Anpassungen der Ausgleichsflächenausweisung im Rahmen der laufenden Bodenordnungsverfahren grundsätzlich möglich sind. Basierend auf diese Aussage hat die Flurbereinigungsbehörde Verhandlungen mit den Träger der Maßnahme, dem Landesamt für Straßen und Verkehr (LSV Trier) aufgenommen, mit dem Ziel, die vom Vorstand gewünschten Flächenverlagerungen zu erreichen.

Nach intensiven Verhandlungen hat die Flurbereinigungsbehörde die Erlaubnis erhalten, das Konzept der Flächenausweisungen an die Bedürfnisse vor Ort anzupassen unter der Voraussetzung, dass die Obere Naturschutzbehörde diesem überarbeiteten Konzept zustimmt.

Diese geringfügige Änderung bzw. Anpassung der Planfeststellung wird vom LSV in die Planfeststellungsunterlagen entsprechend eingearbeitet.

Nach intensiven Verhandlungen und Abstimmungen mit den zuständigen Stellen, vor allen Dingen mit der unteren und oberen Naturschutzbehörde, konnte im Bereich der „Hundheimer Quellmulde“ eine konzentrierte Ausweisung der benötigten Ausgleichsflächen konzipiert werden. (siehe Abb. 17). Die dabei entstehende Flächenvergrößerung erklärt sich dadurch, dass die nunmehr in Anspruch genommenen Flächen ausschließlich bereits extensive feuchte Grünlandflächen darstellen, die im Gegensatz zu den Ackerflächen in landespflegerischer Hinsicht eine andere Entwicklungsmöglichkeit mit sich bringen.

Nachdem das Konzept für die Verlagerung der Ausgleichsflächen der Straßenverwaltung erfolgreich abgestimmt war, hat die Flurbereinigungsbehörde versucht, in diesen landespflegerisch interessanten Bereichen weitere Flächen auszuweisen. Dabei handelt es sich um Flächen der Aktion Blau, um Ökolandankauf von wertvollen entwicklungsfähigen Biotopen, um Flächen für das Ökokonto der Gemeinde und um Flächen für die gemeinschaftlichen Anlagen in der Bodenordnung. Insgesamt beinhaltet der Ökopool der „Hundheimer Quellmulde“ nunmehr ca. 40 Hektar Fläche (s. Abb. 18 u. 19). Dieses Konzept des Ökopools wird nunmehr durch entsprechende Flächenausweisungen im Zusammenlegungsplan „Oberes Dhronental“ umgesetzt und den Beteiligten im Herbst 2006 bekannt gegeben.

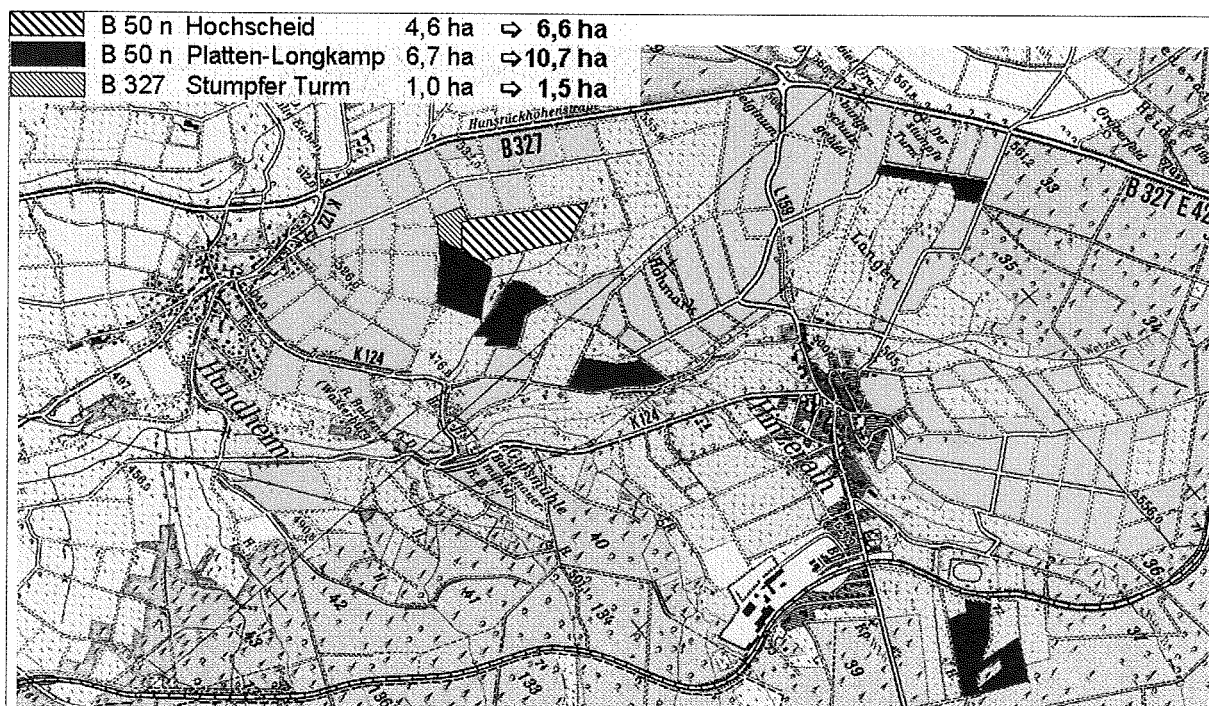
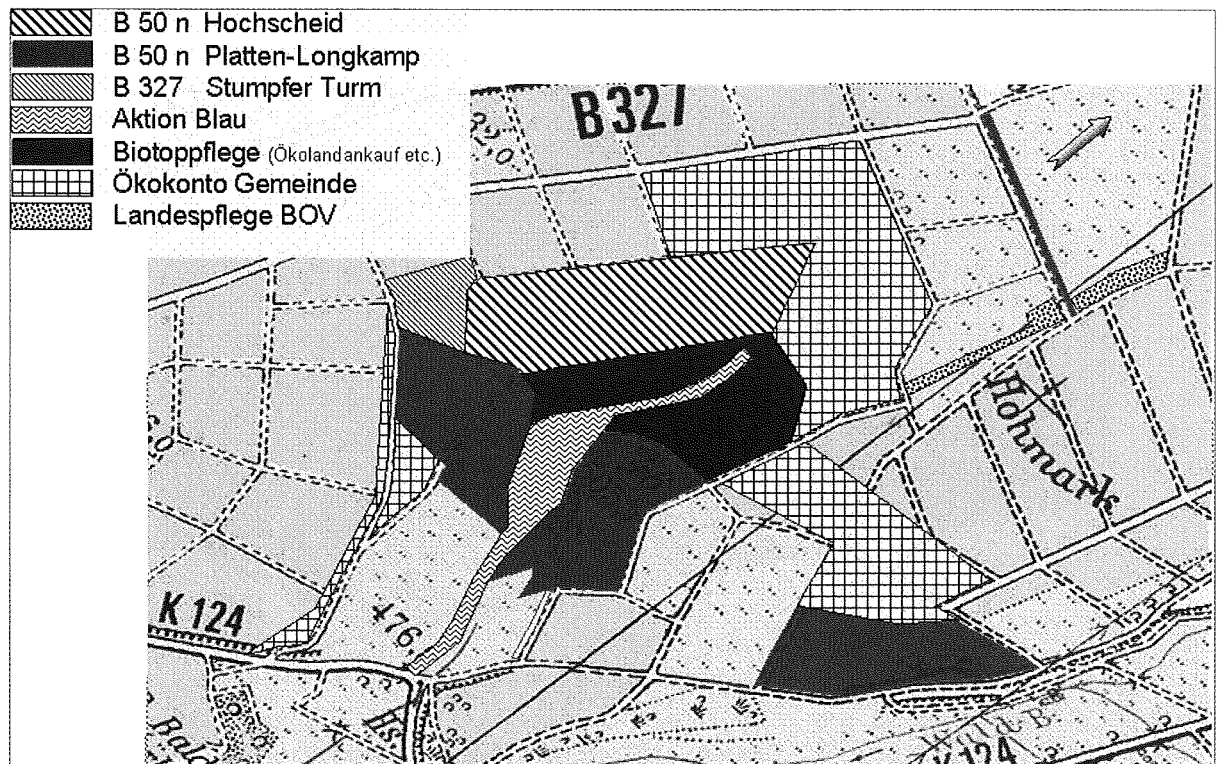


Abb. 17: „Hundheimer Quellmulde“



**Ökopool Hundheimer Quellmulde**  
 Kommunales Ökokonto (ca. 14 ha)  
 Ausgleichsfläche B 327 (ca. 1,5 ha)  
 Ausgleichsfläche B 50n (ca. 10,7 ha)  
 Ausgleichsfläche B 50n (ca. 6,6 ha)  
 Maßn. Bodenordnung (ca. 0,3 ha)  
 Ökoflächenankauf o.ä. (ca. 6,3 ha)  
 Aktion Blau (ca. 1,0 ha)

**Gesamtfläche Ökopool**

**40,4 ha**

Abb. 18 und 19: „Hundheimer Quellmulde“

### Beispiel 6: Abstandsflächen beim Pflanzenschutz

Dieses Beispiel entspricht noch der Rechtslage aus dem Jahre 2003, die nach meinem Kenntnisstand immer noch Gültigkeit besitzt. Danach ist beim Ausbringen von Pflanzenschutzmittel abdriftmindernde Technik einzusetzen oder aber ein Mindestabstand zu angrenzenden Flächen einzuhalten. Dieser Mindestabstand ist je nach Mitteleinsatz und angrenzender Fläche unterschiedlich bemessen.

Abstandsflächen sind in der Regel nicht einzuhalten, wenn es sich um ein Gebiet mit ausreichendem Anteil an Kleinstrukturen handelt (Verzeichnis der regionalen Kleinstrukturanteile) oder die landwirtschaftlichen Flächen an Nichtzielflächen (Breite geringer als 3 Meter) oder Straßen und Wege angrenzen.

Im vorliegenden Fall musste auf Grund einer nachträglichen Planungsänderung in einem Ackerblock eine zusätzliche mit 6 Bäumen zu bepflanzen Fläche angelegt werden. Durch die Bepflanzung dieser Fläche ist sie eine „Nichtzielfläche“ und breiter als 3 Meter.

Aus diesem Grunde sind von ihr mindestens beidseitig 5 Meter Abstand beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln einzuhalten (siehe Abb. 20).

Mit dieser nachträglichen Änderung erklärten sich die Empfänger der Landabfindung der angrenzenden Flurstücke nicht einverstanden, da sie die Abstandsflächenregelung als nachteilig empfanden. In Anwendung der anfangs skizzierten Ausnahmeregelung wurde dann zur Lösung des Problems auf der Unter- und Oberseite des Pflanzflurstückes Wege eingelegt (siehe Abb. 21).

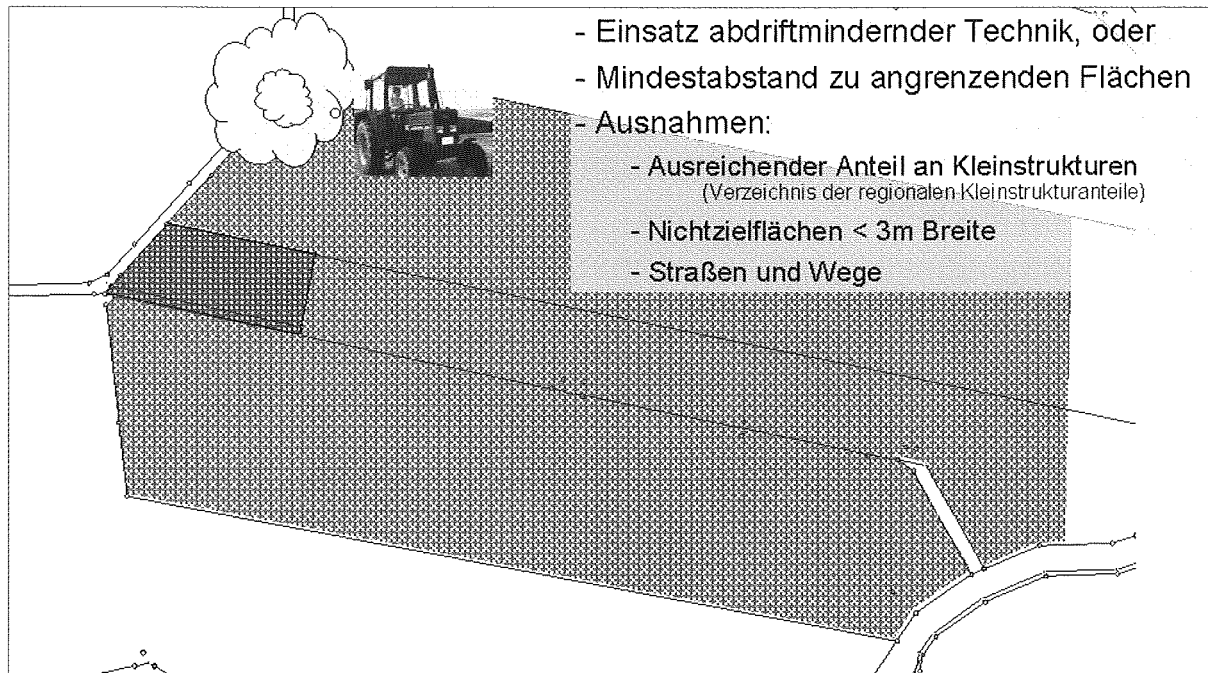


Abb. 20: „Nichtzielfläche“

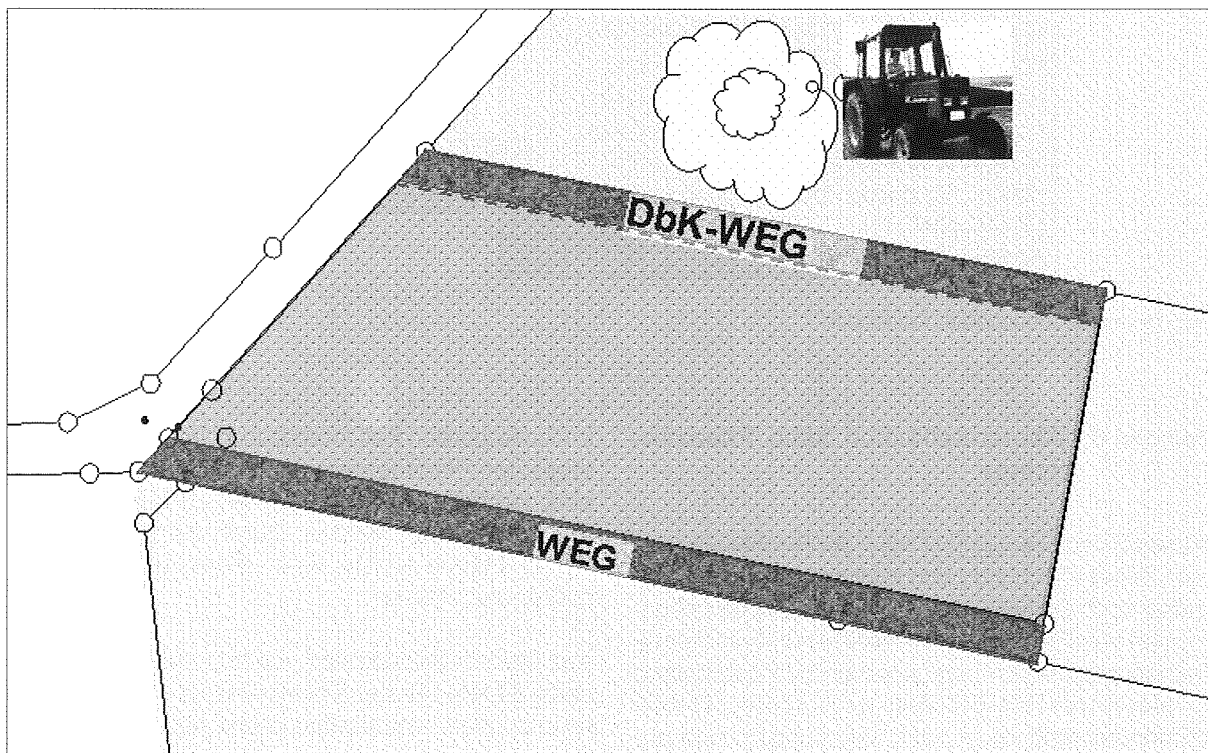


Abb. 21: „Neue Wege“

Bei dem unteren Weg handelt es sich um einen alten vorhandenen Weg, der im Rahmen der Zuteilung weggefallen war. Der obere Weg wurde als Dienstbarkeitsweg neu im Nachtrag zum Zusammenlegungsplan festgesetzt.

Dadurch war das Pflanzflurstück nunmehr beidseitig mit Wegen begrenzt, für welche die Abstandsflächenregelung nicht mehr gilt. Insofern wurde durch die Änderung einer Nutzungsart eine weiter gehende Änderung der Landabfindung entbehrlich.

### Beispiel 7: Verwendung und Zuteilung des in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Landes

Durch den Landabzug gem. § 47 FlurbG, durch Ankäufe nach § 52 FlurbG und durch Aufbonitierungen gem. § 46 FlurbG entsteht so genanntes Masseland, welches vorerst in Form von zusammenhängenden Grundstücken der Teilnehmergeinschaft zugeteilt wird. Das Land, welches noch nicht im Zusammenlegungsplan zugeteilt wurde, wird dann den gem. § 10 FlurbG am Flurbereinigungsverfahren Beteiligten im Rahmen einer Öffentlichen Bekanntmachung zu festgesetzten Mindestgeldausgleichen angeboten. Die Interessen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sind dabei im allgemeinem als gleichrangig anzusehen.

In der Abbildung 22 ist ein solches Flurstück dargestellt, auf welches sowohl Haupt- als auch Nebenerwerbslandwirte, die in unterschiedlichen Bereichen zugeteilt wurden, bieten.

Als Entscheidungskriterien für die Vergabe dieses Masselandes dienen:

- ☐ Die Ergebnisse von AEP/ILEK(Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept)
- ☐ Die Ergebnisse der Planwunschverhandlungen (§ 57 FlurbG)
- ☐ Die Grundsätze der § 1 und § 37 FlurbG

Entscheidend für die Vergabe dieses Flurstückes ist letztlich unter Berücksichtigung der vorgenannten Entscheidungskriterien und des jeweiligen Einzelfalles, welchem Bewerber aus betriebswirtschaftlicher Sicht der Vorzug gebührt. In der Verwaltungsvorschrift, die dieses Vergabeverfahren regelt ist der Hinweis erhalten, dass die Stellungnahme der Dienststelle der landwirtschaftlichen Beratung einzuholen ist, falls die Ermittlungen der Flurbereinigungsbehörde für die sachgerechte Entscheidung nicht ausreichen.

Da durch die Reform der Agrarverwaltung mittlerweile die landwirtschaftliche Beratung und auch die Flurbereinigungsbehörde in den meisten Dienststellen zu einer Behörde zusammengefasst worden ist, wird man sich des dort vorhandenen Sachverständes bedienen. Denkbar ist aber, dass abgelehnte Bewerber einen Widerspruch gegen den Nachtrag zum Flurbereinigungsplan einlegen, in dem die Vergabe geregelt wird, und die Widerspruchsbegründung unter Hinzuziehung eines Sachverständigen der Landwirtschaftskammer vortragen. In diesen Fällen wären Sie als Gutachter in einem Rechtsbehelfsverfahren gegen den Flurbereinigungsplan tätig, bei dem die gutachterliche Entscheidung für einen Bewerber gleichzeitig auch immer eine Negativentscheidung für einen anderen Bewerber mit sich bringt.

Ich würde mich freuen, wenn ich Ihnen durch die ausgewählten Beispiele deutlich machen konnte, dass die moderne ländliche Bodenordnung heute und auch künftig die Aufgabe hat, die verschiedenen Nutzungsansprüche an den ländlichen Raum durch geeignetes Flächenmanagement zu unterstützen.

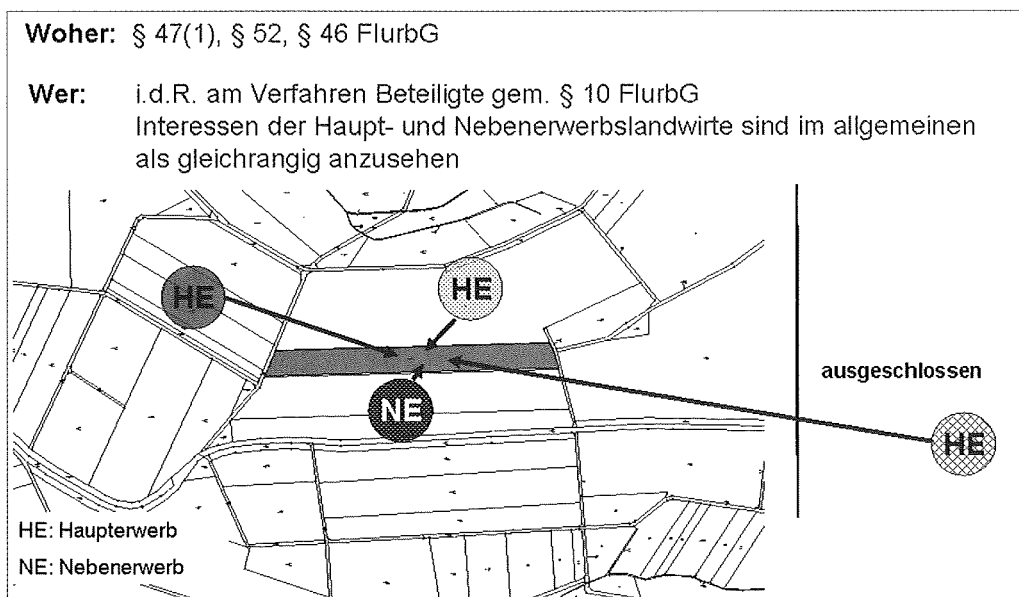


Abb. 22: Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe

# Brücken - mehr als eine „gewöhnliche“ Dorfflurbereinigung

## - Eine Bilanz nach 10 Jahren intensiver Bodenordnungstätigkeit -

Vermessungsrat z.A. Christian Stoffels, DLR Westpfalz, Kaiserslautern

Brücken - eine 2.500 Einwohner-Gemeinde im südlichen Landkreis Kusel zwischen Kaiserslautern und Saarbrücken. Ein typisches westpfälzisches Dorf? Ja! Aber eines, das in den vergangenen Jahren sein Gesicht erheblich verändert hat.

„Umrahmt vom Westpfälzer Hügelland, im landschaftlich reizvollen Ohmbachtal gelegen, hat sich die Ortsgemeinde Brücken in den zurückliegenden Jahren zu einer attraktiven und gepflegten Wohnge-  
meinde entwickelt, ohne ihren dörflichen Charakter zu verlieren.“ - so präsentiert sich die Ortsgemeinde Brücken heute in ihrem Internetauftritt. Und einen nicht unerheblichen Anteil daran hat die Bodenordnung leisten können. Denn das „Projekt“ Brücken war mehr als nur eine „gewöhnliche“ Dorfflurbereinigung.



Abb. 1: Übersichtskarte „Brücken“

Eingeleitet im November 1996 umfasste das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Brücken zunächst die gesamte Ortslage mit Ausnahme der seinerzeit aktuellen Baugebiete, die Ortsrandbereiche sowie landwirtschaftliche Flächen im Bereich des Ohmbaches. Es war ziemlich genau zur Halbzeit des 5-jährigen Zeitraums (1994 bis 1999), in dem Brücken Schwerpunktgemeinde der Dorferneuerung war, als die Bodenordnung begann. Das Dorferneuerungskonzept aus dem Jahr 1989 war gerade ein Jahr zuvor (1995) fortgeschrieben worden.

Schnell war klar, dass insbesondere im Ortszentrum durch die Kombination von Dorferneuerung und Dorfflurbereinigung kurzfristig und effizient viel bewegt werden könnte.

Die Konsequenz: Das Verfahrensgebiet wurde Mitte 1998 aufgeteilt - es entstanden die Verfahren „Brücken (Projekt 1)“ und „Brücken (Ortslage)“. Letzteres hatte ein wenig mehr Zeit (wobei: Welches Verfahren hat schon Zeit?), während das Gebiet des Projekt 1-Verfahrens die Bereiche umfasste, auf die im Rahmen der Dorferneuerung ein besonderes Augenmerk gelegt wurde und die dementsprechend vorrangig zu bearbeiten waren. Also wurde zunächst das Projekt 1 mit großem Einsatz vorangetrieben, um die Dorferneuerung bestmöglich zu unterstützen. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen.

### Brücken (Projekt 1)

Die statistischen Daten des Verfahrens:

- ☐ Verfahrensgröße: 34 ha
- ☐ Zahl der Flurstücke (alt / neu): 606 / 276
- ☐ Zahl der Beteiligten (Ord.-Nrn.): 260
- ☐ Widersprüche gegen den Flurbereinigungsplan: 15
- ☐ Widersprüche, über die von der Spruchstelle entschieden wurde: 0
- ☐ Vorlage des Flurbereinigungsplans am: 01.03.2000
- ☐ Schlussfeststellung am: 30.12.2003

Aber das sind nur die nüchternen Zahlen. Doch Brücken (Projekt 1) ist eigentlich viel mehr: Nämlich Bodenordnung, die eine Umgestaltung des Ortsbildes unterstützt, die die innerörtliche Erschließung ermöglicht, die Grundlage für eine bauliche Umnutzung und Erneuerung ist, die die naturnahe Gestaltung von Gewässern umsetzt.

Machen wir einen kleinen Rundgang durch den Ort. Da wäre zunächst das **Diamantschleifermuseum**. Durch die Bodenordnung konnte im Bereich des heutigen Museums im Ortskern von Brücken eine Eigentumsregelung erreicht werden, die erhebliche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung dieses zentralen Platzes hatte.



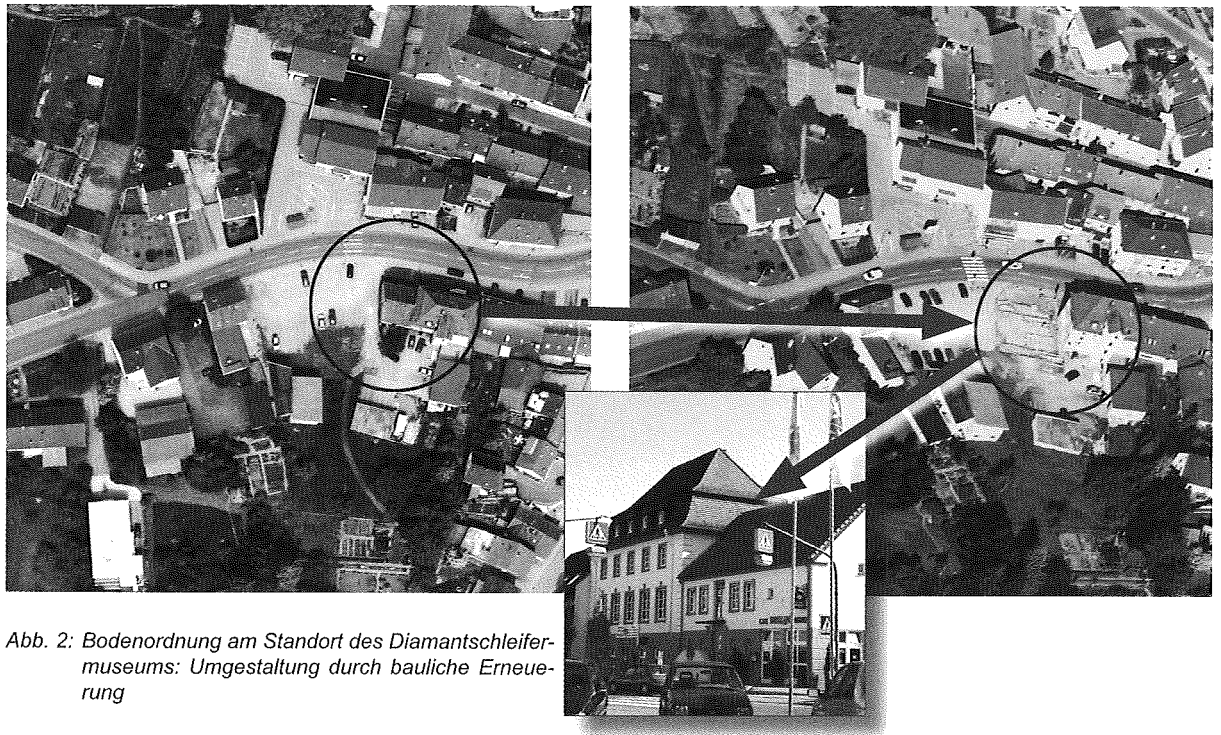


Abb. 2: Bodenordnung am Standort des Diamantschleifer-museums: Umgestaltung durch bauliche Erneuerung

Der damalige Ist-Zustand: Ungenutzte, teilweise verfallende Bausubstanz, eine unbefestigte Freifläche, die als Parkplatz genutzt wurde, und Eigentumsverhältnisse, die einer sinnvollen Nutzung und Gestaltung entgegenstanden (Abb. 2).

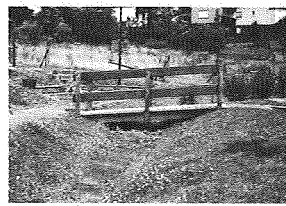
Die Maßnahme der Bodenordnung: Vollständige Legitimation einer Erbgemeinschaft, die Eigentümer eines ehemaligen Weges war, dessen Lage jegliche denkbare Neunutzung blockierte. Nachdem die Gemeinde schon vor der Bodenordnung vergeblich versucht hatte, das Eigentum an der Fläche zu erlangen, konnte nunmehr über eine Vereinbarung nach § 52 FlurbG dieses Hemmnis endlich ausgeräumt werden.

Das Ergebnis: Es wurde die Möglichkeit geschaffen, baufällige Bausubstanz zu entfernen und neben dem vorhandenen ortsbildprägenden Gebäude (ehemaliges Schwesternhaus der katholischen Pfarrei Brücken), das - finanziert auch durch Dorferneuerungsmittel - umgebaut, renoviert und instandgesetzt wurde, einen großzügigen Neubau zu errichten (Abb. 2). In den beiden Gebäuden, die nunmehr gemeinsam genutzt werden, wurde das im Dezember 1998 eingeweihte Diamantschleifer-museum eingerichtet, in dem auf einer Fläche von über 150 m<sup>2</sup> eine ständige Ausstellung über die pfälzische Diamantschleiferei, deren Zentrum in Brücken (das „pfälzische Diamantendorf“) lag, zu sehen ist. Im Gebäudekomplex wurden zudem mit einem Museumscafé und einem Schmuck- und Uhrengeschäft zwei gewerbliche Existenzen angesiedelt. Auf den Außenflächen wurden neue

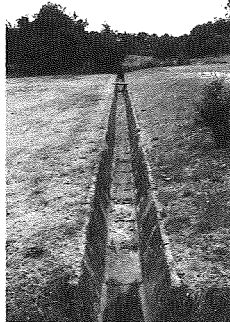
öffentliche Parkmöglichkeiten geschaffen, die sehr ansprechend gestaltet wurden (Pflasterung, Begrünung) und sowohl dem Museum und dem Café, als auch dem auf der gegenüberliegenden Straßenseite gelegenen Einkaufsmarkt dienen. Zudem wurde von der Gemeinde Brücken hinter dem Museum ein öffentlicher Kinderspielplatz errichtet.

Dieses größte Einzelprojekt im Rahmen der Dorferneuerung machte - so hieß es damals in der Presse - Brücken in Bezug auf die Dorferneuerung „zum Modellfall landesweit“. Und das Museum ist seitdem ein touristischer Anziehungspunkt, was schon zwei Jahre nach der Eröffnung die Zahl von mehr als 20.000 Besuchern belegte.

Nicht weit entfernt liegt der **Festplatz** (Abb. 3). Als die Bodenordnung begann, war die Umgestaltung des Festplatzes mit Hilfe der Dorferneuerung schon im Gange, ein großer Pavillon war bereits gebaut. Doch die Möglichkeit zu einer wesentlichen Veränderung, die auch hier das Ortsbild nun prägt, war nur durch das Flächenmanagement der Dorfflurbereinigung möglich. Vorhandene Störparzellen im Bereich des Festplatzes, die zwar schon zuvor mitgenutzt wurden, aber nicht im öffentlichen Eigentum waren, konnten verlegt werden. Der Platz befindet sich nun vollständig im Eigentum der Ortsgemeinde. Durch großzügige Flächenarrondierung insbesondere südlich und westlich des bestehenden Platzes erhielt die Ortsgemeinde darüber hinaus die Möglichkeit, den bestehenden Kinderspielplatz zu erweitern und ein Beachvolleyball-Feld anzulegen.



Errichtung von Holzbrücken



Entfernen von Trapezschalen



Diamantschleifermuseum



Renaturierung des Rödelbaches

Abb. 3: Dorfflurbereinigungs- und Dorferneuerungsmaßnahmen rund um den Festplatz

Mittlerweile ist immer Leben auf dem Festplatz, nicht nur, wenn es etwas zu feiern gibt.

Denn spielen kann der Brückener Nachwuchs nun auch am renaturierten **Rödelbach**. Dieser fließt um den Festplatz herum und weiter durch die Ortslage - vor der Flurbereinigung eingefasst in Betontrapezschalen und teilweise verrohrt, jetzt in einem naturnah gestalteten Gewässerbett.

Die etwa 50 cm breite Betoneinfassung wurde entfernt, das Profil des Baches wurde muldenartig ausgebildet und hat seitdem eine Breite von etwa 2,50 m. Verrohrungen, die früher angelegt wurden, um angrenzende Kleingärten zu erschließen, wurden ebenfalls entfernt und stattdessen gepflasterte Furten angelegt. Zwei Holzbrücken zur Querung des Gewässers wurden errichtet. Alle Maßnahmen konnten im Rahmen der Flurbereinigung finanziert und umgesetzt werden.

Parallel zum Rödelbach wurde im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens ein Fußweg gebaut (Abb. 4a), der den Festplatz mit dem Ortskern, in

dem sich zahlreiche Geschäfte (u.a. Supermarkt, Drogerie, Blumenladen, Textilgeschäft, Metzgerei, Bäckerei) sowie Banken, eine Apotheke, eine Gastwirtschaft und das Diamantschleifermuseum befinden, verbindet.



Abb. 4a: Fußläufige Verbindung zwischen Festplatz und Ortskern entlang des Rödelbaches



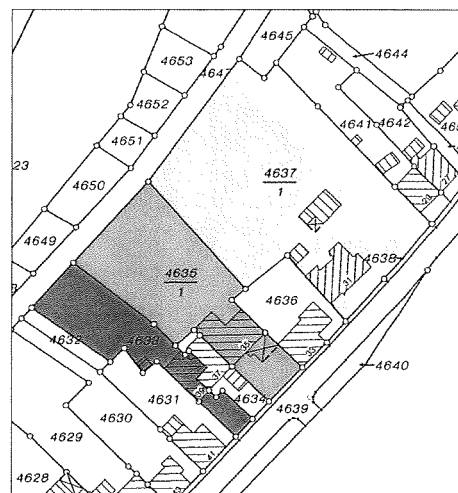
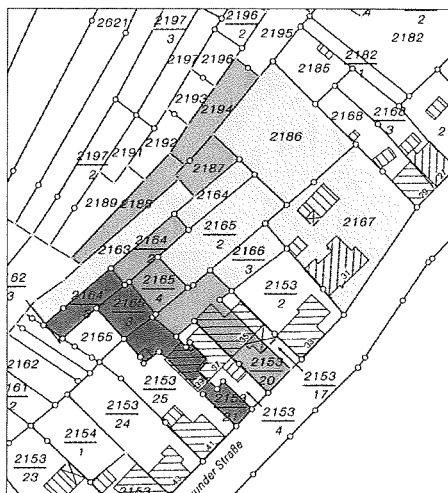
Abb. 4b: Fußweg zum Kindergarten (vor, während und nach dem Bau)

Dies wurde erst durch die Neuordnung des Eigentums möglich - und das ist in Brücken kein Einzelfall: durch das gesamte Verfahrensgebiet Brücken (Projekt 1) zieht sich nun ein umfangreiches **Netz von Fußwegen**. Es entstanden verschiedene fußläufige Verbindungen zwischen dem Kindergarten, der katholischen Kirche, dem Pfarrzentrum, dem Festplatz, dem Friedhof und dem Ortskern (Abb. 3, 4a und 4b). Nicht nur die Flächenbereitstellung, sondern auch der Bau dieser Wege, natürlich mit begleitenden öffentlichen Grünflächen, soweit dies realisierbar war, wurde durch die Flurbereinigung umgesetzt. Um die Aufstellung von Ruhebänken und die Beleuchtung der Wege kümmerte sich die Ortsgemeinde.

Zwei dieser Fußwege haben nicht nur eine Verbindungsfunktion, sondern erschließen zudem viele Kleingärten, die nun deutlich leichter als zuvor zu erreichen und zu nutzen sind.

Im Verfahrensgebiet konnten darüber hinaus in großem Umfang **rückwärtige Erschließungen** von Hausgrundstücken und Gartenflächen realisiert werden. Dies war mit teilweise erheblichen **Regulierungsmaßnahmen** (Flächentausche, Grenzbegradigungen, Beseitigung von Überbauten usw.) verbunden, die - wie auch die für das Fußwegenetz erforderlichen Flächenbereitstellungen - grundsätzlich im Einvernehmen mit den betroffenen Eigentümern erfolgten. Als repräsentatives Beispiel zeigt die Abb. 5 die Regulierung und rückwärtige Erschließung an der Paulengrunder Straße. Der dort rückwärtig neu geschaffene Weg kann von Fußgängern und Radfahrern genutzt und darüber hinaus nur von den Anliegern mit Fahrzeugen befahren werden.

Im Jahr 2001 wurde Brücken einer der Ehrenpreise im Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“ verliehen. Das Dorferneuerungskonzept konnte nahezu 1:1 umgesetzt werden.



## Brücken (Ortslage)

Nach Abschluss des Projektes 1 war es nun an der Zeit, bodenordnerisch den „Rest“ des ursprünglichen Verfahrens zu bearbeiten. Nur der Form halber seien die statistischen Daten genannt.

- ☐ Verfahrensgröße: 116 ha
- ☐ Zahl der Flurstücke (alt / neu): 1.224 / 441
- ☐ Zahl der Beteiligten (Ord.-Nrn.): 329
- ☐ Widersprüche gegen den Flurbereinigungsplan: 14
- ☐ Widersprüche, über die von der Spruchstelle entschieden wurde: 0
- ☐ Vorlage des Flurbereinigungsplans am: 09.05.2005
- ☐ Schlussfeststellung: geplant für 2007

Auch hier gilt wieder: Das Wesentliche sagen die Zahlen nicht aus. Setzen wir deshalb unseren Rundgang fort, verlassen aber den Ortskern. Denn auch in den Randbereichen der Ortslage konnten die Grundlagen für positive Veränderungen in der Gemeinde geschaffen werden.

Damit es nicht zu lange dauert, setzen wir uns auf's Fahrrad und verlassen die Ortslage Brücken. Wir fahren auf dem nur knapp 1,0 m schmalen Radweg zwischen der Fahrbahn der L 350 und der Leitplanke in Richtung Norden, in Richtung Ohmbach. Vorsicht ist hier das höchste Gebot und viel von der schönen Landschaft kann man leider nicht genießen, wenn man so sehr auf den Straßenverkehr achten muss. Eigentlich müsste der Radweg auf der gegenüberliegenden Seite des Ohmbachtales liegen, weit entfernt von der Straße.

Also war es nur logisch, dass im Rahmen des Verfahrens Brücken (Ortslage) die erforderlichen Flächen für einen neuen **Rad- und Wirtschaftsweg zwischen den Gemeinden Ohmbach und Brücken** bereitgestellt wurden. Durch das Flächenmanagement der Flurbereinigung konnte so die „Vorarbeit“ dafür geleistet werden, dass dieser Lückenschluss von ca. 1,3 km Länge im Radwegenetz bald Realität wird. Nach einvernehmlicher Änderung der Verbandsgemeindegrenze verläuft die Trasse nur noch durch die Ortsgemeinden Ohmbach und Brücken - das vereinfacht die Planung und Realisierung. Die Planungsarbeiten seitens der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg sind bereits abgeschlossen, der Bau wird spätestens 2007 erfolgen.

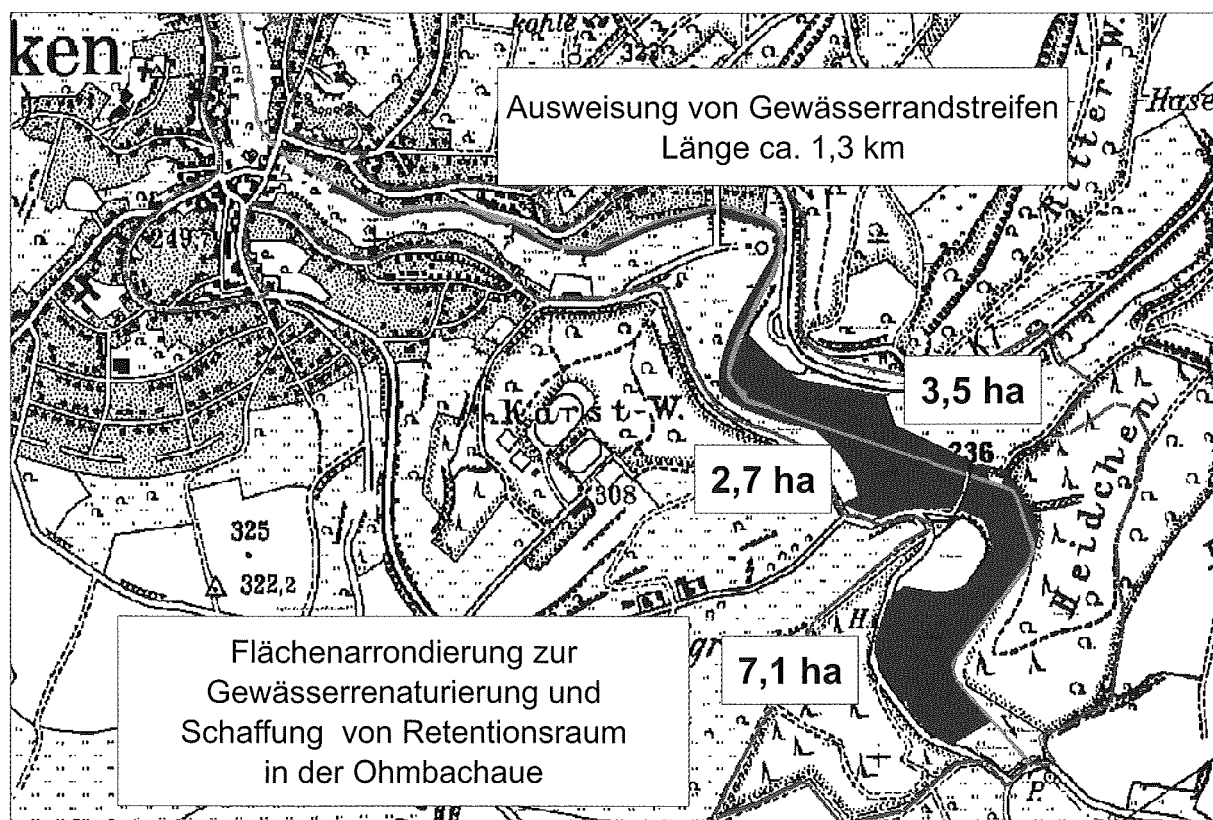


Abb. 6: Unterstützung des passiven Hochwasserschutzes durch Flächenarrondierung



Den neuen Radweg sieht man also noch nicht, aber da wir uns gerade im Ohmbachtal befinden: den **Gewässerrandstreifen** entlang des Ohmbaches auf einer Länge von etwa 700 m, beginnend am Ortsausgang Brücken, erkennt der Experte schon. Nur nebenbei erwähnt: Der Ohmbach selbst konnte - bis auf zwei Ausnahmen - auf der gesamten Länge innerhalb des Verfahrensgebietes Brücken (Ortslage) vom Privat- bzw. Anliegereigentum in das Eigentum der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg übertragen werden.

Doch nicht nur hier in Richtung Ohmbach sondern auch, wenn man durch Brücken entlang des Ohmbaches nach Westen in Richtung Börsborn oder Gries fährt, kann man einen solchen Gewässerrandstreifen sehen. Hier ist er, beginnend im Ortszentrum, ohne jegliche Unterbrechung (kreuzende Brücken ausgenommen) ca. 1,3 km lang (Abb. 6). Der Großteil dieser Strecke verläuft dabei im innerörtlichen Bereich.

Ab dem Ortsende weitet sich das Ohmbachtal auf. Rechts und links des Baches liegen nun große Grünlandflächen. Hier konnte nicht nur ein Gewässerrandstreifen ausgewiesen werden, hier wurde vielmehr durch die Bodenordnung die Grundlage für die **Renaturierung des Ohmbaches** geschaffen. Durch die Neuordnung sowie die intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg konnten der Verbandsgemeinde zur Gewässerrenaturierung und zur Schaffung von Retentionsraum in der Ohmbachaue Flächen in einer Größenordnung von mehr als 13 ha zugeteilt werden, die für Maßnahmen des Naheprogramms genutzt werden können (Abb. 6).

Die Planung der Verbandsgemeinde sieht vor, dass der Ohmbach auf einer Strecke von ca. 1,2 km größtenteils sein altes Bett zurückerhält, das er bis in die 1930er Jahre hatte, bevor er im Rahmen des „Reichsarbeitsdienstes“ begradigt wurde. Der Ohmbach wird durch die Renaturierung um etwa 300 m länger und hat dann wieder seine ursprüngliche Länge von ca. 1,5 km. Die Kosten der Renaturierung werden mit ca. 600.000 € veranschlagt, wobei eine Förderung im Rahmen des Naheprogramms erwartet wird. Der Zuschussantrag wird von der Verbandsgemeinde in Kürze gestellt, so dass ein Baubeginn in 2006 derzeit realistisch erscheint.

### Und was bleibt als Fazit?

Mit den beiden Bodenordnungsverfahren Brücken (Projekt 1) und Brücken (Ortslage) konnte ein großes Spektrum verschiedenster Maßnahmen der Landentwicklung, Dorferneuerung und Dorfentwicklung in der Gemeinde Brücken umgesetzt und unterstützt werden. Durch das konstruktive Miteinander von Bürgern, Ortsgemeinde, Verbandsgemeinde und DLR, insbesondere durch den ständigen Austausch von Ideen und Informationen, war es möglich, gemeinsam das Bestmögliche für Brücken zu tun, gemeinsam ein hochgestecktes Ziel zu erreichen.

Und auf das Ergebnis darf man stolz sein. Brücken hat sich, wie schon zu Beginn erwähnt, „... in den zurückliegenden Jahren zu einer attraktiven und gepflegten Wohngemeinde entwickelt, ohne ihren dörflichen Charakter zu verlieren.“ Also: Ein Besuch in Brücken lohnt sich - nicht nur aus fachlicher Sicht!

## Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Winterbach<sup>\*)</sup>

Vermessungsamtsrat Stefan Bremm, Simmern

Meine Damen und Herren,

mit dem vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Winterbach möchte ich Ihnen ein Bodenordnungsverfahren aus dem Zuständigkeitsbereich der Gruppe „Bodenordnung - Infrastruktur“ des DLR Rheinhausen-Nahe-Hunsrück vorstellen.

Insbesondere möchte ich Ihnen anhand aktueller Ausbaumaßnahmen einen Eindruck vermitteln, welche unterschiedlichen Aspekte - insbesondere an der Nahtstelle von Feldflur und Ortslage - bei der Planung berücksichtigt wurden und Ihnen die Umsetzung der Maßnahmen im vergangenen Herbst an einigen Bildern veranschaulichen.

- ☐ Einleitung: Dezember 2002
- ☐ Besitzübergang: September 2005
- ☐ Ausführungskosten: 394.000 €

<sup>\*)</sup> Kurzvortrag anlässlich der Geschäftsbesprechung am 13.03.2006 in Simmern



Zunächst aber eine kurze Übersicht. Winterbach, gelegen im Landkreis Bad Kreuznach, mitten im Herzen des neu gegründeten Naturparks Soonwald-Nahe, ist nach Fortschreiten des Strukturwandels in der Landwirtschaft heute eine Gemeinde, deren Entwicklungsschwerpunkte in den Bereichen Wohnen und Erholung liegen. Der Ort und die Landschaft sind jedoch nach wie vor land- und forstwirtschaftlich geprägt.

Das Flurbereinigungsgebiet umfasst die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Ortslage. Im Jahre 1958 wurde ein als „Vorschaltverfahren“ gedachtes Zusammenlegungsverfahren im Urkataster durchgeführt, wobei lediglich ganze Parzellen getauscht wurden. Das Wege- und Gewässernetz blieb mangelhaft, eine Vermessung wurde nicht durchgeführt.



Abb. 1: 1958 im Ur-Kataster - 32 ha Ortslage / 270 ha LN

Die in den neunziger Jahren im Dorferneuerungskonzept entwickelten Ziele der Ortsgemeinde Winterbach konnten wegen fehlender Bodenordnung und Neuvermessung nie verwirklicht werden. Hinzu kamen Hochwasserereignisse, welche das Interesse am Naheprogramm begründeten. Aber auch hier konnten konkrete Planungen zum Schutz der Ortslage ohne Bodenordnung nicht umgesetzt werden.



Abb. 2: Karte zum Plan § 41 FlurbG

An einem Ausschnitt aus der Karte zum Plan nach § 41 FlurbG möchte ich Ihnen jetzt einige Maßnahmen vorstellen. Insbesondere die bodenordnerisch sensiblen Ortsrandbereiche stellten eine große Herausforderung an die Planung dar. Aber auch schwierige Verhandlungen konnten letztendlich mit allen zu beteiligenden Stellen und im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

Die Kirche im engen Ortsbereich war bisher nur zu Fuß über eine steile Treppe zu erreichen, für ältere Bürger ein echtes Problem. Auch fehlten Parkplätze für die Kirchgänger. Die rückwärtige Erschließung und die Schaffung von Stellplätzen an Kirche und Friedhof schaffen jetzt Abhilfe. Auch wird der Friedhof direkt mit der Kirche verbunden, eine Baumreihe begleitet künftig die Besucher und bereichert das Landschaftsbild.



Abb. 3: Erschließung Kirche und Friedhof

Im weiteren Verlauf erschließt der Friedhofsweg einen bisher vernachlässigten Ortsrandbereich und einen Reitplatz.



Abb. 4: Ortsrandwege

Mit dem Abfangen des Wassers aus der oberhalb liegenden Ackergewanne und der Ableitung in den Ellerbach wurde ein altes, wiederkehrendes Hochwasserproblem der alten Ortslage gelöst.

Die bodenordnerischen Herausforderungen am Ortsrand habe ich bereits angesprochen. Erst nach erfolgreicher Ortsregulierung und der Ausweisung eines neuen Grabens konnte die gesamte Maßnahme erfolgreich zur Ausführung gebracht werden.



Abb. 5: Schutz der Ortslage vor Hochwasser

Noch während der Planungsphase ereilte die Orts-gemeinde ein weiteres Wasserereignis. Schlamm aus den Ackerlagen oberhalb des Friedhofes verstopfte die Straßeneinläufe mit dem Ergebnis voll gelaufener Keller bis hin zur Raiffeisenkasse. Auch hier konnte durch die kurzfristige Planung zweier Sicker- und Schlammbecken für die Zukunft vorgebaut werden.



Abb. 6: Schutz der Ortslage vor Schlamm

Zwei weitere Rückhaltemaßnahmen der Orts-gemeinde im Rahmen des Naheprogramms wurden bodenordnerisch unterstützt und zwischenzeitlich umgesetzt. Die Rückhaltungmulde, die Sie hier sehen, fügt sich sehr gut ins Orts- und Landschaftsbild ein. Auch hier gingen jeweils Hochwasserereignisse in den vergangenen Jahren der Planung voraus.

Ein großer Erfolg stellt auch die durchgängige Ausweisung von rund 6 ha Gewässerrandstreifen am Ellerbach samt Nebenarm dar. An letzterem stehen noch in diesem Jahr Renaturierungsmaßnahmen an.



Abb. 7: Rückhaltungmulden im Naheprogramm



Abb. 8: Gewässerrandstreifen im Naheprogramm

Die Erschließung der Gartenlage ist Garant für die Erhaltung gewachsener Dorfstrukturen. Es wird interessant sein zu verfolgen, wie die neuen Fußwege und die rückwärtige Erschließung der alten Gehöfte zur positiven Entwicklung des Dorfes und Steigerung des Wohnwertes beitragen werden.

Äußerst Erfolg versprechend verlief gerade die Informationsveranstaltung zur Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“. Im Vorfeld wurde die Wiederherstellung des historischen Streuobstgürtels angeregt, was die riesige Resonanz erklärt.



Abb. 9: Erschließung der Gartenlage



Abb. 10: Entwicklungschance für alte Gehöfte

Natürlich wurden auch alle agrarstrukturellen und landespflegerischen Belange und vieles mehr in dem „Flurbereinungsverfahren aus einem Guss“ berücksichtigt. Die Summe aller Maßnahmen und die Neuvermessung sind Garanten für eine bessere Dorfentwicklung.



Abb. 12: Freizeit und Erholung



Abb. 11: Ortsregulierung durch Neuvermessung (PUDIG)

Man kann sagen, dass die Chancen, welche eine Bodenordnung bietet, in Winterbach sehr gut genutzt wurden. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die Ortslage in das Verfahren einbezogen wurde.

Wie Sie sehen, werden die neu hergestellten Wegeverbindungen nicht nur von den Landwirten, sondern auch schon von den Erholung suchenden Menschen im Soonwald gerne angenommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

## 50 Jahre Flurbereinigungsgesetz aus Sicht der Spruchstelle für Flurbereinigung im Lande Hessen\*)

Fritjof Hans Mevert, Wiesbaden

Das Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) konnte am 1. Januar 2004 die Lebensdauer eines halben Jahrhunderts feiern, womit es nahe lag, in relativer zeitlicher Nähe zu diesem Jubiläum als Fachvortragsthema für die heutige Veranstaltung des DVW Hessen ausgewählt zu werden. Zum Einstieg in die Materie und mit Referenz auf unserem heutigen Tagungsort Frankenberg möchte ich ganz zu Beginn Folgendes erwähnen:

Seit dem 1. Januar 2005 ist Frankenberg flurbereinigungsrechtlich dem Amt für Bodenmanagement Korbach zuzuordnen. Als ehemals kurhessisches Gebiet gehört Frankenberg zum so genannten Anerbengebiet.

Lediglich in Röddenau wurde die Realteilung praktiziert, wobei der diesbezügliche Grund für diesen Ausnahmetatbestand wohl eher unbekannt sein dürfte. Flurbereinigungen im klassischen Sinne jedenfalls wurden im Bereich Frankenberg im letzten Jahrhundert in keinem nennenswerten Umfang durchgeführt.

Ich referiere heute sehr gerne über ein Bundesgesetz aus der Sicht eines besonderen und bei der oberen Flurbereinigungsbehörde in der Landeshauptstadt Wiesbaden eingerichteten Widerspruchsausschusses. Dieser übrigens wurde viele, viele Jahre von meinem unmittelbaren Amtsvorgänger, Herrn Leitenden Regierungsdirektor a.D. Ernst Volland, zuletzt von Kassel aus geleitet. Ich freue mich wirklich sehr, dass auch Sie, lieber Herr Volland, heute den Weg von Ahnatal nach Frankenberg gefunden haben!

Seit gut zwei Jahren bekleide ich nunmehr das Amt des Vorsitzenden der Spruchstelle für Flurbereinigung im Lande Hessen. Eine Besonderheit, auf die ich später noch an anderer Stelle zurückkommen werde, sei bereits dergestalt hervorgehoben, als gemäß den Intentionen beider Gesetzgeber - Bund und Land - der Spruchkörper namens „Spruchstelle für Flurbereinigung“ im Rahmen seines verwaltungsbehördlichen Handelns und im Zuge seiner verwaltungsbehördlichen Entscheidungen verwaltungsunabhängig fungiert.

### Das Flurbereinigungsgesetz und das Hessische Ausführungsgesetz

Zur Entstehungsgeschichte des Flurbereinigungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (FlurbG) könnte heute der von mir sehr geschätzte Universitätsprofessor Erich Weiß aus Bonn sozusagen aus dem Stand heraus glänzend referieren; hier kann ich auf seine fast 650 Seiten starke Publikation aus dem Jahre 2000 verweisen. Erich Weiß erinnert beispielsweise daran, dass die ländliche Bodenordnung in Deutschland insbesondere seit der Mitte des 18. Jahrhunderts von vielgestaltigen dynamischen Prozessen geprägt werde. Diese seien geschichtlich allgemein unter den Bezeichnungen Bauernbefreiung, Verkoppelung, Markenteilung, Gemeinheitsteilung, Separation, Konsolidation, Zusammenlegung, Umlegung, Feldbereinigung oder Flurbereinigung bekannt.

Mitentscheidend für das notwendige historische Verständnis dieses Bundesgesetzes „FlurbG“ ist, dass es eben nicht nur „einfach so“ als ein formelles Gesetz gewissermaßen im Schnelldurchlauf seinerzeit die demokratischen Hürden nahm. Der Doktor honoris causa Georg-August Zinn jedenfalls hat schon am 7. Oktober 1948 Stellung bezogen zur Frage, ob die landwirtschaftliche Umlegung eine Enteignung sei. Auch dies kann nachgelesen werden bei Erich Weiß. Er beginnt seine „Quellen zur Entstehungsgeschichte des Flurbereinigungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland“ mit einem Protokoll der 8. Sitzung des Grundsatzausschusses des parlamentarischen Rates aus dem Monat Oktober 1948. Ein Entwurf des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für ein Gesetz über die Flurbereinigung vom 1. Januar 1949 hält fast schon „präambelartig“ folgendes fest: Um die Voraussetzung für eine wirksame Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch planmäßige Flurbereinigung zu schaffen und die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes zu verbessern hat der Wirtschaftsrat das folgende Gesetz beschlossen ... - und damit wurden also bereits vor der offiziellen Gründung der Bundes-

\*) Vortrag anlässlich der Fachtagung des DVW Hessen am 19.04.2005 in Frankenberg



republik Deutschland die ersten Fundamente für unser heute 50 Jahre altes Flurbereinigungsgesetz wirkungsvoll projektiert.

Aber auch die Hessische Landesregierung hatte rechtzeitig reagiert. Ein Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz wurde dergestalt im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen verkündet, als es rückwirkend zum 1. Januar 1954 in Kraft treten konnte. In anhängigen Umlegungsverfahren, auf die nach § 156 Satz 1 des ursprünglichen Flurbereinigungsgesetzes das (neue) Flurbereinigungsgesetz gerade nicht anzuwenden war, sollten für das Spruchverfahren im Lande Hessen die bisherigen Vorschriften gelten; jedoch hatte anstelle der oberen Spruchstellen für Umlegungen nunmehr die Spruchstelle für Flurbereinigung zu entscheiden. Die zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz erforderlichen Verwaltungsvorschriften erließ im Weiteren, also nach dem Verkünden des Hessischen Ausführungsgesetzes, der in Wiesbaden ansässige Minister für Landwirtschaft und Forsten.

Unser aktuelles Hessisches Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz (vom 1. April 1977) ist bekanntermaßen aufgrund des 2. Gesetzes zur Verwaltungsstrukturreform Ende des letzten Jahres geändert worden. Wichtig ist nunmehr die klare Aussage in § 15 Abs. 2 Satz 1, dass das Hessische Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG) die obere Flurbereinigungsbehörde ist. Immer wieder auch verweise ich gegenüber Gerichten und Berufskollegen auf folgende Information: Über Widersprüche gegen die Ergebnisse der Wertermittlung oder den Flurbereinigungsplan (und damit wirklich nur über solche Widersprüche!) entscheidet die bei der oberen Flurbereinigungsbehörde eingerichtete Spruchstelle für Flurbereinigung.

### Rechtsvorschriften zur Spruchstelle

Eigentlich lassen sich nur wenige Vorschriften finden, die sich konkret mit dem Spruchkörper namens Spruchstelle für Flurbereinigung auseinandersetzen. Wir entnehmen jedenfalls dem Ausführungsgesetz, wie die Spruchstelle personell zu besetzen ist. Wir wissen auch, dass die Beisitzer der Spruchstelle für Flurbereinigung vor allem besondere Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft haben müssen. Es gibt insoweit für die berufsständische Beteiligung ein Berufsstandsmitwirkungsgesetz vom 15. Juli 1997; danach hat der Landesagrarausschuss,

eingerichtet beim Hessischen Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, bei allen landwirtschaftlichen Förderungsaufgaben auf Landes- und Regierungsbezirksebene mitzuwirken, wobei sich seine Mitwirkung insbesondere auch auf den Bereich der Aufstellung von Vorschlagslisten für ehrenamtliche Richterinnen und Richter für die in Landwirtschaftssachen tätigen Gerichte bezieht. Im Einklang mit allen diesen Berufsstandsmitwirkungsvorschriften (bei diesem Wortungetüm denke ich auch oft und gerne an das „Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz“....) ist der eigene Bestand der Spruchstelle für Flurbereinigung an ehrenamtlichen Beisitzern zu erhalten respektive auszubauen. Zurzeit jedenfalls verfügt die Spruchstelle für Flurbereinigung über neun solcher Beisitzer; ein Winzer, landwirtschaftliche Sachverständige und auch ein Landtagsabgeordneter zählen beispielsweise hierzu. Ich möchte ausdrücklich erwähnen, dass es über die vielen Jahre zu einer guten Verhandlungs- und Entscheidungspraxis dergestalt gekommen ist, als grundsätzlich Beisitzer für eine Verhandlung der Spruchstelle für Flurbereinigung dann nicht geladen werden, wenn sich das streitige Flurbereinigungsverfahren in ihrem eigenen „Wohn-Regierungsbezirk“ abspielt.

§ 141 FlurbG definiert nun die grundsätzliche Möglichkeit der Installation eines besonderen Widerspruchsausschusses. Auch wird dezidiert die schon eingangs erwähnte verwaltungsbehördliche Unabhängigkeit (in Anlehnung an die grundgesetzlich garantierte richterliche Unabhängigkeit) festgeschrieben.

Gerade Ende letzter Woche bin ich mit meinen übrigen Spruchstellenkollegen aus den anderen Bundesländern im Landeshaus in Wiesbaden zusammengekommen. Die Stadtstaaten praktizieren üblicherweise keine „Umlegung im ländlichen Raume“, so dass sich der Teilnehmerkreis auf die Flächenländer beschränkte. Aktuelle Fragen des Flurbereinigungsrechts und benachbarter Disziplinen werden in jenem Kreise alle zwei Jahre intensiv im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltung erörtert. Im Freistaat Bayern gibt es übrigens insgesamt sieben Spruchstellen für Flurbereinigung, sie heißen dort Spruchausschüsse. Dies hängt damit zusammen, dass bei jeder einzelnen Direktion für Ländliche Entwicklung ein solcher besonderer Widerspruchsausschuss eingerichtet ist.

### Das Flurbereinigungsgericht in Hessen

Besonders interessant ist für mich auch die regelmäßige Prozessvertretung für das Land Hessen vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof, dem



Flurbereinigungsgericht (FlurbGer) Kassel. Hier ist zu beachten, dass nicht die Spruchstelle für Flurbereinigung in ihrer kompletten Besetzung an mündlichen Verhandlungen des Flurbereinigungsgerichts teilnimmt; lediglich der Vorsitzende der Spruchstelle für Flurbereinigung hat die Entscheidung seines Spruchkörpers gewissermaßen vor Gericht zu verteidigen. Dies geschieht regelmäßig und selbstverständlich in jeweils enger Abstimmung mit dem zuständigen Amt für Bodenmanagement respektive mit der zuständigen Flurbereinigungsbehörde.

Letzten Endes entscheidet das Flurbereinigungsgericht über alle Streitigkeiten, die durch ein Flurbereinigungsverfahren hervorgerufen werden und vor Eintritt der Unanfechtbarkeit der Schlussfeststellung anhängig geworden sind, soweit hierfür der Verwaltungsrechtsweg gegeben ist. Das Flurbereinigungsgesetz verweist auch auf die Verwaltungsgerichtsordnung; hieraus ergibt sich dann diejenige Besonderheit, als - ich sage bewusst oft: leider - kein Anwaltszwang (entgegen den üblichen Gepflogenheiten beim so genannten Hof) besteht. Auch bei Gericht finden wir Beisitzer.

Hier jedoch heißen sie landwirtschaftliche ehrenamtliche Richter. Auch sie müssen Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes sein. Ausnahmsweise können auch solche Landwirte berufen werden, die ihren Betrieb bereits an den Hofnachfolger übergeben haben oder aus irgendwelchen Gründen nicht mehr selbständig landwirtschaftlich tätig sind. Darüber hinaus müssen sie besondere Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft haben, um durch ihre Mitwirkung an der fachmännischen Besetzung des Gerichts beitragen zu können.

Die Fachbeisitzer sind ebenfalls ehrenamtliche Richter im Sinne des FlurbG. Sie haben eine besondere Qualifikation aufzuweisen, da sie in der Regel dem höheren Vermessungsdienst angehören (aber bereits im Ruhestand sind). Es können aber durchaus auch Juristen oder Landwirte sein, und sie treten praktisch an die Stelle des dritten Berufsrichters. Wegen der dem Flurbereinigungsgericht eingeräumten erweiterten Prüfungskompetenz kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu. Die Mitarbeit geht allgemein über dasjenige hinaus, was von den ehrenamtlich tätigen anderen Beisitzern verlangt werden kann. Die Fachbeisitzer dürfen ihre Tätigkeit wie zum Beispiel in Bayern hauptamtlich ausüben, zumal sie somit keinen Weisungen der Exekutive unterworfen und von jeglicher Verwaltungstätigkeit freigestellt sind. Dagegen dürfen aktive Beamte der Landeskultur- bzw. Flurneuordnungsverwaltung nicht als

ehrenamtliche Richter am Flurbereinigungsgericht desselben Bundeslandes mitwirken. Von der durch Artikel 20 Grundgesetz geforderten Trennung zwischen vollziehender Gewalt und Rechtsprechung könnte dann nicht mehr gesprochen werden. Unter Umständen nämlich müsste der Fachbeisitzer gegen seine eigene Verwaltung Recht sprechen, und dies ist schlicht aus eben diesen nachvollziehbaren Gründen nicht gewollt.

Ich freue ich mich, dass Sie, Herr Volland, ab dem 1. Mai 2005, wie Sie mir jüngst mitgeteilt haben, als einer von dann insgesamt vier Fachbeisitzern beim Flurbereinigungsgericht in Kassel mitwirken werden. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer diesbezüglichen Ernennung durch das Hessische Ministerium der Justiz!

Mein unmittelbarer Amtsvorgänger (eben habe ich ihn besonders erwähnt) hat der Spruchstelle für Flurbereinigung zweimal vorgesessen: von 1976 bis 1978 und von Mitte bzw. Ende der 80er Jahre bis Ende Februar 2003. Wie Sie sehen, kann durchaus von einer gewissen Amtskontinuität gesprochen werden. Dieses Phänomen - ist es überhaupt eines? - kann ebenfalls in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz konstatiert werden, wo mein Amtskollege, Herr MR Erich Marx, seit dem Jahre 2001 auch erst der fünfte Spruchstellenvorsitzende (seit 1954) ist.

## Verfahrensbesonderheiten

Bevor ich gleich einzelne Gerichtsentscheidungen zum Flurbereinigungsrecht aus Sicht der Spruchstelle für Flurbereinigung darstelle, möchte ich zum notwendigen Gesamtverständnis doch noch einige Verfahrensbesonderheiten hervorheben.

Die Spruchstelle ist an Anträge der Beteiligten nicht gebunden (Stichwort auch: Vergleich mit dem verwaltungsgerichtlichen Prozedere); der altherkömmliche Grundsatz „audiatur et altera pars“ (d.h. „auch die andere Seite muss gehört werden“) gilt in besonderem Maße. Vor allem ist es gute Praxis, regelmäßig unmittelbar vor Ort die Widerspruchsverhandlungen durchzuführen, um damit gerade nicht nur am berühmten grünen Tisch zu richten. Beachten Sie bitte auch, dass nach herrschender Auffassung in Rechtsprechung und Lehre der Spruchstelle für Flurbereinigung gegenüber den Flurbereinigungsbehörden keine Weisungsbefugnis zusteht. Dies jedoch ist aber deswegen nicht gerade als überaus praxisrelevant einzustufen, als die obere Flurbereinigungsbehörde respektive die Spruchstelle für Flurbereinigung abhelfende planändernde Widerspruchsentscheidungen nicht

durch einen sonst üblichen Widerspruchsbescheid, sondern in der Form eines Nachtrags zum Flurbereinigungsplan trifft. § 141 Abs. 1 letzter Satz FlurbG nämlich erklärt auch § 59 FlurbG (zu Planauszug und Anhörungstermin) für anwendbar. Die Spruchstelle für Flurbereinigung darf also auch einen belastenden Eingriff zunächst durch Plannachtrag vornehmen. Erst wenn dieser durch Widerspruch angegriffen wird, muss die Spruchstelle gegebenenfalls einen Widerspruchsbescheid erlassen. Die Spruchstelle spart damit bei denjenigen betroffenen Dritten, die ihren Nachtrag hinnehmen, einen aufwändigen Widerspruchsbescheid.

Ergeht konsequenterweise sodann ein Widerspruchsbescheid und es veranlasst die Widerspruchsbehörde dessen Vollzug mit einem Nachtrag durch die Flurbereinigungsbehörde, hat letzterer lediglich deklaratorische Wirkung.

Eine weitere Besonderheit ist, dass die Rechtstellung des Beteiligten im Widerspruchsverfahren verbösert werden kann, obwohl er selbst durch seinen Widerspruch hierfür die Ursache gesetzt hat. Insoweit wird das staatliche Interesse an der Herstellung eines gesetzmäßigen Zustandes höher bewertet. Die Veräußerung des Grundstücks hat für den Beteiligten den Verlust des Rechts zur Führung eines Rechtsmittels zur Folge. Maßgeblich für den Zeitpunkt der Beendigung seiner Rechtsmittelbefugnis ist die Grundbucheintragung.

Wird im Widerspruchsverfahren oder vorher die Abfindung mit Willen des Beteiligten geändert, entfällt das Rechtsschutzbedürfnis für das Rechtsbehelfsverfahren. Eine Ausnahme besteht nach Auffassung des Flurbereinigungsgerichts Kassel dann, wenn die von der Behörde getätigte Zusage nicht eingehalten worden ist. Der widerspruchsführende Beteiligte hat keinen Anspruch gegen die Behörde auf Entscheidung des Rechtsbehelfes, sonst wäre die Regelung des § 142 Absatz 2 FlurbG obsolet.

Bleibt die Behörde untätig, gilt eben ausweislich § 142 Abs. 2 FlurbG im Umkehrschluss folgendes: Der Beteiligte ist dann ohne das sonst übliche und auch klassische Vorverfahren zur Klageerhebung befugt.

Eine Ausbauklage (einen derartigen Fall hatte das Flurbereinigungsgericht Kassel letzten Herbst in Mossautal-Güttersbach zu Gunsten unserer Verwaltung entschieden) stellt regelmäßig keine Anfechtungsklage, sondern eine Leistungsklage dar; hier muss gerade kein Widerspruchsverfahren vorgeschaltet werden.

Ein erhobener Widerspruch kann bis zu einer Entscheidung über ihn jederzeit mit ex tunc-Wirkung (d.h. von Anfang an) zurückgenommen werden. Die Rücknahme ist wie eine Klagerücknahme als Prozesshandlung zu werten. Sie ist unbedingt abzugeben und grundsätzlich nicht wegen Irrtums oder sonstiger Willensmängel anfechtbar. Die Rücknahme eines Widerspruchs führt jedoch nicht zum Verlust der erneuten Rechtsbehelfsmöglichkeit, wenn eine spätere Planänderung noch zusätzliche Eingriffe in die Abfindung bringt.

Eine vertragliche Vereinbarung über die Beendigung des Widerspruchsverfahrens ist ein außergerichtlicher Vergleich. Im Gegensatz zur Rücknahme ist sie wegen etwaiger Willensmängel anfechtbar. Sie hat die Rechtsnatur eines öffentlich-rechtlichen Vertrages. Sie kann unter Bezugnahme auf § 147 Abs. 1 BGB nur sofort abgeschlossen werden, bei Bedarf mit Widerrufsvorbehalt. Es kann gemäß § 148 BGB auch eine Annahmefrist gesetzt und damit ein so genannter Widerrufsvergleich geschlossen werden. Regelmäßig wird bei jeder einzelnen Widerspruchsverhandlung vor der Spruchstelle für Flurbereinigung Protokoll geführt; jeder Widerspruchsführer erhält unmittelbar nach Beendigung der Widerspruchsverhandlung ein frisch ausgedrucktes Verhandlungsprotokoll. Sollte abschließend der Erlass eines Widerspruchsbescheides unumgänglich sein, dann ist § 147 Abs. 4 des Flurbereinigungsgesetzes zu beachten. Die Auslagen der Widerspruchsbehörde sind in einem Pauschsatz zu erfassen, der in die Kostengrundentscheidung aufzunehmen ist. Diese muss erheblich unter der des gerichtlichen Verfahrens liegen. Bei Rücknahme des Widerspruchs kann die Behörde von der Erhebung ihrer baren Auslagen absehen. Bei vergleichsweiser Erledigung muss der Vergleich selbst eine Kostenregelung enthalten.

## Aus der Rechtsprechung

Ich möchte Sie jetzt vertraut machen mit einigen aus meiner Sicht überaus wichtigen Gerichtsentscheidungen zur Flurbereinigung. Ich möchte dabei aber weniger die vom parlamentarischen Gesetzgeber gesetzte Fortentwicklung des FlurbG (auch diese hat es zweifelsohne zum Beispiel in den Jahren 1976 und 1994 gegeben, als das FlurbG moderner wurde), beleuchten. Sie alle kennen hoffentlich diese Rechtsprechungssammlung, kurz „RzF“ genannt. Die CD-ROM, die ich Ihnen hiermit kurz zeigen möchte, wird von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft namens ARGE Landentwicklung gewissermaßen gehegt und gepflegt. So ist jedes Bundesland dazu aufgerufen, jedes Jahr die - ich sage einmal: besten - Entscheidungen für

eben diese Rechtsprechungssammlung adäquat aufzuarbeiten. Im Übrigen hat sich diese Rechtsprechungssammlung auch in der einschlägigen Verwaltungsgerichtsbarkeit mehr als bewährt.

**1954** stellt das Bundesverwaltungsgericht (**BVerwG**) in einer ersten grundlegenden Entscheidung fest, dass die *Flurbereinigung grundsätzlich keine Enteignung* im Sinne von Artikel 14 des Grundgesetzes ist. Sie sei nach dem Sinn der vom Grundgesetz vorgenommen Wertung dadurch gekennzeichnet, dass sie einem dem Betroffenen gegenüber selbständigen fremden Interesse diene, sei es eines bestimmten Unternehmers oder der Allgemeinheit als solcher. Die Flurbereinigung stelle zwar mit ihrer auf die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und der allgemeinen Landeskultur gerichteten Zielsetzung auch Interessen der Allgemeinheit in Rücksicht, doch seien diese denen der Betroffenen nicht entgegengesetzt, ihnen gegenüber nicht fremd; vielmehr lägen diese Ziele in gleicher Weise auch im Interesse der Betroffenen, denen durch die Umlegung unter Zuteilung gleichwertiger Grundflächen eine wirtschaftlichere Betriebsführung ermöglicht werden solle. Dies werde auch dadurch nicht geändert, dass in der Flurbereinigung im Allgemeinen bei der Abfindung gewisse Landabzüge vorgenommen würden; denn diese Abzüge seien grundsätzlich nur zur Bereitstellung von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen möglich, die zugleich den Interessen der Betroffenen dienen. Diese Abzüge also blieben im Rahmen der die Umlegung kennzeichnenden Interessenrichtung. Die Verschiedenartigkeit der Interessenlage bei der Enteignung und bei der Umlegung lasse somit eine Übertragung der für die Enteignung geltenden grundgesetzlichen Vorschriften auf die Umlegung nicht zu. Die Flurbereinigung gefährde das Eigentum der Betroffenen nicht; sie diene vielmehr - wenn auch nicht ausschließlich - ihren Interessen.

Sie trage auch wegen dieser ihrer Zielsetzung ihre Schranken in sich selbst.

Ich betone an dieser Stelle aber auch ausdrücklich, dass ich soeben ausschließlich die klassische *Integralflurbereinigung* gemäß § 1 des Flurbereinigungsgesetzes beschrieben habe.

Viele Jahre später sollte sich das Bundesverfassungsgericht (**BVerfG**) im Zuge der so genannten **Boxberg-Entscheidung** auch mit den *Unternehmensflurbereinigungsverfahren* auseinandersetzen. Eine *Enteignung* zugunsten eines privatrechtlich organisierten Unternehmens sei nicht schon deswegen unzulässig, weil sich der Nutzen für das allgemeine Wohl nicht aus dem

Unternehmensgegenstand selbst ergebe, sondern nur mittelbare Folge der Unternehmenstätigkeit sei. Erforderlich sei nach Artikel 14 Absatz 3 Satz 2 Grundgesetz ein Gesetz, das den nur mittelbar verwirklichten Enteignungszweck deutlich umschreibe, die grundlegenden Enteignungsvoraussetzungen und das Verfahren zu ihrer Ermittlung festlege sowie Vorkehrungen zur Sicherung des verfolgten Gemeinwohlzieles regele.

#### 1955

Nur ein Jahr später konstatiert wiederum das **BVerwG**, dass die vorgenannten Erwägungen auch dann gelten sollen, wenn in zulässigem Umfang *geldliche Abfindungen und Ausgleich* gewährt werden. Diese seien Teile des einheitlichen Umlegungsverfahrens und könnten aus ihm nicht etwa als selbständige Enteignungen herausgelöst werden. Sie sehen also, dass das BVerwG frühzeitig (und vor allem deutlich!) klare Grundsätze zu Enteignungsfragen herausgearbeitet hat.

#### 1960

§ 4 FlurbG eröffnet *nicht* den Weg einer *Popularklage*. Das Vorbringen, etwa 100 andere Verfahrensbeeteiligte, für die gesprochen werde, lehnten die Flurbereinigung ab, müsse außer Betracht bleiben. Es komme auf ein wohlverstandenes, auf sachlichen Erwägungen beruhendes Interesse an. Dabei sei auch nicht darauf abzustellen, ob die Mehrzahl der Teilnehmer in dem Flurbereinigungsgebiet dieses Interesse habe. Entscheidend sei vielmehr - wenn eine Vielzahl von Grundstückseigentümern beispielsweise einen Anordnungsbeschluss anfechte - die Größe der von ihnen vertretenen Fläche. Dass das Kosteninteresse eines einzelnen Beteiligten bei der Durchführung der Flurbereinigung zu berücksichtigen sei, sollte klar sein. Es könne aber nicht den Ausschlag geben, ein sonst zulässiges Verfahren nicht durchzuführen.

Zunächst ist hierzu festzustellen, dass die Flurbereinigung in erheblichem Umfang mit öffentlichen Mitteln durchgeführt wird; der dem Einzelnen nach allgemeiner Erfahrung durch die Flurbereinigung zufließende Vorteil geht somit weitgehend zu Lasten der Allgemeinheit. Nach der Rechtsprechung des BVerwG sei der allgemeine Vorteil, der durch die Flurbereinigung für alle Beteiligten eintrete, bei der Berechnung des Abfindungsanspruchs grundsätzlich nicht zu berücksichtigen, weil er als Gegenleistung für die Kosten anzusehen sei. Es kann hiernach einem Beteiligten, der durch die Flurbereinigung keinerlei Vorteile erlangt, unter Umständen ein Anspruch auf Freistellung von den Kosten erwachsen. Hierüber aber ist im Verlauf eines jeden Flurbereinigungsverfahrens zu entscheiden.

**1965**

Das **FlurbGer München** lässt uns wissen, dass *Humusabschiebungen* bei Planierungsarbeiten die Gleichwertigkeit der Abfindung dann nicht berühren, wenn die durch die Planierungsmaßnahme eingetretene Bewirtschaftungserleichterung die Schäden übertrifft.

Das **FlurbGer Mannheim** führt aus: Die im Allgemeininteresse liegende Aufgabe einer Gemeinde, *Bauland* zur Verfügung zu stellen, rechtfertigt im Rahmen der Flurbereinigung keinen Anspruch auf Zuteilung von Gelände, das zur Erfüllung dieser Aufgabe besonders geeignet wäre.

Das **BVerwG** hebt hervor, dass es sich von selbst verstehe, dass eine *Abfindung nicht zur Existenzvernichtung* eines Teilnehmers führen dürfe.

Immerhin sei doch jeder Teilnehmer wertgleich abzufinden, wobei nicht nur von den ermittelten Schätzwerten auszugehen sei, sondern auch neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen sei. In ständiger Rechtsprechung, die sich in Übereinstimmung mit der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts befindet, hat das BVerwG bereits geklärt, dass dem Gleichheitsgrundsatz in Flurbereinigungsverfahren Genüge getan ist, wenn die in § 44 FlurbG gebotene und wertgleiche Abfindung Verwirklichung gefunden hat, und dass kein Teilnehmer nur mit der Beschwerde gehört werden kann, ein anderer Teilnehmer habe bei der Abfindung besser abgeschnitten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden hier wirklich über mittlerweile klassisch gewordene Selbstverständlichkeiten!

Die Lage eines Grundstücks in der engeren *Schutzzone* einer gemeindlichen *Quellfassung* bedeutet grundsätzlich keine nennenswerte Wertminderung für ein landwirtschaftlich genutztes Grundstück (so das **FlurbGer München**).

Nach § 44 Abs. 2 FlurbG sind nur diejenigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, die das Grundstück selbst kennzeichnen, unmittelbar und dauernd auf das Grundstück einwirken und sein Wesen objektiv bestimmen. Zu diesen Umständen, so das **FlurbGer Kassel**, gehöre nicht eine besonders günstige Verkaufsmöglichkeit. Diese sei als *Spekulationswert nicht zu berücksichtigen*.

**1970**

Eine interessante Entscheidung nun zur *Bauland-eigenschaft* eines Grundstücks; hier spreche ich auch Fragen der Wertermittlung an.

Die Tatsache, dass ein Grundstück außerhalb der Bebauungsgrenze oder außerhalb eines durch einen Bauleitplan ausgewiesenen Gebietes liegt, besagt nach Auffassung des **FlurbGer Kassel** allerdings noch keineswegs, dass es in absehbarer Zeit nicht Bauland werden kann und daher nicht bereits heute einen entsprechenden Verkehrswert hat, wenn andere Umstände die Bejahung eines erhöhten Verkehrswertes notwendig erscheinen lassen. Die Planung sei zwar ein wesentliches Indiz, für sich allein aber noch nicht entscheidend. Auch Grundstücke außerhalb einer Baugebietsgrenze können daher in absehbarer Zeit Bauland werden und schon jetzt einen entsprechenden Verkehrswert haben. Es empfiehlt sich, so das FlurbGer Kassel weiter, auch die Entwicklungstendenzen über Jahre hinaus zu verfolgen. Als Bauerwartungsland muss daher solches Land angesehen werden, das in absehbarer Zeit Verwendung zur Bebauung finden wird.

**1975**

Auch die ordentliche Gerichtsbarkeit - wie das Oberlandesgericht (**OLG**) **Oldenburg** - meldet sich regelmäßig zu Wort. So wird vor gut 20 Jahren seitens des norddeutschen Spruchkörpers festgehalten, dass ein Grundstückseigentümer ein im Flurbereinigungsgebiet liegendes *Grundstück veräußern oder belasten* kann. Ein Erwerb könne sowohl durch Rechtsgeschäft als auch auf andere Weise, zum Beispiel durch Zwangsversteigerung, erfolgen. Über die alten (eingeworfenen) Grundstücke könne allerdings nur verfügt und folglich auch nur die Zwangsversteigerung betrieben werden, solange der in der endgültigen oder vorzeitigen Ausführungsanordnung bestimmte Zeitpunkt, von dem an der neue Rechtszustand wirksam werde, noch nicht eingetreten sei. Nach Erlass sowohl der endgültigen als auch der vorzeitigen Ausführungsanordnung könne ein Teilnehmer des Flurbereinigungsverfahrens aber bereits außerhalb des Grundbuches über seinen neuen Grundbesitz verfügen, obwohl dieser im Grundbuch noch nicht eingetragen sei. Die Verfügung über die noch nicht eingetragenen Grundstücke habe die Besonderheit, dass nicht der noch eingetragene Grundbesitz, sondern die Abfindung betroffen werde. Der eingetragene Eigentümer sei kraft des Surrogationsprinzips als eingetragener Eigentümer des Abfindungslandes im Sinne des § 39 Grundbuchordnung (GBO) anzusehen. Also: die im Grundbuch eingetragenen Grundstücke repräsentieren die im Flurbereinigungsplan ausgewiesenen Grundstücke so lange, bis die Berichtigung des Grundbuches stattgefunden hat.

**1980**

Unser höchstes deutsches Gericht, das in Karlsruhe ansässige Bundesverfassungsgericht (**BVerfG**), führt im Jahre **1980** u.a. folgendes aus:

Es begegnet grundsätzlich keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, dass der Gesetzgeber in § 65 FlurbG die Möglichkeit vorgesehen hat, die Beteiligten eines Flurbereinigungsverfahrens unter näher bezeichneten Voraussetzungen bereits vor der Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplans in den *Besitz neuer Grundstücke vorläufig einzuweisen*. Einer Flurbereinigungsbehörde ist es auch von Verfassung wegen nicht grundsätzlich verwehrt, die *sofortige Vollziehung* der vorläufigen Besitzeinweisung anzuordnen.

Die Gründe, die eine vorläufige Besitzeinweisung als geboten erscheinen lassen, können mit denen, die die Anordnung der sofortigen Vollziehung rechtfertigen, teilweise übereinstimmen.

**1985**

Das **FlurbGer München** weist im Jahre **1985** - völlig zu Recht - auf den Unterschied einer *Unternehmensflurbereinigung* zur so genannten *Regelflurbereinigung* hin. Auch ein Verfahren, das aus besonderem Anlass im Sinne des § 87 Abs. 1 FlurbG eingeleitet und durchgeführt wird, ist ein Flurbereinigungsverfahren, auf das grundsätzlich alle Vorschriften der Regelflurbereinigung Anwendung finden, soweit ihre Anwendung nicht durch die Sondervorschriften der §§ 87 ff. FlurbG eingeschränkt oder gänzlich verdrängt wird. Die Planungsgrundsätze des § 44 FlurbG (ich erinnere nochmals an den Grundsatz der wertgleichen Abfindung in Land) sind dabei nur mit der Einschränkung anwendbar, dass für nicht - mehr - behebbare, unternehmensbedingte Wertminderungen Geldentschädigungen und Leistungen zu erbringen sind. Andererseits geben jedoch die Planungsgrundsätze des § 44 FlurbG den Prüfungsrahmen dafür ab, ob noch Wertminderungen im vorbeschriebenen Sinne verblieben sind. Diese Auffassung schöpft aus der Erkenntnis, dass eine Abfindung, die dem § 44 FlurbG entspricht, die also insbesondere wertgleich ist, in vollem Umfang das Eigentumsrecht nach Artikel 14 Abs. 1 Grundgesetz wahrt mit der Folge, dass in solchen Fällen trotz Unternehmensflurbereinigung von einer Enteignung nicht gesprochen werden kann. In diesem Zusammenhang ist es mir gegenüber vielen Widerspruchsführern auch immer wieder ein besonderes Bedürfnis, darauf hinzuweisen, dass gerade in den vorgenannten Unternehmensflurbereinigungen die Flurbereinigungsbehörde sowohl de iure als auch de facto als schlichte Vollzugsbehörde tätig wird. Die grundsätzliche Zulässigkeit einer Enteignung nämlich

wird in derartigen Fällen durch das einschlägige Fachplanungsrecht (z.B. durch das Bundesfernstraßengesetz) geregelt.

**1995**

Dadurch, dass einem *Pächter* künftige Abfindungsflurstücke anstelle der bisherigen Einlagegrundstücke zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, wird nach Auffassung des **FlurbGer München** unmittelbar in die Besitz- und Nutzungsrechte des Pächters eingegriffen. Anders als etwa bei der Anordnung einer Flurbereinigung nach § 4 FlurbG könne ein Pächter als *Nebenbeteiligter* im Sinne des § 10 Nr. 2 Buchstabe d) FlurbG daher behaupten, durch eine Anordnung nach § 65 FlurbG, also durch eine vorläufige Besitzeinweisung, in seinen eigenen Rechten verletzt zu sein.

**2000**

Der nach Verzicht des an einem Flurbereinigungsverfahren beteiligten Grundstückseigentümers auf Landabfindung zugunsten eines Dritten vorläufig eingewiesene Besitzer unterliegt noch nicht der *Grunderwerbssteuerpflicht*. Erst der Eintritt des neuen Rechtszustands infolge der *Ausführung des Flurbereinigungsplans*, so der **Bundesfinanzhof (BFH)** in München weiter, bewirke in diesem Falle die Grunderwerbssteuerpflicht.

Sie sehen also, auch der BFH hat sich bereits dezidiert mit Fragen des Flurbereinigungsrechts auseinandersetzen dürfen.

**2002**

Das **BVerwG** hat vor drei Jahren in einer hochinteressanten Entscheidung nochmals den Gedanken der *Nachhaltigkeit einer Flurbereinigung* gewissermaßen hochgehalten. Dieser Nachhaltigkeitsgedanke gelte auch für das *Wegenetz*. Dieses sei im Zuge der Flurbereinigung als „Gerippe“ für die darauf bezogene Bodenordnung geschaffen worden. Hieraus folgt, dass eine kommunale Änderungssatzung nach § 58 Abs. 4 Satz 2 FlurbG voraussetzt, dass die Interessenlage, die für die als Satzung bindenden Festsetzungen des Flurbereinigungsplans maßgeblich waren, nicht unverändert fortbesteht. Bei einem Wegenetz kann eine Änderung der Interessenlage daraus resultieren, dass Straßen und Wege die ihnen ursprünglich zuge dachte Verkehrsbedeutung nicht erlangen oder nachträglich verlieren, so dass eine Einziehung in Betracht kommt.

**2004**

Unser **FlurbGer Kassel** führt Ende **2004** sehr deutlich aus, dass durch *Hinzupachtung oder Tausch* eine einheitliche Bewirtschaftung bestimmter landwirtschaftlich genutzter Flächen nur für eine



gewisse Dauer erreicht werden kann. Durch schuldrechtliche Vereinbarungen sei eine dauerhaft rechtlich gesicherte Bodenordnung nicht gewährleistet. Denn es sei nicht auszuschließen, dass Eigentümer ihre Pachtflächen kündigen und dadurch rationelle Wirtschaftseinheiten aufgelöst werden.

## 2005

Der *Besitzentzug* zugunsten eines Zweckverbandes für die Errichtung von *Wasserversorgungsanlagen* oder Anlagen zum *Hochwasserschutz* gehört zu den im Rahmen des § 36 FlurbG, wir sprechen hier über eine Vorläufige Anordnung, zulässigen Regelungen. Auch hieran wird deutlich, wie modern letzten Endes die Judikatur geworden ist. Ich bin mir sehr sicher, dass beispielsweise eine solche Entscheidung - wie eben diese aus dem Jahre **2005** - auch die fürchterlichen Ereignisse rund um die Hochwasserkatastrophen aus dem Jahre 2002 zumindest mit am Rande aufgreift.

## Fazit

Ich nähere mich dem Ende meines heutigen Vortrages. Es bleibt abzuwarten, welche Wege das Flurbereinigungsgesetz in den nächsten Jahren noch nehmen wird.

Ich halte fest: Im Lande Hessen wurde 1954 - parallel zum Entstehen des (Bundes)Flurbereinigungsgesetzes - zur verwaltungsinternen Entscheidung von Bewertungs- und Abfindungsstreitigkeiten in Flurbereinigungsverfahren die Spruchstelle für Flurbereinigung im Hessischen Ausführungsgesetz zum FlurbG gesetzlich verankert. Sie hat seit dem als weisungsfreie, kollegial besetzte Rechtsbehelfsinstanz (mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern) im Organisationsgefüge der Flurneueordnungsverwaltung ihren festen Platz.

Stand insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren die - bloße - Verbesserung der Agrarstruktur im Mittelpunkt des verwaltungsbehördlichen Handelns, so ist die Spruchstelle für Flurbereinigung aber auch und gerade in Zeiten flurbereinigungsrechtlicher Reformen (z.B. Neuausrichtung von vereinfachten Flurbereinigungsverfahren; Umwelt- und Naturschutzrecht; Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie; modernes „Bodenmanagement“; Integrierte Ländliche Entwicklung et cetera) der ihr zugeordneten Rolle als Mittlerin zwischen Bürger und Verwaltung voll gerecht geworden, wie deutlich an der verhältnismäßig großen Anzahl der auf gütlichem Wege erledigten Widerspruchsverfahren abgelesen werden kann. So trägt die Mitwirkung der ehrenamtlichen Beisitzer bei der Entscheidung über Widersprüche gegen die Ergebnisse der Wertermittlung und

den Flurbereinigungsplan - als ein klassisches Bündel rechtsgestaltender Verwaltungsakte bzw. Allgemeinverfügungen - maßgeblich zu der hohen Befriedigungswirkung der Spruchstelle für Flurbereinigung bei. Die Beisitzer unterstützen den Verwaltungsjuristen im Zuge der Entscheidungsfindung dergestalt, als sie - mit gleichberechtigter Stimme (!) - ihre persönlichen Erfahrungen und ihren Sachverstand einbringen.

Damit erhöhen sie die Akzeptanz der Spruchstellenentscheidungen und stärken das Vertrauen der Flurbereinigungsteilnehmer.

Alles in allem liegt in der bewährten und bei der oberen Flurbereinigungsbehörde angesiedelten **Spruchstelle** aus rechtspolitischer Sicht ein begrüßenswerter **Beitrag zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat**.

Das **Flurbereinigungsgesetz** und gleichermaßen die **Spruchstelle** für Flurbereinigung sind **heute noch so aktuell wie vor 50 Jahren!**

Ich wünsche der heutigen Fachtagung noch einen erfolgreichen Verlauf, und ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre Aufmerksamkeit.

# Entwicklung des ländlichen Raumes<sup>\*)</sup>

Stefan Post, Koblenz

## 1. Allgemeines

Mit dem nachfolgenden Beitrag werden zwei Grundideen zur Entwicklung des ländlichen Raumes kurz vorgestellt.

Dieser Beitrag ist ein gekürzter Auszug aus der Häuslichen Prüfungsarbeit „Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung“ (2005) und beschränkt sich in der Darstellung im Wesentlichen auf die nebenbei untersuchten Bereiche „Initiative Regionen aktiv“ und „Programm LEADER +“.

Auf die Umsetzung von Großraum-AEP's und zum neuen Förderinstrument für den ländlichen Raum „Integrierte ländliche Entwicklung (vor allem ILEK und Regionalmanagement)“, die in der Häuslichen Prüfungsarbeit als Schwerpunkt untersucht wurden, kann in diesem gekürzten Auszug nicht näher eingegangen werden.

## 2. Gegenüberstellung der Grundideen

Die Initiative Regionen Aktiv ist geprägt durch den Aspekt des Verbraucherschutzes, der seine Wurzeln im BMVEL hat.

Die Besonderheit von Leader + ist die Erfordernis des Pilotcharakters.

Beide Initiativen unterscheiden sich von der AEP und dem ILEK dadurch, dass nicht nur die Konzepte selbst Fördergegenstand sind, sondern auch daraus hervorgehende Projekte, nachdem sich das Konzept im Wettbewerb durchgesetzt hat.

Diesen Vorteil haben ILEK oder AEP - Regionen nur in Bezug auf die Bodenordnung, andere Projekte müssen gesondert finanziert werden.

Von den Aspekten des ILEK sollen hier im Zusammenhang mit dem Vorgenannten nur die Kernaussagen „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Entwicklungen anstoßen, die von Dauer sind“ aus den Leitlinien ILE in Rheinland-Pfalz genannt werden, die im Wesentlichen aussagen, dass ein ILEK lediglich ein Impuls zum Start einer erfolgreichen Regionalentwicklung sein kann.

Konzept	Grundidee
Großraum – AEP Rheinland-Pfalz	Integrierte Ländliche Entwicklungsplanung mit Schwerpunkt Landwirtschaft, welche unter Einbindung der lokalen Akteure Strategien für die Zukunft der Region erarbeitet.
Initiative Regionen Aktiv	Wettbewerb des BMVEL, mit dem Ziel, neue Wege in der Landwirtschaft aufzuzeigen, und die Anforderungen der Bevölkerung an die Landwirtschaft stärker zu berücksichtigen.
Programm Leader +	Programm der EG zur Unterstützung neuartiger integrierter Strategien zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.
ILEK	Sektorübergreifendes Konzept, welches von Externen und den lokalen Akteuren auf der Grundlage der Potentiale der Region zur Definition von tragfähigen Leitprojekten erstellt wird.

Abb 1: Gegenüberstellung der Grundideen der Konzepte

## 3. Das ILEK im aktuellen Fördergrundsatz

Am 12.12.2003 beschloss der PLANAK den GAK-Rahmenplan für die Jahre 2004 bis 2007 und normierte damit die Grundsätze für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung. Als Vorplanung i.S.d. §1 Abs. 2 GAKG sind demnach nur noch Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) förderfähig.

Das ILEK soll der Einbindung der Land- und Forstwirtschaft in den Prozess zur Stärkung der regionalen Wirtschaft dienen.

<sup>\*)</sup> Auszug aus der Häuslichen Prüfungsarbeit (unveröffentlicht)

Dabei sollen auf Basis einer regionalen Stärken - Schwächen - Analyse

- ☐ die Entwicklungsziele der Region definiert werden,
- ☐ Handlungsfelder festgelegt werden,
- ☐ die Strategie zur Realisierung der Entwicklungsziele festgelegt werden, und
- ☐ prioritäre Entwicklungsprojekte beschrieben werden.

Regionen haben den Auftrag, speziell auf sie zugeschnittene Entwicklungsstrategien zu erarbeiten, wobei eine Region als ein Gebiet mit räumlichem und funktionalem Zusammenhang zu verstehen ist. Das Land Rheinland-Pfalz hat den Fördergrundsatz am 08.12. 2004 mit der Verwaltungsvorschrift „Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung“ in Landesrecht umgesetzt, und dabei die Vorschriften des Rahmenplanes, mit kleineren Ergänzungen übernommen. Der GAK - Rahmenplan schreibt weiterhin das Bottom-up Prinzip vor, nämlich die Einbindung der Bevölkerung und der relevanten Akteure in den Erarbeitungsprozess. Der Mindestinhalt eines ILEK beschränkt sich auf:

- ☐ eine Kurzbeschreibung der Region,
- ☐ die Analyse der regionalen Stärken und Schwächen,
- ☐ die Auflistung der Entwicklungsziele und geeigneter Prüfindikatoren,
- ☐ die Darlegung der Entwicklungsstrategie, der Handlungsfelder und der Leitprojekte,
- ☐ die Festlegung von Kriterien zur Auswahl der Förderprojekte und
- ☐ Kriterien für die Bewertung der Zielerreichung.

Weiterhin ist die Abstimmung mit bereits vorhandenen Planungen vorgeschrieben.

#### 4. Die Grundidee der AEP im Vergleich mit der Grundidee des ILEK

Der Begriff „Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung“ (AEP) wurde am 29.10.1996 in die Verwaltungsvorschrift VV Vorplanung für ländliche Bodenordnungsmaßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz übernommen. Damit wurde der Begriff „Agrarstrukturelle Vorplanung“ (AVP) abgelöst.

Es wurde unterschieden zwischen einer projektgebundenen AEP und einer nicht projektgebundenen AEP. Letztere sollen im Folgenden kurz betrachtet werden. Der rein landwirtschaftliche Zweck der AVP wurde u. a. durch die Aufgaben ergänzt,

- ☐ Konfliktbereiche, Entwicklungsmöglichkeiten und Entscheidungsbedarf in der Agrarstruktur und in den ländlichen Räume aufzuzeigen,
- ☐ Leitbilder für die Region zu erstellen, sowie
- ☐ Vorschläge für Handlungskonzepte um Maßnahmen zu unterbreiten

#### 4.1 Vergleich mit dem Zweck des ILEK

Die Aspekte der integrierten ländlichen Entwicklung tauchen zwar in der VV schon auf, treten jedoch hinter die Belange der Agrarstrukturverbesserung zurück. Die Formulierungen im Zusammenhang mit der ganzheitlichen regionalen Entwicklung sind beim ILEK deutlich schärfer als bei der AEP. Im Zusammenhang mit dem ILEK werden Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur aufgezeigt, sondern (Entwicklungsziele) definiert, anstatt der Unterbreitung von Vorschlägen für Handlungskonzepte und Maßnahmen werden Strategien festgeschrieben und Projekte beschrieben.

ILEK und AEP besitzen den Charakter einer informellen Planung. Beide Konzepte haben keine Rechtsverbindlichkeit. Der Zweck der AEP bezieht sich in erster Linie auf die Verbesserung der Agrarstruktur. Die Anforderungen, Leitbilder für die Region zu erstellen, sowie Konzepte zu entwickeln, die geeignet sind, Wirtschafts- Wohn- und Erholungsfunktionen ländlicher Räume, sowie deren ökologische Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern, deuten bereits auf die Idee der integrierten ländlichen Entwicklung hin.

#### 4.2 Vergleich mit den Inhaltsanforderungen eines ILEK

In den Inhaltsanforderungen des ILEK findet sich kein deutlicher landwirtschaftlicher Bezug mehr wieder. Eine Kurzbeschreibung der Region, die regionale Stärken-Schwächen-Analyse, eine Auflistung von Leitprojekten, sowie Kriterien für die Bewertung der Zielerreichung waren dagegen bei der AEP noch nicht vorgesehen. Im Zusammenhang mit AEPen ist die Mitwirkung der Öffentlichkeit lediglich erwähnt.

#### 4.3 Vergleich mit der Öffentlichkeitsbeteiligung beim ILEK

Das ILEK sieht die Einbeziehung der Bevölkerung und der relevanten Akteure bei der Erarbeitung des Konzeptes vor. Dieser Aspekt stellt einen bedeutenden Unterschied zur AEP dar. Es fehlen

- ☐ Eine Betrachtung der ganzheitlichen Weiterentwicklung der Region statt einem sektoralen landwirtschaftlichen Ansatz,
- ☐ die Einbindung der Bevölkerung und der Akteure in den Erarbeitungsprozess, und
- ☐ die Konkretisierung von Projekten.

### 5. Regionen Aktiv - Land gestaltet Zukunft

#### 5.1 Was ist „Regionen - Aktiv“

„Regionen Aktiv“ ist ein Pilotprojekt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft aus dem Jahre 2002. 18 Modellregionen waren aufgefordert, zu zeigen, welche Entwicklungen im ländlichen Raum möglich sind. Dabei stehen vor dem Hintergrund einer neu ausgerichteten Agrarpolitik der Verbraucherschutz und die Qualitätsoptimierung der Produkte, die nachhaltige Steigerung der regionalen Wirtschaft und der Schutz von Natur und Umwelt im Vordergrund. Das Pilotprojekt soll Hinweise in Bezug auf eine Mögliche Neuausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz geben.

#### 5.2 Der Wettbewerb

Nach einem Vorauswahlverfahren (Phase I) waren 33 Regionen aufgefordert, ein mit 5000 € gefördertes Regionales Entwicklungskonzept zu erstellen. In Phase II wurden 18 Regionen ausgewählt, ihre REK's umzusetzen.

#### 5.3 Die Umsetzung

In der dritten Phase geht es darum, die in den REK's geschaffenen Strukturen umzusetzen, wobei die 18 Regionen in den Jahren 2002 bis 2005 mit insgesamt 45 Mio € unterstützt werden. Gefördert werden hier vor allem die in den REK's vorgeschlagenen Projekte. Der Prozess wird von einer Regionalen Partnerschaft am Leben gehalten. Die Installierung eines Regionalmanagements wird den Regionen empfohlen.

#### 5.4 Integrierte regionale Entwicklungskonzepte (REK)

Die regionalen Entwicklungskonzepte sollen aus nachhaltigen innovativen Ansätzen eine Gesamtstrategie darstellen, welche die wesentlichen Inhalte der neuen Verbraucher- und Agrarpolitik berücksichtigt. Der Ausschreibungstext fordert dabei die Orientierung an folgenden Elementen:

##### 5.4.1 Verbraucherorientierung

- ☐ Berücksichtigung der Interessen der Verbraucher durch „gläserne Erzeugung“
- ☐ Verbesserung der Vermarktungswege
- ☐ Zielgruppenspezifische Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen

##### 5.4.2 Natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft

- ☐ Systeme qualifizierten Anbaus, Agrarumweltmaßnahmen, Vertragsnaturschutz
- ☐ Erzeugung von Lebensmitteln besonderer Qualität
- ☐ Ausweitung ökologisch bewirtschafteter Fläche
- ☐ Zielgruppenspezifische Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen

##### 5.4.3 Stärkung ländlicher Räume und Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen

- ☐ Ausbau von Wertschöpfungsketten
- ☐ Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen, die Land- und Forstwirtschaft mit Natur- und Umweltschutz sowie Landespflege verknüpfen
- ☐ Zielgruppenspezifische Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
- ☐ Verbesserung der Erwerbschancen in den ländlichen Räumen
- ☐ Erweitertes touristisches Angebot

##### 5.4.4 Weitere Vorschriften

- ☐ Erarbeitung durch die relevanten Akteure
- ☐ Analyse der Probleme und Potenziale der Region
- ☐ Zuschnitt des Konzeptes auf die besonderen regionalen Bedingungen

- ☐ Ausrichtung des Konzeptes auf die Landwirtschaft gleichermaßen, wie auf die Stärkung des ländlichen Raumes insgesamt
- ☐ (Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten auch im außerlandwirtschaftlichen Bereich)

## 5.5 Das ländliche Entwicklungskonzept der Region Bitburg - Prüm

### a. Kurzbeschreibung der Region

Die Kurzbeschreibung trifft Aussagen zu demographischen Daten, zur verkehrlichen Anbindung, zur Wirtschaft, zur Landwirtschaft, zum Landtourismus und zur regionalen Abgrenzung

### b. Regionalanalyse – Unsere Stärken und Schwächen

Auf acht DIN A4 - Seiten werden zu den folgenden Punkten tabellarisch Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken aufgelistet zu Raumstruktur, Natur und Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft, Landwirtschaftliche Regionalvermarktung, Verkehr, Bevölkerung, Migration, Arbeitsmarkt, Forst- und Holzwirtschaft, Handwerk, Ortscharakter / Bauweise und Bildung

### c. Regionalleitbild

Auf der Grundlage der Regionalanalyse wird unter Beteiligung aller wichtigen Verantwortungsträger eine Zukunfts-Vision der Landentwicklung erstellt. Diese setzt sich aus acht verschiedenen Zielrichtungen zusammen. Diese Zielrichtungen, versehen mit jeweils einem Beispielziel sind:

- ☐ Landwirtschaft und regionale Vermarktung (Wir streben einen hohen Marktanteil ökologischer Produkte und eine flächendeckende Umstellung auf gehobene Mindeststandards nachhaltiger Bewirtschaftung an).
- ☐ Wirtschaft im ländlichen Raum (Wir streben eine gezielte Förderung neuer innovativer Technologien und Dienstleistungen an; insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien wie Biomasse).
- ☐ Verbraucherorientierung (Wir streben eine Marke für Qualität und Herkunft Eifeler Produkte und Dienstleistungen auf der Basis einer dauerhaft umweltgerechten Ausrichtung an).
- ☐ Regenerative Energien und nachwachsende Rohstoffe (Wir streben eine Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Biogasanlagen mit

Industrie- und Handwerksbetrieben an, um den Wärme- und Stromverkauf auf kurzen Wegen zu fördern).

- ☐ Natur und Umwelt (Wir streben die Intensivierung der Durchführung Agrarstruktureller Entwicklungsplanung (AEP) auch mit ökologisch orientierten Büros an, um Konflikte zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und anderen Interessensgruppierungen konstruktiv abzubauen).
- ☐ Forstwirtschaft (Wir streben eine Vermarktung regionaler Holzprodukte unter der Marke für Qualität und Herkunft aus der Eifel an).
- ☐ Verkehr (Wir streben den Ausbau des Straßennetzes sowie verbesserte Anbindungen im Flugverkehr zur Erhöhung der Standortqualität an. Wir setzen uns besonders ein für die dauerhafte Sicherung der Bahnstrecke Trier-Bitburg-Köln sowie der InterRegio-Verbindung Saarbrücken/ Luxemburg-Trier-Koblenz - Köln).

### d. Regionalentwicklungsstrategie

Der Wettbewerb „Regionen - Aktiv“ hat die hohe Bedeutung der Kooperation zwischen Verbrauchern, Erzeugern Verarbeitern und dem Natur- und Umweltschutz deutlich gemacht. Es ist von Bedeutung, dass die Zusammenhänge zwischen Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung deutlich gemacht werden. Dem Verbraucher sollen die Produktqualität, die Regionalität, die Saisonalität und die Umweltorientierung bewusst werden. Wichtig ist zudem, dass sich aus den Leitbildern letztendlich konkrete Umsetzungsprojekte vor Ort ergeben. Die Strategie sieht eine strukturelle Einbindung der Regionalen Partnerschaft in den Naturpark Südeifel vor. Eine zentrale Marketingstrategie wird die Bündelung der Produkte unter einer Dachmarke Eifel sein. Die Realisierung der Projekte soll zunächst bei den beteiligten Partnern die Einkommens- und Beschäftigungssituation verbessern, längerfristig aber auch bei Veredlern und Zulieferern.

### e. Handlungsfelder - Was soll gefördert werden?

Die Handlungsfelder bauen auf dem Regionalleitbild und der Entwicklungsstrategie auf. Vorrangig sollen, vor allem wegen der raschen Umsetzungsorientierung, die schon bestehenden Stärken der Region effektiv ausgebaut werden. Die Bereiche Landwirtschaft und Wirtschaft im ländlichen Raum, Vermarktung und Vertrieb regionaler Qualitätsprodukte, Verbraucherorientierung und Landtourismus sind die vier Handlungsfelder, sie entsprechen den Zielen des Wettbewerbes.



## f. Pilotprojekte

Aus dem Leitbild und den Handlungsfeldern werden erste Projektideen herausgearbeitet und Pilotprojekte auf den Weg gebracht. Zudem werden bewährte Ansätze und Projekte konsequent weitergeführt. Nachfolgend sollen die Pilotprojekte der Region Bitburg - Prüm genannt werden:

- ☐ Definition und Entwicklung einer Marke „Eifel - Land“
- ☐ Gründung einer Vermarktungs- und Vertriebs GmbH „EifelMarkt“ unter Nutzung vorhandener Infrastruktur
- ☐ Durchführung einer Bewusstseinskampagnen „EifelNähe“ - Nahversorgung ist Lebensqualität
- ☐ Produktkoordination und Vernetzung bestehender Landtourismus - Dienstleistungen als „Eifel - Landtourismus“

Jedes der Leitprojekte deckt mindestens zwei Handlungsfelder ab, daraus wird deutlich, dass gerade durch die Vernetzung der Sektoren eine flächenhafte Wirkung angestrebt wird.

Die Pilotprojekte werden beschrieben, Projektträger und Projektpartner werden genannt, die Kosten werden abgeschätzt. Folgende Kriterien zur Auswahl der zu fördernden bzw. zu unterstützenden Projekte werden vorläufig angelegt:

- ☐ Den übertragbaren Ansatz auf die gesamte Eifel und ähnlich strukturierte Regionen
- ☐ Die Innovationskraft
- ☐ Die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projektes bzw. die Kreditwürdigkeit der Träger
- ☐ Den messbaren Umwelt-Entlastungseffekt durch Indikatoren
- ☐ Die Übereinstimmung mit dem Regional-Leitbild
- ☐ Den erwarteten Nutzen für die Region oder ihre Bewohner

## g. Wirkungsabschätzung

Hier wird auf die ökologischen Auswirkungen ökonomischer Aktivitäten eingegangen. Es wird festgestellt, dass das Vorgehen in den einzelnen Handlungsfeldern einschließlich der Pilotprojekte durch eine kontinuierliche Wirkungsabschätzung (Projektcontrolling) begleitet werden muss.

Für jeden Wirkungsbereich werden geeignete Indikatoren vorgeschlagen, vor allem Betriebs- und Erwerbsstruktur, Arbeitsplatzangebot, Naturhaushalt und Wirkung auf die Eifeler Kulturlandschaft

## h. Regionale Partnerschaft

Die regionale Partnerschaft ist eine Struktur, in der alle betroffenen Akteure langfristig in den Entwicklungsprozess eingebunden werden. Auf der Grundlage der Erfahrungen der Lokalen Aktionsgruppe Vulkaneifel (Programm Leader +) sind das in folgenden Bereichen die Akteure Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe / Industrie/ Handel, Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, Verbraucherschutz, Bildungsträger, Forschung, Öffentlich-rechtliche Körperschaft. Die Partnerschaft hat im Wesentlichen die Aufgaben, über Projekte zu entscheiden, die Partner zu vernetzen und einen Beitrag für die Weiterentwicklung der Eifeler Kulturlandschaft zu liefern. Sie wird in die Organisationsstruktur des Naturparks Südeifel aufgenommen und besteht zu über 50 % aus Vertretern nicht öffentlicher Institutionen. Die regionale Partnerschaft gibt sich eine Geschäftsordnung, in der Stimmrecht, Verfahrensabwicklung, Entscheidungsfindung und Kompetenzen klar geregelt sind (vgl. Abb.2).

## 6. Die Gemeinschaftsinitiative Leader+

### 6.1 Der Ansatz von Leader +

Leader + ist eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des Programms Leader II, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1257 / 1999 über die Förderung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefond (EAGFL) im Bereich Ausrichtung verankert wurde.

Durch Leader + soll einer begrenzten Anzahl von Gebieten die Möglichkeit eröffnet werden, Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter zu erarbeiten. Grundlage bildet ein Gebietsbezogenes Integriertes Konzept. Zentrales Dokument der Initiative Leader+ ist die Leitlinie der Europäischen Kommission. Darin werden nach Erläuterung des Kontextes die Ziele der Initiative beschrieben und in drei Punkten zusammengefasst:

- A. Valorisierung des Natur- und Kulturerbes
- B. Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen
- C. Verbesserung der organisatorischen Fähigkeiten der jeweiligen Gemeinschaft.

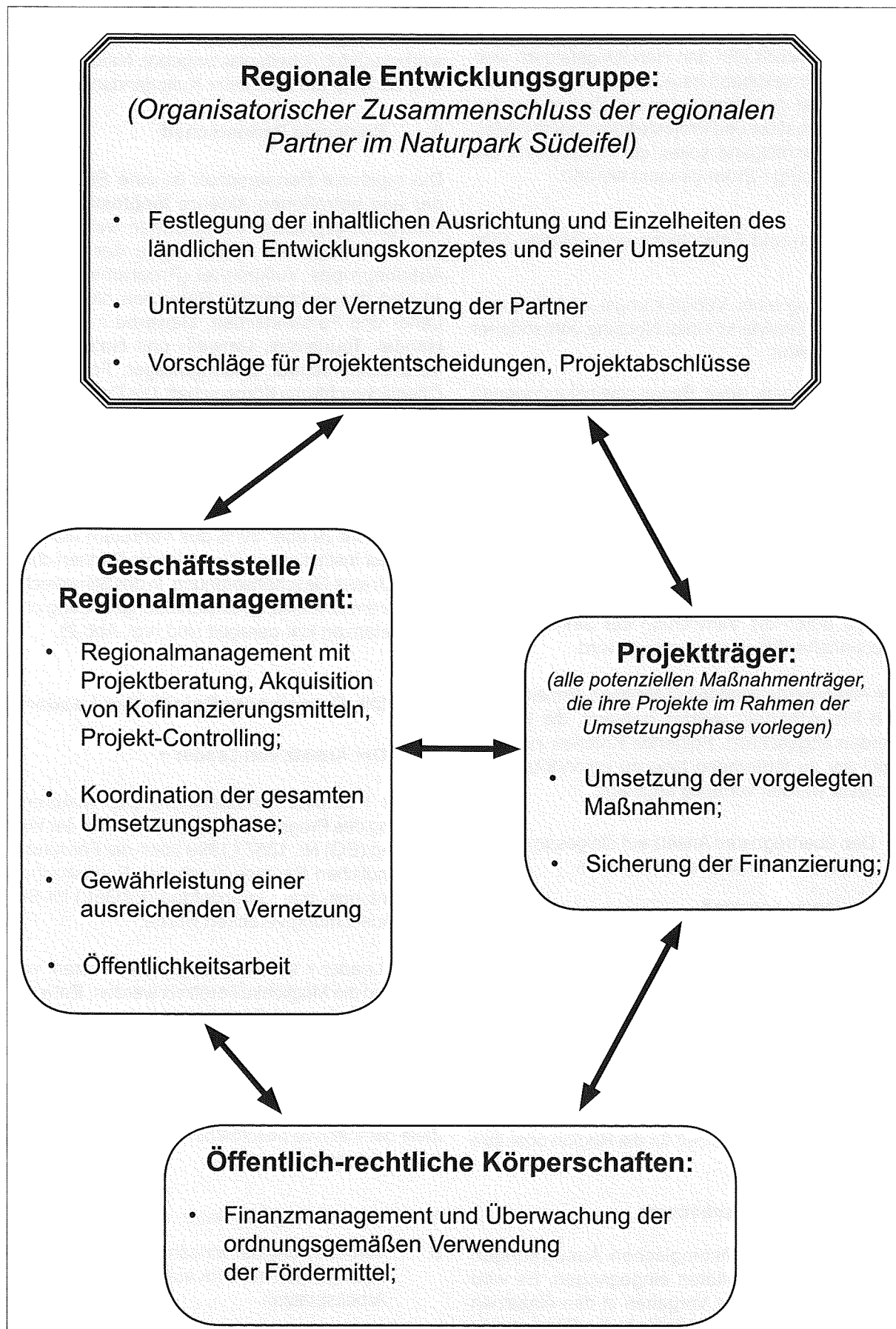


Abb. 2: Organisationsdiagramm der regionalen Partnerschaft

Des Weiteren werden der geographische Geltungsbereich dargestellt und die Lokalen Aktionsgruppen (LAG) mit folgenden Anforderungen als die Begünstigten festgelegt:

## 6.2 Anforderungen an die LAG (nicht abschließend)

- ☐ Ausgewogene und repräsentative Gruppierung von Partnern
- ☐ Mindestens 50 % der Partner von Stellen außerhalb der Verwaltung
- ☐ Mitglieder müssen im Gebiet ansässig sein

Außerdem werden drei Titel formuliert, wobei Titel 1 die Anforderungen an ein von den LAG's zu erstellendes Entwicklungskonzept (Gebietsbezogene integrierte Entwicklungsstrategie mit Pilotcharakter) enthält.

## 6.3 Die GIEP nach den Leitlinien

In den Leitlinien ist vorgesehen, dass die Mitgliedsstaaten (auf Deutschland bezogen: die Bundesländer) Kriterien festlegen, nach denen Gebiete ausgewählt werden, die in den Genuss der Leader + Förderung kommen sollen. Nachfolgend werden die Grundanforderungen an die dafür einzureichenden GIEP's beschrieben:

### 6.3.1 Anforderungen an die Zielgebiete

Die Gebiete sollen ländlich geprägt und in sich kohärent sein und geographisch, wirtschaftlich und sozial eine homogene Gesamtheit bilden. Die Einwohnerzahl des Gebietes sollte zwischen 10.000 und 100.000 liegen, die Bevölkerungsdichte sollte 100 Einwohner / Quadratmeter nicht übersteigen.

### 6.3.2 Anforderungen an die Entwicklungsstrategie

#### a) Integriertheit

Die Strategie muss auf einer Interaktion aller Akteure, Sektoren und Projekte beruhen. Ungeachtet der regionalen Gegebenheiten muss sich jedes Konzept mit einem der folgenden Themen befassen:

- I. Einsatz neuen Know-how neuer Technologien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Erzeugnisse und Dienstleistungen der Gebiete

- II. Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum
- III. Aufwertung der lokalen Erzeugnisse, indem besonders Kleinbetrieben durch kollektive Maßnahmen der Marktzugang erleichtert wird.
- IV. Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potentials einschließlich der Steigerung des Werts von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die unter Natura 2000 ausgewählt wurden.

Umfasst ein Konzept mehr als ein Thema, muss dessen Kohärenz nachgewiesen werden. Zur Förderung der Chancengleichheit sollen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem für Frauen und Jugendliche angestrebt werden.

#### b) Gebietsbezogenheit

Die Entwicklungsstrategie muss nachweislich auf das betreffende Gebiet abgestimmt sein.

#### c) Pilotcharakter

Die Entwicklungsstrategie muss Pilotcharakter aufweisen, das heißt, es müssen neue, von den bisherigen Mainstream-Programmen abweichende Wege aufgezeigt werden.

#### d) Übertragbarkeit der Methoden

Mit der Übertragbarkeit der Methoden ist die tatsächliche Realisierungschance der erarbeiteten Projekte gemeint. Die Methoden sollen vom jeweiligen Projektträger transparent gemacht werden.

#### e) Ergänzung der Mainstream - Programme

Die Konzeption muss in die eventuell schon existierenden Strategien des Gebietes eingebunden werden

## 6.4 Die GIEP nach dem rheinland-pfälzischen Leader + Programm

Die rheinland-pfälzischen Anforderungen an die von den LAG's zu erstellenden GIEP's greifen die Forderungen der Leitlinien auf und ergänzen zum Beispiel um folgende Aussagen:

- ☐ Die LAG besteht mind. zu 50 % aus nicht öffentlichen Institutionen und besteht aus mind. 10 Partnern auf Entscheidungsebene.

- ☐ Zugelassen werden Regionen die laut LEP 3 den ländlichen Regionen zuzuordnen sind.
- ☐ Jedes GIEP sollte etwa 1,5 Mio. Euro Fördermittel verplanen.
- ☐ Die GIEP's müssen Handlungsfelder und Projekte definieren.

Des Weiteren werden kombinierend aus den Zielen und Themen der Leitlinien die Ziele und Ansätze des rheinland-pfälzischen Leader + Programms neu definiert.

Damit bedeutet die Konformität eines GIEP mit den Zielen und Ansätzen des rheinland-pfälzischen Leader + Programms gleichzeitig die Einhaltung der Zielvorgabe im Sinne der Leitlinien. Kern des Rheinland-Pfälzischen Leader + Programms ist das ca. 200 Seiten starke „Einheitliche Programmplanungsdocument“ (EPPD) mit etwa halb so umfangreichem Zusatzdokument, dass im Rahmen dieser Arbeit nicht vollständig untersucht wurde. Das Leader + Programm des Landes Rheinland-Pfalz schreibt eine einheitliche Gliederung für die GIEP's des Landes Rheinland-Pfalz vor.

## Bodenordnung im ländlichen Raum - welcher rechtliche und planerische Rahmen ist uns vorgegeben<sup>\*)</sup>

Ministerialrat Prof. Axel Lorig, MWVLW, Mainz

### 1. Ziele der Flurbereinigungsverfahren

#### 1.1 Zielsystem nach § 1 FlurbG

Die Ziele der Flurbereinigung sind in § 1 FlurbG mit folgendem Text vorgegeben:

„Zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen der Land- und Forstwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung kann ländlicher Grundbesitz durch Maßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz neu geordnet werden (Flurbereinigung)“.

Diese Hauptzielsetzungen können als ineinander liegende Kernbereiche beschrieben werden. Danach sind 3 Hauptzielsetzungen zu unterscheiden:

#### A. Landwirtschaft, Weinbau und Forsten fördern

- ☐ Erschließung
- ☐ Zusammenlegung
- ☐ Formverbesserung
- ☐ Entflechtung
- ☐ Bodenverbesserung
- ☐ ökologische Funktion der Landwirtschaft.

### B. Landespflege und Naturschutz fördern

- ☐ Naturschutz
- ☐ Gewässerrenaturierung
- ☐ Erosionsschutz
- ☐ Biotopverbund/Biotopschutz
- ☐ Vielfalt und Schönheit der Landschaft

### C. Infrastruktur unterstützen

- ☐ Straßen, Bahnen, Wasserstraßen
- ☐ Energieversorgung
- ☐ Wasserwirtschaft, Wasserrückhaltung
- ☐ Abwasserbeseitigung, Deponien
- ☐ Dorfstraßen, Fußwege, Ortsrandwege
- ☐ Dorfplätze, Gemeinschaftshäuser
- ☐ Sport- und Spielplätze
- ☐ Freizeitgelände und Seen.

<sup>\*)</sup> Rede des MR Prof. Axel Lorig, anlässlich 10. Rheinland-Pfälzer Sachverständigentagung der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz am 2. März 2006 in Bingen

Diese drei Hauptzielsetzungen dienen

- ❑ dem Sichern landwirtschaftlicher Arbeitsplätze. Gleichzeitig sind Betriebsmittel einzusparen und die Immissionen zu verringern.
- ❑ der Unterstützung des Naturschutzes. Weiterhin ist ein Biotopverbund herzustellen und die Schönheit und Vielfalt der Landschaft zu erhalten.
- ❑ der Unterstützung der Wohn-, der Wirtschafts-, Erschließungs- und Erholungsfunktion.

Diese 3 Ziele des § 1 Flurbereinigungsgesetz gelten als gleichrangig.

## 1.2 Flächenhafte Realisierung der raumordnerischen Ziele

Das Flurbereinigungsverfahren als flächenhaftes Bodeninstrument in einem ausschließlich vom Inhalt des Flurbereinigungsbeschlusses bestimmten Gebiet kann schon aus dieser Sicht zur flächenhaften Realisierung raumordnerischer Ziele beitragen. Hierzu ist der § 37 des Flurbereinigungsgesetzes maßgebend. Hier heißt es:

„Das Flurbereinigungsgebiet ist unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur neu zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung am meisten entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert. Die Feldmark ist neu einzuteilen und zersplitterter und unwirtschaftlich geformter Grundbesitz ist nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammen zu legen und nach Form und Lage zweckmäßig zu gestalten; Wege, Straßen, Gewässer und andere gemeinschaftliche Anlagen sind zu schaffen, Boden schützende sowie -verbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen sind vorzunehmen und alle sonstigen Maßnahmen zu treffen, durch welche die Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe verbessert werden, der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert wird. Maßnahmen der Dorferneuerung können durchgeführt werden; durch Bebauungspläne und ähnliche Planungen wird die Zuziehung der Ortslage zur Flurbereinigung nicht ausgeschlossen. Die rechtlichen Verhältnisse sind zu ordnen“.

Weiter gilt:

„Die Flurbereinigungsbehörde hat bei der Durchführung der Maßnahmen (nach Absatz 1) die öffentlichen Interessen zu wahren, vor allem den Erfordernissen der Raumordnung, der Landespla-

nung und einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Denkmalschutzes, der Erholung, der Wasserwirtschaft einschließlich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, der Fischerei, des Jagdwesens, der Energieversorgung, des öffentlichen Verkehrs, der landwirtschaftlichen Siedlung, der Kleinsiedlung, des Kleingartenwesens und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes sowie einer möglichen bergbaulichen Nutzung und der Erhaltung und Sicherung mineralischer Rohstoffvorkommen Rechnung zu tragen“.

Vergleicht man diesen gesetzlichen Katalog mit den Übersichten der Raumordnung so findet man eine weitgehende Deckung. Die Flurbereinigung kann damit auf der untersten Ebene als Vollzug der Raumordnung angesehen werden. Durch die modernen Ansätze der Integrierten Ländlichen Entwicklung und des Regionalmanagements wird dieser Ansatz noch deutlich verstärkt.

## 1.3 Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach § 86 FlurbG

Für Gebiete mit bestimmten ländlichen Gegebenheiten soll der verwaltungsrechtliche Ablauf eines Flurbereinigungsverfahrens vereinfacht und beschleunigt werden. Ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach § 86 FlurbG kann eingeleitet werden, um Maßnahmen der Landentwicklung, insbesondere Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung der Siedlung, der Dorferneuerung, städtebauliche Maßnahmen, Maßnahmen des Umweltschutzes, der naturnahen Entwicklung von Gewässern, des Naturschutzes und der Landschaftspflege oder der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes zu ermöglichen oder auszuführen. Dies ist eine beispielhafte Aufzählung, die noch wesentlich erweitert werden kann.

Ein Verfahren nach § 86 FlurbG kann auch eingeleitet werden, um Nachteile für die allgemeine Landeskultur zu beseitigen, wie durch Herstellung, Änderung oder Beseitigung von Infrastrukturanlagen oder durch ähnliche Maßnahmen entstehen oder entstanden sind.

Dieses „Unternehmensverfahren ohne Enteignungsvoraussetzungen“ dient zur Beseitigung bestimmter Nachteile für die allgemeine Landeskultur, die durch Anlegung, Änderung oder Beseitigung von Eisenbahnen, Straßenbahn, Wegen, Gewässern oder ähnliche Maßnahmen verursacht wurden. Das Verfahren ist nicht zulässig, wenn keine Nachteile entstehen oder entstanden sind.



Im Gegensatz zu dem anschließend erläuterten Verfahren nach § 87 FlurbG darf sich das vorgenannte Verfahren nicht mit der Bereitstellung von Flächen für die Anlagen selbst beschäftigen, sondern dient lediglich der Beseitigung der Schäden. Es besteht auch kein Wahlrecht zwischen einem Verfahren nach § 86 Abs. 1 Nr. 2 FlurbG und einem Verfahren nach § 87 FlurbG.

Ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren kann auch eingeleitet werden, um Landnutzungskonflikte aufzulösen. Dabei handelt es sich vor allem um Konflikte zwischen weiter genutzten landwirtschaftlichen Flächen und Flächen, die brachzufallen drohen oder aufgeforstet werden sollen. Es sind auch vielfältige andere Nutzungskonflikte vorstellbar. Es handelt sich um eine besonders vordringliche Aufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

Ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren kann auch eingeleitet werden, um eine erforderlich gewordene Neuordnung des Grundbesitzes in Weilern, Gemeinden kleineren Umfangs, Gebiet mit Einzelhöfen sowie bereits flurbereinigten Gemeinden durchzuführen. Auch diese Aufgabe wird in den kommenden Jahren erheblich zunehmen.

Das Verfahren läuft ähnlich wie ein Regelverfahren ab. Es gelten jedoch verschiedene Vereinfachungen.

Das Verfahren kann auch eingeleitet werden, wenn ein Träger bestimmter Maßnahmen die Flurbereinigung beantragt. Dieser Träger ist dann Nebenbeteiligter. Dem Träger des Unternehmens sollen die Ausführungskosten entsprechend der durch die Herstellung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen entstehenden Nachteilen auferlegt werden (Verursacherprinzip).

Ich fasse zusammen: Das Verfahren hat eine vereinfachte Durchführung, andere sachliche Voraussetzungen und ist von seiner Konzeption her ganz auf spezielle Aufgaben der Landentwicklung ausgerichtet. Es ist aber momentan das Standardverfahren der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz.

#### **1.4 Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren nach § 91 bis 103 FlurbG**

Eine Regelflurbereinigung und auch ein Verfahren nach § 86 FlurbG mit der Beseitigung möglichst aller Mängel und durchgreifende Neuordnung der ländlichen Ortschaften und ihrer Gemarkungen ist eine sehr umfangreiche, vielschichtige, schwierige und langwierige Aufgabe. Nicht nur die Planungen, Umweltverträglichkeitsprüfung und gegenseitigen

Abstimmungen, auch die ingenieurtechnischen Arbeiten, vor allem der Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen, und nicht zuletzt die Absteckung, Kartenherstellung und Katasterberichtigung erfordern insgesamt einen erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand.

Aus diesem Grund enthält das Gesetz für einfacher gelagerte Fälle eine besonders vereinfachte Form der Flurbereinigung: Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren.

Mit der beschleunigten Zusammenlegung werden die Flurverhältnisse unter wesentlicher Mitwirkung der Grundstückseigentümer den heutigen Erfordernissen der Bewirtschaftung angepasst. Für viele Landesteile ist dies die wichtige Aufgabe.

Was heißt das?

##### **Das Verfahren ist schnell:**

In weniger als 3 Jahren nach Anordnung der Verfahren werden fast immer die neuen Grundstücke bewirtschaftet.

##### **Das Verfahren ist hochwirksam:**

Zersplitterter Grundbesitz wird großzügig zusammengelegt. Ein größerer Landabzug ist meist nicht erforderlich.

##### **Das Verfahren ist kostengünstig:**

Durch Verzicht auf umfassende Ausbaumaßnahmen bleiben die Ausführungskosten sehr gering; sie sind auch nach oben hin beschränkt.

##### **Das Verfahren ist umweltschonend:**

Wege und Gewässer werden nur vereinzelt neu angelegt; gewachsene Strukturen bleiben durch eine natur- und landschaftsschonende Arbeit erhalten.

Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren trägt - wo immer es sinnvoll und rechtlich möglich ist - nachdrücklich zur Sicherung der Existenz landwirtschaftlicher Betriebe bei. Es kann auch zur Unterstützung wichtiger Vorhaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Antrag angewandt werden. Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren zielt in jedem Fall auf eine großzügige Zusammenlegung; im Verfahrensgebiet sollten keine Flächen beanspruchenden, überörtlichen Planungen vorgesehen sein. Es muss möglich sein, das vorhandene Wege- und Gewässernetz weitgehend zu übernehmen. Der Austausch ganzer Flurstücke sollte möglich sein, um den Vermessungsaufwand gering zu halten und die Unterlagen für die Berichtigung des Katasters und des Grundbuchs einfach zu halten.

Es muss die Möglichkeit bestehen, die Abfindungen weitgehend durch Vereinbarungen mit den Beteiligten zu bestimmen. In diesem Verfahren ist im Grundsatz kein Plan nach § 41 FlurbG vorgesehen. Einfachste Anlagen und Maßnahmen können in einem Anlagenplan festgelegt werden. Hier wird in der Regel eine Vereinbarung mit der Kreisverwaltung getroffen.

### 1.5 Bereitstellung von Land in großem Umfange für Unternehmen nach §§ 87 bis 90 FlurbG.

Dieses auch als „Unternehmensverfahren“ bezeichnete Bodenordnungsverfahren dient dem Ziel, einen erhöhten Landabzug aus besonderem Anlass bodenordnerisch umzusetzen, wohingegen in anderen Verfahrensarten nach dem FlurbG nur ein Landabzug in verhältnismäßig geringem Umfange zulässig ist. Grundlage ist die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes.

Da das Verfahren nach § 87 FlurbG auf die Bereitstellung von Land in großem Umfange für Unternehmen zielt, kommen wir hier in den Bereich Enteignung. Wie die Zusammenhänge zu sehen sind ergibt sich unmittelbar aus dem Gesetzestext des Flurbereinigungsgesetzes in § 87 Abs. 1 FlurbG:

„Ist aus besonderem Anlass eine Enteignung zulässig, durch die ländliche Grundstücke in großem Umfang in Anspruch genommen werden, so kann auf Antrag der Enteignungsbehörde ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet werden, wenn der den Betroffenen entstehende Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilt oder Nachteile für die allgemeine Landeskultur, die durch das Unternehmen entstehen, vermieden werden sollen“.

Voraussetzung für die Durchführung dieses Verfahrens ist also in jedem Fall die Zulässigkeit der Enteignung für eine Maßnahme, für welche Land in großem Umfange benötigt wird. Die Enteignungsgrundlage beruht immer auf dem der Maßnahme zugrunde liegenden Spezialgesetz.

Die Einleitung dieses Verfahrens setzt zwingend einen Antrag der Enteignungsbehörde voraus. Dieser Antrag stellt die Zulässigkeit der Enteignung und die Notwendigkeit der Verteilung des Landverlustes auf „breite Schultern“ sowie erkennbare, zu beseitigende landeskulturelle Mängel fest.

Die Behörde hat allerdings trotz des Antrages der Enteignungsbehörde durchaus noch einen Ermessungsspielraum, ob sie das Verfahren einleiten soll

oder nicht. Hinderungsgründe können z. B. darin liegen, dass bei der Qualität der in Anspruch genommenen Grundstücke eine Verteilung auf breite Schultern überhaupt nicht möglich ist.

In der Praxis ist die Landwirtschaftsverwaltung und auch die Landwirtschaftskammer bei diesem Verfahren immer sehr umfassend eingeschaltet. Mit ihrem Mitspracherecht nimmt die landwirtschaftliche Berufsvertretung indirekt Einfluss auf die Verfahrensabgrenzung.

Eine Höchstgrenze für die Landabzüge zu Gunsten des Unternehmens ist im Gesetz nicht festgelegt. In der Praxis beträgt der kalkulierte Abzug meist zwischen 2 und 10 %. Bei der Planausführung liegt der tatsächliche Abzug in Folge von Landaufkäufen und Landabtretungen meist niedriger als der bei der Einleitung kalkulierte Abzug.

Die für das Unternehmen benötigten Flächen sind von den Teilnehmern, auch wenn sie nicht unmittelbar durch die Enteignung betroffen werden, nach dem Verhältnis des Wertes ihrer alten Grundstücke zu dem Wert aller Grundstücke aufzubringen.

Es ist unzulässig, in Zonen unterschiedlicher Abzüge einzuteilen.

### 1.6 Freiwilliger Landtausch

Rechtsgrundlage für den freiwilligen Landtausch sind die im Jahre 1976 in das Flurbereinigungsgesetz neu eingefügten §§ 103 a ff. Der freiwillige Landtausch dient im Grundsatz den gleichen Zielen wie das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren:

- ☐ Beseitigung der Flurzersplitterung durch Zusammenlegung kleiner, verstreuter und unwirtschaftlicher Grundstücke
- ☐ Tausch aus Gründen des Naturschutzes und der Landespflege.

Das Verfahren ist nicht streng an einen gesetzlichen Ablauf gebunden und ist daher gegenüber den übrigen Bodenordnungsverfahren einfacher und schneller.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach dem freiwilligen Landtausch deutlich gestiegen; Rheinland-Pfalz ist hier bundesweit einer der Marktführer mit der größten Anzahl und der größten Fläche an Verfahren überhaupt.

## 1.7 Freiwilliger Nutzungstausch

Der freiwillige Nutzungstausch ist kein Verfahren des Flurbereinigungsgesetzes; er richtet sich nach dem bürgerlichen Gesetz und dem einschlägigen Pachtrecht. Er wird an dieser Stelle nicht erläutert. Auf Nachfrage werden hierzu einzelne Ausführungen gemacht.

## 2. Zusammenstellung der wesentlichen Verfahrensschritte eines Bodenordnungsverfahrens

Nachfolgend werden die wesentlichsten Verfahrensschritte eines Flurbereinigungsverfahrens vorgestellt; einige Abschnitte werden kurz erläutert.

### 1. Festlegung des Verfahrens im Flurbereinigungsprogramm des Landes

Grundlage kann ein Antrag oder eine Feststellung im Rahmen einer übergeordneten Vorplanung sein.

### 2. Vorplanung nach Verfahren nach dem Flurbereinigungs-gesetz

Im Flurbereinigungs-gesetz ist lediglich festgelegt, dass eine vorliegende Vorplanung Berücksichtigung finden muss. Ob eine derartige Vorplanung durchgeführt werden muss ist nicht bestimmt. In der Praxis werden vorbereitende Untersuchungen immer durchgeführt.

### 3. Einholung der Planungen anderer Dienststellen für das beabsichtigte Verfahrensgebiet

Es ist sehr wichtig, zu einem möglichst frühzeitigen Termin alle über das Verfahrensgebiet sich erstreckenden Planungen anderer Träger kennen zu lernen, damit ihre Umsetzung im Verfahren möglichst weitgehend gewährleistet werden kann.

### 4. Technische Vorarbeiten

Hierzu zählen z. B. das Herstellen von Luftbildkarten und anderen Planungsunterlagen; vielfach werden diese Unterlagen in qualifizierter Form von anderen Dienststellen bereitgestellt.

### 5. Anhörung der Behörden nach § 5 Abs. 2 FlurbG

Bei dieser Anhörung handelt es sich um eine qualifizierte Anfrage, bei der alle wesentliche Träger wie z. B. Gemeinde, Landkreis, die land- und forstwirtschaftliche Berufsvertretung sowie die berührten Planungsträger zu hören sind, mit der Aufforderung, ihre das Flurbereinigungsgebiet berührenden Planungen vorzulegen.

### 6. Aufklärung der voraussichtlich Beteiligten nach § 5 Abs. 1 FlurbG

Die Betroffenen, nämlich die voraussichtlich im Flurbereinigungsgebiet gelegenen Grundstückseigentümer (und Erbbauberechtigte) sind in geeigneter Weise, in der Regel in einer Teilnehmerversammlung, über das geplante Flurbereinigungsverfahren und die dabei entstehenden Kosten aufzuklären. Hierzu gehören allgemeine Ausführungen nicht, sondern man muss schon in einer Vorplanung die entsprechenden Mängel, die Lösungsmöglichkeiten und die entstehenden Kosten für das konkrete Verfahren überschlägig ermittelt haben.

### 7. Entwurf des Flurbereinigungsbeschlusses (§ 6 Abs. 1 FlurbG)

Die Anordnung eines Flurbereinigungsverfahrens erfolgt durch einen Beschluss, mit dem das Flurbereinigungsgebiet festgestellt und die Teilnehmergemeinschaft ins Leben gerufen wird. Name und Sitz der Teilnehmergemeinschaft sind im Beschluss zu bestimmen. Der Beschluss ist zu begründen. Das Gebiet ist so zu begrenzen, dass der Zweck der Flurbereinigung optimal zu erreichen ist. Dabei sind nicht nur Gesichtspunkte der Agrarstruktur, sondern auch alle übrigen Planungsträger mit einzubeziehen. Der Beschluss ist bekannt zu geben.

### 8. Wirkungen der Anordnung der Flurbereinigung

Um den Verfahrensablauf nicht unnötig zu stören, gelten einige Einschränkungen des Eigentums von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplans. Mit dem Flurbereinigungsbeschluss entsteht auch die Teilnehmergemeinschaft. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

9. Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft (§ 21 FlurbG)  
Die Teilnehmergeinschaft setzt sich aus den Eigentümern und den Erbbauberechtigten der im Flurbereinigungsgebiet gelegenen Grundstücke zusammen, welche Zwangsmitglieder dieser Teilnehmergeinschaft werden. Die Teilnehmergeinschaft ist rechtsfähig, d. h. sie kann Verträge schließen, Prozesse führen und Verwaltungsakte erlassen.
10. Aufstellen der Karten und Verzeichnis des alten Bestandes; Ermittlung der Beteiligten
11. Aufstellen der allgemeinen Grundsätze für die zweckmäßige Gestaltung des Flurbereinigungsgebietes (§ 38 FlurbG).
12. Aufstellen des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung (§ 41 FlurbG)
13. Erörterung des Plans für die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung mit den zuständigen Stellen (§ 41 Abs. 2 FlurbG)
14. Planfeststellung des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung mit Einbeziehung der Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG und der Verträglichkeitsprüfung (§ 41 Abs. 3 und andere Gesetzesgrundlagen)
15. Bewertung der Grundstücke, Einlageberechnung und Erstellung der Nachweise des alten Bestandes (§ 27 bis 32 FlurbG)
16. Bekanntgabe und Erläuterung der Ergebnisse der Wertermittlung (§ 32 FlurbG)
17. Überprüfung der Einwendungen, ggf. Abänderungen und Feststellung der Ergebnisse der Wertermittlung (§ 32 FlurbG)
18. Beginn des Vorwegausbaus der Wege und Gewässer (§ 36, 42 FlurbG)
19. Verfahrensgrenze (§ 56 FlurbG)
20. Ortsregulierung
21. Übertragen des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in die Örtlichkeit
22. Aufmessen der Verfahrensgrenze, der Ergebnisse der Wegeabsteckung und bestimmter Lage bestimmter Grundstücke in der Ortslage (§ 56 FlurbG)
23. Herstellung von Zuteilungskarten
24. Übernahme der Ergebnisse der Wertermittlung in die Zuteilungskarten
25. Wertberechnung der neuen Blöcke
26. Planwunschtermin (§ 57 FlurbG)  
Dies ist für den Teilnehmer der wichtigste Termin. Hier werden die konkreten Vorbereitungen für die Einzelabfindungen getroffen.
27. Berechnung des Wegebeitrages (§ 47 FlurbG)
28. Anspruchsberechnung der dem Einzelnen zustehenden Ansprüche (§ 47 FlurbG)
29. Planentwurf (§ 44 bis 45 FlurbG)
30. Bemessen und Gestalten der neuen Abfindungsgrundstücke  
(hierauf wird in Teil 3 eingegangen)
31. Breitenberechnung  
Berechnung der Eckkoordinaten der neuen Grundstücke
32. Planabsteckung - Abstecken bzw. Abmarken von neuen Grundstücken
33. Planaufmessung  
Aufmessen der neuen Flurstücke, soweit sie abgesteckt wurden
34. Zusammenfassung der Verfahrensergebnisse im Flurbereinigungsplan (§ 58, § 68 bis 77 FlurbG)  
Diese Urkunde fasst das gesamte Verfahren zusammen. Es enthält die Abfindungen, die Regelung der Rechtsverhältnisse, Gemeindegrenzänderungen, den Plantext und vieles

- andere mehr. Der Flurbereinigungsplan ist gleichzeitig die Grundlage für die Berichtigung der öffentlichen Bücher.
35. Nummerieren der neuen Grundstücke und Fertigung von Auszügen aus dem Flurbereinigungsplan für die einzelnen Teilnehmer.
  36. Plangenehmigung durch die obere Flurbereinigungsbehörde (§ 58 Abs. 3 FlurbG)
  37. Zustellen der Planauszüge an die Beteiligten (§ 59 FlurbG)
  38. Bekanntgabe des Flurbereinigungsplans in einem Anhörungstermin (§ 59 Abs. 1 FlurbG)
  39. Überleitungsbestimmung (§ 62 Abs. 3 und andere Rechtszusammenhänge)
  40. Widerspruchsaufnahme (§ 59 FlurbG)
  41. Abhilfe von Widersprüchen in Nachträgen zum Flurbereinigungsplan (§ 60 FlurbG)
  42. Vorläufige Besitzeinweisung (§ 65 FlurbG)
  43. Abgabe unbegründeter Widersprüche an die Spruchstelle für Flurbereinigung (§ 60 Abs. 2 FlurbG)
  44. Vorzeitige Ausführungsanordnung (§ 63 FlurbG)
  45. Aufstellen weiterer Nachträge (§ 64 FlurbG)
  46. Abschließender Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen (§ 39 und § 42 FlurbG)
  47. Übergabe der gemeinschaftlichen Anlagen in die Unterhaltung der hierfür Verpflichteten (§ 42 Abs. 2 FlurbG)
  48. Herstellen der Grundbuch- und Katasterberichtigungsunterlagen (§ 81 FlurbG)
  49. Anträge auf Berichtigung der öffentlichen Bücher (enthält auch Beschleunigungsvorgaben für vorzeitige Grundbuchberichtigung (§ 79, 80 FlurbG))
  50. Schlussabrechnung der Beiträge zu den Ausführungskosten (§ 104 bis 108 FlurbG)
  51. Schlussfeststellung, ggf. mit Bearbeitung von Widersprüchen (§ 149 FlurbG)
  52. Zustellung der unanfechtbaren Schlussfeststellung an den Vorstand der Teilnehmergeinschaft (§ 149 Abs. 2 FlurbG)
  53. Zustellen der Unterlagen an die Gemeinde/Kommunalaufsicht (§ 150 FlurbG)
  54. Auflösung der Teilnehmergeinschaft durch die Kommunalaufsichtsbehörde soweit nicht schon vorher erledigt wurde (§ 150, 151, 153 FlurbG)
- ### 3. Planerische Grundsätze
- #### 3.1 Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen
- Den gesetzlichen Auftrag für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes enthalten die §§ 37 bis 41 FlurbG). Daneben sind bei der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes vielfältige weitere Gesetze, z. B. in den Bereichen Bauleitplanung (Raumordnungsgesetz, Baugesetzbuch, Landesbauordnung u. a.), Wasser und Abfall, Forst, Landespflege und Naturschutz, Straßen und Wege, Weinbau usw. zu berücksichtigen.
- Die Bestimmungen des § 37 FlurbG erteilen den Flurbereinigungsbehörden den Auftrag zur Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes (Handlungsauftrag).
- Der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen enthält u. a. folgende Festsetzungen:
- ☐ Äußerer Verkehrsaufschluss (z. B. Straßen, Zufahrten)
  - ☐ Innerer Verkehrsaufschluss (z. B. Wirtschaftswege, Parkplätze)
  - ☐ Einteilungsplan (z. B. Fluraufbau, Gewannlänge, Gewannenrichtung)
  - ☐ Wasserwirtschaftlicher Plan (z. B. Renaturierung, Wasserrückhaltung)
  - ☐ Bodenschutz und -verbesserung (Erosionsschutz, Drainagen)
  - ☐ Infrastrukturverbesserungen (z. B. Energieanlagen, Abwasseranlagen)



- ☐ Freizeit und Erholung (z. B. Grillhütten, Wanderparkplatz)
- ☐ Dorferneuerung (z. B. Ortsausgänge, Dorfplätze)
- ☐ Landespflege (Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Biotopverbund)

In der Praxis in Rheinland-Pfalz wird die Planfeststellung nur noch selten angewandt.

Regel ist die Genehmigung des Flurbereinigungsplans, die ein einvernehmliches Handeln aller betroffenen Behörden und Stellen voraussetzt. Diese übereinstimmende Vorgehensweise hat sich in den vergangenen 10 Jahren sehr bewährt.

Daneben gibt es in besonders einfach gelagerten Fällen die Einzelgenehmigung durch die Kreisverwaltung und andere betroffene Stellen, soweit sie eine Zustimmung zu den geplanten Maßnahmen geben müssen.

### 3.2 Planungsgrundsätze für die Aufstellung des Flurbereinigungsplans (Zusammenleungsplan)

Im Flurbereinigungsplan fasst die Flurbereinigungsbehörde die Ergebnisse des Verfahrens zusammen. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Flurbereinigungsplan sind im dritten Teil des FlurbG in den §§ 56 bis 60 enthalten.

Im Grundsatz kann man von folgenden Abfindungsgrundsätzen sprechen. Die „Abfindung“ (= Ersatz für eingebrachte Rechte) kann wie folgt eingeteilt werden:

#### A. Landabfindung:

Sie ist nur für Landeinlage zwingend vorgeschrieben und muss wertgleich sein.

#### B. Abfindung in „Natur“:

Sie muss nur „soweit möglich“ bei Holzbeständen gegeben werden.

#### C. Geldabfindung:

Bei anderen wesentlichen Bestandteilen, wie z. B. Bauwerken, Obstbäumen genügt meist eine angemessene Geldabfindung. Die Behörde hat das Recht, auch hier angemessene Abfindung in Natur zu geben und wird es in der Regel auch versuchen.

Für alle Abfindungen gilt gemeinsam, dass sie den Teilnehmer nicht zu einer völligen Veränderung seiner Betriebsstruktur zwingen dürfen.

Die Abfindungen sind insgesamt Gegenstand der dinglichen Surrogation (= Fortsetzung der bisherigen Rechte nach Eintritt des neuen Rechtszustandes).

Nachfolgend gebe ich einige Hinweise für die Abfindung von Grundstücken nach § 44 FlurbG:

1. Alle Grundstücke sind durch Wege zugänglich zu machen.
2. Die Schaffung der Vorflut ist eine vordringliche Aufgabe
3. Jeder Teilnehmer ist unter Berücksichtigung der Landabzüge für seine alten Grundstücke mit Land von gleichem Wert abzufinden.
4. Niemand kann Grundstücke in alter Lage oder bestimmte Grundstücke verlangen.
5. Die Landabfindung ist in möglichst großen Grundstücken auszuweisen.
6. Die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse aller Teilnehmer sind gegeneinander abzuwägen.
7. Es sind alle Umstände zu berücksichtigen, die auf Ertrag, Benutzung und Verwertung wesentlichen Einfluss haben.
8. Die Landabfindung eines Teilnehmers soll in der Nutzungsart, in der Beschaffenheit, in der Bodengüte, in der Entfernung vom Bewirtschaftshof oder von der Ortslage seinen alten Grundstücken entsprechen, soweit es mit einer großzügigen Zusammenlegung nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen vereinbar ist.
9. Eine völlige Änderung der Betriebsstruktur bedarf der Zustimmung des Teilnehmers und wird über Ausführungskosten abgedeckt.
10. In besonderen Fällen können Grundstücke zwischen verschiedenen Flurbereinigungsverfahren oder zwischen Flurbereinigungsverfahren und Baulandumlegungsverfahren ausgetauscht werden.
11. Unvermeidbare Mehr- oder Minderausweisungen sind mit Geld auszugleichen.

Wichtig sind auch die besonderen Einschränkungen der Abfindungen nach § 45 FlurbG, denn einige Flächen unterliegen nach § 45 einem besonderen Schutz. Es handelt sich um Ausnahmen von dem Grundsatz, dass kein Teilnehmer einen Anspruch hat, mit bestimmten Grundstücken oder in bestimmter Lage abgefunden zu werden.

Auf der Grundlage des § 45 FlurbG können die Teilnehmer die Veränderung nachfolgender Flächen verhindern.

1. Hof- und Gebäudeflächen mit Wohngebäuden
2. Parkanlagen
3. Naturdenkmale, Naturschutzgebiete
4. Seen, Fischteiche und Fischzuchtanstalten
5. Gewässer für gewerblichen Betrieb
6. Sportanlagen
7. Gärtnereien
8. Friedhöfe, Grabstätten, Denkmale
9. Anlagen des öffentlichen Verkehrs udgl.
10. Sol- und Mineralquellen
11. Anlagen/Lagerstätten für Bodenbestandteile

In der Regel sind die Zustimmungen (z. B. Zustimmung der Eigentümer oder Zustimmung, wenn nicht in gemeinschaftlichem Interesse, Zustimmung der Kirche oder der für den Naturschutz und die Landschaftspflege zuständige Behörde im Planwunschtermin) herbeizuführen.

Bei der besonderen Frage, ob der Zweck der Flurbereinigung in nicht anders erreicht werden kann, spielen auch die Bedeutung der Fläche für den Alteigentümer, die Größe oder unverhältnismäßigen Mehrkosten anderer Lösungen eine Rolle.

Abschließend werden noch einige **zentrale Grundsätze der Rechtsprechung** zur Landabfindung vorgestellt.

3. Die persönlichen Verhältnisse der Teilnehmer müssen regelmäßig außer Betracht bleiben.
  4. Es ist immer der gesamte eingebrachte Bestand dem gesamten zugewiesenen Bestand gegenüber zu stellen.
  5. Es gibt die Bestimmung, dass die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse aller Teilnehmer gegeneinander abzuwägen und alle Umstände zu berücksichtigen sind, die auf Ertrag, die Benutzung und die Verwertung der Grundstücke wesentlichen Einfluss haben. Dies wird so verstanden, dass unter Rücksichtnahme auf die Besonderheiten der Betriebe (z. B. Lage, Größe, Wirtschaftsweise) der Nutzen der Flurbereinigung auf alle Besitzeinheiten angemessen und gleichhaltig verteilt werden muss. Möglichkeiten, das Ausmaß der Vorteile auf einer angemessenen einheitlichen Höhe zu halten, können z. B. sein: Zusammenlegungsgrad, Entfernung, besonders beliebte Lagen, Hofraumvergrößerungen oder das Vermeiden besonderer Nachteile wie z. B. Nässestellen, Hanglagen, Waldrandlage.
1. Die Teilnehmer können nur die Überprüfung ihrer eigenen Abfindung verlangen.
  2. Niemand kann verlangen, dass er nur ein Abfindungsgrundstück erhält.

## EHRUNGEN

### Ministerialrat a. D. Theo Fortmann wurde 80 Jahre

Der frühere Referatsleiter Theo Fortmann in der „Abteilung Landeskultur“ des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten feierte am 9.2.2006 in seiner Familie den 80. Geburtstag. Einige seiner Kollegen besuchten den schwer erkrankten Geodäten und Ministerialrat a. D. am 15.2. und wünschten ihm Gottes Segen und Beistand in der kommenden Zeit.

Theo Fortmann studierte nach Kriegsende und Gefangenschaft das Vermessungswesen an den TH's Braunschweig und Hannover. Er wurde 1957 Assessor des Vermessungsdienstes beim Wasser- und Schifffahrtsamt Oldenburg.

Zum 1.4.1958 trat er beim Kulturstamt Bingen als Reg. Verm. Assessor ein, wo er als planender technischer Beamter mehrere Acker- und Weinbergungsverfahren sehr erfolgreich betreute. Er absolvierte zudem die Laufbahn zum Kulturstamtvorsteher und kam am 1.5.1965 als praxiserfahrener Mitarbeiter in die Abteilung Landeskultur.

Seine Arbeitsfelder im Referat 745 wurden: Landeskulturelle Arbeitsplanung sowie alle Fragen des Ausbaus wie Wegebau, Meliorationen einschließlich Landespflege. Er beherrschte diese Sachgebiete im technisch-planerischen Bereich ebenso wie deren Kosten, ein Vorzug, der ihm relativ schnell Anerkennung „draußen und drinnen“ brachte. Wenige Zahlen der Jahre 1971/1980 zeigen einiges vom Arbeitsumfang und den Kosten: Im Bereich „Wegebefestigung“ wurden innerhalb von Bodenordnungsverfahren im genannten Zeitraum etwa 3.000 km landesweit gefördert, außerhalb dieser Maßnahmen waren es etwa 1.700 km. Dafür konnte Fortmann rd. 600 Mio. Zuwendungen an Teilnehmergeinschaften bzw. ländliche Gemeinden bereitstellen, als beachtliche Hilfen für die Agrargebiete des Landes.

Bei Arbeitstagen des Fachpersonals der Kulturämter, in welchen jährlich die aktuellen Fragen der Arbeitsplanung und des Ausbaus diskutiert wurden, setzte Herr Fortmann sein umfangreiches Fachwissen ein. In seiner ruhigen, aber bestimmten Art war er ein überzeugender Vertreter der Ministerial-Instanz, der zudem mit Bauern und Winzern „vor Ort“ stets eine Lösung im Bereich anstehender Fragen finden konnte. Das gab ihm auch die Zuversicht und Ausdauer bis zum Ende seiner aktiven Zeit erfolgreich tätig zu sein.

Dr. Otto Jestaedt

# Verdienstmedaille an Zillien

rok. Bei der Neujahrsbegrüßung der Stadt werden verdiente Bürger mit der Verdienstmedaille der Stadt ausgezeichnet (die WZ berichtete). Die Wormser Zeitung stellt die vier Preisträger nacheinander in alphabetischer Reihenfolge vor – heute ist Felix Zillien an der Reihe.

Oberbürgermeister Michael Kissel (SPD) ehrte mit dem Pfeddersheimer Felix Zillien eine Persönlichkeit, die sich in vielfältiger Form ehrenamtlich betätigt hat und dies auch weiterhin tut. Dies wurde bereits mit etlichen Ehrungen gewürdigt. So erhielt Zillien 1987 vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Für seine Verdienste im Bistum Mainz überreichte ihm Kardinal Karl Lehmann 1998 die Medaille „Dank und Anerkennung“. Für seine Tätigkeit im Pfeddersheimer Ortsbeirat von 1979 bis 1991, ab 1982 sogar als Fraktionssprecher der CDU, bekam er die Silberspange überreicht.

29 Jahre lang war Zillien, der lange Jahre das Kulturamt leitete, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates und Mitglied des Pfarrgemeinderates der katholischen Kirchengemeinde. Er wirkte von



Felix Zillien

1978 bis 2003 im Diözesankirchensteuerrat des Bistums und war zehn Jahre lang Mitglied im Bauausschuss des Bischöflichen Ordinariats. Von 1980 bis 1996 fungierte er als Bildungsbeauftragter in der katholischen Erwachsenenbildung für Pfeddersheim, seit 1995 ist er Zweiter Vorsitzender beim KKV Probitas Worms. 14 Jahre lang brachte sich Zillien auch als Schöffe ein.

Überaus vielfältig ist sein ehrenamtliches Engagement in örtlichen Vereinigungen, beispielsweise im Arbeitskreis für Kultur- und Landschaftspflege. Außerdem schrieb Felix Zillien zahlreiche Beiträge in Heimatjahrbüchern und dem Festbuch „1250 Jahre Pfeddersheim“.



## Hohe Auszeichnung für Jürgen Lehnigk-Emden

Michael Heintz (links), der Bezirksvorsitzende für den Altkreis Mayen im Regionalverband Karnevalistischer Korporationen Rhein-Mosel-Lahn (RKK), hat in der Ochtendunger Gala-Sitzung einen verdienten Karnevalisten der GOK ausgezeichnet. Jürgen Lehnigk-Emden (Mitte) erhielt in Anerkennung seiner Leistungen für den Ochtendunger Karneval die RKK-Medaille in Gold. Das ist die höchste Auszeichnung, die der RKK an seine Aktiven vergibt. Aus der Laudatio des amtierenden GOK-Präsidenten Günter Pinetzki erfuhr das Publikum, dass Jürgen Lehnigk-Emden schon als 16-Jähriger der KG Schafskopf beigetreten war. Zusammen mit seiner Ehefrau, sie stammt aus einem uralten Mainzer Karnevalsgeschlecht, regierte er im Jahre 1973 die Ochtendunger als Karnevalsprinz. 1993 übernahm Lehnigk-Emden das Amt des GOK-Präsidenten. In seiner Amtszeit habe er die GOK auf Grund seiner Finanzkenntnisse sicher durch den Dschungel der Gema-Gebühren geführt und den Vereinen viel Geld gespart, sagte Pinetzki. Seit 2003 hat Jürgen Lehnigk-Emden zusammen mit Markus Schneider das Amt des Sitzungspräsidenten inne. (hi) ■ Foto: Heinz Israel

Abb. 2: Rheinzeitung vom 11.02.2006

## NACHRICHTEN UND PRESSEMEDLUNGEN

### Maßnahmen der Flurbereinigung Strotzbüsch werden durch Schulprojekt fortgeführt

Carsten Neß, DLR Mosel, Bernkastel-Kues

Im mittlerweile abgeschlossenen Vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Strotzbüsch wurden in den Jahren 1999 und 2000 Gewässerrandstreifen entlang des Tiefenbaches und der Alf über die Aktion Blau angekauft. Zugeteilt wurden die Randstreifen dem Naturschutzbund (NABU) Kreisgruppe Daun, der auch die Finanzierung des Eigenanteils übernommen hatte. Somit wurde beidseitig von Tiefenbach und Alf auf je 5 m Breite Raum für die natürliche Weiterentwicklung der zum großen Teil begradigten und verbauten Fließgewässer geschaffen.

Um den Renaturierungsprozess am Tiefenbach zu beschleunigen wurde von Lehrern des Geschwister Scholl Gymnasiums (GSG) in Daun und dem NABU Daun am 10. und 11. Juli ein Schulprojekt durchgeführt. Zuerst gab es vor Ort eine kurze Einweisung über biologische Zusammenhänge, Sinn und Zweck der Maßnahmen und Arbeitstechniken durch Mitglieder des NABU-Daun und den Umweltpädagogen des Forstamtes Daun. Zusammen mit den Fachlehrern des GSG und einem Landespfleger des DLR Mosel aus Bernkastel-Kues wurden anschließend mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Dann ging es los. Rund 60 Schüler des 6. Schuljahres des GSG griffen zu Hacke und Spaten. Es wurden die Schieferplatten aus der Sohlbefestigung des Baches herausgehoben und im Bachbett als Störelemente wieder eingebaut. Teilweise wurden neue Bachschlingen (Mäander) angelegt und an einer Stelle der Tiefenbach wieder in sein ursprüngliches Bachbett abgeleitet. Damit wurden innerhalb der Gewässerrandstreifen Initialmaßnahmen durchgeführt, die mittelfristig zu einer naturnahen Gestaltung des Fließgewässers beitragen werden. Die begleitenden Lehrkräfte nutzten zudem die Gelegenheit, um mit kleinen Schülergruppen die Kleinstlebewesen des Baches im wahrsten Sinne des Wortes unter die Lupe zu nehmen. Den Schülern bereitete die Arbeit am Bach bei strahlendem Sonnenschein ganz offensichtlich ein Riesenvergnügen. Und sie nahmen das Gefühl mit nach Hause, dass sich der Tiefenbach Dank ihres engagierten Einsatzes zu einem lebendigen Bach entwickeln kann.



Abb.1: Schüler des GSG Daun entfernen mit vereinten Kräften die Sohlstickung am Tiefenbach

Das DLR Mosel begrüßt die Fortführung der innerhalb der Flurbereinigung eingeleiteten Naturschutzmaßnahmen durch das Schulprojekt. Es zeigt, dass Bodenordnung auch nach Abschluss des eigentlichen Verfahrens durch die gelungene Kooperation zwischen NABU, GSG Daun, Forstamt Daun und dem DLR Mosel nachwirkt. Ein weiterer Bericht und zusätzliche Fotos zu dem Schulprojekt am Tiefenbach finden sich im Internet unter [www.nabu-daun.de](http://www.nabu-daun.de) und [www.dlr-mosel.rlp.de](http://www.dlr-mosel.rlp.de).



## Konzept zur Erhaltung einer einmaligen kulturhistorischen Landschaft steht

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

„Das Flurbereinigungsverfahren St. Martin Wingertsberg berührt einen einmaligen Landstrich in der Pfalz. Wir werden es in besonderem Maße fördern, da wir hier eine Kulturlandschaft, die es so kein zweites Mal gibt, für die nachfolgenden Generationen erhalten wollen“, sagte der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage. Das Planungskonzept für das Verfahren konnte nun im Einvernehmen mit der Landespflegebehörde, der Gemeinde und dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft aufgestellt werden. Es wurde in der letzten Vorstandssitzung im Entwurf vorgestellt. Die Umsetzung der Planung ist nach den notwendigen Ergänzungen und Genehmigungen für 2007 vorgesehen. Die Planung sieht im Wesentlichen vier Bereiche mit querterrassierten Weinbauflächen vor. Die Gesamtfläche dieser Terrassen beträgt circa drei Hektar. Darüber hinaus werden circa 2,85 Hektar durch Naturschutzmaßnahmen weiterentwickelt: Durch offen gehaltene Flächen und Streuobstwiesen soll der Verbuchung entgegengewirkt werden, die sich erwiesenermaßen negativ auf die Artenvielfalt bei Tieren auswirkt. Der Minister wies besonders darauf hin, dass sich die Planung innerhalb der Zielsetzung des Pflege- und Entwicklungsplanes für das Naturschutzgebiet „Haardtrand-Wingertsberg“ bewegt. Vertreter der Oberen Naturschutzbehörde stimmten den Grundsätzen der Planung zu, legten aber Wert darauf, dass die Planung sukzessiv umgesetzt werden müsse und die Naturschutzmaßnahmen zeitgleich mit der Herstellung der Terrassen in Angriff genommen werden sollten. Nur so könne von einer Verträglichkeit mit dem Schutzzweck des Naturschutzgebietes sowie mit den Erhaltungszielen des Vogelschutzgebietes und den Erfordernissen des Artenschutzes ausgegangen werden. Die voraussichtlichen Kosten werden circa 700 000 Euro betragen. Die Kosten sind allerdings noch abhängig von den Untergrundverhältnissen. „Das Steillagenverfahren wird mit 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausführungskosten durch Bund-, Land- und EU-Mittel gefördert, da es sich um die Erhaltung einer ganz besonderen Kulturlandschaft handelt“, betonte der Minister. Die restlichen zehn Prozent der Kosten werden voraussichtlich durch die Gemeinde und Verbandsgemeinde Maikammer getragen, in einem geringen Umfang auch von den Grundstückseigentümern. Die Grundstückseigentümer werden rechtzeitig in einer Informationsveranstaltung über das Verfahren und die entstehenden Kosten informiert. „Die Gemeinde und Verbandsgemeinde werden zusammen mit dem zuständigen Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) in Neustadt die Finanzierung des Verfahrens auch noch einvernehmlich lösen“, ist sich der Minister angesichts der hohen Bedeutung für die kommunale Entwicklung sicher. Im Hinblick auf die allgemein angespannte Haushaltslage bei Bund und Land müsse man jetzt die Chance der Bodenordnung ergreifen, eine weitere Chance werde es nicht geben, so Bauckhage.

### Weinbauterrassen und Naturschutz im Gleichschritt

ST. MARTIN: Wirtschaftsministerium begründet hohe Förderung für Wingertsberg mit „besonderer Kulturlandschaft“

► Mit dem Wingertsberg St. Martin soll „eine Kulturlandschaft, die es so kein zweites Mal gibt, für die nachfolgenden Generationen erhalten werden“. Deswegen werde das Flurbereinigungsverfahren dort auch in besonderem Maße gefördert. Dies hat der rheinland-pfälzische Minister für Wirtschaft und Landwirtschaft, Hans-Artur Bauckhage, gestern mitgeteilt.

Nach Auskunft des Ministeriums wird das Verfahren an der Steillage mit 90 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten durch Mittel von Bund, Land und Europäischer Union bezuschusst, „da es sich um die Erhaltung einer ganz besonderen Kulturlandschaft handelt“. Die restlichen zehn Prozent werden laut Ministerium „voraussichtlich durch die Gemeinde und Verbandsgemeinde Maikammer getragen, in einem geringen Umfang auch von den Grundstückseigentümern“. Die Gesamtkosten beziffert das Ministerium mit voraussichtlich 700.000 Euro. Der Wingertsberg ist eine Steillage am Rande von St. Martin, die den Ort



Als Steillage ist er eine Besonderheit in der Pfalz: der Wingertsberg bei St. Martin. — FOTO: LINZMEIER MEHN

weitbin sichtbar überragt und somit das Ortsbild des Dorfes stark prägt. Derzeit wird auf Teilen der Steillage noch Weinbau betrieben. Überwiegend ist er allerdings von Hecken und

Gestrüpp überwuchert. Die Flurbereinigung sei für den Ort schon deshalb von großer Bedeutung, weil der Ort sehr stark vom Tourismus lebe, sagen auch Ortsbürgermeister Manfred La-

meli (SPD) und Verbandsbürgermeister Karl Schäfer (CDU) übereinstimmend. Bei der Restfinanzierung wird vor allem die Ortsgemeinde finanziell gefordert sein. Die Verbandsgemeinde werde selbst keine Mittel dafür bereitstellen, aber er werde sich dafür einsetzen, dass der Ortsgemeinde bei der Finanzierung geholfen werde, sagte Schäfer. Er hofft, dass beispielsweise mit Mitteln aus der Wirtschaftsförderung der Anteil der Ortsgemeinde so gering wie möglich gehalten werden könne. Trotz der nicht gerade rosigen Finanzlage der Ortsgemeinde St. Martin ist Manfred Lameli zuversichtlich, dass die Ortsgemeinde auch diese Herausforderung hinbekommt. Schließlich werde das Verfahren in Abschnitten verwirklicht, die Finanzierung werde sich also auch etwas strecken. Aber es sei die letzte Möglichkeit, den Wingertsberg zu ordnen und für ein attraktives Landschaftsbild dort zu sorgen. Lameli: „Da gehen wir jetzt dran.“

Das Planungskonzept für den Wingertsberg ist im Einvernehmen mit der Landespflegebehörde, der Gemein-

de und dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft, deren Vorsitzender Michael Kiefer ist, aufgestellt worden. Es sieht im Wesentlichen vier Bereiche mit Querterrassen für den Weinbau vor. Die Gesamtfläche dieser Terrassen beträgt rund drei Hektar. 2,85 Hektar am Wingertsberg werden mit Naturschutzmaßnahmen weiterentwickelt. Offen gehaltene Flächen und Streuobstwiesen sollen verhindern, dass der Steilhang zunehmend zuwuchert. Biotope sollen die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren am Wingertsberg fördern. Die Obere Naturschutzbehörde hat den Grundsätzen der Planung zugestimmt, legt aber Wert darauf, dass die Planung schrittweise umgesetzt wird und gleichzeitig mit dem Herstellen der Terrassen auch der Naturschutz berücksichtigt werden müsse. Die Flurbereinigung muss im Einklang mit dem Naturschutzgebiet „Haardtrand-Wingertsberg“ und dem dortigen Vogelschutzgebiet stehen.

Das Wirtschaftsministerium rechnet damit, dass die Planung ab 2007 verwirklicht wird. (ff)



In den beiden ersten Bauabschnitten in der Tiergartenstraße 17 und 19, die bereits seit Juni beziehungsweise seit Anfang Oktober genutzt werden, wurden Büroräume für insgesamt 70 Mitarbeiter hergerichtet.

In der Bahnhofstraße 32 werden in einem dritten Bauabschnitt bis Ende 2006 weitere Umbaumaßnahmen vorgenommen.



*Tiergartenstraße 19*

#### **Gebäudedaten:**

##### **Tiergartenstrasse 17**

Baujahr:	ca. 1925
Bruttorauminhalt:	ca. 1420 m <sup>3</sup>
Nutzfläche:	ca. 355 m <sup>2</sup>

##### **Tiergartenstrasse 19**

Baujahr:	1955
Bruttorauminhalt:	ca. 5250 m <sup>3</sup>
Nutzfläche:	ca. 1220 m <sup>2</sup>

##### **Bahnhofstrasse 32**

Baujahr:	ältester Teil aus dem Jahre 1768
Bruttorauminhalt:	ca. 4930 m <sup>3</sup>
Nutzfläche:	ca. 740 m <sup>2</sup>

#### **Termine und Fristen:**

15.03.2004:	Genehmigung des Raumprogramms
20.09.2004:	Fertigstellung der Bauunterlage
25.10.2004:	Genehmigung der Bauunterlage und Bauauftrag
Oktober 2004:	Baubeginn Tiergartenstraße 17 und 19
24. Juni 2005:	Übergabe Gebäude 17 an den Nutzer
3. Oktober 2005:	Übergabe Gebäude 19 an den Nutzer

## Traditionellen Agrarverwaltungsstandort zukunftssicher gemacht

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

„Mit dem Ausbau des Dienstgebäudes haben wir Montabaur als traditionellen Standort der Agrarverwaltung zukunftssicher gemacht“, sagte Günter Eymael, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium, bei der offiziellen Übergabe des Dienstgebäudes am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) in der Tiergartenstraße 17 und 19 in Montabaur.

In Montabaur übernimmt die Landesagrarverwaltung das erste große Bauprojekt nach der Agrarverwaltungsreform von vor zwei Jahren.

Unter der Leitung von Volker Rudloff ist das Dienstleistungszentrum Westerwald-Osteifel mit seinen Außenstellen in Mayen für die Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen (Westerwald), Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis sowie die kreisfreie Stadt Koblenz und damit für rund 6 000 Landwirte zuständig.

Hier werden 120 Mitarbeiter Ansprechpartner für die Landwirte in produktionstechnischen Fragen sein, aber auch die Ländliche Bodenordnung, das landwirtschaftliche Versuchswesen und die Aus- und Weiterbildung werden hier koordiniert. Für ganz Rheinland-Pfalz liegt hier die Federführung für Fragen der Imkerei und der Ernährungsberatung.

Eymael hob hervor, dass das Aufgabenspektrum über rein agrarische Fragen hinausgehe. „Gerade die Ländliche Bodenordnung hat sich als umfassendes Instrument des Flächenmanagements für agrarstrukturelle Belange, aber auch für Lösungen in den Bereichen Infrastruktur, Tourismus, Naturschutz und Landespflege bewährt. Und die Tipps der Ernährungsberatung stehen allen Verbrauchern zur Verfügung“, so der Staatssekretär. Von den hier erbrachten Dienstleistungen profitierten also alle Bewohner des ländlichen Raumes.

Man habe sich für den Umbau des ehemaligen Autobahnamtes bzw. der früheren Landratsvilla und gegen einen Neubau am ICE-Bahnhof oder einen Umzug in die ehemalige Bundeswehrkaserne entschieden, weil man vor allem Gebäudeleerstand in der Stadt und höhere Mietkosten für das Land vermeiden wollte, erläuterte Eymael.

Dank guter Planung und Bauleitung sei es gelungen, ein modernes Dienstleistungsgebäude mit gut ausgestatteten Arbeitsplätzen zu schaffen, so der Staatssekretär. Die Kosten beliefen sich auf rund eine Million Euro. Das Geld sei gut angelegt, denn die Kunden fänden nun in der Mitte eines großen Dienstbezirks ein echtes Zentrum vor.

Abschließend bedankte sich der Staatssekretär bei den Mitarbeitern des ehemaligen Kulturamtes Westenburg, für die der Umzug die größte Umstellung bedeute.

## Fortbildungsveranstaltung des VTG Rheinland-Pfalz für Vorstandsmitglieder von Teilnehmergeinschaften

### Kompetenz im Ehrenamt – wiederum ein voller Erfolg



Groß war das Interesse an dieser Veranstaltung und gut war die Stimmung auf dem zweitägigen Seminar für Vorstandsmitglieder von Teilnehmergeinschaften. Präsident **Johannes Billen** konnte 50 Teilnehmer aus 35 Teilnehmergeinschaften im Jugendhaus am Weinberg in St. Martin begrüßen. Ziel dieser Schulung war es, das Verständnis und die Kompetenz der Akteure in diesem Ehrenamt deutlich zu fördern und sie damit rechtzeitig – und nicht erst am Ende des Bodenordnungsverfahrens – zu gleichwertigen Partnern von Behörden und Institutionen zu entwickeln.



Mit Konzentration bei der Arbeit ...



Planen macht Spass ..

Das Tagungsprogramm war konzipiert für Vorstandsmitglieder, deren Verfahren neu eingeleitet sind. Obwohl es sehr umfangreich war, konnten an keiner Stelle Ermüdungserscheinungen festgestellt werden. Ganz im Gegenteil: Es war eine Freude anzusehen, wie aktiv die Anwesenden diese Tagung zu ihrer Tagung gemacht haben. Bei den Teamarbeiten wurde ebenso eifrig mitgewirkt wie in den freiwilligen Arbeitsgruppen. Da alle Referenten genügend Raum für Fragen und Diskussion ließen, entstand eine sehr offene Atmosphäre, die wesentlich zum Gelingen dieses Seminars beigetragen hat. Das Tagungsprogramm im Einzelnen:

#### Montag, 28. November 2005

**Heribert Sperlich** / Geschäftsführer VTG

**Jürgen Lehnigk-Emden** / Abt.leiter DLR Westerwald-Osteifel

**Günter Emig** / Leiter der Spruchstelle a.D.

**Heinz Vogelgesang** / Finanzierungsreferent MWVLW

**Heinz Schröder**, stv. Leiter DLR Rheinpfalz

#### Kennenlernen

Ablauf einer Flurbereinigung

Rechtsschutz in der Flurbereinigung

Finanzierung der Flurbereinigung

Weinbergsflurbereinigung St. Martin

#### Dienstag, 29. November 2005

**Heribert Sperlich** / Geschäftsführer VTG

**Hubertus Kunz** / TG-Vorsitzender Mayschoß

**Gerd Kohlhaas** / Projektleiter DLR Westerwald-Osteifel

**Wolfgang Wagner** / Bauingenieur VTG

**Norbert Kaul** / Stellv. Geschäftsführer VTG

**Heribert Sperlich** / Geschäftsführer VTG

Aufgaben, Rechte und Pflichten der Teilnehmergeinschaften und des Vorstandes

Aufstellung des Plans nach § 41 FlurbG

Bauausführung

Kassen- und Rechnungswesen

Abschlussbesprechung

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war zweifelsohne die abendliche Weinprobe. **Judith Ziegler-Schwaab** alias **Liselotte von der Pfalz** konnte dabei zusammen mit weiteren „Hohheiten“, nämlich der frisch gekürten **Pfälzischen Weinkönigin Katja Schweder** und der **St. Martin Weinprinzessin Kathrin I.** Spitzengewächse aus pfälzischen Anbaugebieten vorstellen. So ganz nebenbei konnte diese Veranstaltung auch einem weiteren Anliegen dieser Fortbildungsveranstaltung Rechnung tragen, nämlich den Austausch der Teilnehmer zu fördern.

Besonders erfreulich war, dass sich auch **Staatssekretär Manfred Strutz** die Zeit nahm, die Gäste am Abend mit einer beeindruckenden Ansprache zu begrüßen.



Ministerialrat a.D. Günter Emig, Staatssekretär Strutz



Abschlussbild einer wahrhaft königlichen Weinprobe ..

In der Abschlussbesprechung durften die Teilnehmer anhand eines Quiz selbst überprüfen, welche Lernfortschritte sie gemacht hatten und den Organisatoren mit auf den Weg geben, was beim nächsten Mal besser gemacht werden könnte. Nach zwei interessanten Tagen konnten Geschäftsführer Sperlich und Präsident Billen insgesamt sehr zufriedene Teilnehmer nach Hause entlassen. Eine nette Geste am Rande: **Kammerpräsident Günter Schartz** löste sein bei der Mitgliederversammlung gegebenes Versprechen ein und spendierte jedem Teilnehmer eine Flasche aus der Landwirtschafts-„Schatz“kammer.

*Heribert Sperlich*

## Strutz würdigt Arbeit der Flächenmanager und Landschaftsgestalter

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Auf einer Fortbildungsveranstaltung für 60 Vorsitzende von Teilnehmergeinschaften aus ganz Rheinland-Pfalz hat Walter Strutz, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium, deren Arbeit gewürdigt. „Als Flächenmanager und Landschaftsgestalter leisten Sie einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaften. Unsere Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stehen Ihnen dabei als professionelle Partner zur Seite“, so Strutz in St. Martin.

Mit viel Fingerspitzengefühl schafften es die Vorsitzenden, alle Interessen der an einem Bodenordnungsverfahren Beteiligten unter einen Hut zu bringen, stellte der Staatssekretär anerkennend fest. Gleichzeitig müssten alle planerischen und eigentumsrechtlichen Aspekte beachtet werden. „Als Dienstleister im ländlichen Raum tragen Sie mit dazu bei, dass unsere Kulturlandschaft einerseits den Anforderungen einer wettbewerbsfähigen Land- und Weinwirtschaft genügt, andererseits aber auch ihren landschaftskulturellen und touristischen Wert erhält“, fasste Strutz zusammen. In einer Teilnehmergeinschaft sind die von einer Bodenordnungsmaßnahme berührten Grundstücksbesitzer organisiert. Bodenordnungsmaßnahmen reichen von einfachen Zusammenlegungsverfahren bis hin zu komplexen Flurbereinigungsverfahren mit einer kompletten Neustrukturierung der Flächen einschließlich des Wasser- und Wegenetzes und der landschaftspflegerischen Maßnahmen. Die Gemeinschaften haben sich 1996 im Verband der Teilnehmergeinschaften in Rheinland-Pfalz (VTG) zusammengeschlossen, um eine klare Trennung zwischen staatlichen und privatrechtlichen Aufgaben zu erwirken, die Eigenverantwortung der Teilnehmergeinschaften zu stärken und die Aufgaben der früheren Wasser- und Bodenverbände zu übernehmen. Mittlerweile gehören dem VTG über 400 Teilnehmergeinschaften als Mitglieder an, er vertritt die Interessen von rund 150 000 Grundstückseigentümern.

Der VTG übernimmt das Kassen- und Rechnungswesen für seine Mitglieder, das Bau- und Vergabewesen sowie die Fortbildung und Beratung der Teilnehmergeinschaften. Der Verband finanziert sich ausschließlich über Fördermittel aus der Bodenordnung. Im Zeitraum 2000 bis 2006 stehen in Rheinland-Pfalz insgesamt Mittel in einer Höhe von rund 115 Millionen Euro für die Bodenordnung bereit.

Die zweitägige Fortbildungsveranstaltung in St. Martin richtet sich an die Vorsitzenden von Teilnehmergeinschaften, deren Flurbereinigungsverfahren in jüngster Vergangenheit eingeleitet wurden. In verschiedenen Vorträgen werden ihnen Informationen über Ablauf der Flurbereinigung, Rechtsbehelfsverfahren, Finanzierung und Planung von Flurbereinigungen vermittelt. Referenten sind Vertreter der Verwaltung, des Ministeriums und des VTG.



## Abschluss der Flurbereinigung Birresborn

Birresborn. (ws) Vor dem Abschlussfest des Großen Verfahrens der Flurbereinigung hatten Ortsgemeinde und Teilnehmergemeinschaft (kurz TG genannt) zur Enthüllung eines dafür aufgestellten Gedenksteins beim Rathaus eingeladen.

Hier begrüßte Ortsbürgermeister Josef Bach eine große Anzahl Gäste: Landrat Heinz Onnertz, Kreisverwaltung Daun; Johannes Billen, Präsident VTG Rheinl.-Pfalz; Vermessungsdirektor Edgar Henkes, DLR (Dienstleistungszentrum ländlicher Raum); Dr. Ingo Fleck, DLR; Johann Mücken, DLR; Forstmeister Witzel, FA Prüm; den Vorsitzenden der TG Baptist Hockelmann, ferner den Vorstand und die Mitglieder der TG; Vertreter der Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein; alle Mitarbeiter/innen dieser Stellen sowie die Bürger/innen der Ortsgemeinde Birresborn.

Der Redner führte aus, dass schon Ende der 50 er Jahre eine Flurbereinigung für notwendig gehalten, diese aber 1962 mehrheitlich abgelehnt worden sei. Das Thema sei



TG-Vorsitzender Baptist Hockelmann (r.) verteilt Urkunden und Fotos an Mitarbeiter und Verfahrensbeteiligte



Gedenkstein der Ortsgemeinde Birresborn an das große Verfahren

dann erneut in den 80 er Jahren aufgegriffen worden und habe am 4. Mai 1990 für die Bürger zu einer Aufklärungsversammlung geführt. Der Flurbereinigungsbeschluss sei dann am 22. August 1991 gefasst, der Teilnehmervorstand am 16. Dezember 1991 gewählt und Baptist Hockelmann zum Vorsitzenden bestimmt worden.

Zu dem, was jetzt erreicht worden ist, führte der Redner aus:

Katasterflurstücke von 6.000 auf 1.500 und Waldflurstücke von 1.000 auf 250 reduziert. Mehr als 32 km Wirtschaftswege ausgebaut, 19 Auffahrten auf klassifizierte Straßen befestigt, Unterstützung bei der Ausweisung von 8 Naturschutzgebieten, Ausweisung von Uferschutzstreifen, etwa 8 ha Ausgleichsflächen für den Kylltalradweg ferner Ausgleichsflächen für die Erweiterung der Kläranlage, Windschutzhecken, Baumreihen und Feuchthäfen angelegt und vieles mehr. Auf Privatflächen wurden etwa 750 Obstbäume und ca. 5.000 Laubgehölze sowie 170 Nisthilfen mit einem finanziellen Rahmen von etwa 21.000 Euro kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Steinbruch wurde erweitert, Flächen abge-

grenzt (inzwischen Lavaabbau), die gesamte Ortslage wurde mit jedem Eigentümer verhandelt und neu vermarktet, zwei Ortsstraßen die teilweise im Privateigentum standen wurden jetzt öffentlich ausgewiesen, ohne zusätzliche Kosten für Gemeinde und Bürger. Zwei Baugebiete wurden "Auf der Schlack" und "Vor Borrel" erschlossen. Die Zahlen seien nur Schlaglichter, aber sie ließen erkennen, dass ein Mammutwerk vollendet sei, führte Ortsbürgermeister Josef Bach aus. Bei allen Mitwirkenden und Ausführenden bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit. Letztlich habe die Flurbereinigung ohne Widerspruch abgewickelt werden können. Das sei auch ein Verdienst der Mitwirkenden gewesen. Er selbst sei auch ein wenig stolz auf dieses Werk und schloß seine Ausführungen mit einem Dank an alle Mitwirkenden. Beim Abschlussfest im Gasthaus "Zur Krone" wurden weitere Grußworte gesprochen und die Verfahrensergebnisse von Vermessungsdirektor Edgar Henkes (DLR Eifel) aus deren Sicht vorgestellt. Es schloß sich dann ein Beisammensein mit Essen und Trinken in geselliger Runde an.

Abb. 1: Eifel Journal, 10.11.2005



Vorzeigeprojekt und Premiere. Erstmals mit dem Birresborner Stein wird in Rheinland-Pfalz ein Gedenkstein für eine Flurbereinigung aufgestellt. Nach EU-Willen werden weitere folgen. Baptist Hockelmann, Landrat Heinz Onnertz, Pastor Gerhard Schwan, DLR-Projektleiter Edgar Henkes und Josef Bach (von links) enthüllten gemeinsam den Gedenkstein.

Foto: Gabi Vogelsberg

Abb. 2: Tagespresse, 04.11.2005

## Impressum

- Herausgeber: Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Hendrik Hering
- Schriftleitung: Ministerialrat Prof. A. Lorig,  
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,  
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz  
E-Mail: Axel.Lorig@mwvlw.rlp.de
- Gestaltung: Kirsten Kaufmann
- Ständige Mitarbeiter: Hubert Müllen  
Rolf Greib  
Reinhard Lichtenthal  
Johannes Pick  
Gerd Kohlhaas  
Gerd Hausmann  
Gottfried Neumann  
Klaus Wagner  
Kirsten Kaufmann
- Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten  
2. An Teilnehmergeinschaften (VTG)  
3. Im Schriftenaustausch der ArgeLandentwicklung  
4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken gegen Ersatz der Auslagen
- Gekennzeichnete Artikel: Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
- Abdruck: Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt
- Internetadresse: [www.landentwicklung.rlp.de](http://www.landentwicklung.rlp.de)

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Schrift wurde bis Heft 38 und Sonderheft 14 unter „Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung“ herausgegeben.